

Unterrichtung

durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

14. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 2017 und 2018

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Bundesbeauftragten	7
1 Zusammenfassung	8
1.1 Archivarbeit	8
1.2 Verwendung von Stasi-Unterlagen	9
1.3 Forschung	11
1.4 Unterrichtung der Öffentlichkeit	12
1.5 Zukunft der Stasi-Unterlagen	13
2 Die Behörde des BStU	14
2.1 Organisation	14
2.2 Beirat	14
2.3 Personal	14
2.3.1 Personalbestand	14
2.3.2 Fortbildung und Personalentwicklung	15
2.3.3 Ausbildung	15
2.3.4 Betriebliches Gesundheitsmanagement	15
2.3.5 Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes	16
2.4 Haushalt	16
2.5 Liegenschaften	16
2.6 Informationstechnik und Informationssicherheit	17
2.7 Datenschutz	17

	Seite
3	Archivbestände 18
3.1	Arbeitsschwerpunkte 18
3.2	Erschließungsergebnisse 20
3.2.1	Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums 20
3.2.1.1	Ablagen des MfS-Zentralarchivs 20
3.2.1.2	Bis 1990 kurrentes Schriftgut der zentralen MfS-Diensteinheiten 21
3.2.2	Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen einschließlich der Kreisdienststellen 21
3.2.2.1	Land Berlin 22
3.2.2.2	Land Brandenburg 22
3.2.2.3	Land Mecklenburg-Vorpommern 22
3.2.2.4	Freistaat Sachsen 22
3.2.2.5	Land Sachsen-Anhalt 24
3.2.2.6	Freistaat Thüringen 24
3.2.3	Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten 24
3.2.3.1	Filme und Videos 24
3.2.3.2	Tondokumente 24
3.2.3.3	Fotodokumente 25
3.2.3.4	Maschinenlesbare Daten 25
3.3	Findmittel 25
3.3.1	Online-Findmittel 25
3.3.2	Fachanwendungen 26
3.3.3	MfS-Karteien 26
3.4	Digitalisierung 27
3.4.1	Digitalisierung zum Bestandsschutz 27
3.4.2	Digitalisierung zur Nutzung 28
3.4.3	Aufbau eines digitalen Magazins 28
3.5	Bestandserhaltung 28
3.6	Rekonstruktion zerrissener Unterlagen 28
3.6.1	Manuelle Rekonstruktion 28
3.6.2	Virtuelle Rekonstruktion 28
3.7	Archivfachliche Kontakte und Veranstaltungen 29
4	Verwendung von Unterlagen auf Antrag und Ersuchen 29
4.1	Persönliche Akteneinsicht 29
4.1.1	Antragstellung und Antragsbearbeitung 29
4.1.2	Anträge naher Angehöriger Vermisster und Verstorbener 34
4.1.3	Bürgerberatung 34
4.2	Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen 35

	Seite
4.2.1	Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts 35
4.2.2	Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr 35
4.2.3	Ersuchen zur Überprüfung von Personen 36
4.2.3.1	Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder 36
4.2.3.2	Berufsrichter und ehrenamtliche Richter 37
4.2.3.3	Leitende Mitarbeiter öffentlicher Stellen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen 37
4.2.3.4	Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften 37
4.2.3.5	Beiratsmitglieder und Wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU, Bundesbeauftragter, Landesbeauftragte und deren Mitarbeiter sowie Beschäftigte, ehrenamtliche Mitarbeiter und Gremienmitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen 38
4.2.3.6	Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen 38
4.2.3.7	Rentenangelegenheiten 38
4.2.3.8	Ordensangelegenheiten 38
4.3	Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film 38
4.3.1	Aufarbeitung der NS-Diktatur 39
4.3.2	„Westarbeit“ des MfS 41
4.3.3	Grenzregime und Militär 41
4.3.4	Justiz, Strafvollzug und Polizei 41
4.3.5	Opposition und Bürgerprotest 42
4.3.6	Kirche 42
4.3.7	Personenkult in der DDR 42
4.3.8	Kinder und Jugendliche 43
4.3.9	Medien 43
4.3.10	Sport 43
4.3.11	Wirtschaft 43
4.3.12	Medizin 44
4.3.13	Kunst und Kultur 44
4.3.14	Terrorismus und Extremismus 44
4.4	Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU 45
4.5	Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz 45
5	Forschung und Publikationen 46
5.1	Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums 48
5.2	Forschungsergebnisse: abgeschlossene und publizierte Projekte ... 48

	Seite
5.2.1 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1964 und 1968	48
5.2.2 Im goldenen Käfig. Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess	48
5.2.3 Mythos Schwedt. DDR-Militärstrafvollzug und NVA-Disziplinareinheit aus dem Blick der Staatssicherheit	49
5.2.4 Dem Volk auf der Spur. Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungsstimmungen im Kommunismus. Deutschland – Osteuropa – China	49
5.2.5 Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989	49
5.2.6 Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971–1989	49
5.2.7 Strom für die Republik. Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald	50
5.2.8 Das MfS und der KSZE-Prozess	50
5.2.9 Verschluss-Sachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit	50
5.2.10 Stasi in Sachsen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig	50
5.2.11 Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzkreis Nordhausen	50
5.2.12 Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Leipzig. Mitarbeiter, Ermittlungsverfahren und Haftbedingungen	51
5.2.13 Tödliche Fluchten über Bulgarien. Die Zusammenarbeit von bulgarischer und DDR-Staatssicherheit zur Verhinderung von Fluchtversuchen	51
5.2.14 Leistungssport im Visier der Stasi. Das MfS und der SC Traktor Schwerin	51
5.3 Laufende Forschungsprojekte	51
5.3.1 ZAIG-Edition und -Analyse/Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt	51
5.3.2 Zusammenarbeit osteuropäischer Geheimdienste	52
5.3.3 Herrschaft und Gesellschaft	52
5.3.4 MfS und DDR-Justiz	53
5.3.5 Schwerpunktstudien	53
5.4 Bibliothek	54
6 Unterrichtung der Öffentlichkeit	54
6.1 „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“	54
6.1.1 „Einblick ins Geheime“	54
6.1.2 Archivführungen	55
6.1.3 Archivpädagogik und historisch-politische Bildungsarbeit für junge Menschen und Multiplikatoren am Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“	55

	Seite
6.1.4	Veranstaltungen in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ 56
6.2	Digitale Angebote 58
6.2.1	Originaldokumente in der „Stasi-Mediathek“ 58
6.2.2	Homepage www.bstu.de 59
6.2.3	Social Media-Aktivitäten 59
6.3	Dokumentenhefte 59
6.4	Ausstellungen 60
6.4.1	Dauerausstellungen 60
6.4.2	Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der Stasi in den Regionen 60
6.4.3	Die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ 60
6.4.4	Weitere Wanderausstellungen 61
6.5	Regionale und überregionale Bildungsangebote 61
6.6	Veranstaltungen 62
6.6.1	Veranstaltungen der Zentralstelle 62
6.6.2	Veranstaltungen und Archivführungen in den Regionen 63
6.7	Pressearbeit 65
6.8	Vorträge des Bundesbeauftragten bei externen Veranstaltern 66
7	Internationale Beziehungen 67
Anhang 71
Abkürzungsverzeichnis 100

Vorwort des Bundesbeauftragten

Wie soll sie konkret aussehen, die Zukunft der Stasi-Akten? Diese Frage hat den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) im Berichtszeitraum 2017 und 2018 stark beschäftigt. Ausgehend vom Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 2016 galt es, gemeinsam mit dem Bundesarchiv ein Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv zu entwickeln. Damit soll dem Bundestag ermöglicht werden, notwendige Entscheidungen in dieser Legislaturperiode zu treffen.

Dieser Aufgabe stellte sich der BStU nach dem Prinzip: Wir schaffen Neues, um den Kern des Alten zu bewahren, um das Stasi-Unterlagen-Archiv für die Zukunft fit zu machen. Oder um es im Kontext der Aufarbeitung der Geschichte zu formulieren: den Opfern der SED-Diktatur gerecht werden und eine Brücke in die nächste Generation schlagen.

Im Herbst des Jahres 2019 ist es 30 Jahre her, dass die Mauer, die Grenze, die Deutschland teilte, fiel und die SED-Diktatur überwunden wurden. Wie lange wird es dauern, bis die Wunden der Menschen geheilt sind? Wie lange soll an das geschehene Unrecht erinnert werden? Was also heißt das für die Arbeit mit den Stasi-Unterlagen in der Zukunft?

Mehr als eine Generation ist in einem vereinten Deutschland herangewachsen. Weit über 40 Prozent aller Deutschen sind heute unter 40 Jahre alt, für sie ist eine Teilung des Landes nur Geschichte. DDR, SED, Stasi – Worte aus dem Geschichtsbuch, wie so viele andere Dinge von „damals“. Wie bleibt die Geschichte von damals aber lebendig? Und wie bleibt sie weiter lesbar? Eine neue Generation ist dabei, ihre Fragen an diese Geschichte zu stellen. Die Formen und Orte zur Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit haben sich in den letzten 30 Jahren vielerorts weiterentwickelt. Wie nimmt die nachgeborene Generation diese Geschichte wahr? Wie setzt die neue Generation sich und ihre Lebenswelt dazu ins Verhältnis?

Der Blick in diese Geschichte kann allen Generationen dabei helfen, die Sinne zu schärfen für den Wert von Freiheit und Menschenrechten.

So können die Opfer gewürdigt werden, während über Ursachen und Folgen des Unrechts aufgeklärt werden kann. Und der mögliche Erkenntnisgewinn bietet eine Chance für unser heutiges gesellschaftliches Zusammenleben.

Unbenommen vom Fortschreiten der Zeit, von den Veränderungen in der Gesellschaft, ist das Stasi-Unterlagen-Archiv als ein Teil des „Gedächtnisses der Nation“ mittlerweile fest verankert.

Es ist den Bürgerinnen und Bürgern in der Friedlichen Revolution von 1989 in der DDR zu danken, dass sie erkannten, dass die Dokumentation der Geheimpolizei der SED nicht nur die Aufklärung des Schicksals der Verfolgten des Regimes ermöglichen würde. Sie haben auch darauf gesetzt, dass die Unterlagen der Stasi den Mythos des Geheimen verlieren, wenn sie der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Und dass sie helfen zu erkennen, wie eine Diktatur funktioniert und welchen Wert die Demokratie hat. Die Öffnung der Stasi-Unterlagen gehört zu den zentralen Errungenschaften der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit.

Und damit genau dieser besondere, detaillierte und umfangreiche Einblick in das Funktionieren einer Diktatur auch für nächste Generationen immer wieder möglich ist und damit der Zugang zu den Akten der Stasi auch weiterhin so wie bislang und ohne ein Ende offen ist, gilt es, das Archiv fit zu machen für diese Zukunft.

Um die Stasi-Unterlagen dauerhaft zu sichern, sie archivgerecht zu lagern, die Nutzungsmöglichkeiten weiter zu verbessern und die Digitalisierung voranzutreiben, dazu sollen Kompetenz, Technik und Erfahrung unter dem Dach des Bundesarchiv gebündelt werden. Dabei werden der besondere Charakter und der Symbolwert des Stasi-Unterlagen-Archivs auch in Zukunft sichtbar sein.

Auf welcher Grundlage das Stasi-Unterlagen-Archiv in diese Zukunft gehen wird, zeigt der vorliegende Tätigkeitsbericht der letzten zwei Jahre.

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

1 Zusammenfassung

1.1 Archivarbeit

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) führte mit dem Bundesarchiv Gespräche zur vertieften Zusammenarbeit, gemäß dem Auftrag aus dem Bundestagsbeschluss vom Juni 2016 (siehe Bundestags-Drs. 18/8705). Diese führten u.a. zu grundsätzlichen Abstimmungen für eine zukünftige gemeinsame Nutzung des Archivstandorts Berlin-Lichtenberg und zum geplanten Aufbau gemeinsamer Digitalisierungs- und Bestandserhaltungsressourcen. Das entstandene Konzept sieht Erweiterungs- oder Neubauten für die archivgerechte Unterbringung von Unterlagen des Bundesarchivs (Teile der DDR- sowie die SAPMO-Überlieferung) und des BStU in einem künftigen Archivzentrum Berlin-Lichtenberg vor. Darüber hinaus ist eine Bündelung und Erweiterung der bestehenden Restaurierungswerkstätten sowie der Aufbau eines gemeinsamen Kompetenzzentrums Digitalisierung vorgesehen.

Ferner wurden konkrete Vereinbarungen zur laufenden Arbeit in beiden Häusern getroffen. Zu nennen sind die 2018 erstmals realisierte Beteiligung des BStU an der Ausbildung beim Bundesarchiv für den gehobenen Archivdienst, die intensiviertere Arbeit an dem Projekt gemeinsame Archivverwaltungssoftware BASYS, die Unterstützung durch das Bundesarchiv bei der sicheren Verwahrung von Nitratfilmen aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv sowie die Bereitstellung der BStU-IT-Lösung zur Digitalisatspeicherung und -bereitstellung an das Bundesarchiv (siehe Abschnitt 3.1).

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte der Archive waren im Berichtszeitraum nach wie vor die archivische Erschließung und die sich daran anschließende Erarbeitung von Online-Findmitteln sowie die präventive Bestandserhaltung, der Ausbau von Digitalisierungsprozessen und die Bearbeitung von Personen- und Sachrecherchen.

Fachkonzepte zur Bestandserhaltung und zur Erschließung

Ein nachhaltiges Ergebnis der beim BStU durchgeführten Organisationsuntersuchung war die Erstellung sowohl eines Bestandserhaltungs- als auch eines Erschließungskonzeptes. In beide Konzepte sind Abstimmungen mit dem Bundesarchiv und Erkenntnisse aus Konsultationen mit anderen Archiven eingeflossen (siehe Abschnitt 3.1).

Im Bestandserhaltungskonzept werden u. a. die bisherigen Einzelmaßnahmen des BStU beschrieben wie beispielsweise die archivgerechte Verpackung, die Bestrebungen zu klimagerechter Lagerung, einzelne Schutz- und Sicherungsverfilmungen, Restaurierung in kleinem Umfang und Digitalisierung vor allem der gefährdeten audiovisuellen Medien. Anknüpfend an diese Bilanz wird im Fachkonzept transparent gemacht, dass im BStU ein erheblicher Investitionsbedarf besteht, um die Bestandserhaltung umfassend und fachlichen Standards entsprechend umzusetzen. Von diesem Ziel leiten sich verschiedene, teils sehr langfristige Optionen ab, für die jeweils eigene Aufwandsschätzungen, Rahmenbedingungen und Kostensze-

narien erarbeitet wurden. Nunmehr ist es Aufgabe des BStU, parallel zu den fortzuführenden Anstrengungen in Sachen Bestandsschutz (z. B. Verpackung der bisher offen, ungeschützt lagernden Akten der Ablagen des früheren MfS-Zentralarchivs in säurefreie und basisch gepufferte Archivkartons) die skizzierten Szenarien zu konkretisieren und schrittweise umzusetzen.

Das Fachkonzept zur Erschließung enthält ebenfalls eine Analyse des aktuellen Standes (u. a. Aussagen zur Bestandsstruktur, zu inhaltlichen und formalen Besonderheiten der Überlieferung sowie zu früheren Erschließungsschwerpunkten und Rahmenbedingungen der Zugänglichmachung) sowie mehrere Optionen zur Breite und Tiefe der zukünftigen Erschließung und deren Kostenansätze. Eine zentrale Rolle spielen im Fachkonzept letztlich die fachlichen und organisatorischen Betrachtungen zu möglichen Aufwandsreduzierungen mit dem Ziel, Nutzungsinteressen sowohl auf konventionellen als auch auf modernen Wegen (online) besser und schneller zu bedienen.

Erschließung, Online-Findmittel und Bereitstellung

Von der papiergebundenen Überlieferung sind nunmehr etwa 42 000 lfd. M. Schriftgut personen- und sachbezogen recherchierbar. Weitere ca. 66 000 lfd. M. Schriftgut sind personenbezogen zugänglich. Das bedeutet, dass vom gesamten Bestand an Schriftgut etwa 38 Prozent über einen sachthemenbezogenen Zugang und 97 Prozent über einen personenbezogenen recherchierbar sind (siehe Abschnitt 3.1).

Hinzu kommen mittlerweile über 1 450 000 erschlossene Fotografien von insgesamt über 1 850 000 (knapp 79 Prozent). Der Erschließungsstand der Tonaufzeichnungen beträgt 88 Prozent (ca. 20 500 von insgesamt ca. 23 250 Tondokumenten/-trägern). Die Überlieferung an Filmen und Videos (2 865 Stück) ist grundsätzlich erschlossen und nur gelegentlich ergeben sich noch einzelne Zuwächse. Der Bestand an Karten und Plänen liegt bei einem Erschließungsstand von 18 Prozent (ca. 41 550 von insgesamt ca. 232 000 Stück). Die Plakatsammlung ist vollständig erschlossen. An materialintaktem – d. h. nicht zerrissenem – Schriftgut wurden im Berichtszeitraum ca. 1 530 lfd. M. bearbeitet. Des Weiteren wurden etwa 130 600 Fotos und ca. 640 Ton- und 16 Film-/Videoaufzeichnungen erschlossen.

Die Erschließungsarbeit konnte an einer Reihe von Unterlagen aus den MfS-Dienstseinheiten abgeschlossen werden, so z. B. an den MfS-Teilbeständen Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR), Abteilung BCD (Bewaffnung und Chemischer Dienst) sowie an weiteren Teilbeständen aus den Bezirksverwaltungen des MfS.

Die bereits vom MfS archivierten Unterlagen, die in den Abteilungen XII (Auskunft/Speicher) verwaltet wurden (Umfang ca. 51 200 lfd. M.), sind grundsätzlich über die Karteien des MfS personenbezogen recherchierbar. Etwa 2 900 lfd. M. sind zudem inzwischen nach thematischen Gesichtspunkten verzeichnet, im Berichtszeitraum waren es 168 lfd. M.

Die archivierten Ablagen der Hauptabteilung (HA) IX/11 (Aufklärung von NS- und Kriegsverbrechen) wurden – mit Ausnahme der Aktenkategorie AK (Auskunftsersuchen) – abschließend erschlossen. Die thematische Erschließung zu Vorgängen des Archivbestands 1 (Operative Hauptablage, darin: Vorgänge mit audiovisuellen Medien sowie zu den Archivierten Untersuchungsvorgängen der Jahrgänge 1950–1961) konnte im Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Die Erschließung des Archivbestands 5 (Geheime Ablage) wurde fortgesetzt. Insgesamt wurden 52 lfd. M. erschlossen.

In den Archiven der Außenstellen hatten bei der Erschließung nach wie vor die bisher nicht zugänglichen Unterlagen der Dienststellen der Bezirksverwaltungen, der Kreisdienststellen und der Objektdienststellen Priorität. Im Berichtszeitraum wurde für die MfS-Bestandsbereiche Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle und Potsdam ein Erschließungsstand von 100 Prozent erreicht. Nur in den drei Außenstellen Dresden, Leipzig und Suhl stehen künftig noch weitere Erschließungsarbeiten an. Nach Abschluss der Verzeichnung steht – sowohl in den Außenstellen als auch in der Zentralstelle – die Veröffentlichung von Online-Findmitteln im Vordergrund (siehe Abschnitt 3.2.2).

Es wurden im Berichtszeitraum insgesamt 90 Online-Findmittel neu erarbeitet, sieben Findmittel wurden wesentlich erweitert und die Erstellung von Online-Findmitteln fortgeführt, die gleichzeitig auf digitalisiertes Archivgut führen. Darunter waren auch neue Online-Findmittel zu audiovisuellem Archivgut. Mittlerweile hat das Stasi-Unterlagen-Archiv 320 Online-Findmittel veröffentlicht (siehe Abschnitt 3.3.1).

Alle Online-Findmittel wurden im Berichtszeitraum gleichermaßen über die Recherche- und Präsentationsplattform ARGUS (ARchivGUtSuche) und das Archivportal Europa (Archives Portal Europe) veröffentlicht (zu diesen beiden Portalen siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 27). Auch die Beständeübersicht ist über die genannten Internetportale einsehbar. Nach der Entscheidung des Bundesarchivs wird die Plattform ARGUS ab 2019 abgelöst. Im Berichtszeitraum wurden deshalb Vorbereitungen getroffen, die Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs gemeinsam mit dem Bundesarchiv in der Rechercheanwendung Invenio zu präsentieren.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 553 679 Personenrecherchen bearbeitet, 424 625 Archivguteinheiten zur Benutzung bereitgestellt und 1 579 500 Seiten Schriftgut digitalisiert.

Digitalisierung und Aufbau eines digitalen Magazins

Der BStU informierte bereits im 12. und 13. Tätigkeitsbericht ausführlich über die strategischen Ziele der Digitalisierung und laufende Digitalisierungsprojekte. Nach wie vor bezweckt die Behörde damit den Schutz und die Sicherung des Archivguts sowie die Schaffung eines erleichterten Zugangs zu digitalisierten Quellen für die Öffentlichkeit. Parallel dazu wurden auch im jetzigen Berichtszeitraum die digitale Archivierung und der Aufbau

eines digitalen Magazins vorangetrieben. In diesem Bereich wurde die Partnerschaft zwischen Bundesarchiv und BStU sowie Erfahrungsaustausche mit anderen Archiven intensiviert (siehe Abschnitt 3.4). Zur Entwicklung eines digitalen Magazins wurde im Jahr 2017 eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Bundesarchiv gegründet. Sie soll eine Lösung finden, die in beiden Häusern trotz teilweise unterschiedlicher Anforderungen eingesetzt werden kann (siehe Abschnitt 3.4.3).

Nach wie vor ist im BStU die Digitalisierung zur Erhaltung und zum Schutz des Archivguts hoch priorisiert; darunter erstrangig die Digitalisierung der MfS-Ton- und -Videoaufzeichnungen, weil unterdessen die Lebensdauer der Trägermedien für diese Unterlagen aufgebraucht ist. Aber auch die fotografische Überlieferung wird sukzessive digitalisiert, um einerseits die Originale in ein sogenanntes ruhendes Fotoarchiv zu überführen (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 29) und andererseits Fotos auf Basis von Nitrozellulosefilm – wegen der damit verbundenen Gefahrensituation – abzulösen.

Eine andere Gefahr – nämlich die eines sich selbst beschleunigenden Zerfalls – besteht bei Mikrofilmen und Mikrofiches auf Azetatfilm. Hier digitalisiert der BStU, um den Verlust von Aufzeichnungen zu verhindern. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 1 328 Tonträger mit einer Laufzeit von gut 2 900 Stunden sowie 11 Filme digitalisiert und 184 Videokassetten in diversen historischen Formaten mit insgesamt ca. 191 Stunden Spielzeit gesichert. Parallel dazu entstanden 27 000 Masterdigitalisate von Fotografien (siehe Abschnitt 3.4.1).

Zeitgleich erfolgt die Digitalisierung aller Unterlagenarten zur erleichterten Nutzung (z. B. über Online-Findmittel), zur parallelen Verwendung durch mehrere Nutzende und zur Einbindung in Formate der Öffentlichkeitsarbeit (z. B. in die Stasi-Mediathek) und des Internetauftritts der Behörde sowie gleichzeitig zur Schonung der Originale (siehe Abschnitt 3.4.2). Zugunsten von Nutzerinnen und Nutzern stellt die Behörde inzwischen bei Medienanträgen, wenn dies gewünscht wird, Digitalisate online zum Herunterladen bereit (siehe Abschnitt 2.6).

1.2 Verwendung von Stasi-Unterlagen

Persönliche Akteneinsicht

Im Jahr 2017 wurden fast 49 000 Anträge zur persönlichen Akteneinsicht gestellt, erledigt wurden in diesem Jahr gut 61 000 Anträge. Im Jahr 2018 wurden rund 45 000 Anträge eingereicht, erledigt wurden knapp 56 000. Insgesamt beläuft sich seit Bestehen der Behörde diese Zahl auf über 3,2 Millionen, davon 2,1 Millionen Erstanträge. Die anderen Antragsarten sind Wiederholungsanträge, Anträge auf Entschlüsselung von Decknamen und Herausgabe von Kopien. Zunehmend werden Anträge von jüngeren Menschen gestellt. Dies drückt sich im wachsenden Anteil der Anträge zu verstorbenen oder vermissten nahen Angehörigen nach § 15 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) aus. Nach rund 10 Prozent aller Erstanträge im Jahr 2012 betrug der Anteil im Jahr 2018 knapp 17 Prozent.

In der Beratung der Bürgerinnen und Bürger hat der BStU die Erfahrung gemacht, dass sich manche Menschen erst jetzt entschließen, möglicherweise vorhandene Unterlagen zu ihrer Person einsehen zu wollen. Trotz fortschreitender Erschließung werden die damit verbundenen Erwartungen an Aufklärung über ihr persönliches Schicksal nicht immer erfüllt. Durch ein differenziertes Beratungsangebot versuchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesbeauftragten, den persönlichen Anliegen gerecht zu werden.

Personen, die in den Beständen der Stasi nicht erfasst sind, bekommen darüber binnen eines Vierteljahres eine Mitteilung; wenn nur eine Erfassung auf Karteikarten vorliegt, aber keine Unterlagen, erhalten sie eine Auskunft vom BStU spätestens nach sechs Monaten. Diese beiden Gruppen machen rund die Hälfte aller Anträge aus. Bei denjenigen, zu denen Unterlagen existieren, die für die Herausgabe nach StUG vorbereitet werden müssen (u. a. Anonymisierung), wurde im Berichtszeitraum die Zahl unerledigter Anträge deutlich abgebaut. Insgesamt sind ca. 31 500 Anträge unerledigt; vor zwei Jahren, Ende 2016, waren es über 54 000 Anträge.

Ersuchen zum Zwecke der Überprüfung von Personen

In diesem Berichtszeitraum lagen die Arbeitsschwerpunkte wiederum bei Ersuchen zu Mitgliedern der Parlamente und kommunaler Vertretungen, bei den Sicherheitsüberprüfungen sowie bei den Verwendungen in Ordensangelegenheiten. Die Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes hatte dagegen nicht mehr die Bedeutung wie noch in früherer Zeit.

Internationale Sportereignisse waren ein Anlass für den Deutschen Olympischen Sportbund, sich mit der Überprüfung von Personen in Leitungsfunktion teilnehmender Nationalmannschaften zu befassen. Ferner war der BStU mit Überprüfungersuchen zu neu- oder wiedergewählten Mitgliedern seines Beirats sowie seines Wissenschaftlichen Beratungsgremiums ebenso beschäftigt wie in Bezug auf Landesbeauftragte. Auch machten Aufarbeitungseinrichtungen Gebrauch davon, ihre Beschäftigten und Gremienmitglieder zu überprüfen. Nach gegenwärtiger Gesetzeslage laufen die Überprüfungsmöglichkeiten für alle vorgenannten Zwecke Ende 2019 aus, außer bei Ordensangelegenheiten und für in Aufarbeitungseinrichtungen tätige Personen.

Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Strafverfolgung

Die Rehabilitierung und Wiedergutmachung zugunsten von SED-Unrecht Betroffenen durch Gerichte und Behörden ist im Stasi-Unterlagen-Gesetz bei der Aufzählung von Zugangsmöglichkeiten zu Stasi-Unterlagen an vorderer Stelle genannt (§§ 20/21 Abs. 1 Nr. 1). Menschen, die von der staatlich gelenkten Strafgerichtsbarkeit der DDR entgegen rechtsstaatlicher Grundsätze verurteilt wurden und einen Freiheitszug erdulden mussten, haben Anspruch auf eine strafrechtliche Rehabilitierung. Durch Beschluss des zuständigen Landgerichts wird das Urteil aufgehoben und die betroffene Person vom Makel einer

„im Namen des Volkes“ verfügten unrechtmäßigen Kriminalisierung befreit.

Oft genug sind nur noch in den Archivablagen des Staatssicherheitsdienstes Hinweise auf erlittenes Unrecht vorhanden. Der BStU stellt sie auf Ersuchen hin zur Verfügung und wirkt auf diese Weise daran mit, die Wirkungen der SED-Diktatur auf die Lebensschicksale der hiervon Betroffenen wenn schon nicht zu beseitigen, so doch zumindest zu lindern.

Auch die Voraussetzungen für eine Wiedergutmachung zum Beispiel in Form von Geldleistungen für erlittene Haft oder der Aufhebung unrechtmäßiger Verwaltungsentscheidungen können durch Dokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv belegt werden. Im Berichtszeitraum wurden für die Zwecke der Rehabilitierung und Wiedergutmachung knapp 5 000 Ersuchen eingereicht. Vor diesem Hintergrund ist die Vereinbarung im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zu betrachten, dass die Fristen in den Rehabilitierungsgesetzen gestrichen werden sollen.

Ferner waren im Zeitraum dieses Berichts die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für Zwecke der Strafverfolgung für die Ermittlungsbehörden immer noch von Interesse. Wie auch schon in den letzten Berichtszeiträumen lag ein Schwerpunkt bei den unaufgeklärten, nicht verjährten Tötungsverbrechen. Daneben spielten Stasi-Unterlagen für die Ermittlungsbehörden bei ihren Recherchen wegen Taten mit terroristischem Hintergrund oder internationalem Waffenhandel ebenso eine Rolle wie im Hinblick auf Delikte einfacherer Kriminalität, selbst wenn diese erst in jüngster Zeit begangen worden waren. Auch bei diesen führte in Einzelfällen die Spur der Aufklärung zu Informationen mit Sach- und Personenbezug aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv.

Forschung und Medien

Das Interesse am archivalischen Erbe der Staatssicherheit blieb in den Bereichen Forschung und Medien im Berichtszeitraum auf gleichem Niveau wie im vorhergehenden. Insgesamt wurden in den Jahren 2017/2018 2 655 Anträge gestellt, wobei es sich hierbei oftmals um umfangreiche, mitunter mehrjährige und arbeitsaufwendige Forschungsvorhaben handelt. Wie bereits in den vorangegangenen Jahren überwiegen Anträge aus der Forschung mit einem Anteil von ca. zwei Dritteln. Journalistinnen und Journalisten sind aber nach wie vor eine wichtige Nutzergruppe, deren Anfragen zudem meist eine besondere Eilbedürftigkeit auszeichnet. Anträge aus den Bereichen Film und Fernsehen haben gerade in diesem Berichtszeitraum zu einigen Produktionen mit deutlicher öffentlicher Resonanz geführt. Aus dem Ausland kamen 392 Anträge, das entspricht einem Anteil von 15 Prozent. Insgesamt wurden für Zwecke von Forschung und Medien in den Jahren 2017/2018 über 990 000 Seiten in Kopie herausgegeben. Auch die audiovisuellen Überlieferungen der Staatssicherheit wurden intensiv genutzt und hierbei insgesamt 15 284 Kopien von Bild-, Film- und Tondokumenten zur Verfügung gestellt (siehe Abschnitt 4.3).

Um den Ansprüchen an die Nutzung der Unterlagen gerecht zu werden und Arbeitsabläufe effizienter gestalten zu können, setzt die Behörde verstärkt auf digitale Arbeitsverfahren (siehe Abschnitt 2.6). So erfolgt die Antragsbearbeitung zunehmend digital, von der Anonymisierung über die Nutzung im Lesesaal bis hin zur Übergabe erbetener Duplikate orts- und zeitunabhängig über eine Online-Plattform. Dieses Verfahren soll perspektivisch auf alle Antragsarten ausgedehnt werden.

Das Spektrum der beantragten Themen ist ausgesprochen vielfältig. Fast drei Jahrzehnte intensiver Aufarbeitung führen zu immer weiter ausdifferenzierten und interdisziplinären Ansätzen, auch dank des fortschreitenden Erschließungsstandes im Stasi-Unterlagen-Archiv wie auch in anderen Archiven von Bund, Ländern und Kommunen. An Jahrestagen und Jubiläen wächst das Antragsaufkommen entsprechend. Daneben lassen sich einige Tendenzen bzw. Verschiebungen bei den Themen beobachten. Weiterhin stark ist das Interesse an Fragestellungen, die sich mit Alltag und Leben in der SED-Diktatur beschäftigen. In den Blick genommen wurden dabei, mit großem medialem Echo, insbesondere Fragen von (sexuellem) Missbrauch und politisch motivierten Zwangsadoptionen. Verstärkt hat sich weiterhin der bereits in den Vorjahren zu beobachtende Trend zu Themen aus dem Bereich Kunst, Literatur und Kultur. Hier spiegeln sich letztlich entsprechende Trends und Forschungsdesigns der Geistes- und Kulturwissenschaften.

Der Anteil der Anträge zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus bzw. zu Fragestellungen, die personelle Kontinuitäten zwischen NS- und SED-Diktatur behandeln, ist gestiegen. Neben diktaturvergleichenden Ansätzen spielen immer wieder Aspekte der „Vergangenheitsbewältigung“ zu den beiden Diktaturen eine große Rolle. Daneben führte und führt das nach dem Fall Cornelius Gurlitt neu erwachte Interesse einer breiteren Öffentlichkeit am NS-Kunstraub auch zu umfangreichen Recherchen in den Überlieferungen der Stasi.

1.3 Forschung

Im Berichtszeitraum hat der BStU die Konzentration der Forschungsaktivitäten auf archivnahe Forschung in die Wege geleitet. Da die Überlieferungen der Staatssicherheit schwer durchschaubar sind, ist es eine vorrangige Aufgabe, diese für externe Forschung und gesellschaftliche Aufarbeitung durch quellenkundliche Forschung zu entschlüsseln. Im Rahmen des Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung“, der aus dem BMBF-Programm zur DDR-Forschung finanziert wird, leistet der BStU einen Beitrag durch Erstellung eines Spezialinventars zu diesem Thema.

Ein weiteres Beispiel für diesen quellenkundlichen Bereich ist die Kooperation des Forschungsbereichs mit dem Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste bei dessen Vorhaben, die Herkunft von Kulturgutgegenständen aufzuklären, die in der SBZ und DDR unrechtmäßig ihren Eigentümer wechselten. Informationen dazu sind in den Aktenbeständen des MfS zu erwarten. Da Forschungen

in diese Richtung jedoch quer zu den Zugängen erfolgen müssen, die üblicherweise in die Akten des Stasi-Unterlagen-Archivs führen, erstellt ein Team aus erfahrenen Mitarbeitern ein Spezialinventar, das den Weg für entsprechende Recherchen in unser Archiv bahnen soll. Mit dieser Dienstleistung unterstützt die Behörde des Bundesbeauftragten das aktuell stark beachtete Feld der Provenienzforschung.

Das Konzept einer archivnahen Forschung beinhaltet als zweite Säule die Erstellung von Editionen und Dokumentationen; dies wurde bereits in der Vergangenheit durch die Herausgabe der ZAIG-Editionen realisiert. Im Berichtszeitraum erschienen die Jahrgangsbände 1964 und 1968 der Reihe „Die DDR im Blick der Stasi“. Die hybriden Bände, die als gedruckte Auswahl-edition und als elektronische Volledition in einer Datenbank erscheinen, haben sich technisch weiterentwickelt: Dem Buch ist keine CD mehr beigegeben, sondern der Link auf die Datenbank im Netz, die für das erste Jahr exklusiv den Käufern des Bandes zur Verfügung steht. Erst danach gehen auch die neuen Berichte in die Gesamtdatenbank über, in der offen über alle bereits erschienenen Jahrgänge hinweg recherchiert werden kann. Zusätzlich hat die Editionsgruppe den Sammelband „Dem Volk auf der Spur“ vorgelegt, der verschiedenste Stimmungsberichte aus den letzten 150 Jahren analysiert und zum Vergleich mit den Berichten der Staatssicherheit einlädt. Er dokumentiert die wissenschaftliche Bedeutung des ZAIG-Projektes.

Die dritte Säule ist die Grundlagenforschung zum Staatssicherheitsdienst. Als Beispiel für eine verstärkte Dienstleistungsorientierung kann das begonnene Forschungsprojekt zu Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) gelten: Dazu soll eine umfassende Datenbank aufgebaut werden (siehe Kapitel 5).

Grundlegende Informationen zum Wirken der Staatssicherheit, insbesondere in ihrer Funktion für die Herrschaftssicherung der SED, hat der BStU in den Jahren 2017 und 2018 durch etliche neu erschienene Publikationen bereitgestellt. Die Einflussnahme der Staatssicherheit auf das Rechtssystem der DDR, hier exemplifiziert an der Rolle der Rechtsanwälte, wird in der Studie „Im goldenen Käfig“ untersucht. Zweitens beleuchtet die Untersuchung „Profiteur der Krise“ die Durchdringung von Kernindustrien durch die Geheimpolizei und fragt nach den Effekten dieser Intervention. Schließlich befassen sich gleich zwei Studien mit Haft und Haftbedingungen in der DDR, nämlich „Mythos Schwedt“ zur einzigen Haftanstalt der NVA, und „Honeckers Zuchthaus“ zur Haftanstalt in Brandenburg-Görden. Am Beispiel dieses Gefängnisses wird die maßgeblich vom MfS geprägte Struktur des Strafvollzugs in der DDR erläutert (siehe Kapitel 5). Zur Struktur des Staatssicherheitsdienstes aufschlussreich ist die exemplarische Studie zur Kreisdienststelle Nordhausen.

Um ein breites Publikum anzusprechen, das an der Geschichte seines Bundeslandes interessiert ist, wurde die Reihe „Stasi in der Region“ aufgelegt und fortgesetzt. Die Länderstudien zu Sachsen und Thüringen informieren umfassend, konkret und reich bebildert darüber, wie die

Staatssicherheit über vier Jahrzehnte hinweg in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Erfurt, Gera und Suhl gewirkt hat. Die Ergebnisse dieser regionalbezogenen Forschung wurden für den Ausbau der modularen Ausstellung des BStU genutzt (siehe Kapitel 6.4.2).

1.4 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Bei seiner Aufgabe der Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß StUG fokussiert sich der Bundesbeauftragte auf das Stasi-Unterlagen-Archiv und seinen besonderen Charakter. Das Stasi-Unterlagen-Archiv als Hinterlassenschaft der Geheimpolizei einer Diktatur ist ein Monument der Überwachung. Durch die Überwindung der Diktatur mit der Sicherung der Unterlagen ist es ein Symbol der Friedlichen Revolution und in seiner heutigen Verwendung ist es ein Mittel der Aufklärung. Für die Unterrichtung der Öffentlichkeit werden die historischen Orte in Berlin und in den Regionen genutzt. Durch vielfältige Angebote macht der BStU das Archiv für die interessierte Öffentlichkeit sichtbar und transparent.

Im Berichtszeitraum hat der Bundesbeauftragte die Kooperation mit den auf dem ehemaligen Gelände des Ministeriums für Staatssicherheit ansässigen Organisationen der Zivilgesellschaft intensiviert. Selbst hat der BStU insbesondere seine Online-Angebote ausgebaut und das Archiv der Zentralstelle durch die neue Ausstellung „Einblick ins Geheime“ mit zeitgemäßen Formaten erschlossen. Ein weiterer Schwerpunkt im Berichtszeitraum war die Regionalisierung der BStU-eigenen Ausstellungen durch ein modulares Konzept.

Lernort ehemalige Stasi-Zentrale

Das Ministerium für Staatssicherheit hatte über Jahrzehnte seinen Sitz in Berlin-Lichtenberg. Im Januar 1990 verschafften sich Demonstrierende Zutritt zu dem bis dahin abgeriegelten Areal und trugen dazu bei, die Vernichtung der Stasi-Akten zu stoppen. Der Bundestag hat sich mit seinem Beschluss vom Juni 2016 (Bundestags-Drs. 18/8705, siehe Anhang 6) zur „Fortentwicklung des Geländes Normannenstraße als ‚Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand‘“ bekannt. Dieses Ziel wird ebenso vom Land Berlin durch einen Beschluss des Abgeordnetenhauses mit dem Titel „‚Campus für Demokratie‘ in Lichtenberg auf den Weg bringen“ unterstützt: „Das Gelände der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit soll entsprechend dem Vorschlag des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu einem Ort der Erinnerung, des Gedenkens, der historischen Forschung und der politischen Bildung werden.“ (Drs. 18/0916 vom 13.3.2018) Der BStU präsentiert Interessierten auf dem Gelände der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ heute die Bestände, Geschichte und Funktion des Archivs auf vielfältige Weise. Gerade jüngere Generationen ohne eigene Erfahrungen mit DDR und deutscher Teilung können sich hier mit dem Wirken des MfS in der SED-Diktatur beschäftigen. Der BStU baute dafür seine Angebote im Berichtszeitraum aus.

Die Ausstellung des Stasimuseums in „Haus 1“ und die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ werden seit Mitte 2018 durch ein drittes Dauerangebot ergänzt: die Ausstellung „Einblick ins Geheime“ in „Haus 7“, das zum Archivbereich des BStU gehört. Es ist die erste umfassende Ausstellung zum einmaligen Bestand des Stasi-Unterlagen-Archivs. Auf vier Etagen gibt sie anhand von modernen Medienstationen, Originalexponaten aus dem Archiv und begehbaren Akten Einblicke in Entstehung und Nutzung der Unterlagen. Beispielfälle zu überwachten Personen und Informationen über hauptamtliche Mitarbeiter sowie deren Zuständigkeiten zeigen, was die Verwendung menschenrechtswidrig gesammelter Informationen für individuelle Biografien bedeutete. Besucherinnen und Besucher können sich an sieben Tagen pro Woche auch zur Arbeitsweise des Archivs heute informieren. Für die Ausstellung bietet der BStU begleitende Informationsmaterialien an, speziell für Schülerinnen und Schüler.

Im Berichtszeitraum entwickelte der BStU auch das wieder dem Bund gehörende ehemalige Offizierskasino „Haus 22“ zu einem Anlaufpunkt für Gäste der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“. Im gemeinsam mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. betriebenen Besucherzentrum im Erdgeschoss werden Audioguides für die Open-Air-Ausstellung sowie Publikationen und Kurzinfos des BStU angeboten. Im Medienraum werden Filme aus dem Stasi-Archiv gezeigt und können kleine Veranstaltungen durchgeführt werden. Der Saal im Obergeschoss bietet Platz für große Veranstaltungen. Beispielsweise richtete der BStU im Berichtszeitraum zweimal den „Tag der Pressefreiheit“ für Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V., der Stiftung Lesen und „Reporter ohne Grenzen“ aus. Die ganztägigen Veranstaltungen mit Podiumsdiskussion und Archivführung rückten den Wert von Presse- und Meinungsfreiheit in den Fokus.

Das Angebot des BStU für Schulen in der ehemaligen Stasi-Zentrale wurde in diesem Berichtszeitraum stärker als zuvor genutzt; dazu gehören sowohl Ausstellungsbesuche als auch modular aufgebaute archivpädagogische Projektstage. Mit der Fokussierung des Bildungsangebots auf den Lernort Archiv am historischen Ort (siehe 13. Tätigkeitsbericht, S. 14 und 59) intensivierte das Bildungsteam auch entsprechende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Außerdem erarbeitete es weitere Bildungsmaterialien und Angebote für spezielle Zielgruppen. Neben der Konzentration auf den Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ hat das Bildungsteam u. a. das begleitende Bildungsprogramm zu den Wanderausstellungen fortgesetzt. In den Außenstellen lag der Schwerpunkt der Bildungsarbeit auf Veranstaltungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, durchgeführt meist an den Archivstandorten oder an Orten früherer Repression.

Veranstaltungen und Archivführungen

Die Veranstaltungen der Zentralstelle des BStU finden überwiegend in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demo-

kratie“ statt. Als regelmäßiges Angebot wurde die Reihe „Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv. Aktuelles aus der Überlieferung der DDR-Geheimpolizei“ etabliert, mit 16 Veranstaltungen in den Jahren 2017 und 2018. Auch die Außenstellen folgten dem Prinzip, Arbeit und Wirken des MfS direkt am historischen Gegenstand der Akten anschaulich zu machen. In Veranstaltungsreihen wie „Stasi-Akte Spezial“ oder „Akten lesen“ stellen Außenstellen ihr Archiv und regionale Fälle aus den Unterlagen der Geheimpolizei vor. Die Einzelveranstaltungen konzentrierten sich auf regionale Themen oder griffen 2017 das 25-jährige Bestehen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes auf. Archivführungen wurden möglichst mit thematischen Veranstaltungen verbunden.

Ausstellungen und Schwerpunktstudien

Der regionale Ansatz, bereits früher ein wichtiger Baustein der Ausstellungen und Schwerpunktstudien des BStU, hat sich inzwischen zu einem grundlegenden integrativen Moment entwickelt. Über die klare Verortung von Ereignissen und Erfahrungen wird Geschichte für die Besucherinnen und Besucher konkret und nachvollziehbar, zugleich geben die regionalbezogenen Beispiele Einblick in kontextuelle Bedingungen. So zeigen die Fallbeispiele, die in dem modularen Ausstellungssystem „Die Stasi“, in den Regionalmodulen der Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ wie auch in den Schwerpunktstudien zur Stasi-Tätigkeit in den verschiedenen Regionen abgebildet sind, dem Publikum in konzentrierter Form einzelne Schicksale oder Ereignisse. Sie lassen darüber hinaus die Kausalitäten von Entscheidungen und Handlungen in der Diktatur sichtbar werden und sie vermitteln Basiskenntnisse zum Selbstverständnis der Stasi, zu ihren Zielen und Methoden. Wie wirkungsvoll der regionale Ansatz sowie die enge Verzahnung der Arbeitsbereiche Ausstellungen und Regionalstudien sind, belegt die positive Resonanz des Ausstellungs- und Lesepublikums.

Online-Kommunikation und Pressearbeit

Die digitale Präsenz des Stasi-Unterlagen-Archivs hat an Bedeutung gewonnen, parallel zu den veränderten Kommunikationsgewohnheiten von Menschen. Die im Jahre 2018 komplett überarbeitete Homepage „bstu.de“ ist die zentrale Informationsquelle zum BStU und zu Wissen rund um die Stasi. Mit einem mobilen und bildgeprägten Design trifft die Seite die zeitgemäßen Kommunikationsformen. In den sozialen Medien ist der BStU auf Facebook, Twitter, Instagram und seit 2017 auch auf YouTube vertreten. Auf diesen Plattformen ist insbesondere der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Tätigkeit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen unkompliziert möglich. Sie dienen aber auch der Werbung für die zentralen digitalen Informationsträger wie die Homepage und die „Stasi-Mediathek“.

Die 2015 gestartete „Stasi-Mediathek“ ist das digitale Schaufenster ins Archiv. Die Seite bietet einen intuitiven und multimedialen Zugang zu den Inhalten des Archivs mit Videos, Audios, Fotos und ausgewählten Dokumen-

ten. Das kuratierte und semantisch durchsuchbare Angebot richtet sich an Journalistinnen und Journalisten, geschichtlich interessierte Personen sowie Studierende und Lehrkräfte und wird von ihnen auch häufig genutzt. Ergänzend sind Zugänge zum Archiv digital auch über die Webseite der ZAIG-Edition (ddr-im-blick.de) sowie über die Findmittel auf der Plattform ARGUS möglich.

Online- und multimediale Aktivitäten sind mittlerweile auch ein zentraler Teil der Pressearbeit, die hier eng mit der Online-Kommunikation vernetzt ist. Die Pressestelle kommunizierte Themen der Behördenleitung sowie der Fachabteilungen über ihre Kanäle an Pressevertreter. Zudem war die Pressestelle für viele Journalistinnen und Journalisten aus dem In- und Ausland Ansprechpartner, die sich inhaltlich informieren oder einen Antrag für die Recherche in Stasi-Unterlagen stellen wollten.

1.5 Zukunft der Stasi-Unterlagen

Mit dem Beschluss „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“ (Bundestags-Drs. 18/8705 vom 7.6.2016, siehe Anhang 6) beauftragte der Deutsche Bundestag den Bundesbeauftragten, den Transformationsprozess der Stasi-Unterlagen-Behörde aus dem Amt des Bundesbeauftragten heraus einzuleiten und gemeinsam mit dem Bundesarchiv ein Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv zu erarbeiten. In dem Konzept soll die Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs und dessen internationale Vorbildwirkung gewährleistet werden. Damit würdigt der Deutsche Bundestag die Sicherung und den Zugang zu den Stasi-Unterlagen als ein Ergebnis der Friedlichen Revolution in der DDR.

Mit diesem Beschluss hat der Deutsche Bundestag den Grundstein für dauerhaften Erhalt und Nutzung der Stasi-Unterlagen und zur Entwicklung von zukunftsfähigen und stabilen Strukturen gelegt. Das Konzept wird auf Fach- und Leitungsebene beider Archive erarbeitet. Sein Ziel ist es darzustellen, wie durch die Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Strukturen des Bundesarchivs die großen Zukunftsherausforderungen gemeinsam besser bewältigt werden können. Das betrifft vor allem den dauerhaften konservatorischen Erhalt der Stasi-Unterlagen, die Sicherung der darin enthaltenen Informationen, die Digitalisierung und den Umgang mit den veränderten Anforderungen, die die Gesellschaft an ihre Archive stellt. Der Symbolwert und die internationale Vorbildwirkung des Stasi-Unterlagen-Archivs sollen durch die Sichtbarkeit seiner Eigenständigkeit auch weiterhin insbesondere an den historischen Orten gewährleistet werden.

Neben den Beratungen mit dem Bundesarchiv unter der Beteiligung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien tauschte sich der Bundesbeauftragte mit dem Beirat beim BStU, den Landesbeauftragten sowie Vertretern der Opferverbände in Ost- und Westdeutschland, der Gedenkstätten, der Landesarchive und unterschiedlichen Wissenschaftsinstitutionen aus.

2 Die Behörde des BStU

2.1 Organisation

Die Organisationsstruktur des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) blieb im Berichtszeitraum im Wesentlichen unverändert (siehe Anhang 1).

Von März 2016 bis Ende Februar 2018 fand eine flächendeckende Organisationsuntersuchung statt. Ziel dieser Untersuchung war es, Wege und Maßnahmen für eine effizientere Organisation zu ermitteln. Um die Organisationsuntersuchung sachgerecht und zeitnah realisieren zu können, hatte der BStU mit Unterstützung des Bundesverwaltungsamtes ein externes Beraterteam im Drei-Partner-Modell beauftragt, die Untersuchung in einem gemeinsamen Projektteam mit dem BStU zu realisieren. Sämtliche Bereiche der Behörde beteiligten sich an der Datenerhebung und den Aufgabenkritik-Workshops. Unter Berücksichtigung der im Handbuch zur Durchführung von Organisationsuntersuchungen des Bundesministeriums des Innern vorgegebenen methodischen Standards hatte die Organisationsuntersuchung folgende Schwerpunkte:

- die Erfassung der aktuellen Aufgaben und die Durchführung einer aufgabenkritischen Betrachtung (Zweck- und Vollzugskritik),
- die Ermittlung des zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Personalbedarfes,
- die Erarbeitung von Vorschlägen für die mittel- und langfristige Entwicklung der Organisation, um die Aufgaben realisieren zu können.

Die Organisationsuntersuchung hat ergeben, dass in keinem Bereich grundlegende Defizite bei der Aufgabenerledigung bestehen. Die praktizierten Prozesse sind grundsätzlich angemessen strukturiert und organisiert. In einigen Bereichen wurden – z. T. angesichts gesellschaftlicher Veränderungen und technischer Weiterentwicklungen – Neuausrichtungen und Optimierungen empfohlen. Neben den archivfachlichen Fragestellungen zu Bestandserhaltung und Erschließung betrifft dies beispielsweise die Umsetzung eines integrierten digitalen Prozesses, die Fortführung von Steuerung und Statistik und die Anpassung von Leitungsspannen. Die insgesamt ca. 300 sowohl von den Beschäftigten selbst erarbeiteten als auch von den Beratern entwickelten Verbesserungsvorschläge und Empfehlungen wurden geprüft und priorisiert.

Die Ergebnisse sind in einem umfangreichen Abschlussbericht zusammengefasst. Die wesentlichen Resultate wurden in Personalversammlungen in der Zentrale und den Außenstellen sowie im Intranet dargestellt.

2.2 Beirat

Beim BStU ist nach § 39 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) ein Beirat eingerichtet. Der BStU unterrichtet den Beirat über grundsätzliche und andere wichtige Angelegenheiten und berät diese mit ihm. Ihm gehören acht vom Deutschen Bundestag gewählte und neun von den ostdeutschen Län-

dern einschließlich Berlin benannte Mitglieder an (siehe Anhang 4). Die Entsendung von neun Mitgliedern durch die neuen Länder trägt dem besonderen Interesse an Aufarbeitung in diesen Bundesländern Rechnung. Im Gremium gab es erhebliche personelle Veränderungen: Während des Berichtszeitraums sind sieben Mitglieder neu in den Beirat gekommen, davon die meisten in der zweiten Jahreshälfte 2018. Vier wurden wieder bestellt. Als Nachfolger für den bisherigen Vorsitzenden Prof. Richard Schröder wurde in der Sitzung im November 2017 Jörn Mothes gewählt; Richard Schröder hatte dem Gremium über 25 Jahre angehört, davon fast 20 Jahre als Vorsitzender, und schied aus Altersgründen aus. Aus dem bisherigen Vorstand beehlt Ulrike Poppe die Position der ersten Stellvertreterin; als zweiter Stellvertreter wurde Prof. Horst Möller neu gewählt.

Im Berichtszeitraum fanden vier Sitzungen statt. Der Beirat beriet in zwei Sitzungen zwei Vorlagen der Behördenleitung zu den Auswahlkriterien zur Reduzierung von Behördenvorgängen (siehe Abschnitt 2.7) und nahm diese zustimmend zur Kenntnis. Das Gremium wurde von der Behördenleitung zu den für die Entwicklung der Behörde zentralen Themen, insbesondere zum Transformationsprozess einschließlich Zukunft der Außenstellen und Organisationsuntersuchung, fortlaufend informiert und beriet diese Berichte. Weitere Themen waren der Stand der manuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen und die Auslandsarbeit der Behörde. Schließlich beriet der Beirat den BStU zur Zukunft der Forschung beim BStU und befürwortete dabei die Teilnahme am Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Forschungsverbünde DDR-Geschichte“ und Möglichkeiten zu dessen Unterstützung. Schließlich gab er zu neu entwickelten, regional ausgerichteten Formaten aus dem Print- und Ausstellungsbereich Anregungen.

2.3 Personal

2.3.1 Personalbestand

Der Personalbestand des BStU ist im Berichtszeitraum deutlich zurückgegangen. Ende 2016 waren 1 601 Beschäftigte in der Behörde tätig (siehe 13. Tätigkeitsbericht, S. 16); zum Jahresende 2018 waren es 1 463 Beschäftigte (siehe im Anhang 3 die Grafik zur Personalentwicklung seit 1990). Personen, die nicht bei der Behörde tätig sind, weil sie in der Freistellungsphase der Altersteilzeit, Elternzeit o. Ä. sind, sind hierin nicht erfasst.

Gründe für diesen Rückgang sind insbesondere das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Nachbesetzungsmöglichkeit. Im Haushaltsjahr 2017 wurde dem BStU erneut eingeräumt, 40 Stellen mit kw-Vermerk wieder zu besetzen (kw = künftig wegfallend; diese Stellen dürfen nach dem Ausscheiden des oder der betreffenden Beschäftigten nicht nachbesetzt werden). Mit dem Haushaltsgesetz 2018 wurde eine kw-Schiebung im Umfang von 25 Stellen beschlossen.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde weiter gestärkt. 309 Beschäftigte nehmen individuelle Teilzeit-

modelle in Anspruch, davon sind 84 Prozent Frauen. Die Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen liegt seit 2006 dauerhaft über 10 Prozent. Von den 171 Führungskräften sind 102 weiblich. An alternierender Telearbeit können nun 37 Beschäftigte teilnehmen. Mit der neuen Dienstvereinbarung zu mobilem Arbeiten und Telearbeit ist zudem eine weitere Flexibilität bei kurzfristigem Bedarf (z. B. bei der Kinderbetreuung) möglich. Im Berichtszeitraum wurde ein weiteres Eltern-Kind-Büro, in der Außenstelle Halle, eingerichtet. Mit diesen Regelungen, einer aufgefächerten Fortbildung sowie einer systematischen Führungskräfteentwicklung (siehe folgender Abschnitt), vor allem aber einer flexiblen Arbeitszeitregelung stellt sich der BStU als attraktiver und familienfreundlicher Arbeitgeber dar.

2.3.2 Fortbildung und Personalentwicklung

Der mittel- und langfristigen Personalentwicklung und Fortbildung kommt nach wie vor eine wichtige Rolle zu. Neben den fachlichen Fortbildungen wurde auch weiterhin der Schwerpunkt auf eine systematische Führungskräftequalifizierung und -entwicklung gelegt.

Der BStU hat im Juni 2017 sein bestehendes Personalentwicklungskonzept aktualisiert und an die Veränderungen in der Behörde sowie die Erfordernisse einer zeitgemäßen Personalentwicklung angepasst. Auch wurden Wiedereinstiegshilfen für nach längerer Abwesenheit zurückkehrende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festgelegt. Die im Rahmen von Führungsworkshops entwickelten Führungsstandards sowie die Weiterentwicklung der Führungskräfte- und Mitarbeiterqualifizierung (siehe unten) sind nun ebenfalls Bestandteil des Personalentwicklungskonzepts. Damit Expertenwissen bei Personalabgängen nicht verloren geht, kann im Falle eines planbaren Ausscheidens bei Referats- und Sachgebietsleitern eine kurzzeitige überlappende Stellenbesetzung zum Zwecke des Wissenstransfers ermöglicht werden. Ferner wurden die Qualifizierungsmöglichkeiten um die Förderung des Masterstudiengangs „Archivwissenschaft“ erweitert.

In das Personalentwicklungskonzept wurde erstmalig ein internes Rotationsverfahren aufgenommen, welches sich an alle Beschäftigten des BStU richtet. Durch das Kennenlernen unterschiedlicher Arbeitsprozesse, Funktionsweisen und Organisationseinheiten sollen übergreifendes Fachwissen entstehen und Synergieeffekte genutzt werden. Die Rotation soll daneben für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter positive Effekte haben, die Arbeitsmotivation dauerhaft erhöhen und die eigene Flexibilität steigern. Das Konzept sieht einen Verwendungswechsel nach fünf bis zehn Jahren vor und basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Soweit möglich und bei Vorliegen der Voraussetzungen werden die Rotationswünsche unter Berücksichtigung der dienstlichen Interessen seither umgesetzt.

Zum Thema „Die Führungsstandards in der praktischen Zusammenarbeit“ wurden im Berichtszeitraum für alle Teams insgesamt 91 Workshops in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) durchgeführt. Flankierend hierzu wurden drei Mitarbeiter-

und Führungskräfteforen angeboten. Diese neuen Formate verstehen sich als Dialogplattform und bieten neben Impulsvorträgen zu Themen wie z. B. Führung und Zusammenarbeit, Gesundheit und Zukunftsfähigkeit der Behörde auch vielfältige Möglichkeiten für einen abteilungsübergreifenden Austausch. Die Führungskräfte wurden darüber hinaus zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz geschult.

In der Vergangenheit regelmäßig durchgeführte Bildungsveranstaltungen beim BStU wurden fortgesetzt: Fachseminare für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Fach- und Kompetenzfortbildungen an der BAKöV sowie Workshops für die Ausbilderinnen und Ausbilder zur Stärkung der Ausbildungskompetenz und zum Erfahrungsaustausch. Hinzu kamen Fachseminare zu Verwaltungsthemen und archivspezifische Angebote der Archivschule Marburg und der Fachhochschule Potsdam. Darüber hinaus haben alle Beschäftigten des BStU in der Regel jährlich bzw. zweijährlich die Möglichkeit, sich für eine Weiterqualifizierung zur/zum Verwaltungsfachwirt/in beim Bundesverwaltungsamt, die Fernweiterbildung Archiv an der Fachhochschule Potsdam, den Angestelltenlehrgang I Bund an der Verwaltungsakademie Berlin sowie für das Fernstudium Verwaltungsmanagement an der Hochschule des Bundes zu bewerben. Die seit einigen Jahren erfolgreich durchgeführten Supervisionen beim BStU, insbesondere für die in den Auskunftsbereichen in der Zentralstelle und den Außenstellen Tätigen, wurden im Berichtszeitraum fortgeführt.

2.3.3 Ausbildung

Im September 2017 begannen 21 junge Frauen und Männer ihre Ausbildung beim BStU: zwölf Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, acht Kaufleute für Büromanagement sowie ein Fachinformatiker. Mit Ausbildungsbeginn im Herbst 2018 kamen weitere 18 Auszubildende hinzu, davon zehn Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, sieben Kaufleute für Büromanagement sowie ein Fachinformatiker. Insgesamt erlernen damit derzeit 58 Auszubildende einen Beruf beim BStU. 2017 beendeten 13 und im Folgejahr 12 junge Menschen nach drei Jahren ihre Ausbildung beim BStU. 15 von ihnen wurden anschließend unbefristet oder zumindest befristet weiterbeschäftigt.

In der Zentralstelle werden weiterhin Volontäre und Referendare ausgebildet. Darüber hinaus kann in ausgewählten Außenstellen der Behörde ein freiwilliges soziales Jahr absolviert werden. Ferner bietet die Behörde in der Zentralstelle und den Außenstellen Praktikumsplätze an. Die Anwärterinnen und Anwärter der Hochschule des Bundes werden bei der Platzvergabe bevorzugt berücksichtigt. Ebenso werden Auszubildende anderer Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden vorrangig zum Praktikum aufgenommen.

2.3.4 Betriebliches Gesundheitsmanagement

Das betriebliche Gesundheitsmanagement wird konzeptionell neu ausgerichtet. Es wurde ein umfangreicher

Gesundheitsbericht für das Jahr 2016 erstellt und die gegenwärtigen Strukturen des betrieblichen Eingliederungsmanagements überprüft. Ergänzend dazu wurden mit einer qualitativen sozialwissenschaftlichen Erhebungsmethode tiefergehende Analysen mittels Experteninterviews durchgeführt. Mit der Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen sollen konkrete Handlungsfelder zu gesundheitsbezogenen Situationen direkt am und rund um den Arbeitsplatz eruiert werden, um anschließend gezielte Maßnahmen einzuleiten.

Mit einem verbesserten betrieblichen Gesundheitsmanagement möchte sich die Behörde für die Herausforderungen des sozialen und demografischen Wandels aufstellen.

2.3.5 Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes

Der BStU hat im Berichtszeitraum seine Bemühungen fortgesetzt, ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gemäß der gesetzlichen Vorgabe in § 37a StUG im Rahmen der Zumutbarkeit ihren Fähigkeiten entsprechend und unter Berücksichtigung sozialer Belange auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb der Bundesverwaltung zu versetzen.

Von den ursprünglich 47 betroffenen Personen waren Ende 2018 noch neun ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes beim BStU tätig. Für vier von diesen wird nach Versetzungsoptionen gesucht; für die in Außenstellen tätigen Personen gestaltet sich diese Suche schwierig, da es in Wohnortnähe keine aufnahmebereiten Bundesbehörden gibt. Bei weiteren fünf Mitarbeitern der Behörde muss mittlerweile aus Altersgründen von einer Versetzung abgesehen werden.

2.4 Haushalt

Aufgrund von Umstrukturierungen des Haushaltsplanes des Bundes existieren seit dem Haushaltsjahr 2016 zwei Kapitel, die die Haushaltsmittel des BStU abbilden. Das Kapitel 0455 ist das Kapitel des BStU. Es wird ergänzt durch das Zentralkapitel 0451, welches einen Teil der Einnahmen und Ausgaben verschiedener anderer Kapitel des Einzelplanes 04 – neben denen des BStU – ausweist.

Die Gesamtausgaben des BStU im Haushaltsjahr 2017 beliefen sich auf 106 550 000 Euro, wovon 104 614 000 Euro dem Kapitel 0455 zuzurechnen sind und weitere 1 936 000 Euro dem Zentralkapitel 0451. Von diesen Haushaltsmitteln wurden für Personalausgaben 79 310 000 Euro (74,4 Prozent) und für sächliche Verwaltungsausgaben 20 463 000 (19,2 Prozent des Gesamthaushaltes) verbraucht. Weiterhin wurden Ausgaben für Investitionen in Höhe von 5 574 000 Euro (5,3 Prozent) und Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 1 203 000 Euro (1,1 Prozent des Gesamthaushaltes) verausgabt.

Für das Haushaltsjahr 2018 wurden Mittel in Höhe von insgesamt 100 603 000 Euro (98 573 000 Euro im Kapitel 0455 und 2 030 000 Euro im Kapitel 0451) verausgabt, davon für Personalausgaben 78 383 000 Euro (78,0 Prozent). Die Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben

beliefen sich auf 18 942 000 Euro (18,8 Prozent). Weitere Haushaltsmittel sind für Investitionen in Höhe von 2 564 000 Euro (2,5 Prozent) abgeflossen. Die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse betragen insgesamt 715 000 Euro (0,7 Prozent).

Für das Haushaltsjahr 2019 sind Ausgaben in Höhe von 109 958 000 Euro (107 310 000 Euro im Kapitel 0455 und 2 648 000 Euro im Kapitel 0451) bewilligt worden, wovon für Personalausgaben Mittel in Höhe von 82 963 000 (75,4 Prozent) zur Verfügung stehen. Die Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben sind im Haushaltsplan auf 20 053 000 Euro (18,2 Prozent) veranschlagt. Weitere Haushaltsmittel sind für Investitionen in Höhe von 5 120 000 Euro (4,7 Prozent) eingeplant. Für Zuweisungen und Zuschüsse sind Mittel in Höhe von 1 822 000 Euro (1,7 Prozent) kalkuliert worden.

2.5 Liegenschaften

Die Planungen zum Liegenschaftskonzept zwecks Zusammenführung der Zentralstelle, des Erhalts sowie der Fortentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale als authentischer Erinnerungsort und der Ansiedlung eines mit dem Bundesarchiv gemeinsamen Archivzentrums in Berlin-Lichtenberg (Magdalenenstraße) wurden fortgeführt. Als erstes Projekt zur Entwicklung dieses Standortes wurde im Dezember 2017 die Planung zur Sanierung des „Hauses 22“ und des „Hauses 7“ (Nordflügel) begonnen. Hierzu werden derzeit die Genehmigungsunterlagen erstellt. Der Baubeginn ist für 2021/2022 geplant. Ein Schwerpunkt in den Jahren 2017/2018 waren die Ausbaumaßnahmen im „Haus 7“ (West). Diese dienen der Schaffung eines neuen und repräsentativen zentralen Zuganges, der Herrichtung der Foyerbereiche des Haupttreppenhauses unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten und der baulichen Vorbereitung von Bereichen für die neue Ausstellung „Einblick ins Geheime“.

Zur Veränderung der Struktur der Außenstellen (gemäß Gedenkstättenkonzept und Bundestagsbeschluss vom Juni 2016) hat der Bundesbeauftragte verstärkt ab Herbst 2016 Gespräche mit den Vertretern der ostdeutschen Landesregierungen geführt. Diese betrachten die von der Stasi hinterlassenen Archivalien als wichtige Zeugnisse des Wirkens der SED-Diktatur in den ehemaligen DDR-Bezirken und als herausragendes Kulturgut ihres Bundeslandes. Vor dem Hintergrund der Besetzungen der Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Dezember 1989 sind die Stasi-Unterlagen und ihre heutige Nutzung zu einem Symbol der Friedlichen Revolution geworden. Die Landesregierungen sehen daher vom Bund getragene Archivstandorte für die Stasi-Unterlagen als wichtigen Teil der regionalen Aufarbeitungslandschaft.

Ergebend aus den Beratungen mit den Vertretern der Länder, betrachtet der BStU die Weiterentwicklung von Archivstandorten unter Abwägung der folgenden Kriterien:

- archivgerechte Lagerung der Unterlagen,
- effiziente Arbeitsstrukturen in Archiv und Verwaltung,

- Nutzung der historischen Orte in der Vermittlung,
- Einbindung in die regionale Gedenkstätten-, Bildungs- und Forschungslandschaft,
- regionale Präsenz und Ansprechbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger, dabei Beachtung der regionalen Orientierung der Bevölkerung.

Nach Betrachtung der einzelnen Standorte mit ihrer jeweiligen Entwicklungsperspektive, unter Abwägung der genannten Kriterien und mit dem Ziel einer Konzentration hat der BStU die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien gebeten, die konkrete Eignung von Liegenschaften und Flächen mittels Machbarkeitsstudien durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu prüfen, und zwar für Brandenburg in Cottbus, für Mecklenburg-Vorpommern in Rostock, für Sachsen in Leipzig, für Sachsen-Anhalt in Halle und für Thüringen in Erfurt. Hierbei sollen insbesondere auch die Möglichkeiten des Umbaus von bestehenden Gebäuden sowie An- und Neubauten geprüft werden.

Im Falle der Konzentration von Archivstandorten plant der BStU, an den bisherigen Standorten eine Präsenz in Form von Informationsbüros zu sichern, in denen Antragsberatung, Antragstellung und Akteneinsicht als bürgernahe Dienstleistungen angeboten werden, solange vor Ort ausreichender Bedarf besteht. Als geeignete Orte für die Informationsbüros bieten sich insbesondere Gedenkstätten oder die Beratungsstellen der Landesbeauftragten an. Zudem plant der BStU, seine mobilen Beratungsangebote ausgehend von regionalen Bedarfen in den Rathäusern der Kommunen und mit Kooperationspartnern weiterzuentwickeln.

Bis zur Umsetzung der vorstehenden Planungen müssen für drei Außenstellen Übergangsregelungen geschaffen werden. Die Außenstelle Chemnitz soll in dem bereits durch das Sächsische Staatsarchiv genutzten Gebäude untergebracht werden. Die dortige Liegenschaft wird für die Anforderungen des BStU, vor allen Dingen eine archivgerechte Unterbringung der Materialien unter bestandserhaltenden Gesichtspunkten sicherzustellen, hergerichtet. Der Umzug in die neue Liegenschaft, mit dem darüber hinaus Synergieeffekte mit dem Staatsarchiv erzielt werden sollen, ist für Ende 2019 vorgesehen. Für die Außenstelle Gera wird im Jahre 2019 der bestehende Mietvertrag auslaufen. Der Standort soll aus wirtschaftlichen Gründen vorerst beibehalten werden. Dies soll auch unter dem Aspekt der geplanten regionalen Maßnahmen des BStU geschehen. Der Abschluss eines neuen Mietvertrages für die Außenstelle Dresden im Juli 2018 erfolgte ebenfalls unter der Prämisse, den existierenden Standort für die nächsten Jahre zu erhalten.

2.6 Informationstechnik und Informationssicherheit

Der BStU nimmt am Informationsverbund Berlin/Bonn teil und realisiert darüber die informationstechnischen Verbindungen zwischen allen Liegenschaften. Er orientiert sich dabei am Leitsatz, keine Entscheidungen zu treffen, die der laufenden technischen Weiterentwicklung der

IT-Infrastruktur in der Bundesverwaltung und der geplanten späteren Konsolidierung im Wege stehen.

Auf der CeBIT im März 2017 wurde ein neues Verfahren der Antragstellung präsentiert, das es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, digital über den Internetauftritt des BStU einen Antrag auf Akteneinsicht zu stellen und sich dabei mit dem neuen Personalausweis zu authentifizieren (siehe Abschnitt 4.1).

Zudem stellt der BStU seit November 2017 bei Medienanträgen, wenn dies gewünscht wird, Digitalisate auf einer Online-Plattform zum Herunterladen bereit. Die Ausdehnung dieses Angebots auf Forschungs- und Bürgeranträge ist in Arbeit. Darüber hinaus wurde, nachdem die erforderlichen Leitungskapazitäten geschaffen wurden, in der Außenstelle Schwerin Anfang 2018 in einem Pilotprojekt eine Digitalisierungsstrecke eingerichtet, u. a. um die digitale Antragsbearbeitung in den Außenstellen voranzutreiben. Erprobt wird diese Form der Antragsbearbeitung in den drei Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern Schwerin, Rostock und Neubrandenburg sowie in der Außenstelle Leipzig. Der Ausbau der Digitalisierungsstrecken in den Außenstellen sowie der Zentrale ist vorgesehen. Hierfür müssen die technischen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Die für die Herausgabe von Unterlagen in digitaler Form gebotene gebührenrechtliche Anpassung bei der Stasi-Unterlagen-Kostenordnung an die aktuellen Entwicklungen steht nach wie vor aus.

Die Konzeption und Umsetzung der Service-Dienstleistungen erfolgte unter Einbeziehung des IT-Zentrums des Bundes, wie überhaupt zu speziellen Fachthemen externe Beratung hinzugezogen wurde. Beispielhaft seien hier die Zusammenführung einzelner Fachanwendungen zu einer Gesamtanwendung zu nennen, vorrangig um den Auskunftsservice für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, und die Umsetzung der Speicher- und Datensicherungstechnologie.

Um die Nutzung der Infrastruktur des Bundes verlässlich gegen verstärkt stattfindende Cyberangriffe und steigende Spam-Flut abzusichern, wurde ressortübergreifend ein umfangreiches Paket von Regeln und Mindeststandards abgestimmt und in Kraft gesetzt.

Das gemeinsame Handeln basiert auf dem gültigen BSI-Gesetz, dem Sicherheitsgesetz mit seinen Meldepflichten. Bezüglich der gemeinsamen Sicherheitsziele sind für den BStU alle Aktivitäten hervorzuheben, die den durchgängigen Einsatz der geforderten Transportverschlüsselung in der Version 1.2 befördern. Als Erfolg wertet der BStU in Zeiten steigender Cyberkriminalität und immer ausgefeilterer Angriffsszenarien – auch verstärkt auf öffentliche Institutionen, dass es zu keinem Sicherheitsvorfall kam, der über einen einzelnen Arbeitsplatz-computer hinausging.

2.7 Datenschutz

Der Bundesbeauftragte hat sich wie andere Behörden mit dem Thema Datenschutz anlässlich des Wirksamwerdens

der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) befasst. Dabei ist zunächst das Verhältnis StUG und DSGVO zu betrachten: Beim StUG handelt es sich um ein Spezialgesetz gegenüber allen anderen Gesetzen, die Regelungen zur Übermittlung personenbezogener Informationen enthalten (siehe § 43). Der Zugang zu den Stasi-Unterlagen und deren Verwendung sind dort abschließend geregelt. Damit stellt das StUG insbesondere eine Spezialregelung gegenüber den allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorschriften dar. Dies gilt auch im Hinblick auf die DSGVO, die in allen EU-Mitgliedsstaaten unmittelbar anwendbar ist und die durch die allgemeinen nationalen Regelungen zum Datenschutz ergänzt wird. Die Verordnung sieht vor, dass die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke und für wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke weitgehend in den Mitgliedstaaten geregelt werden kann. Beim StUG handelt es sich um eine solche Spezialregelung für die Verwendung der Stasi-Unterlagen, die damit grundsätzlich sowohl gegenüber den Vorschriften der DSGVO als auch dem Bundesdatenschutzgesetz vorrangig ist. An den Stellen, an denen das StUG auf allgemeine datenschutzrechtliche Regelungen verweist (§ 6 Abs. 9 hinsichtlich Begriffsbestimmungen, § 41 Abs. 1 S. 2 für die automatisierte Verarbeitung von Informationen), ist lediglich durch den Gesetzgeber noch eine redaktionelle Anpassung an die neuen Vorschriften zum Datenschutz erforderlich.

Trotz der umfangreichen neuen Vorschriften der Datenschutzgrundverordnung haben sich die meisten materiell-rechtlichen Prinzipien, die auch bereits vom Bundesdatenschutzgesetz gefordert wurden, nicht geändert. Der BStU hat aufgrund seines gesetzlichen Auftrages und angesichts der Tatsache, dass die in den Stasi-Akten befindlichen personenbezogenen Daten vom MfS widerrechtlich erhoben wurden, von Beginn seiner Tätigkeit an besonderes Augenmerk auf ein den höchsten Ansprüchen des Datenschutzes genügendes Niveau gelegt. Ein verantwortungsvoller Umgang mit den Unterlagen entsprechend den Vorgaben aus der DSGVO hat weiterhin hohe Priorität. So wurde der von der Verordnung geforderten Erweiterung der Informationsrechte durch modifizierte Datenschutzerklärungen Rechnung getragen, und zwar in erster Linie für die Antragsteller nach StUG, aber auch für Personen, die zu Veranstaltungen des BStU eingeladen und deren Daten für diesen Zweck in Verteilern gespeichert werden.

Der BStU hat Anfang 2018 nach zustimmender Kenntnisnahme des Beirats, Konsultation der Landesbeauftragten und Abstimmung mit dem Bundesarchiv mit einer Reduzierung seiner Registraturablagen begonnen. Dies ist erforderlich, um dem Datenschutzgesetz sowie dem Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Mittelverwendung zu genügen, denn andernfalls hätten zusätzliche Lagerflächen angemietet werden müssen. Der Umfang der Verwaltungsvorgänge beim BStU beläuft sich aktuell auf ca. 25 000 lfd. M. Durch die Bereinigungsarbeiten wurden bis zum Ende des Berichtszeitraums ca. 200 000 Verwaltungsvorgänge datenschutzgerecht vernichtet.

Die Registraturablage umfasst ausschließlich Verwaltungsvorgänge (und nicht Stasi-Unterlagen), die aus der Bearbeitung von Anträgen und Ersuchen in der Auskunftsabteilung des BStU entstanden sind und gemäß § 40 Abs. 2 StUG zu Dokumentationszwecken über die erfolgten Bearbeitungsschritte und die Verwendung der Informationen aus den eigentlichen Archivunterlagen mindestens bis zum Ablauf von zehn Jahren nach Abschluss der Bearbeitung aufbewahrt werden müssen. Die dauerhafte Verwahrung und Verwendung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes im Archiv des BStU ist davon unberührt.

Bei der Bereinigung werden Verwaltungsvorgänge, deren gesetzliche Aufbewahrungsfrist gemäß StUG abgelaufen ist und die zur zukünftigen Bearbeitung der Anträge und Ersuchen nicht mehr benötigt werden, aus den Registraturablagen entfernt und datenschutzgerecht vernichtet. Bei der Auswahl der zu vernichtenden Vorgänge wurden alle Fachbereiche einbezogen und die Hinweise der oben genannten externen Stellen berücksichtigt. Bei Anträgen zur persönlichen Akteneinsicht z. B. werden demnach alle diejenigen aufbewahrt, die mit Archiv-Unterlagen beauftragt wurden, um im Falle eines Wiederholungsantrags nachvollziehen zu können, welche Informationen aus den Unterlagen den Antragstellenden bereits vorliegen und welche zwischenzeitlich durch die fortschreitende Erschließung zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können. Gegenwärtig werden auch alle Vorgänge behalten, die Zurarbeiten des BStU zu bestimmten Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsanträgen betreffen. Bei weiteren Verwendungszwecken wird eine Auswahl von Fällen aufbewahrt, die in zeitlicher, regionaler oder in für das Handeln des MfS struktureller Hinsicht exemplarisch sind. Eine künftige Nutzung für Zwecke der „Aufarbeitung der Aufarbeitung“ soll ermöglicht werden. Hierzu erfolgte auch ein Austausch mit den Landesbeauftragten.

3 Archivbestände

3.1 Arbeitsschwerpunkte

Bestimmende Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum waren die archivische Erschließung, die Erarbeitung von Online-Findmitteln, die präventive Bestandserhaltung, der Ausbau von Digitalisierungsprozessen sowie die Bearbeitung von Personen- und Sachrecherchen.

Richtungsweisend für die Zukunft war die Erstellung zweier Fachkonzepte: zur Bestandserhaltung und zur Erschließung. Das Bestandserhaltungskonzept, das mit dem Bundesarchiv abgestimmt wurde, skizziert den grundsätzlichen Handlungsbedarf, benennt die hauptsächlichen Handlungsfelder auf lange Sicht und beziffert verschiedene Kostenszenarien. Das Fachkonzept zur Erschließung, in das die konzeptionellen Vorüberlegungen aus den Vorjahren einfließen, enthält ebenfalls Kostenaussagen zu verschiedenen Handlungsszenarien, je nach Breite und Intensität des künftig gewählten Erschließungsansatzes. In beide Fachkonzepte sind Erkenntnisse eingeflossen, die im Rahmen der Organisationsuntersuchung durch Interviews mit Führungskräften und Fachleuten im Bundesarchiv, im Sächsischen Staatsarchiv, im Landesarchiv

Nordrhein-Westfalen und im Historischen Archiv der Stadt Köln geführt wurden. Beide Fachkonzepte stellen die Basis dar, um in den kommenden Jahren die Arbeiten sowohl bei der Bestandserhaltung als auch der weiteren Erschließung zu strukturieren und durch Feinkonzeptionen zu detaillieren.

Im Rahmen der Fachgespräche mit dem Bundesarchiv zur Zusammenarbeit beider Archive wurden nicht nur grundlegende Verständigungen zur künftig gemeinsamen archivischen Nutzung des Standorts Magdalenenstraße und zum Aufbau gemeinsamer Ressourcen für die Bestandserhaltung und Digitalisierung erreicht. Es war auch möglich, einige konkrete Vereinbarungen zu treffen. Hierunter zu nennen sind a) die Vereinbarung zum Erfahrungsaustausch und zur gegenseitigen Unterstützung zwischen den Restaurierungswerkstätten von Bundesarchiv und Bundesbeauftragtem für die Stasi-Unterlagen (BStU), b) die Beteiligung des BStU an der Ausbildung beim Bundesarchiv für den gehobenen Archivdienst (durch Absolvierung eines Abschnittes des praktischen Vorbereitungsdienstes beim BStU), c) die Vertiefung der Zusammenarbeit im Projekt BASYS, ausgedrückt durch eine neue Verwaltungsvereinbarung zwischen beiden Häusern, d) die Unterstützung seitens des Bundesarchivs bei der sicheren Verwahrung von im BStU-Archiv identifizierten Nitratfilmen, worüber ebenfalls eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen wurde, sowie e) die Bereitstellung der im BStU entwickelten Lösung zur Speicherung und Bereitstellung digitaler Objekte an das Bundesarchiv.

Insgesamt sind nunmehr etwa 42 000 lfd. M. Schriftgut personen- und sachbezogen recherchierbar. Weitere ca. 66 000 lfd. M. Schriftgut sind personenbezogen zugänglich. Das bedeutet, dass vom gesamten Bestand an Schriftgut etwa 38 Prozent über einen sachthematischen Zugang und 97 Prozent über einen personenbezogenen recherchierbar sind. Der Gesamtumfang der papiergebundenen Überlieferung beläuft sich auf insgesamt ca. 111 laufende Kilometer. Im Bereich der Fotosammlung sind mittlerweile über 1 450 000 von insgesamt über 1 850 000 Fotos erschlossen (knapp 79 Prozent). Der Erschließungsstand der Tonaufzeichnungen beträgt 88 Prozent (ca. 20 500 von insgesamt ca. 23 250 Tondokumenten/-trägern). Der Bestand an Filmen und Videos (2 865 Stück) ist grundsätzlich erschlossen; gelegentlich ergeben sich anlässlich der Verzeichnung anderer Archivgutarten noch einzelne Zuwächse. Ebenfalls gesondert bilanziert wurde im Berichtszeitraum erstmals der Bestand an Karten, Plänen und Plakaten. Der Erschließungsstand liegt hier bei Karten und Plänen bei etwa 18 Prozent (ca. 41 550 von insgesamt ca. 232 000 Stück). Die Plakatsammlung ist vollständig erschlossen. Schließlich wurden im Berichtszeitraum 553 679 Personenrecherchen in den Karteibereichen bearbeitet, 424 625 Archivguteinheiten in den Magazinbereichen zur Benutzung bereitgestellt und 1 579 500 Seiten Schriftgut digitalisiert.

An materialintaktem – d. h. nicht zerrissenem – Schriftgut wurden im Berichtszeitraum ca. 1 530 lfd. M. bearbeitet. Das schloss in der Hauptsache die Verzeichnung dieser

Unterlagen in der IT-Fachanwendung Sachaktenschließung (SAE, siehe Abschnitt 3.3.2) ein, in geringfügigem Maß auch die Aussonderung von Materialien. Letztere stehen damit, weil ihre archivfachliche Entbehrlichkeit festgestellt wurde, grundsätzlich als Dauerleihgaben für Einrichtungen und Gedenkstätten zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte (z. B. für Ausstellungszwecke) zur Verfügung.

Vorrang bei der Erschließung hatten weiter jene Überlieferungsteile, die 1989/1990 in den Dienstzimmern der Staatssicherheit nur ungeordnet geborgen werden konnten und daher bislang nicht zugänglich waren. Darüber hinaus wurden verschiedene Aktengruppen aus den vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bereits archivierten Unterlagen (den sogenannten Archivbeständen) verzeichnet. Des Weiteren wurden etwa 130 600 Fotos, ca. 640 Ton- und 16 Film-/Videoaufzeichnungen erschlossen. Auch in diesem Berichtszeitraum konnte die Erschließungsarbeit an einer Reihe von Unterlagen aus den MfS-Dienstseinheiten abgeschlossen werden, so z. B. an den MfS-Teilbeständen Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR), Abteilung BCD (Bewaffnung und Chemischer Dienst) sowie an weiteren Teilbeständen aus den Bezirksverwaltungen des MfS.

Im Berichtszeitraum wurden 90 Online-Findmittel neu erarbeitet sowie sieben Findmittel wesentlich erweitert. Fortgesetzt wurde auch die Erstellung von Online-Findmitteln, die gleichzeitig auf digitalisiertes Archivgut führen. Dieses kann dadurch im Internet systematisch über die Online-Findmittel erreicht und durchgesehen bzw. (bei Tonaufzeichnungen) angehört werden.

Insgesamt hat das Stasi-Unterlagen-Archiv mittlerweile 320 Online-Findmittel veröffentlicht. Diese enthalten ca. 105 000 Titelangaben von Archivgut und führen zusammen zu etwa 49 300 Seiten von digitalisiertem Archivgut sowie zu 220 digitalisierten Tondokumenten (siehe Abschnitt 3.3.1).

Bereits in früheren Tätigkeitsberichten wurde dargelegt, wie sich der BStU den Herausforderungen des digitalen Wandels stellt, der auch die Archive betrifft. Im Berichtszeitraum setzte der BStU Schutz und Sicherung des Archivguts fort und erleichterte den Zugang für Antragstellende und die Öffentlichkeit durch Bereitstellung digitaler Reproduktionen. Bei der Aufgabe der digitalen Archivierung und Langzeitverfügbarkeit wurden die Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv als auch der Erfahrungsaustausch mit anderen Archiven des Bundes fortgeführt.

Hinsichtlich der Digitalisierungsvorhaben hat nach wie vor die Digitalisierung von MfS-Ton- und -Videoaufzeichnungen, deren Trägermaterialien zerfallen, höchste Priorität (siehe Abschnitt 3.4.1). Ferner wurden Fotodokumente mit dem Ziel, die Originale in ein sogenanntes ruhendes Fotoarchiv zu überführen (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 29), und vielfach nachgefragtes Schriftgut im Zuge der Nutzung digitalisiert, um die Originale zu schützen. Mittlerweile wurden 2 851 040 Seiten für die Nutzung digitalisiert.

Fragen der Bestandserhaltung nehmen für den BStU einen immer größeren Stellenwert ein. Das im Berichtszeitraum erarbeitete Fachkonzept Bestandserhaltung benennt hierzu auch die dringlichsten Klärungspunkte. So besteht weiter Handlungsbedarf schon deshalb, weil der Großteil des Archivguts nach wie vor in Räumen untergebracht werden muss, die nicht allen Anforderungen an die fachgerechte Lagerung genügen. Auch die systematische Verpackung von Unterlagen zum Schutz vor äußeren Einflüssen und zum besseren Transport wird fortgesetzt.

Im Berichtszeitraum erfolgten auch einige provenienzbedingte Bestandsbereinigungen. Gleichzeitig konnten erneut einige Stasi-Unterlagen festgestellt und an den BStU zurückgeführt werden, die gemäß Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) dem Verwahrmonopol des BStU unterliegen. An Unterlagen fremder Provenienz, die keine Bearbeitungsspuren des MfS trugen, wurden im Berichtszeitraum etwa 0,3 lfd. M. an andere Archive abgegeben. In den Archivbestand des BStU zurückgeführt wurden indessen etwa 10 lfd. M. Unterlagen sowie sieben Tonkassetten und 82 Tonbänder.

Bereits seit 2008 leistet die Urkundenuntersuchung des Landeskriminalamtes (LKA) Berlin dem BStU Amtshilfe bei der Sichtbarmachung anonymisierter Textstellen von Stasi-Unterlagen. Diese Schwärzungen und Rasuren hatten Stasi-Mitarbeiter vorgenommen, um Zusammenhänge zwischen Klarnamen, Registraturangaben und Decknamen zu verbergen. Insbesondere bei der Decknamenentschlüsselung (siehe Abschnitt 4.1.1) und bei der Karteirecherche erweist sich die Unterstützung des LKA als wertvoll. Insgesamt wurden in den vergangenen zehn Jahren 173 Untersuchungsmaterialien übergeben. Bei mehr als der Hälfte der Fälle konnten die Urkundenspezialisten mit ihren Untersuchungen und Gutachten dem BStU wertvolle Informationen liefern.

Für die Bundessicherungsverfilmung, zum Zweck des Kulturgutschutzes, kooperiert der BStU weiter mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Ziel eines gemeinsamen Projektes bleibt es, Kriterien für eine Auswahl von Stasi-Unterlagen zur Digitalisierung und anschließenden Verfilmung zu entwickeln. Die verfilmten Unterlagen sind zur Einlagerung im zentralen Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Im Katastrophenfall stünden dann diese verfilmten Informationen zur Verfügung. Ziel und erste Ergebnisse des Projektes sind sowohl der Fachwelt als auch der allgemeinen Öffentlichkeit in Vorträgen vorgestellt worden. Darüber hinaus erschien 2018 zu diesem Thema im Tagungsband des 87. Deutschen Archivtags 2017 „Massenakten, Massendaten – Rationalisierung und Automatisierung im Archiv“ der Beitrag „Bestandserhaltungsmanagement für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR“.

Die Archivarinnen und Archivare des BStU wirken des Weiteren an der Unterrichtung der Öffentlichkeit mit (siehe Kapitel 6) und sind in Fachprojekten tätig, um die archivischen Kernaufgaben auch zukünftig effektiv und mit Blick auf die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer und die Notwendigkeiten einer sicheren und authentischen

Langzeitsicherung fortführen zu können. In diesem Kontext stehen insbesondere das – gemeinsam mit dem Bundesarchiv betriebene – Projekt BASYS (siehe Abschnitt 3.3.2) sowie verschiedene Vorhaben zur analogen oder digitalen Langzeitsicherung und Konservierung (siehe Abschnitte 3.4 und 3.5).

3.2 Erschließungsergebnisse

3.2.1 Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums

Die Überlieferung der Stasi-Unterlagen besteht im Wesentlichen aus zwei Schriftgutgruppen: einerseits den sich zum Zeitpunkt der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes noch in Verwendung befindlichen Unterlagen der einzelnen Dienststellen, andererseits den bereits vom MfS archivierten Akten. Beide Schriftgutarten sind umfangmäßig – sowohl in der Zentralstelle als auch in den Außenstellen – in vergleichbarem Ausmaß überliefert.

3.2.1.1 Ablagen des MfS-Zentralarchivs

Die bereits vom MfS archivierten Unterlagen wurden von der Abteilung XII (Auskunft/Speicher) verwaltet. Das Zentralarchiv setzte sich aus neun sogenannten Archivbeständen und zwei Speichern zusammen. Darin abgelegt wurden vom MfS als aufbewahrungswürdig eingestufte, meist personenbezogene Akten, insbesondere die zentral registrierpflichtigen Unterlagen. Die dort aufgefundenen Unterlagen im Umfang von etwa 20 040 lfd. M. sind grundsätzlich über die Karteien des MfS personenbezogen recherchierbar. Etwa 1 980 lfd. M. sind zudem inzwischen nach sachthemenatischen Gesichtspunkten verzeichnet, im Berichtszeitraum waren es 168 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurde die Erschließungskonzeption für diese Archivbestände weiterentwickelt. Die thematische Erschließung zu Vorgängen des Archivbestands 1 (Vorgänge mit audiovisuellen Medien) sowie zu den Archivierten Untersuchungsvorgängen der Jahrgänge 1950 – 1961 konnte im Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Die Erschließung des Archivbestands 5 (Geheime Ablage) wurde fortgesetzt. Insgesamt wurden 52 lfd. M. erschlossen.

Die archivierten Ablagen der HA IX/11 (Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen) wurden inzwischen abschließend erschlossen, mit Ausnahme der Aktenkategorie AK – Auskunftersuchen (810 von derzeit 818 lfd. M., das entspricht 99 Prozent; siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 28). Die Aktenkategorien ZUV – Zentrale Untersuchungsvorgänge, VgM – Verbrechen gegen die Menschlichkeit, UTA – Untertägige Anlagen, AB – Allgemeine Berichte beinhalten Untersuchungen und Dossiers zu den von Wehrmacht, Polizei und SS während des Zweiten Weltkrieges verübten Verbrechen. Von der Hauptabteilung IX/11 bearbeitete Rechtshilfeersuchen verschiedener europäischer Länder und Amtshilfeersuchen des Generalstaatsanwalts der DDR nehmen einen breiten Raum der Überlieferung ein. Gleiches gilt für Überprüfungsvorgänge zu Personen auf Vorliegen einer NS-Belastung (Auskunftersuchen, Personenauskünfte, Allgemeine Schreiben, All-

gemeine Vorgänge und die Messesonderkartei). Während Spezifische Vorgänge und Forschungsvorgänge zur Dokumentation des antifaschistischen Widerstandskampfes bzw. zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von der Diensteinheit angelegt worden sind, geben die Allgemeinen Berichte Auskunft zu Einheiten der Wehrmacht. Die Aktenkategorie SMT – Sowjetische Militärtribunale enthält Gnadengesuche und Anfragen zum Schicksal von durch die sowjetische Besatzungsmacht Verurteilten.

3.2.1.2 Bis 1990 kurrentes Schriftgut der zentralen MfS-Dienstseinheiten

Die bis zuletzt in den Dienstseinheiten des MfS zirkulierenden Akten wurden überwiegend ungeordnet überliefert. Ihre archivische Erschließung war daher von Anfang an vordringlich. Von den zentralen MfS-Dienstseinheiten sind Unterlagen (einschließlich nachträglicher Übernahmen, Aktenfunde und bereits rekonstruierter zerrissener Seiten) im Gesamtumfang von knapp 24 200 lfd. M. überliefert. Bei einem Erschließungsstand von gegenwärtig 84 Prozent verbleibt eine Restmenge von knapp 3 775 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurden 708 lfd. M. Unterlagen aus den zentralen MfS-Dienstseinheiten geordnet sowie personen- und sachthematisch verzeichnet. Die Erschließungsarbeiten an Unterlagen des Teilbestands Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR) wurden im Jahr 2018 abgeschlossen. Der Teilbestand umfasst insgesamt 643 lfd. M. Eine breite Überlieferungslage liegt bei der Auswertungs- und Kontrollgruppe, der Abteilung Äußere Abwehr sowie der Abteilung Grenzkommando Mitte vor. In der Abteilung Luftstreitkräfte/Luftverteidigung sind sehr umfangreiche Sicherheitsüberprüfungen von Offiziersschülern der Offiziershochschulen dieser Abteilung überliefert, die im Berichtszeitraum erschlossen wurden.

Ebenfalls beendet werden konnte die Erschließung des Teilbestandes Abteilung BCD (Bewaffnung und Chemischer Dienst). Der Umfang des erschlossenen materialintakten Archivgutes beläuft sich auf 98 lfd. M. Der Abteilung des MfS oblag die Bereitstellung von Waffen, Munition und chemischen Ausrüstungen sowie die Einleitung von Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Mitarbeiter des MfS vor den Wirkungen des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen. Sie war außerdem an der Planung und Durchführung internationaler Waffengeschäfte beteiligt und zuständig für die Erteilung von Jagderlaubnissen sowie die Genehmigung des Erwerbs von und des Handels mit Jagdwaffen für Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes.

Die Erschließung der Unterlagen der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) wurde fortgesetzt und steht mit 98 Prozent kurz vor dem Abschluss. Ebenso wurde die archivische Bearbeitung der Unterlagen der Hauptabteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) weiter geführt und steht bei 94 Prozent. Die Erschließung der Unterlagen der Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) dauert aktuell an. Hier sind 85 Prozent von insgesamt ca. 810 lfd. M. erschlossen. Auch die Erschließung des Teilbestandes Hauptabteilung PS (Personenschutz) wurde weiter ver-

folgt. Hier sind aktuell 75 Prozent von insgesamt ca. 426 lfd. M. erschlossen.

Die materialintakten Unterlagen der Abteilung X (Internationale Verbindungen) sind seit längerem erschlossen. In den vergangenen Jahren konnten auch die sogenannten vorvernichteten Unterlagen dieses Teilbestands zu einem großen Teil rekonstruiert und erschlossen werden. Dieses Schriftgut wurde in der Auflösungsphase des MfS von Mitarbeitern der Staatssicherheit per Hand zerrissen, konnte aber durch eine Projektgruppe des BStU manuell rekonstruiert werden (siehe Abschnitt 3.6.1). Entstanden sind aus diesen stark verunordneten Unterlagen etwa 950 Akteneinheiten, deren Verzeichnung Anfang 2017 abgeschlossen wurde. Die Überlieferung dokumentiert insbesondere die Zusammenarbeit des MfS mit den Geheimdiensten der sozialistischen Staaten. Die Erschließung von Unterlagen des Teilbestands Wachregiment „Feliks E. Dzierżyński“ wurde fortgeführt. Hier sind aktuell 64 Prozent von insgesamt ca. 894 lfd. M. erschlossen.

Wieder aufgenommen wurden die Arbeiten am Teilbestand BdL (Büro der Leitung), der Auskunft gibt über die innere Dienstorganisation des Staatssicherheitsdienstes. Die Unterlagen dokumentieren besondere Vorkommnisse, aber auch vertrauliche Absprachen, sobald sich bei der Bearbeitung von Bürgereingaben Bezüge zum Staatssicherheitsdienst herausstellten. Im Berichtszeitraum wurden etwa 44 lfd. M. erschlossen.

Die Erschließungsarbeiten am Teilbestand ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) wurden kontinuierlich weitergeführt. Aktuell sind 1 241 lfd. M. von insgesamt 1 422 lfd. M. verzeichnet (87 Prozent). Bei den Unterlagen aus dem ZAIG-Bereich 1 (Auswertung, Information) wird die Priorisierung mit der Forschungsabteilung des BStU abgestimmt. Dies erfolgt im Zusammenhang mit der Edition der geheimen Lage- und Stimmungsberichte an die Partei- und Staatsführung (siehe Abschnitte 5.2.1 und 5.3.1). Darüber hinaus wurden weitere Unterlagen des ZAIG-Bereichs 3 (Elektronische Datenverarbeitung) verzeichnet. Abgeschlossen wurden im Berichtszeitraum die Verzeichnungsarbeiten an den Unterlagen des ZAIG-Bereichs 6 (Öffentlichkeitsarbeit).

3.2.2 Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen einschließlich der Kreisdienststellen

Priorität bei der Erschließung hatten nach wie vor die Unterlagen der Dienstseinheiten der Bezirksverwaltungen (BV), der Kreisdienststellen (KD) und der Objektdienststellen (OD). Denn zu diesen ungeordnet überlieferten Unterlagen bestand weder ein personenbezogener noch ein thematischer Zugang (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 8 f.). Für die Überlieferung von 12 von 15 ehemaligen Bezirksverwaltungen ist – teils schon seit mehreren Berichtszeiträumen – ein Erschließungsstand von 100 Prozent der materialintakten, d. h. nicht zerrissenen Unterlagen in Papierform erreicht worden. Im Berichtszeitraum wurde für die MfS-Bestandsbereiche Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle und Potsdam ein Erschließungsstand

von 100 Prozent erreicht. In der Außenstelle Dresden fehlen noch unter ein Prozent, in Leipzig knapp 1,5 Prozent, in Suhl knapp 8 Prozent. Nach Abschluss der Verzeichnung steht sowohl in den Außenstellen als auch in der Zentralstelle die Veröffentlichung von Online-Findmitteln im Vordergrund. Die sachthematische Erschließung der bereits personenbezogen nutzbaren archivierten Ablagen der Abteilungen XII (Auskunft/Speicher) des MfS wird sich im Interesse einer optimalen Zugänglichkeit für Forschung und Aufarbeitung anschließen. Der Überlieferungs- und Erschließungsstand für die Außenstellen des BStU ist in Tabelle 1 zusammenfassend dargestellt.

Die Erschließungsergebnisse des Berichtszeitraums werden im Folgenden – zur leichteren Orientierung geordnet nach Bundesländern und darunter nach den ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen – beispielhaft dargestellt.

3.2.2.1 Land Berlin

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Berlin** wurden drei Online-Teilfindmittel zu den von der Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung (BV) Berlin für die SED-Bezirksleitung Berlin erstellten „Parteiinformationen“ zu den Stadtbezirken Berlin-Hohenschönhausen, Berlin-Hellersdorf und Berlin-Pankow erarbeitet. Daneben wurden für den Teilbestand der Abt. IX (Untersuchungsorgan) sowie für die Überlieferungen der Kreisdienststellen (KD) Pankow und Hohenschönhausen Findmittel erstellt. Da die vom MfS in eigenen Ablagen archivierten Unterlagen in der BV Berlin erst 1986 eingeführt wurden, sind die Unterlagen der BV bis dahin unmittelbar im MfS-Zentralarchiv archiviert.

3.2.2.2 Land Brandenburg

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Cottbus** wurden im Berichtszeitraum aus einer Rückführung rund 17 lfd. M. Unterlagen der Abteilung RD (Rückwärtige Dienste) erschlossen. Bei diesen Unterlagen handelt es sich um Bauunterlagen für Gebäude der Stasi-Bezirksverwaltung Cottbus. In den vergangenen zwei Jahren wurden überwiegend Schriftgut und technische Zeichnungen zu verschiedenen Bauvorhaben der BV Cottbus (Neubau des Nachrichtenkomplexes, des Bezirkssendezentrums und der Tagungsstätte) erschlossen. Darüber hinaus wurden Vorgänge aus der Archivierten Ablage zum Landesverband Hessen des Bundes der Mitteldeutschen und zur katholischen Studentengemeinde Cottbus sachthematisch erschlossen.

Zur Abteilung XV (Aufklärung) wurde ein neues Online-Findmittel veröffentlicht. Im Rahmen der manuellen Rekonstruktion (siehe Abschnitt 3.6.1) konnten die Arbeiten an den VSH-Karteikarten aus der Kreisdienststelle Luckau beendet werden.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder)** wurden letzte Restanten erschlossen, sodass auch hier ein Erschließungsstand von 100 Prozent der materialintakten Unterlagen in Papierform erreicht ist. Zudem wurden die Formular- und Vordrucksammlung im Berichtszeitraum weiter ergänzt und mehrere Vorgän-

ge aus der Archivierten Ablage zum Bundesnachrichtendienst, zum Bundesamt für Verfassungsschutz, zu Fremdenlegionären und zum Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) erschlossen. Sie stehen damit – hinzukommend zur personenbezogenen – auch für eine thematische Benutzung zur Verfügung. Ein neues Online-Findmittel wurde zum Teilbestand Arbeitsgruppe des Leiters erstellt.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Potsdam** wurden sowohl die Erschließung der Kartensammlung als auch die der letzten, nicht eindeutig provenienzmäßig zugeordneten Stasi-Unterlagen abgeschlossen. Damit ist auch für diese Bezirksverwaltung die Erschließung der materialintakten Unterlagen in Papierform abgeschlossen.

Für den Teilbestand Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) und für die Arbeitsgruppe XXII (Terrorabwehr) wurden im Berichtszeitraum Online-Findmittel erarbeitet.

Ebenso liegt unterdessen ein online recherchierbares Findmittel zum Archivbestand „Allgemeine Sachablage“ vor, der zu den bereits von der Staatssicherheit archivierten Unterlagen gehört.

3.2.2.3 Land Mecklenburg-Vorpommern

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg** bildete im Berichtszeitraum die Erstellung des Online-Findmittels zur Überlieferung der Abteilung Kader- und Schulung der BV Neubrandenburg einen Schwerpunkt der Erschließungsarbeiten.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Rostock** wurde das Findmittel zum Leiter der BV erarbeitet und online gestellt. Ausführlich überarbeitet wurde das Findmittel zur Abteilung RD (Rückwärtige Dienste).

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Schwerin** konzentrierte sich die Arbeit auf die Erstellung von fünf Online-Findmitteln: zur AGL (Arbeitsgruppe des Leiters) der BV Schwerin, zur Abteilung II (Spionageabwehr), zur Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), zur Abteilung RD (Rückwärtige Dienste) und zur Abteilung M (Postkontrolle).

3.2.2.4 Freistaat Sachsen

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Dresden** wurde im Berichtszeitraum die Erschließung des Teilbestands Abteilung II (Spionageabwehr) sowie der Formularsammlung beendet und weiter an der Abteilung OT (Operative Technik) gearbeitet. Bei den Unterlagen aus der Abteilung OT ist auf die umfangreiche Überlieferung an Fotomaterial hinzuweisen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Aufnahmen der hauptamtlichen Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Dresden bei dienstlichen und privaten Anlässen. Für die Unterlagen der BKG (Bezirkskoordinierungsgruppe), der AG XXII (Terrorabwehr), der Abteilung M (Postkontrolle) und des Selbständigen Referates PS (Personenschutz) wurden Online-Findmittel publiziert.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt** wurden neue Online-Findmittel zu den Unterlagen der Kreisdienststellen Karl-Marx-Stadt/Land,

Tabelle 1

Überlieferungen der Bezirksverwaltungen und der Zentralstelle des MfS und deren Erschließungsstände

Stand: Dezember 2018

Bundesland/ehemalige MfS-Bezirksverwaltung	Gesamt- bestand lfd. M.	davon vom MfS archivierte Ablagen ¹ lfd. M.	davon Unterlagen der Diensteinheiten ²			
			lfd. M.	davon erschlossen ³ lfd. M.	%	Rest lfd. M.
Berlin	2 327	1 125	1 202	1 202	100	0
Berlin	2 327	1 125 ⁴	1 202	1 202	100	0
Brandenburg	10 749	5 118	5 631	5 631	100	0
Cottbus	2 922	1 284	1 638 ⁴	1 638	100	0
Frankfurt (Oder)	3 083	1 670	1 413 ⁴	1 413	100	0
Potsdam	4 744	2 164	2 580 ⁴	2 580	100	0
Mecklenburg-Vorpommern	7 945	4 919	3 026	3 026	100	0
Neubrandenburg	2 383	1 447 ⁴	936	936	100	0
Rostock	3 199	2 179 ⁴	1 020	1 020	100	0
Schwerin	2 363	1 293 ⁴	1 070	1 070	100	0
Sachsen	21 600	9 958	11 642	11 555	99,3	87
Dresden	8 258	3 277 ⁴	4 981	4 945	99,2	36
Karl-Marx-Stadt	7 620	4 349 ⁴	3 271	3 271	100	0
Leipzig	5 722	2 332 ⁴	3 390	3 339	98,5	51
Sachsen-Anhalt	13 595	4 248	9 347	9 347	100	0
Halle	6 774	2 400	4 374 ⁴	4 374	100	0
Magdeburg	6 821	1 848	4 973 ⁴	4 973	100	0
Thüringen	12 128	5 810	6 318	6 145	97,3	173
Erfurt	4 396	2 255 ⁴	2 141	2 141	100	0
Gera	3 933	2 016 ⁴	1 917	1 917	100	0
Suhl	3 799	1 539 ⁴	2 260	2 087	92,3	173
Bezirksverwaltungen	68 344	31 178	37 166	36 906	99,3	260
Zentralstelle	44 240	20 040	24 200	20 424	84,4	3 776
BStU gesamt	112 584	51 218	61 366	57 330	93,4	4 036

1 Schriftgut einschließlich audiovisueller Medien (Datenträger, Mikrofiches, Filme usw.).
Die Unterlagen sind grundsätzlich personenbezogen nutzbar.

2 Schriftgut einschließlich Karteien sowie audiovisueller Medien im unerschlossenen Bestand (Rest).

3 Die aufgeführten Umfänge sind personen- und/oder sachbezogen erschlossen.

4 Einschließlich der sogenannten aktiven registrierten Vorgänge.

Karl-Marx-Stadt/Stadt, Klingenthal und Oelsnitz zur Verfügung gestellt.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Leipzig** wurden vorrangig die Unterlagen bearbeitet, die bisher noch keinen Diensteinheiten zugeordnet waren und deren Provenienz zu klären war. Zahlreiche, auch bereits abschließend bearbeitete Teilbestände, erfuhren dadurch Zuwächse an Überlieferung. Zudem konnten Karteien der Abt. XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) neu zugeordnet werden. Um den allgemeinen Zugang zu Erschließungsinformationen über die Unterlagen der Diensteinheiten zu erleichtern, wurden Findmittel zu den Teilbeständen Leiter der BV Leipzig, zur Abt. XII (Auskunft, Speicher), der Arbeitsgruppe AuE (Aktionen und Einsätze) sowie zur AKG (Auswertungs- und Kontrollgruppe) erarbeitet und online gestellt.

3.2.2.5 Land Sachsen-Anhalt

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Halle** konzentrierte sich die Erschließungstätigkeit im Berichtszeitraum auf die vollständige Nutzbarmachung der Unterlagen der Diensteinheiten und erreichte dieses Ziel durch Erschließung des Teilbestandes Abteilung KuSch (Kader und Schulung) und des Bestandes der Kreisdienststelle (KD) Quedlinburg. Darüber hinaus wurde die Kartensammlung der Bezirksverwaltung (BV) mit ca. 6 200 Kartenblättern zugänglich gemacht und ist nunmehr ebenfalls sachthematisch recherchierbar.

Die Verzeichnung der manuell rekonstruierten Unterlagen der KD Eisleben, bei denen es sich überwiegend um Personenakten handelt, wurde beendet. Nunmehr kann rekonstruiertes Material zu den bedeutendsten Wirtschaftseinrichtungen des Kreises, dem VEB Mansfeld Kombinat „Wilhelm Pieck“ und dem VEB Braunkohlenkombinat „Gustav Sobottka“ Röblingen bereitgestellt werden. Parallel dazu erfolgte die Veröffentlichung von Online-Findmitteln zur Abteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr), zum Selbständigen Referat PS (Personenschutz) sowie zu den Kreisdienststellen Aschersleben, Gräfenhainichen, Halle, Halle-Neustadt, Querfurt, Weißenfels und Wittenberg.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg** wurden neue Online-Findmittel zur Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) und zum Selbständigen Referat BCD (Bewaffnung und Chemischer Dienst) zur Verfügung gestellt.

3.2.2.6 Freistaat Thüringen

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Erfurt** wurde auch ein Erschließungsstand von 100 Prozent der materialintakten Unterlagen in Papierform erreicht. Im Berichtszeitraum wurden insbesondere Baupläne und topografische Karten erschlossen. Neue Online-Findmittel wurden zu Unterlagen der Kreisdienststellen Apolda, Eisenach und Heiligenstadt veröffentlicht.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Gera** wurde ein Erschließungsstand von 100 Prozent der materialintakten Unterlagen in Papierform durch Abschluss der

Verzeichnungsarbeiten am Teilbestand Abteilung KuSch (Kader und Schulung) und an der Formularensammlung erreicht. Zudem wurden neue Online-Findmittel zu Unterlagen der Diensteinheit Abteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr), der BKG (Bezirkskoordinierungsgruppe) sowie zum MfS-Archivbestand „Allgemeine Sachablage“ fertiggestellt.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Suhl** konzentrierten sich die Erschließungsarbeiten in den vergangenen beiden Jahren auf die Teilbestände Abteilung Fin (Finanzen), ZPL (Zentrale Parteileitung) sowie Abteilung KuSch (Kader und Schulung). Weiter in Bearbeitung befinden sich die Teilbestände BdL (Büro der Leitung), Abteilungen VIII (Beobachtung, Ermittlung), XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), MD (Medizinischer Dienst) und der BKG (Bezirkskoordinierungsgruppe) sowie die der Kreisdienststellen Bad Salzungen und Sonneberg. Des Weiteren wurde die Verzeichnung von manuell rekonstruierten Unterlagen aus dem Teilbestand KD Meiningen fortgesetzt und die Erfassung von überlieferten MfS-Vordrucken begonnen. Zudem wurden Online-Findmittel zur Abt. XI (Chiffrierwesen), zum Selbständigen Referat PS (Personenschutz), zur Abteilung 26 (Telefonüberwachung) und der AG Geheimschutz veröffentlicht.

3.2.3 Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten

3.2.3.1 Filme und Videos

Die Überlieferung an Filmen und Videos des MfS ist zu 100 Prozent erschlossen. Die Gesamtmenge beträgt aktuell 2 865 Stück. Zuwächse ergeben sich nur noch dann, wenn Filme oder Videos – insbesondere in bislang unverzeichneten Akten – gefunden werden. Im Berichtszeitraum wurden 15 Filme und ein Video (Außenstellen und Zentrale) erschlossen.

Bei den Film- und Videoaufnahmen handelt es sich zu meist um operative Beobachtungen sowie um konfiszierte Filme aus dem privaten Umfeld. Inhaltlich hervorzuheben ist eine Beobachtung des Eingangs des Missionshauses der katholischen Pfarrgemeinde St. Josef in Ilmenau am 6. November 1983, als anlässlich der Weihe dieser neu errichteten Kirche ein feierliches Hochamt stattfand.

3.2.3.2 Tondokumente

Mittlerweise sind 20 500 von 23 250 Tondokumenten erschlossen (88 Prozent). Den Schwerpunkt der Erschließung von Tondokumenten der Diensteinheiten des MfS und der Bezirksverwaltungen (BV) bildeten auch in diesem Berichtszeitraum die Tonträger, die im Zusammenhang mit der Erschließung des dazugehörigen Schriftgutes aus noch unerschlossenen Bündeln oder den archivierten MfS-Ablagen zugänglich gemacht werden sollen. Übernahmen aus Rückführungen führten zum Teil zu einer Ergänzung der bereits erschlossenen Tondokumente. Die Prüfung auf Mehrfachüberlieferungen erfolgt kontinuierlich in Vorbereitung der Bestandssicherungen durch Digitalisierung. Die Erschließung der Tondokumente der Bezirksverwal-

tungen ist überwiegend beendet. In der abschließenden Bearbeitung befindet sich der Bestand der BV Erfurt.

Im Berichtszeitraum wurden weitere Teilbestände der Dienstseinheiten des MfS abschließend überarbeitet und Findmittel dazu online publiziert. Dazu gehören die Teilbestände HA I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen), HA II (Spionageabwehr), VRD (Verwaltung Rückwärtige Dienste), VEB SHB (Spezialhochbau) und SdM (Sekretariat des Ministers). Ein Teil der Findmittel ist mit den entsprechenden Tondigitalisaten verknüpft, sodass die Dokumente online angehört werden können.

3.2.3.3 Fotodokumente

Als Fotosammlung des BStU werden lose, oft in Bündeln überlieferte Fotodokumente verstanden. Fotos in Akten gehören nicht dazu, da sie im Verbund mit dem Schriftgut verbleiben und in diesem Zusammenhang erschlossen werden. Die im 13. Tätigkeitsbericht konstatierte Verzögerung bei der Fotoerschließung konnte durch strukturelle Änderungen und die Neuorganisation der Nutzung von Foto-, Film- und Videodokumenten beseitigt werden. Im Berichtszeitraum wurden 130 600 Fotografien erschlossen. Damit liegen etwa 1,45 Millionen von insgesamt über 1,85 Millionen Fotodokumenten erschlossen vor (ca. 79 Prozent).

Fortgeführt wurde die Erschließung der Fotografien der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe), der Hauptabteilungen II (Spionageabwehr), III (Funkaufklärung, Funkabwehr), VIII (Beobachtung, Ermittlung), XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) sowie der VRD (Verwaltung Rückwärtige Dienste), der ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe Flucht/Übersiedlung), der SED-Kreisleitung und der HA PS (Personenschutz) sowie der BV Berlin.

3.2.3.4 Maschinenlesbare Daten

Im Berichtszeitraum wurde der Nachweis über die maschinenlesbaren Daten des MfS quantitativ abgeschlossen. Insgesamt sind damit 106 Archivbestände maschinenlesbarer Daten nachgewiesen. Qualitativ wird der Nachweis auch zukünftig um neu gewonnene Erkenntnisse (z. B. Angaben zum Dienstobjekt und Laufzeit des EDV-Projektes) sowie um technische (z. B. vom MfS genutzte Hardware, Betriebssystem und Dateistruktur) und inhaltliche Informationen (z. B. Bedeutung der Feldnamen oder Erstellen von Beispieldatensätzen) ergänzt. Es wurde damit begonnen, die digitale Langzeitarchivierung der elektronischen Datenüberlieferung des MfS im Rahmen der gemeinsamen Entwicklung eines digitalen Magazins mit dem Bundesarchiv (siehe Abschnitt 3.4.3) zu konzipieren.

3.3 Findmittel

3.3.1 Online-Findmittel

Insgesamt hat das Stasi-Unterlagen-Archiv mittlerweile 320 Online-Findmittel veröffentlicht. Diese enthalten rund

105 000 Titelangaben von Archivgut und führen zusammen zu etwa 49 300 Seiten von digitalisiertem Archivgut sowie zu 220 digitalisierten Tondokumenten. Zum Online-Angebot gehört außerdem die regelmäßig aktualisierte Beständeübersicht mit etwa 1 100 Kurzbeschreibungen zu den einzelnen MfS-Teilbeständen bzw. den Beständen von SED und Massenorganisationen im MfS. Alle Online-Findmittel wurden im Berichtszeitraum gleichermaßen über die Recherche- und Präsentationsplattform ARGUS (ARchivGUtSuche) und über das Archivportal Europa (Archives Portal Europe) veröffentlicht (zu diesen beiden Portalen siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 27). Auch die Beständeübersicht ist über die genannten Internetportale erreichbar.

Die Plattform ARGUS wird vom Bundesarchiv betrieben und vom BStU mitgenutzt. Gemäß einer Vereinbarung hostet das Bundesarchiv auch die Digitalisate von Archivgut für die Online-Präsentationen, die in Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs eingebettet sind. In ARGUS können dadurch Erschließungsangaben und digitalisierte Archivalien des BStU zusammen mit sachverwandten Unterlagen konsultiert werden, die das Bundesarchiv verwahrt bzw. die in die Obhut der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) gegeben sind. Nach der Entscheidung des Bundesarchivs wird die Plattform ARGUS ab 2019 abgelöst. Im Berichtszeitraum wurden deshalb Vorbereitungen getroffen, die Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs gemeinsam mit dem Bundesarchiv in der Anwendung Invenio zu präsentieren.

Das Archivportal Europa wird seit Oktober 2015 von der gleichnamigen europäischen Stiftung mit Sitz in Den Haag getragen. Hunderte europäische Archive bringen Daten in dieses Portal ein. Die Erschließungsangaben aus den Archiven des BStU sind hier in einen transnationalen Recherchekontext eingebettet, der z. B. bei der Behandlung vergleichender Fragestellungen zur ost- und mitteleuropäischen Repressionsgeschichte von Bedeutung sein kann. Weiterhin wurde die Teilnahme am Archivportal-D der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) vorbereitet.

Im Berichtszeitraum wurden 90 Online-Findmittel neu erarbeitet und sieben Findmittel wesentlich erweitert. Für den Bereich der ehemaligen MfS-Zentrale wurden neue Findmittel u. a. zum Schriftgut aus den Dienstseinheiten Hauptabteilung VII/3 (Überprüfung von Aufnahme- bzw. Wiederaufnahmeverfahren), Arbeitsgruppe XVII (Besucherbüro West-Berlin), Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr), Arbeitsgruppe BKK (Bereich Kommerzielle Koordinierung) sowie weitere Teilfindmittel zum Schriftgut aus dem Sekretariat des Ministers, der Rechtsstelle und der ZAIG veröffentlicht. Gleichzeitig wurden weitere neue Online-Findmittel zu audiovisuellem Archivgut bereitgestellt, so zu den Tondokumenten in den Teilbeständen Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in der NVA und den Grenztruppen) und II (Spionageabwehr).

Auch für die Bestandsbereiche aller MfS-Bezirksverwaltungen (BV) wurden zahlreiche neue Online-Findmittel publiziert. Herauszuheben sind an dieser Stelle die Teilbestände Leiter bzw. stellvertretender Leiter der BV Leipzig,

AGL (Arbeitsgruppe des Leiters) der BV Frankfurt (Oder) und Schwerin, AKG (Auswertungs- und Kontrollgruppe) der BV Leipzig sowie Abteilung XV (Aufklärung) der BV Cottbus.

Neu hinzugekommen sind im Berichtszeitraum außerdem Online-Findmittel zum Dienstschriftgut aus den MfS-Kreisdienststellen Apolda, Aschersleben, Eisenach, Gräfenhainichen, Halle, Halle-Neustadt, Heiligenstadt, Berlin-Hohenschönhausen, Karl-Marx-Stadt/Land, Karl-Marx-Stadt/Stadt, Klingenthal, Oelsnitz, Berlin-Pankow, Querfurt, Weißenfels und Wittenberg.

Fortgesetzt wurde schließlich die Erstellung von Online-Findmitteln, die gleichzeitig auf digitalisiertes Archivgut verweisen. Neu veröffentlicht wurden im Berichtszeitraum unter anderem Tondokumente aus den MfS-Teilbeständen Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in der NVA und den Grenztruppen) und II (Spionageabwehr) sowie aus der VRD (Verwaltung Rückwärtige Dienste). Diese können im Internet über die Online-Findmittel erreicht und angehört werden. Weitere digitalisierte Dokumente wurden über verschiedene Online-Findmittel zu den MfS-Dienststellen Rechtsstelle, ZAIG und der Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) sowie dem Sekretariat des Ministers zugänglich gemacht.

3.3.2 Fachanwendungen

Um den in § 37 StUG formulierten Aufgaben zur Bereitstellung von Stasi-Unterlagen nachkommen zu können, nutzt der BStU verschiedene IT-Fachverfahren, die thematische oder personenbezogene Recherchen ermöglichen. Diese Datenbanken werden ständig ergänzt. Nachfolgend werden die wichtigsten davon vorgestellt.

Die IT-Fachanwendung Sachaktenschließung (SAE) dient der archivischen Verzeichnung, der Recherche nach Schriftgut und Medien sowie der Generierung elektronischer Findmittel. Sie wurde Ende der 90er-Jahre vom BStU entwickelt und eingeführt. Schnittstellen unterstützen die Übertragung ausgewählter Daten zu anderen Fachanwendungen des BStU, zum Beispiel zur Dokumentensammlung und zum Elektronischen Personenregister. SAE wird regelmäßig angepasst und verbessert. Dies betrifft unter anderem die Verzeichnung von Aktenserien sowie von Karten und Plänen. Perspektivisch ist die Einbindung eines Nachweises von Digitalisaten geplant. Aktuell sind über 1,2 Millionen Datensätze in der Datenbank erfasst. Archivisch gesondert verzeichnet werden darüber hinaus die zentralen dienstlichen Bestimmungen des MfS in der Datenbank Dokumentensammlung (DOSA).

Das IT-Verfahren Elektronisches Personenregister (EPR) ist das umfangreichste personenbezogene Findmittel in den Archiven des BStU. Die Datenbank verwaltet mehrere Millionen Fundstellen zu Personendaten, die insbesondere aus den dezentralen Karteien und aus der archivischen Erschließung gewonnen wurden. In der Zentralstelle umfasst das EPR nunmehr über 11,2 Millionen Datensätze. Hinzu kommen ca. 19,3 Millionen Datensätze zu den Überlieferungen in den ehemaligen Bezirksverwaltungen.

Als „Rosenholz“-Dateien werden die im Jahr 2003 aus den USA übergebenen Dateien mit (erst mikroverfilmten und daraufhin) digitalisierten Materialien der Hauptverwaltung A (HV A; Aufklärung) bezeichnet. Inhaltlich handelt es sich dabei um Digitalisate aus der Personenkartei F 16/HV A, aus der Vorgangskartei F 22/HV A und um Statistikbögen der HV A. In der Datenbank sind 293 114 Datensätze zu Personen, 57 471 Vorgänge und 1 702 Statistikbögen enthalten. Die Anzahl der erfassten Personen schwankt weiterhin, da die Prüfung des Datenbestandes immer wieder Mehrfacherfassungen zutage fördert.

Weitere beim BStU geführte Fachverfahren zu Personen sind die Datenbanken Hauptverwaltung A/Hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter/Offiziere im besonderen Einsatz (HHO) und Hauptamtliche Mitarbeiter/Wachregiment (HM/WR). Derzeit sind in der HHO-Datenbank 214 570 Datensätze und in der HM/WR-Datenbank 522 526 Datensätze enthalten.

Weiter vorangetrieben wurde das Vorhaben, das System BASYS (Bundesarchiv-IT-System) im BStU nach Anpassungen einzuführen. Das Projekt zielt auf die gemeinsame Entwicklung und Nutzung der beim Bundesarchiv teils bereits eingesetzten integrierten Archivverwaltungssoftware. Damit sollen sowohl die Datenbanken SAE, Aktenausgabe Magazin (AMAG) als auch DOSA beim BStU abgelöst werden. Perspektivisch sollen Metadaten zu Digitalisaten in BASYS verwaltet und Schnittstellen zu digitalen Magazinen und Archiven eingerichtet werden.

Im Berichtszeitraum wurden weitere Schritte für die Anpassung von BASYS 2 (B+M) (Benutzungswesen und Magazinverwaltung) absolviert. Nach der Fertigstellung der Leistungsbeschreibung für die fachlich notwendigen Anpassungen wurde die gemeinsame Ausschreibung vorbereitet. Auch die bereits im vorherigen Berichtszeitraum begonnene Retrokonversion der MfS-Archivregistrierbücher wurde fortgesetzt. Diese Arbeiten bilden eine wichtige Grundlage für die Migration von Daten nach BASYS. Parallel dazu wurden die Signaturdaten der Datenbank DOSA für einen automatisierten Abgleich aufbereitet, um auch dadurch die Datenmigration nach BASYS zu unterstützen.

3.3.3 MfS-Karteien

Um Unterlagen gemäß den im StUG genannten Verwendungszwecken bereitstellen zu können, sind die MfS-Karteien für die dafür erforderlichen Recherchen essenziell.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei den vom MfS und seinen Bezirksverwaltungen umfangreich überlieferten zentralen personenbezogenen Karteien zu. Diese Karteien – v. a. die F 16 (Personenkarteien, ca. 5,6 Mio. Karteikarten) und die F 22 (Vorgangskarteien, ca. 1,2 Mio. Karteikarten) – gewährleisten den Zugriff auf die von den Abteilungen XII registrierten und archivierten Vorgänge. Neben diesen Karteien sind für die Arbeit des BStU weitere zentrale MfS-Karteien wie die F 77 (Decknamenkarteien) und die F 78 (Straßenkarteien) unentbehrlich. Die MfS-Karteien werden beim BStU durch Informationen

aus laufenden Aktenbenutzungen und Erschließungsarbeiten unter Wahrung der Authentizität der originalen Bestandteile weiter ergänzt. Allein in der Zentralstelle wurden im Berichtszeitraum 217 Ergänzungen (MfS-Zentrale sowie BV Berlin und BV Potsdam) in den Karteien F 16 und F 22 auf speziellen BStU-Karteikarten vorgenommen.

Zusätzlich zu den zentral geführten Karteien wurden in verschiedenen Dienstseinheiten des MfS und der Bezirksverwaltungen eigene dezentrale Karteien genutzt. Im Berichtszeitraum konnten in der Zentralstelle weitere 146 dezentrale Karteien (MfS-Zentrale und BV Berlin) geordnet, verzeichnet und für die personenbezogenen Recherchen zur Verfügung gestellt werden. Im Archiv der Zentralstelle können somit Recherchen in über 1 000 dieser dezentralen Karteien durchgeführt werden.

Die MfS-Karteien sind nicht nur unerlässliche Recherchemittel, sondern auch Teil der MfS-Überlieferung. Sie bedürfen daher verstärkten bestandserhalterischen Interesses (siehe Abschnitt 3.5).

3.4 Digitalisierung

Der BStU stellt sich seit mehr als einem Jahrzehnt den Herausforderungen des digitalen Wandels für Archive. Der 12. und 13. Tätigkeitsbericht informierten ausführlich über die strategischen Ziele der Digitalisierung im Stasi-Unterlagen-Archiv. Die Behörde konzentriert sich dabei auf Schutz und Sicherung des Archivguts sowie die Schaffung eines erleichterten Zugangs zu digitalisierten Quellen für die Öffentlichkeit und stellt sich parallel dazu den Fragen der digitalen Archivierung. Es werden nicht nur einzelne Digitalisierungsprojekte verfolgt, sondern auch Konzepte zur langfristigen digitalen Sicherung und zum Aufbau eines digitalen Archivs erarbeitet. Angestrebt wird eine möglichst nachhaltige Digitalisierung, die durch festgeschriebene Prozesse und Parameter (d.h. Standards und technische sowie organisatorische Festlegungen) gewährleistet werden soll. Dabei orientiert sich der BStU an technischen und fachlichen Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Die fachliche und organisatorische Partnerschaft zwischen Bundesarchiv und BStU auf diesem Gebiet wurde im Berichtszeitraum weiter vertieft. Die gemeinsame Evaluierung bestehender Standards und Richtlinien für die Digitalisierung wurde vereinbart. Die Möglichkeit gemeinschaftlicher Markterkundungen und Beschaffungsvorhaben wird untersucht. Des Weiteren fanden mehrmals Treffen der Leitungsebenen von Bundesarchiv, Politischem Archiv des Auswärtigen Amtes, Bundesratsarchiv, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages und des BStU statt. Diese Zusammenkünfte dienten dem Erfahrungsaustausch und der Abstimmung zu verschiedenen strategischen Fragen (auch zu Themen der Digitalisierung).

2017 erfolgte eine Bündelung verschiedener mit der Digitalisierung von Archivgut befasster Organisationseinheiten zu einem der Digitalisierung gewidmeten Referat im Archivbereich. Dieses konzentriert sich sowohl auf Fragen

der Digitalisierung von Stasi-Unterlagen als auch auf die digitale Untersetzung damit verbundener Arbeitsprozesse. Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Einrichtung eines Digitalisierungszentrums beim BStU.

3.4.1 Digitalisierung zum Bestandsschutz

Inzwischen bietet Digitalisierung in Verbindung mit der digitalen Langzeitarchivierung für die Sicherung von Archivgut Möglichkeiten, die zur Sicherung auf analogen Datenträgern wie z.B. Mikrofilm als gleichrangig zu betrachten sind. Hinzu kommt, dass analoge Sicherungsmedien infolge der Marktentwicklung wahrscheinlich in Zukunft nicht dauerhaft verfügbar sein werden.

Audiovisuelle Medien

Oberste Priorität beim BStU hat nach wie vor die Digitalisierung von MfS-Ton- und -Videoaufzeichnungen. Für diese Mediengattungen, die auf Trägermedien vorliegen, deren Lebensdauer erschöpft ist, stellt die Digitalisierung mit anschließender digitaler Langzeitarchivierung eine sinnvolle archivfachliche Lösung dar. Im Berichtszeitraum wurden 1 328 Tonträger mit einer Laufzeit von ca. 2 900 Stunden digitalisiert. In der Datenbank Audio-Digital sind damit 11 345 Verzeichnungseinheiten mit einer Laufzeit von rund 20 000 Stunden erfasst. Die Digitalisierung der auf Videobändern überlieferten Eigenproduktionen des MfS wurde im Berichtszeitraum in Kooperation mit einem externen Dienstleister fortgesetzt. Insgesamt wurden 184 Videokassetten in diversen historischen Formaten mit insgesamt ca. 190 Stunden Spielzeit gesichert.

Ferner wurden fotografische Überlieferungen mit dem Ziel, die Originale in ein sogenanntes ruhendes Fotoarchiv zu überführen, digitalisiert (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 29). Hervorzuheben ist hierbei die systematische Digitalisierung von 18 091 Negativen auf Nitrozellulosefilm in Zusammenarbeit mit einem spezialisierten Dienstleister. Außerdem wurden ca. 10 900 Bilder im Rahmen der Bestandserhaltung sowie ca. 16 100 Bilder im Rahmen von Nutzungsaufträgen digitalisiert, sodass insgesamt ca. 27 000 Masterdigitalisate von Fotografien entstanden sind.

Wie bereits in vorherigen Tätigkeitsberichten erwähnt, sind in den Archiven des BStU in großem Umfang Mikroverfilmungen des MfS in Form von Mikrofilmen und Mikrofiches überliefert. Sie bilden u. a. Unterlagen ab, die durch Kassationen und Aktenvernichtungen des MfS und AfNS in Papierform nicht mehr existieren, und sind mithin sogenannte Ersatzüberlieferungen. Der Verlust von Aufzeichnungen, die ausschließlich auf Azetatfilm überliefert sind, soll durch eine Sicherungsdigitalisierung verhindert werden, da das Filmmaterial zu einem sich selbst beschleunigenden Zerfallsprozess neigt. Im Berichtszeitraum wurden daher Schritte unternommen, um Mikrofilme, die ausschließlich als Ersatzüberlieferung vorliegen, zu digitalisieren. Insgesamt betraf das 727 Filmkarten. Zwischenzeitlich liegen 184 vollständig digitalisierte Verzeichnungseinheiten als Master für die Nutzung vor. Die Digitalisierung von Schriftgut wird im Zuge der Antragsbearbeitung fortgeführt.

3.4.2 Digitalisierung zur Nutzung

Neben der Sicherung von Informationen wird mit der Digitalisierung auch die Schonung der Originale, also der Schutz von Archivgut, bezweckt. Daneben wird vielfach nachgefragtes Schriftgut im Zuge der Nutzung digitalisiert, um eine parallele Verwendung durch mehrere Nutzende zu ermöglichen. Schließlich gestatten Digitalisate, die in den Internetauftritt der Behörde, in die Stasi-Mediathek oder in Online-Findmittel eingebunden sind, Nutzenden den direkten Zugang zu ausgewählten Stasi-Unterlagen.

Ein spezielles Anliegen der Behörde ist die Digitalisierung für die Nutzung und deren Fortentwicklung entsprechend den Nutzerinteressen. Ein IT-Verfahren zur Bildschirmbearbeitung von digitalisierten Unterlagen in den für Forschungs- und Medienanträge zuständigen Referaten ist nach einer Testphase inzwischen im Wirkbetrieb (siehe Abschnitt 2.6 und 4.3). Es soll den Vorbereitungsprozess der Akteneinsicht sowie im geeigneten Fall auch die Herausgabe sowohl für die Nutzerinnen und Nutzer als auch für die Beschäftigten des BStU unterstützen und erleichtern.

3.4.3 Aufbau eines digitalen Magazins

Derzeit steht mit dem BStU-eigenen Fachverfahren BBox eine Anwendung zur Verfügung, welche die sichere und integre Speicherung und die behördeninterne Bereitstellung digitaler Objekte in einem dedizierten Archivspeicher dokumentiert und ermöglicht. Diese Lösung stellt einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem zeitgemäßen digitalen Archivsystem beim BStU dar. Zu diesem Projekt hat 2017 eine gemeinsame Projektgruppe mit dem Bundesarchiv die Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, eine Konvergenzlösung für ein digitales Magazin zu schaffen, das in beiden Häusern trotz teilweise unterschiedlicher Anforderungen eingesetzt werden kann.

3.5 Bestandserhaltung

In Verbindung mit der Organisationsuntersuchung (siehe Abschnitt 2.1) wurde – unter Federführung einer externen Beratungsfirma – ein Konzept zur Bestandserhaltung erstellt. Es ergänzt die bisherigen fachlichen Orientierungen, die im BStU umgesetzt wurden, zu denen eine Bestandserhaltungsrichtlinie, eine Schadensklassifikation, ein Pilotprojekt zur Entsäuerung sowie laufende Verfahren wie u. a. Klimatisierung von Magazinräumen, Aktenaufbereitung, Restaurierung und Digitalisierung gehören. Das neue Fachkonzept beschreibt die Schadensbilder und die Einwirkung von klimatischen Verhältnissen auf die verschiedenen Trägerarten in den Magazinen des BStU. Diese sind umfassend erläutert und mit Zahlenerhebungen (ggf. mit Schätzwerten) hinterlegt. Das Konzept bietet nunmehr eine gute Grundlage für die Erarbeitung von Richtungsentscheidungen auf dem Gebiet der Bestandserhaltung sowie für die Erstellung von Feinplanungen für konkrete Maßnahmen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten.

Im Bereich der präventiven Bestandserhaltung wurde im Berichtszeitraum das laufende Projekt der Verpackung der bisher offen, ungeschützt lagernden Akten der Ablagen

des früheren MfS-Zentralarchivs in säurefreie und basisch gepufferte Archivkartons fortgeführt. Im Berichtszeitraum wurden zudem 1 416 Akten, 934 Karteikarten, 48 Registerbücher, 2 680 Fotopositive sowie 302 Karten und Pläne restauriert.

Das Archiv der Zentralstelle ist im Notfallverbund Berlin-Brandenburger Archive organisiert. An den Beratungen im Verbund und dem Tag der Bestandserhaltung nahmen Beschäftigte des Magazinreferates regelmäßig teil. Ebenso beteiligte sich das Fachreferat an den Notfallübungen. Auch die BStU-Außenstellen Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig und Magdeburg sind in lokale Notfallverbünde eingebunden.

3.6 Rekonstruktion zerrissener Unterlagen

Nach Stasi-Unterlagen-Gesetz ist es Aufgabe des BStU, die im Archiv befindlichen Unterlagen zu verwahren, zu sichern und für die Nutzung bereitzustellen. Zu diesen Akten gehören auch die zerrissenen Unterlagen, die sich bei Auflösung der Staatssicherheit in rund 16 000 Säcken befanden.

3.6.1 Manuelle Rekonstruktion

Durch die manuelle Rekonstruktion wurde bisher der Inhalt von rund 500 Säcken bearbeitet. Im Berichtszeitraum konnten zerrissene Dokumente, Vorgänge und Aktenteile im Umfang von 24 198 Blatt wiederhergestellt und an die Erschließungsbereiche des BStU übergeben werden. Mittlerweile sind damit insgesamt ca. 1,63 Millionen Blatt händisch rekonstruiert.

Inhaltlich lag der Schwerpunkt der Arbeiten im Berichtszeitraum auf der Wiederherstellung von Unterlagen aus den MfS-Hauptabteilungen II (Spionageabwehr) und XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund). Außerdem konnte die Rekonstruktion von ca. 7 000 Karteikarten der sogenannten Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei der MfS-Kreisdienststelle Luckau (Bezirksverwaltung Cottbus des MfS) beendet werden. Diese Karteikarten werden nun in die Beauskunftung von Anträgen und Ersuchen einbezogen.

Im Berichtszeitraum sind die organisatorischen Vorbereitungen dafür getroffen worden, die manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen nach dem Ende der Unterstützung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (siehe 13. Tätigkeitsbericht, S. 29) behördenintern wieder zu intensivieren.

3.6.2 Virtuelle Rekonstruktion

Seit dem Jahr 2007 besteht beim BStU das Projekt zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen. Initiiert vom Deutschen Bundestag verfolgt es sowohl das Ziel, die Inhalte solcher zerrissener Stasi-Unterlagen wieder zugänglich zu machen, die händisch nicht wiederhergestellt werden könnten, als auch den Rekonstruktionsprozess insgesamt zu beschleunigen. Mit der Entwicklung eines entsprechenden IT-Systems war das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik

(IPK) in Berlin betraut worden. Das IPK konnte zwar im Herbst 2013 nachweisen, dass die Software zur Rekonstruktion (der sogenannte ePuzzler) prinzipiell funktioniert und eingescannte Schnipsel zu Seiten zusammensetzen kann (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 32 f.). Im Testbetrieb wurde aber auch deutlich, dass der Scanner für einen Massenbetrieb nicht ausreicht; zudem ist der Automatisierungsgrad der Software zu niedrig. Seitdem ruht das technische Verfahren.

Bis zum Ende des letzten Berichtszeitraumes waren die Inhalte aus den 23 im Testbetrieb des Verfahrens gescannten Säcken mit zerrissenem Material virtuell zusammengesetzt und dem BStU als digitale Daten und Papierausdruck übergeben worden, insgesamt rd. 91 000 Seiten. Mittlerweile sind rd. 57 000 Seiten mittels einer Datenbank zur Bearbeitung von Anträgen und Ersuchen recherchierbar.

Mit der Ausreichung weiterer zwei Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt hatte das Parlament im Jahr 2015 seinen politischen Auftrag unterstrichen. Nach Vorlage einer ersten Projektskizze durch das IPK erarbeitete der BStU anschließend einen Konzeptentwurf für die Fortsetzung des Verfahrens. Die virtuelle Rekonstruktion soll künftig entsprechend der im IPK-Konzept dargestellten Leistungsfähigkeit der Anlage ein begleitendes Erschließungsinstrument im archivischen Regelbetrieb sein (siehe 13. Tätigkeitsbericht, S. 10 und S. 30). Anfang 2018 legte das IPK eine weiterentwickelte Projektskizze vor. Der BStU hat zu ihrer technischen Beurteilung einen Gutachter hinzugezogen. Nach Vorlage der Ergebnisse des Gutachtens wurden erste Gespräche zum Abschluss eines neuen Vertrags mit dem Fraunhofer IPK aufgenommen.

3.7 Archivfachliche Kontakte und Veranstaltungen

Neben den Gesprächen mit dem Bundesarchiv im Rahmen des Transformationsprozesses (siehe Abschnitt 3.1) pflegte der BStU auch mit anderen Archiven fachlichen Austausch. Regelmäßig fanden Treffen im Verbund der Archive auf Bundesebene statt; das wichtigste Thema war hier die Digitalisierung von Archivgut. Mit der Koordinierungsstelle für die Erhaltung von Kulturgut wurden Fachfragen zur Massenentsäuerung von Schriftgut einschließlich nachgängiger Arbeiten zur physikalischen Stabilisierung und Digitalisierung im Rahmen der Bestandserhaltung erörtert. Auf den Deutschen Archivtagen 2017 in Wolfsburg und 2018 in Rostock trugen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Archivabteilung sowie aus der Stabsstelle „Presse/Online-Kommunikation“ vor: Ragna Boden und Hermann Kinne referierten 2017 über das Bestandserhaltungsmanagement für die Stasi-Unterlagen. Dagmar Hovestädt, Leiterin der Stabsstelle, referierte 2018 über „Das Stasi-Unterlagen-Archiv als Beispiel für die Rolle von Archiven weltweit bei der Schaffung von Übergangsgerechtigkeit“; zwei Mitarbeiter der Mediathek des BStU stellten diese vor. Jens Niederhut gab auf dem 2. Berliner Archivtag im November 2018 einen Einblick in den Quellenwert und die Nutzungsmöglichkeiten der audiovisuellen Überlieferung des Stasi-Unterlagen-Archivs;

auch an anderen Archivtagen der ostdeutschen Länder war der BStU in der Regel beteiligt.

4 Verwendung von Unterlagen auf Antrag und Ersuchen

Auch mehr als 25 Jahre nach seiner Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag wird das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) noch vielfältig und umfangreich genutzt. Jedes Jahr wollen mehrere zehntausend Bürgerinnen und Bürger durch persönliche Akteneinsicht erfahren, welche Informationen das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) über sie bzw. zu verstorbenen oder vermissten nahen Angehörigen gesammelt hat. Für die von Unrecht Betroffenen können Stasi-Unterlagen nach wie vor als Beleg dienen, wenn die zuständigen Stellen der Länder Anträge zur Rehabilitierung oder Wiedergutmachung prüfen. Dieser Verwendungszweck des Stasi-Unterlagen-Gesetzes nimmt gegenüber dem vorigen Berichtszeitraum zahlenmäßig leicht ab, ebenso wie die Überprüfung bestimmter Personengruppen insbesondere des öffentlichen Dienstes auf eine Zusammenarbeit mit der Stasi. Anträge von Forschung und Medien bleiben hingegen auf dem gleichen Niveau wie in den Jahren zuvor, wobei die thematischen Schwerpunkte sich verschieben (siehe Abschnitt 4.3). Für diese Zwecke kann der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) inzwischen zum Teil eine digitale Bearbeitung anbieten.

4.1 Persönliche Akteneinsicht

Im Bereich der persönlichen Akteneinsicht gingen im Berichtszeitraum insgesamt 94 164 Anträge ein, davon im Jahr 2017 48 855 und im Jahr 2018 45 309 Anträge. Das sind im Berichtszeitraum durchschnittlich knapp 4 000 pro Monat. In den vorigen Berichtszeiträumen waren es: 2011/2012 rund 7 000 pro Monat, in 2013/2014 rund 5 500 pro Monat und 2015/2016 rund 4 600 Anträge pro Monat.

Von den über 94 000 Anträgen waren gut 55 000 Erstanträge und rund 22 000 Wiederholungsanträge; die weiteren waren Anträge auf Decknamenentschlüsselung und auf Herausgabe von Kopien (siehe Tabelle 2, S. 30). Von allen Anträgen geht nach wie vor der überwiegende Anteil in den zwölf Außenstellen der Behörde ein (siehe Tabelle 3, S. 31).

Die Anzahl der Wiederholungsanträge in Relation zu Erstanträgen hat sich seit Beginn dieses Jahrzehnts geringfügig erhöht (von ca. 38 auf ca. 40 Prozent). Merkllich gestiegen ist der Anteil von Anträgen aus der Familie, genauer: der Anträge naher Angehöriger Vermisster oder Verstorbener nach § 15 StUG. Waren dies bei der erstmaligen Erfassung im Jahr 2012 10 Prozent aller Erstanträge, lag der Anteil im Jahr 2017 schon bei 15,5 Prozent und 2018 bei knapp 17 Prozent.

4.1.1 Antragstellung und Antragsbearbeitung

Seit 1992 ist das Recht jedes Einzelnen im Stasi-Unterlagen-Gesetz verankert, Zugang zu den vom Staatssicherheitsdienst zu seiner Person gespeicherten Informationen

zu erhalten. Diesen Zugang kann jedermann ohne Angabe von Gründen beantragen. Begründet werden müssen allerdings Anträge zu verstorbenen oder vermissten nahen Angehörigen.

Anträge können formlos oder auf einem Vordruck des BStU erfolgen. Neu ist seit März 2017, dass Anträge auf persönliche Akteneinsicht auch online gestellt werden können. Insgesamt machten rund 250 Bürgerinnen und Bürger durchschnittlich im Monat davon Gebrauch. Für dieses Verfahren benötigen die Antragsteller den neuen Personalausweis mit freigeschalteter Online-Funktion, ein Kartenlesegerät oder ein geeignetes Smartphone mit installierter AusweisApp2. Zur ordnungsgemäßen Bearbeitung des Antrags werden die Daten Vorname, Familienname, Anschrift, Geburtsdatum, Geburtsort und Geburtsname aus dem Personalausweis ausgelesen. Auf diesem Weg erfolgt gleichzeitig die Bestätigung der Identität.

Damit erfüllt der BStU die gesetzliche Verpflichtung nach dem E-Government-Gesetz, für alle Verwaltungsverfahren, die einen Identitätsnachweis erfordern, eine elektronische Alternative anzubieten. Durch das Online-Verfahren werde der Service für die Bürgerinnen und Bürger verbessert, Fehlerquellen durch das maschinelle Einlesen sowie einige Plausibilitätsprüfungen im Online-Formular minimiert; die Identitätsbestätigung erfolgt automatisch. Dadurch entfallen nachträgliche Arbeitsgänge beim BStU. Online gestellte Anträge werden rechtssicher beim InformationsTechnikZentrum Bund (ITZ Bund) gespeichert und gehen als E-Mail beim BStU ein. Die sich daran anschließende Bearbeitung im Fachbereich erfolgt noch nicht digital, sondern nach den gleichen Verfahren wie bei den mit Papiervordruck gestellten Anträgen. Das neue Verfahren stellte der BStU auf der CeBIT 2017 vor. Es ist über die Homepage des BStU zugänglich; dort und in der Bürgerberatung wird darüber informiert.

Alle Anträge auf persönliche Akteneinsicht werden auf ihre rechtliche Zulässigkeit geprüft. Anschließend wird

in der Zentralstelle sowie in allen infrage kommenden Außenstellen manuell und IT-gestützt recherchiert. Alle ermittelten Signaturen, soweit Erfassungen vorhanden sind, werden zusammengeführt und personenbezogen ausgewertet. Im letzten, aufwendigen Schritt werden die relevanten Aktenteile mit den gesetzlich gebotenen Anonymisierungen den Antragstellern zur Verfügung gestellt.

Es ist jeweils zu entscheiden, in welcher Form ein Antrag erledigt wird (siehe Tabellen 4 und 5, S. 32 und 33). Wenn nur in geringem Umfang archivierte Unterlagen ermittelt werden konnten, wird das Material kopiert und den Antragstellern zugeschickt, um ihnen den mit einer persönlichen Akteneinsicht in der Behörde verbundenen Aufwand zu sparen. Der Großteil der Erledigungen erfolgt inzwischen auf diesem Weg. In der Resonanz sind die Bürgerinnen und Bürger damit zufrieden. Darüber hinaus ist jederzeit die persönliche Akteneinsicht möglich. Ihr Anteil an den Gesamterledigungen lag im Berichtszeitraum bei 4 Prozent.

Bürgerinnen und Bürger sind mitunter über die Schwärzungen von Textpassagen in den ihnen zur Einsicht vorgelegten oder übersandten Kopien irritiert – obwohl dies seit Beginn der Geltung des StUG so praktiziert wird. Dies ist notwendig, weil die Informationen in den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes unter Missachtung elementarer Persönlichkeitsrechte erhoben wurden. Das Recht auf Einsichtnahme oder die Herausgabe von Kopien steht ausschließlich den Personen zu, auf die sich die Informationen beziehen. Deshalb ist eine Einsichtnahme grundsätzlich nur nach Anonymisierung der schutzwürdigen personenbezogenen Informationen möglich, die den Antragsteller nicht betreffen. Dies ist für die antragsbearbeitenden Beschäftigten zwar aufwendig, aber zur Wahrung der schutzwürdigen Interessen von Personen unumgänglich. Mitunter können solche Informationen bei der Einsichtnahme auch offen bleiben, wenn sie zum Verständnis des Zusammenhangs gehören und Persönlichkeitsrechte anderer Personen dadurch nicht beeinträchtigt sind.

Tabelle 2

Anträge zur persönlichen Akteneinsicht nach Antragsarten

Anträge	1990/91– 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	gesamt
Erstanträge	1 800 212	49 756	55 771	38 869	40 994	37 499	27 348	28 454	26 875	2 105 778
Wiederholungsanträge	329 495	19 032	21 232	15 698	15 982	14 756	11 674	11 543	10 564	449 976
Decknamen-anträge	475 068	10 308	9 822	8 330	9 270	8 742	8 175	7 521	6 755	543 991
Kopieranträge nach Akteneinsicht	144 708	1 515	1 406	1 349	1 517	1 547	1 437	1 337	1 115	155 931
gesamt	2 749 483	80 611	88 231	64 246	67 763	62 544	48 634	48 855	45 309	3 255 676

Tabelle 3

Bürgeranträge gesamt
Verteilung der Antragseingänge auf die einzelnen Bundesländer

Bundesland davon Standort	Anträge gesamt	davon Anträge 2017	davon Anträge 2018
Berlin – Zentralstelle	797 281	13 924	14 155
Bundesländer			
Mecklenburg-Vorpommern	356 913	5 602	5 390
Neubrandenburg	85 592	1 309	1 259
Rostock	137 911	1 941	2 179
Schwerin	133 410	2 352	1 952
Brandenburg	307 718	2 170	2 182
Frankfurt (Oder)	189 394	2 170	2 182
Potsdam*	118 324	0	0
Sachsen-Anhalt	410 211	6 287	5 729
Halle	175 639	2 794	2 414
Magdeburg	234 572	3 493	3 315
Thüringen	533 028	7 947	7 087
Erfurt	253 363	4 159	3 088
Gera	142 171	1 660	1 831
Suhl	137 494	2 128	2 168
Sachsen	850 525	12 925	10 766
Chemnitz	319 779	3 590	3 218
Dresden	295 582	5 171	4 098
Leipzig	235 164	4 164	3 450
BStU gesamt	3 255 676	48 855	45 309

* bis 31.12.2008; seitdem werden diese Anträge bei der Zentralstelle erfasst

Den sogenannten Anträgen als Dritte kommt beim jetzt fortgeschrittenen Erschließungsstand eine größere Bedeutung zu: Wenn zum Antragsteller keine oder nicht die erwarteten Unterlagen gefunden werden, können unter Umständen durch Recherchen in den zu anderen Personen angelegten Akten Informationen gewonnen werden. Dazu stellt die Person einen Antrag als sogenannter Dritter und gibt dem BStU aufgrund eigener Erinnerungen konkrete Hinweise, um die vermuteten Informationen auffinden zu können. Für eine zielführende Recherche werden Namen, Geburtsdaten sowie die Wohnorte der Personen benannt, in deren möglicherweise vorhandenen Unterlagen die Informationen zur antragstellenden Person vorhanden sein könnten. Nach StUG darf der Aufwand nicht unverhältnismäßig zum vorgetragenen Interesse sein.

Im Berichtszeitraum wurden 117 004 Anträge auf persönliche Akteneinsicht erledigt, davon im Jahr 2017 61 203 Anträge und im Jahr 2018 55 901 Anträge. Damit konnte wie im vorherigen Berichtszeitraum die Zahl der noch nicht abschließend bearbeiteten Anträge deutlich reduziert werden, und zwar um rund 23 000. Nachdem Anfang 2017 noch über 54 000 Anträge unerledigt waren, belief sich der Rest Ende 2018 auf rund 31 500 (siehe Anhang 11). Bei einem Prozent davon liegt die Antragstellung zwei Jahre zurück, alle anderen wurden im Berichtszeitraum gestellt, davon ein Drittel im Jahr 2017.

Im Anschluss an eine Akteneinsicht beim BStU bzw. nach Erhalt der Kopien von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes räumt das Stasi-Unterlagen-Gesetz Betroffenen die Möglichkeit ein, die Bekanntgabe der Klarnamen zu

Tabelle 4

**Erledigte Erst- und Wiederholungsanträge zur persönlichen Akteneinsicht im Jahr 2017
in der Zentralstelle und in den Außenstellen des BStU
Übersicht über die Bearbeitungsformen**

	Summe der Erledigungen	Rücknahme oder Ablehnung des Antrags	Zusendung von Informationen			Anträge, zu denen weitere Unterlagen gefunden und persönlich vorgelegt wurden
			Anträge, zu denen keine Erfassungen in den Karteien vorliegen	Anträge, zu denen nur Karteikarten gefunden und in Kopie übersandt wurden	Anträge, zu denen weitere Unterlagen gefunden und in Kopie komplett übersandt wurden	
Mecklenburg-Vorpommern	4 967	225	1 562	953	1 868	359
Neubrandenburg	1 330	21	359	227	584	139
Rostock	1 903	120	644	347	645	147
Schwerin	1 734	84	559	379	639	73
Brandenburg	3 714	70	688	538	2 386	32
Frankfurt (Oder)	3 714	70	688	538	2 386	32
Sachsen-Anhalt	4 982	269	1 626	1 083	1 658	346
Halle	2 140	135	929	490	479	107
Magdeburg	2 842	134	697	593	1 179	239
Thüringen	8 601	198	1 949	2 158	4 006	290
Erfurt	4 122	104	1 142	1 207	1 551	118
Gera	2 711	45	428	490	1 690	58
Suhl	1 768	49	379	461	765	114
Sachsen	13 001	474	3 738	2 384	5 846	559
Chemnitz	3 529	110	1 130	701	1 369	219
Dresden	4 881	215	1 374	818	2 328	146
Leipzig	4 591	149	1 234	865	2 149	194
Summe Außenstellen	36 265	1 236	9 563	7 116	15 764	1 586
Zentralstelle	15 248	1 097	4 497	2 482	6 624	548
BStU gesamt	50 513	2 333	14 060	9 598	22 388	2 134

Tabelle 5

**Erledigte Erst- und Wiederholungsanträge zur persönlichen Akteneinsicht im Jahr 2018
in der Zentralstelle und in den Außenstellen des BStU
Übersicht über die Bearbeitungsformen**

	Summe der Erledigungen	Rücknahme oder Ablehnung des Antrags	Zusendung von Informationen			Anträge, zu denen weitere Unterlagen gefunden und persönlich vorgelegt wurden
			Anträge, zu denen keine Erfassungen in den Karteien vorliegen	Anträge, zu denen nur Karteikarten gefunden und in Kopie übersandt wurden	Anträge, zu denen weitere Unterlagen gefunden und in Kopie komplett übersandt wurden	
Mecklenburg-Vorpommern	4 731	235	1 668	1 032	1 460	336
Neubrandenburg	1 256	53	383	287	381	152
Rostock	2 027	126	793	393	592	123
Schwerin	1 448	56	492	352	487	61
Brandenburg	3 410	97	534	569	2 175	35
Frankfurt (Oder)	3 410	97	534	569	2 175	35
Sachsen-Anhalt	4 576	277	1 566	1 045	1 397	291
Halle	2 013	126	879	405	518	85
Magdeburg	2 563	151	687	640	879	206
Thüringen	8 327	235	2 033	2 104	3 700	255
Erfurt	3 518	122	1 095	1 103	1 094	104
Gera	3 043	63	577	560	1 793	50
Suhl	1 766	50	361	441	813	101
Sachsen	9 955	408	2 886	1 773	4 421	467
Chemnitz	2 491	121	1 027	646	547	150
Dresden	4 219	167	1 034	573	2 255	190
Leipzig	3 245	120	825	554	1 619	127
Summe Außenstellen	30 999	1 252	8 687	6 523	13 153	1 384
Zentralstelle	15 814	1 024	5 165	2 284	6 931	410
BStU gesamt	46 813	2 276	13 852	8 807	20 084	1 794

den in den Unterlagen enthaltenen Decknamen zu beantragen (§ 13 Abs. 5 StUG).

Durch die zunehmende Erschließung der Unterlagen können inzwischen weit über 70 Prozent der beantragten Decknamen entschlüsselt, den Betroffenen die Klarnamen und weitere Identifizierungsangaben mitgeteilt werden. Nach wie vor stellt die Bearbeitung der Anträge auf Klarnamenbekanntgabe mit Bezug zur Hauptverwaltung A (HV A; Aufklärung) und der für die Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR zuständigen Hauptabteilung I durch die lückenhafte Überlieferung der Unterlagen dieser Dienstseinheiten eine Herausforderung dar (siehe dazu bereits Neunter Tätigkeitsbericht, S. 48 sowie Elfter Tätigkeitsbericht, S. 50).

4.1.2 Anträge naher Angehöriger Vermisster und Verstorbener

Für nahe Angehörige von vermissten oder verstorbenen Personen wurde Ende 2011 mit der Achten Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes im Paragraphen 15 der Zugang erleichtert. Seitdem haben Verwandte ersten und zweiten Grades nicht nur zur Rehabilitierung, zum Schutz des Persönlichkeitsrechts, insbesondere der Klärung des Vorwurfs der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst oder zur Aufklärung des Schicksals Vermisster oder Verstorbener Zugang, sondern auch ein erweitertes Zugangsrecht, wenn sie sonstige berechnigte Interessen glaubhaft machen; diese müssen allerdings im Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des Stasi-Unterlagen-Gesetzes stehen. Der nahe Angehörige tritt aber nicht an die Stelle des Vermissten oder Verstorbenen und nimmt nicht als Rechtsnachfolger dessen Rechte wahr, sondern hat eigene Zugangsrechte gemäß § 15 StUG. Der Gesetzgeber macht hier vom Grundsatz, dass jeder Einzelne nur Informationen zur eigenen Person erhält, eine Ausnahme, die in jedem Einzelfall zu begründen ist, weil der nahe An-

gehörige eben nicht die gleichen Einsichtsrechte hat, die der Verstorbene gehabt hätte. Für den Aktenzugang weiterer Verwandter bis zum dritten Grad sind ausschließlich die drei bereits genannten Antragszwecke des § 15 Abs. 1 StUG maßgeblich (siehe dazu ausführlich 13. Tätigkeitsbericht, S. 35 f., und 12. Tätigkeitsbericht, S. 38). Der Anteil von Anträgen naher Angehöriger zu verstorbenen oder vermissten Personen an der Menge aller gestellten Erstanträge ist inzwischen merklich angestiegen (siehe Tabelle 6).

4.1.3 Bürgerberatung

Der Bundesbeauftragte informiert umfassend zu den Möglichkeiten, wie die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes genutzt werden können. Dafür bietet er eine Bürgerberatung in der Zentralstelle in Berlin und in allen zwölf Außenstellen an. Das Angebot richtet sich in erster Linie an Bürgerinnen und Bürger, aber auch an ersuchende Stellen oder Forschung und Medien. Die Beratung kann persönlich vor Ort, telefonisch oder auch durch E-Mail-Anfrage wahrgenommen werden. Allein die Bürgerberatung in der Berliner Zentralstelle hat im Berichtszeitraum 1 623 persönliche und 6 556 telefonische Gespräche durchgeführt sowie 837 E-Mail-Anfragen beantwortet.

Die Beratungsthemen haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Verstärkt wendet sich die sogenannte nächste Generation, also die Kinder und Enkel der Betroffenen, an den BStU, um zu erfahren, wie sie Zugang zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu ihren Eltern, Großeltern und anderen Verwandten erhalten kann. Manchen Anfragenden geht es auch darum, das Schweigen innerhalb der Familie über die DDR-Zeit zu brechen oder zu klären, wie die Rolle einzelner Familienmitglieder war.

Nach wie vor kommen auch Menschen zum BStU, die schwere Schicksale hinter sich haben und teils bis heute traumatisiert sind. Viele trauen sich erst heute, sich die-

Tabelle 6

Anträge zu vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen nach § 15 Stasi-Unterlagen-Gesetz

	Erstanträge gesamt	davon nach § 15 StUG	
		Anzahl	in Prozent
2012	55 771	5 581	10,0
2013	38 869	4 930	12,7
2014	40 994	4 964	12,1
2015	37 499	5 215	13,9
2016	27 348	4 184	15,3
2017	28 454	4 410	15,5
2018	26 875	4 522	16,8

sem Teil ihrer Geschichte zu nähern und die Einsicht in die Stasi-Unterlagen zu beantragen. Für diese Gespräche ist es wichtig, eine Vertrauensbasis zu schaffen und in der geschützten persönlichen und individuellen Beratung Raum für die Schilderung von Lebenssituationen zu geben. Besondere Themen, zu denen Anfragen in der Beratung kommen, sind beispielsweise Kinderheim- und Jugendwerkhofeinweisungen, Adoptionen oder vermutete Zwangsadoptionen, Psychiatrieeinweisungen und Doping.

Die Beratungen in den Außenstellen werden durch temporäre Angebote in den Regionen ergänzt, die zusammen mit Verwaltungen von Land und Kommunen erfolgen. Die Beratung ist also wohnortnah. Oft finden diese Beratungs- und Informationstage gemeinsam mit den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur statt (die ursprünglichen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in den fünf ostdeutschen Ländern und Berlin haben inzwischen wegen Erweiterung ihrer Aufgaben in den Ländern unterschiedliche Bezeichnungen; im Folgenden kurz Landesbeauftragte oder LStU). In einigen Regionen sind mitunter Vertreter anderer Einrichtungen beteiligt, in Erfurt und Suhl beispielsweise der Beratungsinitiative SED-Unrecht.

Von Nutzen ist eine gemeinsame Beratung von BStU und LStU beispielsweise für Bürgerinnen und Bürger, die ggf. einen Anspruch auf Rehabilitierung geltend machen können, aber dazu noch keinen Antrag gestellt haben. Diese können zum einen von der/dem jeweiligen Landesbeauftragten beraten werden und zum anderen durch den BStU über den Zugang zu Stasi-Unterlagen, in denen zumeist Belege für das erlittene Unrecht vermutet werden, informiert werden. Die in beiden Behörden vorhandene unterschiedliche Expertise ermöglicht so eine umfassende und kompetente Unterstützung für Betroffene.

Weitere zweckmäßige Beratungsmöglichkeiten ergeben sich auf der Grundlage von Kooperationen zwischen einzelnen Gedenkstätten und dem BStU. So fanden zum Beispiel in Rostock, wo die Außenstelle schlecht zu erreichen ist, bis zur Schließung wegen geplanter Sanierungsarbeiten im August 2017 persönliche Bürgerberatungen in der Dokumentations- und Gedenkstätte (DuG) in der ehemaligen Stasi-Untersuchungs-Haftanstalt Rostock statt, seit September 2017 in den Räumen des Vereins „Societät Rostock maritim“ im ehemaligen Schiffahrtsmuseum. In Erfurt werden quartalsweise Bürgerberatungs- und Informationstage in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Kombination mit der Besichtigung dieser Stätte als authentischem Ort angeboten. Auch die Informations- und Beratungsstelle der Außenstelle Dresden des BStU in der dortigen Gedenkstätte Bautzner Straße ist ein Anlaufpunkt für Fragen rund um die Stasi-Unterlagen am historischen Ort. Anlässlich verschiedener regionaler Veranstaltungen beteiligen sich die Außenstellen mit Präsentationen zum Stasi-Unterlagen-Archiv und bieten hierbei Bürgerberatungen an (siehe Kapitel 6).

Die bürgernahe Gelegenheit zur Beratung wird gut angenommen. Zudem werden so gerade ältere Menschen

erreicht, die weniger mobil sind oder keinen Zugriff auf elektronische Medien haben. Die Erfahrung zeigt, dass eine persönliche Beratung zu einem konkreten Anliegen oft zielführender ist und schneller zur Problemlösung führt als ein schriftlicher oder telefonischer Kontakt. Den Bürgerinnen und Bürgern ist es häufig wichtig, dass sie eine konkrete Person erreichen können, die sich ihres Anliegens annimmt und ihnen beratend zur Seite steht.

4.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen

4.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts

Bürgerinnen und Bürger, die einen mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbaren Freiheitsentzug erlitten haben, sind von den Landgerichten zu rehabilitieren. Daneben steht ihnen auf Antrag bei den dafür zuständigen Landesbehörden ein Wiedergutmachungsanspruch auf soziale Ausgleichsleistungen zu. Opfern politischer Verfolgung sind Nachteile, die sie in beruflicher und gesundheitlicher Hinsicht erlitten haben ebenso auszugleichen wie die Folgen rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen. Die Koalition aus Union und SPD hat angekündigt, die auf Ende 2019 terminierte Befristung bestimmter Antragsmöglichkeiten aufzuheben.

Die Aufgabe des Bundesbeauftragten ist es, auf entsprechende Ersuchen der entscheidungsbefugten Stellen hin im erforderlichen Umfang einschlägige Unterlagen zur Verfügung zu stellen. In 44 Prozent der Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsfälle führten die Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv zu sach- oder personenbezogenen Informationen, die zum angefragten Verwendungszweck herausgegeben werden konnten.

Mitteilungen, die einen Anspruch auf Wiedergutmachungsleistungen ausschließen könnten, wurden in 33 Prozent der Fälle gegeben, darunter in 8 Prozent bei der sogenannten Opferrente für Personen, die eine rechtsstaatswidrige Freiheitsentziehung erlitten hatten. Hierbei handelt es sich in der Regel um Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst, bei denen die ersuchenden Stellen prüfen müssen, ob ein Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit vorliegt.

Die seitens der Gerichte zum Zweck der strafrechtlichen Rehabilitierung an den Bundesbeauftragten gerichteten Ersuchen betrafen im Berichtszeitraum 1 256 Personen. In Wiedergutmachungsangelegenheiten fragten die zuständigen Behörden zu 3 697 Personen an. Das bedeutet gegenüber dem 13. Tätigkeitsbericht über die Jahre 2015 und 2016 insgesamt einen Rückgang um 29 Prozent.

4.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

Stasi-Unterlagen sind für Strafverfolgungsbehörden auch 27 Jahre nach Inkrafttreten des StUG noch von Bedeutung. Im Blickfeld stehen dabei alle Personen, die mit dem aufzuklärenden Sachverhalt in Berührung gekommen sein

könnten. Das sind sowohl Beschuldigte und Geschädigte als auch Zeugen. Die anfragenden Stellen versuchen auch, weitere Ermittlungsansätze durch Entwickeln von Täterprofilen oder Auswerten von Kontakten der Beteiligten untereinander zu erlangen. Dabei werden nur solche Informationen übermittelt, die für das Ermittlungsverfahren zwingend erforderlich sind (siehe § 19 Abs. 3 StUG). Wie in allen Fällen der Verwendung von Stasi-Unterlagen unterliegen Anfragen der Strafverfolgungsbehörden der gesetzlichen Zweckbindung, wonach sie nur in dem konkreten Verfahren verwendet werden dürfen.

Die Bandbreite der den Ersuchen zugrunde liegenden Delikte ist groß. Polizeibehörden beschäftigten sich auch in diesem Berichtszeitraum mit unaufgeklärten Tötungsverbrechen aus Zeiten sowohl vor als auch nach dem Ende der DDR. Ermittler der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen aus Ludwigsburg fragten zu Beschuldigten nationalsozialistischer Verbrechen wie etwa in dem Fall einer Aufseherin im Konzentrationslager Ravensbrück an. Andere Staatsanwaltschaften verwendeten Stasi-Unterlagen zur Verfolgung von Sprengstoffverbrechen oder wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Selbst Urkundenfälschung, Verleumdung oder Betrug durch Erschleichen einer Kapitalentschädigung für rechtsstaatswidrige Verfolgungsmaßnahmen waren Anlass für Ersuchen an den Bundesbeauftragten. In dem letztgenannten Fall hatte der BStU zuvor in einer Wiedergutmachungsangelegenheit der zuständigen Landesbehörde eine inoffizielle Tätigkeit der Person für den Staatssicherheitsdienst mitgeteilt.

Wie schon in früheren Zeiträumen (siehe zuletzt 13. Tätigkeitsbericht, S. 37) mussten auch in den Jahren 2017 und 2018 Rechtshilfeersuchen ausländischer Strafverfolgungsorgane abgelehnt werden. Dies war der weiterhin nicht geänderten Fassung des zweiten Absatzes in § 23 StUG geschuldet, wonach die angefragten Verdächtigen hätten Stasi-Mitarbeiter gewesen sein müssen. Immerhin ist es gelungen, eine Anfrage aus Schottland zum Terroranschlag von 1988 auf ein Verkehrsflugzeug bei Lockerbie auf eine deutsche Ermittlungsbehörde umzulenken, die den Fall übernahm. Bei dem Ersuchen italienischer Behörden zur Aufklärung des 1978 verübten Mordes an dem Spitzenpolitiker Aldo Moro war dies nicht möglich. Jedoch konnte die Anfrage einer ausländischen Behörde bearbeitet werden, bei der es um eine sogenannte Verkaufswegfeststellung beschlagnahmter Schusswaffen aus DDR-Produktion ging. Hierbei war die Mitteilung personenbezogener Informationen nicht erforderlich.

4.2.3 Ersuchen zur Überprüfung von Personen

Die Überprüfbarkeit von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nach §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 d StUG auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst, die zunächst bis 2006 befristet und danach in zwei weiteren Schritten verlängert wurde, hatte für den Aufbau demokratischer Institutionen in Ostdeutschland eine hohe Bedeutung (zur Bilanz der Überprüfungen bis 2006 siehe Achter Tätigkeitsbericht,

S. 10). Die Aufgabe des BStU ist ausschließlich, auf Ersuchen der dazu befugten öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen Unterlagen zu den angefragten Personen herauszugeben. Die Bedeutung dieses Verwendungszwecks des Stasi-Unterlagen-Gesetzes hat nachgelassen. Jüngere Personen, die zum Stichtag 12. Januar 1990 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, kommen nicht in Betracht. Dieser Stichtag wurde festgesetzt, weil der damalige DDR-Ministerpräsident Modrow an diesem Tage gegenüber der Volkskammer erklärt hatte, seine Regierung werde bis zu den ersten freien Parlamentswahlen in der DDR auf die Neubildung nachrichtendienstlicher Organisationen verzichten. Zu vielen älteren Personen haben die befugten Stellen bereits in der Vergangenheit Ersuchen gestellt und wiederholen diese nach erfolgter Klärung nicht unbegrenzt. Zudem ist der Kreis überprüfbarer Personen im Jahr 2006 erheblich eingeschränkt, allerdings mit der letzten Novellierung Ende 2011 in geringerem Umfang wieder erweitert worden (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 10).

Die Verwendung von Stasi-Unterlagen zur Personenüberprüfung wird nach dem Stand des Stasi-Unterlagen-Gesetzes in der Fassung des 8. Änderungsgesetzes vom 22. Dezember 2011 Ende 2019 für bestimmte Funktionsträger unzulässig sein, nämlich für Abgeordnete und Mitglieder kommunaler Vertretungen, Mitglieder von Bundes- oder Landesregierungen, bestimmte höhere Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte öffentlicher Stellen ab Besoldungsgruppe A 9 oder E 9 aufwärts (Näheres siehe §§ 20/21 Abs. 3 mit Verweis auf den Personenkreis nach Abs. 1 Nr. 6 StUG) – es sei denn, der Bundestag entscheidet bis dahin anders.

4.2.3.1 Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder

Aus dem Kreis der überhaupt überprüfbaren wichtigen Funktionsträger und Beschäftigten öffentlicher Stellen besteht ein vergleichsweise stärkeres Interesse an der Überprüfung der Angehörigen von Parlamenten und kommunalen Vertretungen. Die öffentlichen Stellen nutzen diesen Verwendungszweck des StUG, um Transparenz bezüglich dieser gewählten Personen herzustellen. Wenn die in den §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 b StUG genannten Mitglieder kommunaler Vertretungen einen Beschluss über ihre Überprüfung fassen oder Abgeordnete der Parlamente einen Überprüfungswunsch äußern, geschieht dies meist erst geraume Zeit nach Neukonstituierung der Gremien infolge Neuwahlen. Die Wählerschaft zu informieren, welcher der Gewählten für den Staatssicherheitsdienst tätig war, ist dann den jeweiligen Gremien immer noch ein Anliegen.

Von den Mitgliedern des im Jahre 2017 gewählten 19. Deutschen Bundestages machten bis zum Ende des Berichtszeitraums 200 Abgeordnete von ihrem Recht nach § 44 c des Abgeordnetengesetzes Gebrauch, beim Bundestagspräsidenten eine Überprüfung zu beantragen. Eine Vielzahl von Abgeordneten hatte sich bereits in früheren Legislaturperioden überprüfen lassen.

Aus den Länderparlamenten erreichten den BStU Ersuchen zu 90 Abgeordneten aus Berlin, 28 aus Mecklenburg-Vorpommern, 16 aus Niedersachsen sowie 52 aus Sachsen-Anhalt. Von den Parlamenten der Länder Brandenburg, Sachsen und Thüringen waren die Überprüfungsvorgänge bereits nach Beginn ihrer jeweiligen Wahlperiode eingeleitet worden. Zu diesen reichten sie im Zeitraum dieses Berichts Anfragen zu acht Abgeordneten nach. In drei Fällen insgesamt ergaben sich zu Abgeordneten Hinweise auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Diese Hinweise waren bei zwei Abgeordneten aus Überprüfungsverfahren früherer Wahlperioden bereits bekannt.

Von den Mitgliedern der kommunalen Vertretungen (Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte) ließen sich aus allen ostdeutschen Ländern seit der letzten Kommunalwahl am 25. Mai 2014 (siehe 13. Tätigkeitsbericht, S. 38) 3 589 Personen überprüfen. Hinzu kamen aus dem Land Berlin, in dem die Wahl im Jahre 2016 stattfand, 144 Kommunalvertreter der Stadtbezirke. In insgesamt 157 Fällen musste im Berichtszeitraum eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst mitgeteilt werden.

Als Mitglieder der Gruppe der überprüfbaren kommunalen Wahlbeamten sind haupt- und ehrenamtliche Bürgermeister sowie entsprechende Vertreter eines Gemeindeteils für den BStU dann nicht erkennbar, wenn die Person von der kommunalen Vertretung nicht separat, sondern zusammen mit ihren anderen Mitgliedern eingereicht wurde. Im Freistaat Thüringen wiederum wurden nach der Kommunalwahl am 15. April 2018 43 Wahlbeamte von der Rechtsaufsichtsbehörde auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst hin überprüft. Insgesamt sind im Berichtszeitraum von den als solche erkennbaren kommunalen Wahlbeamten 128 Personen überprüft worden, darunter auch die dieser Gruppe ebenfalls zuzurechnenden Landräte. Die Belastungsquote mitzuteilender Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst lag bei Mitgliedern der kommunalen Vertretungen sowie den überprüfbaren kommunalen Wahlbeamten bei insgesamt 4,14 Prozent.

Von der gemäß §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 a StUG bestehenden Möglichkeit zur Überprüfung von Regierungsmitgliedern machten die Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt in insgesamt 26 Fällen Gebrauch. Dabei ergaben sich keine Hinweise auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst.

4.2.3.2 Berufsrichter und ehrenamtliche Richter

Im Berichtszeitraum sind Ersuchen zwecks Überprüfung von Berufsrichterinnen und -richtern ausschließlich aus den Ländern Berlin und Brandenburg an den BStU gerichtet worden; dies betraf 72 Personen. Bei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern erfolgt die Überprüfung zu unterschiedlichen Zeiten, je nachdem, wann in den einzelnen Gerichtszweigen die meist fünfjährige Amtsdauer beendet ist und neue Berufungsverfahren stattfinden. In den Jahren 2017 und 2018 erreichten den BStU entsprechende Ersuchen zu insgesamt 33 Personen, davon 29 erst kurz vor Ende des Berichtszeitraums. In einem der bis dahin bereits bearbeiteten Fälle ergab sich bei den eh-

renamtlichen Richtern ein Hinweis auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst.

4.2.3.3 Leitende Mitarbeiter öffentlicher Stellen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen

Die Zahl an Ersuchen für Beschäftigte öffentlicher Stellen in Leitungsfunktionen (erster Bereich des Verwendungszwecks gemäß §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 d StUG) ist gegenüber dem Zeitraum des 13. Tätigkeitsberichts um 29 Prozent zurückgegangen. Nachgefragt wurde noch zu 301 Personen. Zu ihnen gehörten beispielsweise Leitende Staatsanwälte verschiedener Bundesländer, ein Bereichsleiter der Polizei oder auch leitendes Personal an Schulen, Universitäten sowie an Kliniken. Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst ergaben sich in acht Fällen.

Zu den im zweiten Bereich des Verwendungszwecks der §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 d StUG genannten Vertretern, die von der öffentlichen Hand in Aufsichts- und Vertretungsorganen von Einrichtungen in öffentlicher Hand entsandt waren, sind zwei Personen eines Schulverbandes sowie neun Mitglieder von Stiftungs-, Aufsichts- und Verwaltungsräten überprüft worden. Es ergaben sich dabei keine Erkenntnisse auf eine Tätigkeit für das MfS.

Eine weitere Überprüfungsmöglichkeit bietet sich mit dem dritten Bereich des Verwendungszwecks der genannten Bestimmung. In sogenannten tatsächengestützten Verdachtsfällen kommt es hier nicht auf das Ausüben einer höher dotierten Leitungsfunktion an, sondern hier kann grundsätzlich zum Personal aus allen Hierarchieebenen des öffentlichen Dienstes angefragt werden. Eine den Verdacht bestätigende Mitteilung musste hier in zwölf Fällen gefertigt werden.

Insgesamt waren aus allen drei Verwendungsbereichen zu 28 Personen die Ersuchen abzulehnen, weil die Voraussetzungen zur Überprüfung nicht vorlagen.

4.2.3.4 Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften

Auf Ersuchen des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) sind im Vorfeld der Olympischen Winterspiele in Pyeongchang 86 Namen von Personen zu Überprüfungszwecken eingereicht und bearbeitet worden. In drei Fällen war eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst mitzuteilen.

Aus Anlass der Youth Olympic Games vom 6. bis 8. Oktober 2018 in Buenos Aires bearbeitete der BStU Mitteilungersuchen zu 49 für die Mannschaft vorgesehenen Mitgliedern der Delegationsleitung. Dabei ergab sich in drei Fällen eine mitzuteilende Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst.

4.2.3.5 Beiratsmitglieder und Wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU, Bundesbeauftragter, Landesbeauftragte und deren Mitarbeiter sowie Beschäftigte, ehrenamtliche Mitarbeiter und Gremienmitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen

Die hier erwähnten Personengruppen der §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 7 StUG sollen auch nach 2019 weiterhin überprüfbar sein (siehe Abs. 3 dieser Bestimmung). Ersuchsberechtigte Stellen fragten dazu wie folgt an: Beiratsmitglieder sowie Wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU: 18 Personen – bei zwei weiteren war das für die Überprüfung notwendige 18. Lebensjahr am 12.1.1990 noch nicht vollendet; Landesbeauftragte: zwei Personen; Beschäftigte beim Bundesbeauftragten: 32 Personen; Beschäftigte, ehrenamtliche Mitarbeiter und Gremienmitglieder von Aufarbeitungseinrichtungen: 41 Personen. In einem Fall ergaben sich Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst.

4.2.3.6 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Aufgrund der weiterhin unverändert gebliebenen Bestimmung in § 12 Abs. 4 der Sicherheitsüberprüfungsgesetze des Bundes und der Länder (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 13), wonach Personen einer Überprüfung im Stasi-Unterlagen-Archiv nicht nur in tatsächengestützten Verdachtsfällen zu unterziehen sind, sondern bereits dann, wenn sie früher einen Wohnsitz in der DDR hatten und vor dem 1. Januar 1970 geboren worden sind, wurde im Berichtszeitraum zu 12 580 Personen um Mitteilung ersucht. Bei 799 von ihnen ergab sich eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst; das ist eine Quote von 6,35 Prozent.

4.2.3.7 Rentenangelegenheiten

Gegenüber dem vorigen Berichtszeitraum ist die Zahl der Anfragen zuständiger Stellen aus dem Bereich der Überführung von Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR in die gesetzliche Rentenversicherung, nämlich zu 5 048 Personen, in etwa gleich geblieben. Dies gilt auch für die Quote mitgeteilter Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst, die bei ca. 3,5 Prozent lag.

4.2.3.8 Ordensangelegenheiten

Im Vorfeld der Verleihung eines Ordens oder Ehrenzeichens wenden sich vorschlags- oder verleihungsberechtigte Stellen wie z.B. Ministerien oder Staats- und Ordenskanzleien mit einem Ersuchen um Mitteilung an den BStU, ob sich in den Stasi-Unterlagen zu der Person Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS finden. Ist das der Fall, steht dies oft einer Ehrung entgegen und führt dazu, dass die Stellen kurzfristig eine ehrungswürdige Ersatzperson zur entsprechenden Recherche nachreichen – und der BStU die erbetene Zusatzmitteilung den zuständigen Stellen zukommen lassen muss. Bezogen auf insgesamt 611 Personen lag die Belastungsquote bei rund 9,8 Prozent.

4.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film

Das Interesse von Forschung und Medien an den Stasi-Unterlagen ist auch nach über 25 Jahren Geltung des StUG beachtlich: Im Berichtszeitraum gingen insgesamt 2 665 Forschungs- und Medienanträge gemäß § 32 ff. StUG ein (siehe Tabelle 7 sowie Grafiken 1 und 2 auf den folgenden Seiten). Nachdem in den Anfangsjahren Medienanträge dominierten, überwiegen nun seit Längerem Forschungsanträge. Die Gesamtzahl der Anträge bleibt mit durchschnittlich 110 pro Monat weitgehend konstant. 1 896 Anträge stellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Forschungseinrichtungen oder Aufarbeitungsinitiativen, 769 Anträge kamen von Printmedien, Fernsehen, Film und Rundfunk. Auch das Interesse aus dem Ausland ist nach wie vor groß. 392 Anträge wurden von ausländischen Forschern und Medienvertretern gestellt; dies ist ein Anteil von 15 Prozent.

Wie in den vorangegangenen Jahren nutzte auch im Berichtszeitraum ein breites Spektrum von Antragstellerinnen und Antragstellern die Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs: Forscher unterschiedlichster Disziplinen, Doktoranden und Studenten, international, regional und lokal tätige Journalisten, Museen, Mahn- und Gedenkstätten, Schulen und Universitäten, Vereine und Verbände sowie Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen. Auch für Filmproduktionen wurden Unterlagen herausgegeben: Beispielhaft genannt seien hier „Ballon“ (über eine Flucht aus der DDR in einem Heißluftballon), „Gundermann“, „Brasch“ (ein Dokumentarfilm über die Familie Brasch) oder die Serie „Weissensee“. Für die Produktionen wurde teils auch Material aus Stasi-Unterlagen verwandt, das in der Stasi-Mediathek präsentiert ist.

So vielfältig die Themen der Antragsteller sind, so unterschiedlich sind auch die Aufwände für Recherche, Auswertung und Anonymisierung. Häufig werden für Anträge 50 000 Seiten oder mehr ausgewertet, um themenbezogene Informationen zu ermitteln. Der fortschreitende Erschließungsstand der Archivbestände, der eine umfassendere Suche ermöglicht, sowie nach fast drei Jahrzehnten intensiver Aufarbeitung weiter ausdifferenzierte Forschungsansätze tragen zu größeren Aufwänden bei. Das Stasi-Unterlagen-Archiv wird hierbei auch den veränderten Nutzerinteressen gerecht, indem es zunehmend auf digitale Arbeitsverfahren setzt. So erfolgt die Bearbeitung von Anträgen zunehmend digital, von der Anonymisierung über die Nutzung im Lesesaal bis hin zur Übergabe erbetener Duplikate orts- und zeitunabhängig über eine eigens eingerichtete Online-Plattform (siehe Abschnitt 2.6).

Die Bearbeitung von Forschungs- und Medienanträgen beim BStU ist aufgrund der Erfordernisse des StUG arbeitsaufwendiger als in anderen Archiven von Bund, Ländern und Kommunen. So ist bei jeder Herausgabe von Stasi-Unterlagen zwischen dem Aufarbeitungsinteresse und betroffenen Persönlichkeitsrechten abzuwägen. Zu

deren Schutz müssen dann ggf. Passagen anonymisiert oder Einwilligungen eingeholt werden. Zur Gewährleistung einheitlicher Bearbeitungen enthalten die internen Richtlinien Grundsätze, in die auch die betreffende Rechtsprechung einfließt. Dieses Verfahren hat sich in den vergangenen über zwei Jahrzehnten gut bewährt, in der Praxis gibt es mit den vorgenommenen Anonymisierungen sehr wenige Probleme. Rückfragen von Antragstellern lassen sich in der Regel durch entsprechende Erläuterungen zum Verfahren einvernehmlich klären.

Um die Anträge möglichst effizient bearbeiten zu können, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ihre Verteilung auf jeweils themenbezogen spezialisierte Sachgebiete bewährt. Diese thematische Gliederung dient auch der Strukturierung der folgenden Vorstellung ausgewählter Anträge. Die Anträge aus Forschung und Medien werden je nach Fragestellung bzw. regionalem Bezug in der Zentralstelle oder den Außenstellen bearbeitet.

4.3.1 Aufarbeitung der NS-Diktatur

Die Überlieferungen der Staatssicherheit sind auch für Fragestellungen zur NS-Geschichte nutzbar. Entsprechend viele Anträge werden gestellt, seit Jahren machen diese fast ein Zehntel aller Anträge aus dem Bereich Forschung und Medien aus. Neben einer Vielzahl von Anträgen aus der universitären Forschung, von Mahn- und Gedenkstätten, Geschichtsvereinen und aus dem Ausland sind auch einige Anträge aus dem Bereich Funk und Fernsehen bearbeitet worden, wie folgende drei Beispiele zeigen: Für den Dokumentarfilm des MDR „Die Diva und die Stasi“ über die wohl bekannteste Filmregisseurin des

„Dritten Reichs“, Leni Riefenstahl, konnten zahlreiche Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, welche die Stasi gesammelt hatte, um Riefenstahl später erpressen oder belasten zu können. „Die Nazis waren doch alle im Westen“ heißt ein Film von Claudia Gründer und Christian H. Schulz. Er beschäftigt sich mit der Frage, ob in der DDR, die sich gern als der „erste antifaschistische Staat auf deutschem Boden“ titulierte, tatsächlich alle NS-Kriegsverbrecher verfolgt und verurteilt wurden. Zu diesem Thema wurden beim BStU Recherchen zu zwölf Personen durchgeführt und umfangreiches Aktenmaterial von gut 17 500 Seiten konnte zur Verfügung gestellt werden. Zuletzt ist auf eine Folge der MDR-Sendereihe „Die Spur der Ahnen“ zu verweisen. Dort erinnert Leopold Jetzinger an seinen Onkel Arthur, der nach Kriegsende untertauchte und den Geburtsnamen seiner Mutter angenommen hatte. Der Film „Mein Onkel, der Nazi-Kommissar“ begibt sich auf Spurensuche nach einem, der in der NS-Diktatur eine steile Karriere bei der Polizei gemacht hatte. Unterlagen aus dem sogenannten NS-Archiv des MfS konnten dazu beitragen, Lücken in der Biografie Arthur Jetzingers zu schließen.

Nach wie vor steht die Suche nach dem Verbleib der von den Nazis geraubten Kunstgüter im Fokus der Öffentlichkeit; ein Beitrag dazu ist die Untersuchung der vom MfS durchgeführten Aktion „Licht“. Für die Ermittlung und Sicherstellung „bisher nicht ordnungsgemäß erfaßter Wertgegenstände“ (Mielke) wurden auf dem Gebiet der DDR an etwa 4 000 Einsatzorten Panzerschränke, Wertpapierdepots und Schließfächer unter der Regie des MfS unter äußerster Geheimhaltung geöffnet; mit dieser Aktion wollten die DDR-Organen Einnahmen für den Staats-

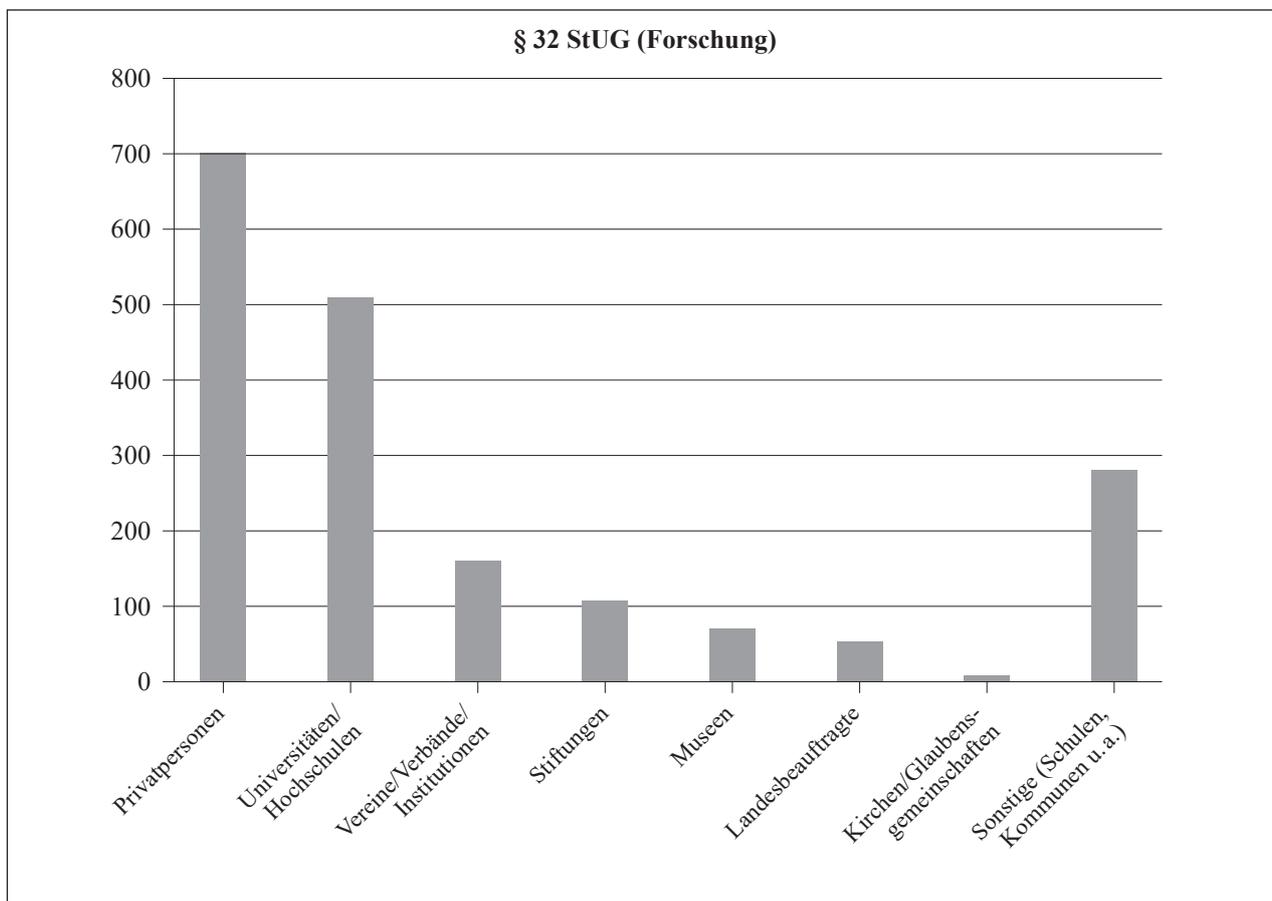
Tabelle 7

Antragseingänge gemäß §§ 32 und 34 StUG (Forschung/Medien)

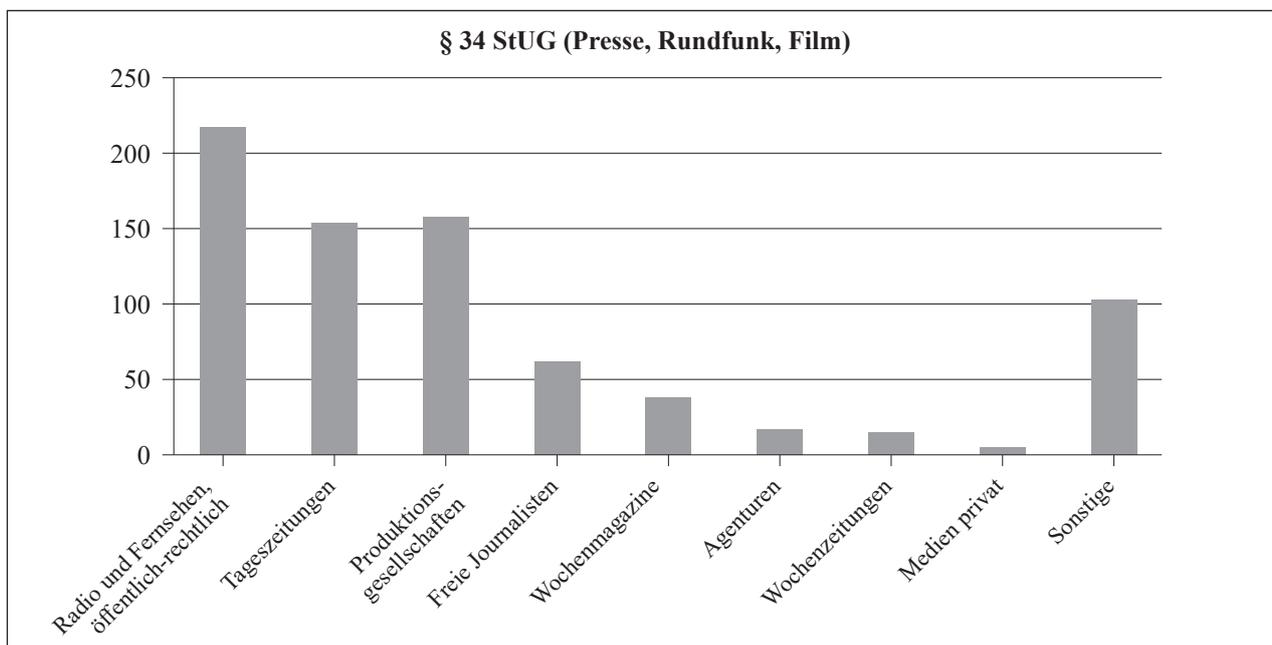
Themenkomplexe	Eingänge gesamt (1993–2018)	Eingänge im Berichtszeitraum	Anteile der Themen im Berichtszeitraum in Prozent
Politik/Internationale Beziehungen	6 571	400	15
Kunst/Kultur/Medien	5 112	344	13
Nationalsozialismus (NS)	3 182	263	10
MfS	3 326	246	9
Wirtschaft	2 567	244	9
Wissenschaft/Medizin/Sport	3 462	237	9
Militär/Grenze/Republikflucht	2 462	211	8
Recht/Justiz/Polizei	2 235	169	6
Geheimdienste (außer MfS)/Terrorismus	1 194	153	6
Opposition in der DDR	2 003	151	6
Bildung/Jugend/Familie/Sexualität	1 321	132	5
Religionsgemeinschaften	2 336	115	4
gesamt	35 771	2 665	100

Verteilung der Antragsteller

Grafik 1



Grafik 2



haushalt erzielen. Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung arbeitet an einem Projekt, in dem alle Aspekte der Aktion „Licht“ wissenschaftlich aufgearbeitet werden sollen. Rund 77 000 Seiten wurden bisher für diesen Antrag durchgesehen, etwa 52 000 konnten bislang zur Einsicht vorgelegt werden.

Die Gedenkstätte Bautzen und die Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden, beide in Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, haben auch im Berichtszeitraum wieder verschiedene Forschungsanträge gestellt. Exemplarisch ist hier der Antrag der Gedenkstätte Bautzen zum Thema „Strafvollzug in Bautzen während des Nationalsozialismus“ zu nennen. Für diesen Antrag wurden rund 55 000 Seiten durchgesehen, 22 300 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt und rund 3 400 Seiten als Digitalisat herausgegeben. Die Ergebnisse des Forschungsantrags sind in die im September eröffnete neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte Bautzen zum NS-Strafvollzug in den beiden Bautzener Haftanstalten eingeflossen.

In einem Forschungsantrag zum „Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933 bis 1945“ geht es um eine Überprüfung und ggf. Revision des u. a. vom MfS erzeugten verzerrten Geschichtsbildes vom „antifaschistischen Widerstandskampf“ der KPD. Dabei soll ein in der DDR tabuisierter Aspekt des Widerstands gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem untersucht werden: Verräter in den Reihen der kommunistischen Widerstandskämpfer. Untersucht werden soll das Ausmaß des Phänomens „Verrat“ im kommunistischen Widerstand, verschiedene Varianten von Verrat anhand von Einzelfällen sowie der Umgang der KPD-Führung damit. Aus den Überlieferungen der HA IX/11 wurden bisher ca. 175 000 Seiten durchgesehen, 145 000 Seiten vorgelegt und mehr als 9 000 Kopien herausgegeben.

4.3.2 „Westarbeit“ des MfS

Das Interesse von Forschung und Medien am Thema „Westarbeit“ der Staatssicherheit zeigt sich an zwei hervorgehobenen Beispielen. Mitten in der DDR gelegen, war West-Berlin jahrzehntelang ein außergewöhnlicher politischer und gesellschaftlicher Schmelztiegel und dadurch auch für die Tätigkeit des MfS von hohem Interesse. Für das im Sommer 2018 erschienene Buch „West-Berlin: Biografie einer Halbstadt“, das auch die besondere Perspektive der Stasi auf den Westteil Berlins beleuchtet, konnten aus den Überlieferungen der Staatssicherheit über 36 000 Seiten und gut 2 700 Fotos vorgelegt werden.

Mitunter trifft das Stasi-Unterlagen-Archiv mit seinen Überlieferungen auf internationale Aufmerksamkeit. Ein Beispiel ist der Fall des britischen Politikers und Labour-Chefs Jeremy Corbyn. Nachdem der Verdacht einer geheimpolizeilichen Zusammenarbeit mit Diensten des Ostblocks in den 1980-er Jahren gestreut worden war, gingen Ende Februar 2018 eine Vielzahl kurzfristiger Medienanträge ein, darunter von Welt, The Guardian, Daily Mail, BBC News, The Observer und The Sun. Die Recherchen ergaben jedoch keine Unterlagen oder sonstige Informationen zu Jeremy Corbyn.

4.3.3 Grenzregime und Militär

Zu Beginn des Jahres 2018 machte der Fund von Überresten eines 80 Meter langen Fluchttunnels im heutigen Mauerpark Schlagzeilen in den Berliner Zeitungen. Den Grabungen waren jahrelange Forschungen des Archäologen Torsten Dressler in den Stasi-Unterlagen vorausgegangen. Der Fokus richtete sich hier auf archäologisch-geophysikalische Aspekte der Grenzsicherung und deren Überwindung durch spektakuläre Fluchten. Dafür waren über 35 000 Seiten gesichtet, gut 25 000 Seiten, wie beispielsweise eine MfS-Tunnelkartei, zahlreiche Skizzen und Kartenmaterial zur Akteneinsicht vorgelegt und knapp 5 900 Kopien, fast 400 Fotos und fünf Filme herausgegeben worden.

Im Herbst 1989 gehörten dem Militär- und Sicherheitsapparat der DDR deutlich mehr als eine halbe Million Menschen an. Trotz dieses gewaltigen bewaffneten Potenzials gingen SED-Regime und Stasi rasch und ohne Blutvergießen unter. Eine Studie untersucht nun den inneren Zustand der sogenannten bewaffneten Organe der DDR im Jahr 1989, beschreibt deren Einsätze gegen Demonstrierende und die Konflikte, die sich daraus ergaben. Für diesen Antrag wurden ca. 180 000 Seiten durchgesehen, ca. 102 000 Seiten vorgelegt und gut 6 300 Kopien herausgegeben. Die Studie soll im ersten Halbjahr 2019 in der Reihe „Militärgeschichte der DDR“ erscheinen.

4.3.4 Justiz, Strafvollzug und Polizei

Die Saxonia Media Filmproduktions-GmbH, die für den MDR die Sendereihe „Lebensretter“ produziert, stellte im Berichtszeitraum mehrere Anträge. Im Fokus der Doku-Serie stehen Havarien, Brände, Unglücks- und Kriminalfälle. Beantragte Themen waren etwa das Zugunglück von Langenweddingen, die besonderen Umstände des Todes des Fußballers Lutz Eigendorf, die Explosion im elektrochemischen Kombinat Bitterfeld 1968 mit vielen Toten, die Bewältigung der Kältewelle in der DDR 1978/79 oder die schweren Waldbrände im April/Mai 1988 im damaligen Bezirk Cottbus. Entsprechende Archivbestände und audiovisuelle Überlieferungen wurden recherchiert und für die Nutzung bereitgestellt.

Die Genese der Politischen Polizei sowie der Staatssicherheit im Land Brandenburg bis zur Auflösung der Länderstruktur in der DDR im Jahr 1952 waren Gegenstand eines vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv geförderten Forschungsprojekts. Für die Antragsbearbeitung konnte auf umfangreiches, beim BStU befindliches Sachaktenmaterial der Politischen Polizei in der SBZ, der sogenannten K5, zurückgegriffen werden. Die Ergebnisse sollen in einem Aufsatz unter dem Titel „Entnazifizierung, Polizei, Geheimdienst im Land Brandenburg 1945 bis 1952“ in dem Sammelband „Das Land Brandenburg, 1945–1952“ der Reihe „Brandenburgische Geschichte in Einzeldarstellungen“ erscheinen.

Angestoßen durch eine Recherche in der Stasi-Mediathek, widmete sich ein Medienantrag dem Thema der in der DDR geplanten Isolierungslager. Für den Verteidigungs-

fall bzw. bei Unruhen hatte es beim MfS Planungen zur vorbeugenden Inhaftierung als feindlich eingestufte Personengruppen gegeben. Dem Antragsteller wurden zahlreiche Dokumente zur Verfügung gestellt, insbesondere Einsatzpläne, Direktiven und Dienstanweisungen, die so detailliert waren, dass aus ihnen sogar das Haftregime im entsprechenden Isolierungsobjekt ersichtlich wurde, insbesondere aus den ehemaligen Bezirken Gera und Erfurt. Wesentlich auf Grundlage der Überlieferungen der Stasi entstand so der Film „Honeckers unheimlicher Plan. Wie die DDR ihre Bürger wegsperren wollte“, der 2018 in ARD-Programmen ausgestrahlt sowie auf dem „Campus für Demokratie“ in Berlin und in der „Runden Ecke“ in Leipzig voraufgeführt wurde.

In den letzten Jahren sind einige Forschungsarbeiten zu den Untersuchungshaftanstalten des MfS entstanden. Zu den Desiderata gehört jedoch die medizinische Betreuung der Insassen. Hiermit beschäftigte sich im Berichtszeitraum anhand des Rostocker Untersuchungsgefängnisses ein Student für seine Bachelorarbeit. Rund 1 800 Seiten wurden für seinen Antrag zur Verfügung gestellt. Die Bachelorarbeit mit dem Titel „Die Absicherung der medizinischen Versorgung von Untersuchungsgefangenen am Beispiel der MfS-Bezirksverwaltung Rostock“ ist in der Bibliothek des BStU einsehbar.

Auf der Suche nach spektakulären DDR-Kriminalfällen stellte die TV-Produktionsfirma Fernsehkombinat GmbH & Co. KG Leipzig einen Antrag zur Einsicht in Unterlagen zu insgesamt zehn Kriminalfällen, geklärt und ungeklärt, zwischen 1950 und 1990. Das Spektrum umfasste unter anderem den Kindermörder Erwin Hagedorn, den Mord an zwei Güstrower Bürgern durch einen Stasi-Offizier oder den Mord an einer jungen Frau, der erst zwölf Jahre später aufgeklärt werden konnte. Obgleich auch in der DDR für die Ermittlungen die Kriminalpolizei zuständig war, konnte die Staatssicherheit diese jederzeit an sich ziehen, insbesondere bei Straftaten mit politischem Hintergrund. Insgesamt wurden mehr als 30 000 Seiten ausgewertet, davon 3 000 Seiten sowie 200 Fotos und drei Filme vorgelegt. Die zweiteilige Dokumentation „Mysteriöse Kriminalfälle der DDR – Im Fadenkreuz der Stasi“ wurde im September 2017 im ZDF ausgestrahlt.

4.3.5 Opposition und Bürgerprotest

Über acht Jahre hatte Monika Haeger oppositionelle Gruppen („Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM), „Frauen für den Frieden“) als inoffizielle Mitarbeiterin ausspioniert. Anfang 1989 wurde sie von Bärbel Bohley, Irena Kukutz und Katja Havemann enttarnt, die bei den „Frauen für den Frieden“ und zum Teil in der IFM mitwirkten. Der Journalist Peter Wensierski hat ein langes Interview mit ihr aus dem Jahr 1990 zur Grundlage einer TV-Dokumentation über den Fall gemacht. Für „IM Dienste der Stasi – Der Fall Monika Haeger“ wurden insgesamt 311 Duplikate von Unterlagen, fünf Filme und elf Fotos übergeben. Der Film wurde im „Haus 22“ in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ voraufgeführt und später im rbb gesendet.

Zur Erstellung des Multimedia-Guides „Herbst Halle 89“ erhielt die Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (Saale) im Berichtszeitraum Einsicht in die umfangreiche regionale Text-, Film- und Bildüberlieferung aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv. Das Projekt wurde durch das Land Sachsen-Anhalt gefördert und ist seit 2017 mit großem Erfolg online. Ergänzend wurde auch eine mobile App (<http://www.herbst89halle.de>) entwickelt, mit der sich historisch Interessierte auf die Spuren der Revolution von 1989 in Halle begeben können. Die Touren „Protest“, „Repression“ und „Dialog“ vergegenwärtigen die damaligen Ereignisse.

Ein weiterer Forschungsantrag widmete sich der studentischen Opposition in der DDR zwischen 1953 und 1961 am Beispiel der Universitäten in Leipzig und Halle. Dabei bildet die Rolle der Studentenschaft beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 einen Schwerpunkt, ebenso wie das Jahr des Mauerbaus 1961. Zudem werden die Einflüsse von studentischen oppositionellen Aktivitäten in anderen kommunistischen Staaten auf die Studierenden in der DDR untersucht. Bisher wurden 175 000 Seiten durchgesehen, 13 200 Seiten vorgelegt und 980 Kopien herausgegeben.

4.3.6 Kirche

Kirchen und von diesen getragene Einrichtungen standen immer wieder unter Beobachtung der Stasi, die hierzu vorhandenen Überlieferungen werden intensiv für Forschungs- und Medienanträge genutzt. Ein Antrag der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur befasste sich mit dem Einfluss des MfS auf die Kirchentage in Sachsen-Anhalt. Hierfür wurden 37 300 Seiten gelesen, acht Akteneinsichten durchgeführt und über 1 100 Seiten sowie Videomaterial und Tonträger herausgegeben. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden u. a. zum Lesefestival „Halle liest mit“ im Rahmen der Leipziger Buchmesse unter dem Thema „Protestanten in Zeiten des Kalten Krieges. Der Wittenberger Kirchentag zum Lutherjubiläum 1983 im Fokus der Staatssicherheit“ in der BStU-Außenstelle Halle präsentiert. Aussagekräftige Dokumente aus Stasi-Unterlagen fanden anschließend Einzug in die Mediathek des BStU. Die BStU-Außenstelle Halle stellte die Inhalte und den Zugang dazu in der Mediathek im Mai 2017 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Wittenberg vor. Eine Vielzahl von Buchvorstellungen schloss sich seitdem an.

4.3.7 Personenkult in der DDR

Im Jahr 2018 hatten zwei prägende Figuren des Kommunismus runde Geburtstage: Karl Marx und Josef Stalin. Auch im Stasi-Unterlagen-Archiv finden sich zu diesen Persönlichkeiten bzw. ihrer Rezeption als historische Figuren wichtige Unterlagen und Ausstellungsstücke.

Im Vorfeld des 200. Geburtstages von Karl Marx am 5. Mai 2018 konzipierte die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V. eine Wanderausstellung und eine Vortragsreihe über dessen Wirkung auf die DDR-Gesellschaft. Beim BStU wurde zu Kritik und Widerstand gegen die Umbenennung der Stadt Chemnitz in Karl-Marx-Stadt und der Universität Leipzig in Karl-Marx-Universität sowie gegen

die Einführung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums an Hochschulen und Universitäten recherchiert. Ferner wurde nach Ermittlungen zu öffentlich angebrachten Losungen oder Äußerungen gegen Karl Marx und seine Werke gesucht. Zu allen Themen konnte eine Vielzahl an Unterlagen ermittelt und herausgegeben werden.

Der für millionenfachen Massenmord verantwortliche sowjetische Partei- und Regierungschef Josef Stalin wurde in der DDR anfangs vergöttert. Im Jahr 2018 war sein 165. Geburtstag. Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen widmete sich in der Sonderausstellung „Der rote Gott. Stalin und die Deutschen“ dem Personenkult um den sowjetischen Diktator in der frühen DDR. Stalin-Denkmal und überlebensgroße Porträts des Diktators an den Hauswänden waren ebenso Teil dieser Propaganda wie die Benennung von Fabriken oder Straßen mit seinem Namen. Die Ausstellung präsentierte eine Fülle seltener Objekte, Filme und Fotografien des Stalin-Kultes. Für die Erarbeitung der Ausstellung wurden aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv mehr als 4 000 Kopien und 110 Fotos zur Verfügung gestellt, darunter auch leihweise ein als Unikat erhaltenes Plakat.

4.3.8 Kinder und Jugendliche

Zwei Themen fanden im Berichtszeitraum besonderes öffentliches Interesse: die Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in der DDR sowie das Ausmaß politisch motivierter Zwangsadoptionen im SED-Staat. Im November 2016 hatte die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs eine Studie zum bislang kaum untersuchten Thema „Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in der DDR“ in Auftrag gegeben. Dem folgte ein entsprechender Forschungsantrag. Beim BStU wurden knapp 46 000 Seiten und audiovisuelles Material zum Thema durchgesehen, über 11 000 Seiten, ein Tonband und zwei Filme zur Einsicht vorgelegt und 633 Seiten Duplikate übergeben. Im Oktober 2017 wurde die Expertise der Öffentlichkeit vorgestellt und im März 2018 erschien sie unter dem Titel „Sexueller Missbrauch in der DDR. Historische, rechtliche und psychologische Hintergründe des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen in der DDR“ in Buchform.

Im Auftrag der damaligen Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer hat das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Februar 2018 eine Vorstudie über die „Dimension und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit von politischer Motivation in DDR-Adoptionsverfahren, 1966–1990“ vorgelegt. Diese Vorstudie ist auf den Webseiten des ZZF, der Beauftragten und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie nachzulesen, ebenso eine Kurzfassung (letzter Aufruf 4.1.2019). Dem ZZF wurden aus fast 66 000 durchgesehenen Seiten über 12 000 zur Einsicht vorgelegt und davon 1 514 Seiten in Kopie zur Verfügung gestellt.

4.3.9 Medien

Während der Frühjahrs- und Herbstmessen der DDR reisten auch westdeutsche Journalistinnen und Journalisten

beruflich nach Leipzig. Sie zeichneten dort Interviews auf oder ließen Radiobeiträge und Livesendungen produzieren. Sowohl eine spezielle Messeinsatzgruppe der Stasi als auch inoffizielle Mitarbeiter (IM) verschiedener Stasi-Diensteinheiten überwachten deren Tätigkeit und vor allem deren Kontakte zu DDR-Bürgern. Um die konkrete Arbeitsweise der Stasi näher zu beleuchten, stellte das Deutschlandradio einen Medienantrag zu diesem Thema. Trotz des für Medienanträge typisch engen Zeitrahmens konnten knapp 2 500 Seiten zur Einsichtnahme vorgelegt werden. Zu Beginn der Leipziger Buchmesse am 15. März 2018 wurde das Radiofeature „Wie die Stasi Messe-Journalisten bespitzelte“ im Deutschlandradio ausgestrahlt.

4.3.10 Sport

Neben dem 1. FC Lok Leipzig spielte die Betriebssportgemeinschaft Chemie Leipzig eine wichtige Rolle im Fußball der DDR. 1964 hatte diese Mannschaft sensationell den DDR-Meistertitel errungen. Der Journalist und Autor Jens Fuge hat umfassend und intensiv die Fanclubkultur von Chemie Leipzig untersucht und deren Überwachung durch das MfS offengelegt. Erstmals führte er sowohl mit ehemaligen IM Interviews als auch mit einem der verantwortlichen hauptamtlichen Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Leipzig des MfS. Im Backroad Diaries-Verlag gibt Jens Fuge unter dem Titel „Chemie Leipzig und seine Fans“ eine Trilogie heraus. 2019 soll der letzte Teil erscheinen. Für die beiden bisher vorliegenden Publikationen wurden ca. 65 000 Seiten und 305 Fotos durchgesehen, ca. 3 400 Seiten und 254 Fotos vorgelegt und ca. 1 600 Kopien sowie 39 Fotos herausgegeben.

4.3.11 Wirtschaft

Im Jahr 2016 hatte der damalige Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, eine Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Bundeslandwirtschaftsministeriums und seiner Vorgängereinrichtungen im 20. Jahrhundert eingesetzt. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Antrag zur Geschichte der DDR-Agrarpolitik und ihrer staatlichen Institutionen gestellt, um die Entwicklungen in Ost und West vergleichend betrachten zu können. Hierzu wurden nach Recherchen in den Überlieferungen der Stasi im Berichtszeitraum bislang rund 99 000 Seiten vorgelegt. Die Bearbeitung dauert an.

Im Jahr 1981 bildete das MfS zur Überwachung und Kontrolle der Kernkraftwerke (KKW) in der DDR eine eigene Objektdienststelle in Lubmin bei Greifswald – Standort des KKW Nord. 1989 arbeiteten für die Objektdienststelle 24 hauptamtliche Mitarbeiter und vier Offiziere im besonderen Einsatz (OibE). Im Auftrag des Norddeutschen Rundfunks drehte die Populärfilm Media GmbH aus Rostock eine Dokumentation über den Umgang mit Atomkraft und insbesondere das KKW Nord Greifswald und nutzte hierzu viele Stasi-Unterlagen. Für diesen Medienantrag wurden mehr als 6 000 Seiten gelesen und gut 2 700 Seiten zur Einsicht vorgelegt. Auf besonderes Interesse stießen die zahlreichen Fotos und Filmaufnahmen zum Kernkraftwerk Greifswald. Die Dokumentation

wurde im Dezember 2017 im NDR in der Reihe „Unsere Geschichte“ unter dem Titel „Als wir die Kernkraft für sicher hielten“ gezeigt.

2017/2018 entstand der Dokumentarfilm „Systemversagen! Todesflug Aeroflot 892“ der Filmemacher Torsten Mehlretter und Matthias Baerens, der beim 28. Filmkunstfest Mecklenburg-Vorpommern im Mai 2018 in Schwerin seine Premiere feierte. Der Film arbeitet den Umgang der DDR-Führung mit dem Absturz einer Passagiermaschine der Aeroflot am 12.12.1986 beim Anflug auf den Flughafen Berlin-Schönefeld auf. An Bord des mit 80 Menschen besetzten Flugzeuges befanden sich auch 27 Schülerinnen und Schüler einer Schweriner Schule und deren Lehrerin. 20 von ihnen kamen bei dem Absturz ums Leben, ein einschneidendes Ereignis für die gesamte Stadt, welches bis heute nachwirkt. Für diesen Antrag wurden über 10 000 Seiten durchgesehen und über 1 100 Seiten vorgelegt. Im Verlauf der Recherchen zu dem Film stellte zudem ein Bruder eines tödlich verunglückten Schülers einen Antrag nach § 15 StUG. Die Möglichkeit der Einsichtnahme wurde im Film aufgegriffen.

4.3.12 Medizin

Die „geschlossenen venerologischen Stationen“ in der DDR, im Volksmund auch „Tripperburgen“ genannt, sind ein besonders dunkles Kapitel in der jüngeren Medizingeschichte. Dorthin kamen Mädchen und Frauen, die angeblich häufig wechselnde Geschlechtspartner hatten, und wurden teils entgegen ärztlicher Normen schikaniert oder gepeinigt. Diese Einrichtungen mit Gefängnischarakter nutzte das SED-Regime jedoch auch dazu, unliebsame Jugendliche ohne Gerichtsbeschluss und ohne jeglichen Krankheitsbefund ihrer Freiheit zu berauben – auch aus politischen Gründen. Im Auftrag des rbb und des NDR entstand hierzu ein Radiofeature. Für diesen Medienantrag wurden gut 1 500 Seiten über die „Tripperburg“ in Rostock vorgelegt, auf die sich das im Juni 2017 gesendete Feature konzentrierte. Es war anschließend auf der Homepage des NDR online nachzuhören.

4.3.13 Kunst und Kultur

Die Stasi überwachte die Bereiche Kunst und Kultur mit gewaltigem Aufwand, insbesondere durch eine große Zahl von IM. Für die Breite der Überwachung, der möglichen Fragestellungen sowie Sujets der Verarbeitung sind im Folgenden entsprechende Beispiele genannt.

Im September 2018 wäre der US-amerikanische Schauspieler und Sänger Dean Reed 80 Jahre alt geworden. Der 1972 in die DDR übergesiedelte Reed war ein im Ostblock umjubelter Star. Er war der einzige Amerikaner, der den Lenin-Preis für Kunst erhielt, Dutzende von Filmen und Alben produzierte und international tourte – allerdings nicht in den USA, wo er praktisch unbekannt war. Doch zu Beginn der 80er-Jahre verblasste sein Ruhm, am 13. Juni 1986 fand man ihn mit aufgeschnittenen Pulsadern im Zeuthener See. Der Suizid wurde geheim gehalten und öffentlich von einem tragischen Unglücksfall gesprochen. Dies gab Gerüchten Nahrung, die sich u. a. um die Be-

teiligung verschiedener Geheimdienste drehten. Anträge aus Forschung und Medien zielten insbesondere auf diese Fragen; in den Überlieferungen der Stasi befinden sich u. a. die Ermittlungsakten und Befunde der Autopsie. Eine Dokumentation des MDR wurde im Herbst 2018 ausgestrahlt.

Die Filmemacherin Annekatrin Hendel hat sich der prominenten Familie Brasch gewidmet. Ihr Dokumentarfilm, der im August 2018 in den Kinos startete, erzählt exemplarisch deren Familiengeschichte. Mit dem Vater Horst Brasch, einem hohen Staatsfunktionär, fechten die Söhne Thomas, Klaus und Peter erbitterte Kämpfe aus. Zwei werden Schriftsteller, einer Schauspieler. Alle stoßen in der DDR-Diktatur an ihre Grenzen. Die Filmemacherin nutzte intensiv die Überlieferungen der Stasi und wertete z. B. Tonbandmitschnitte einer Gerichtsverhandlung von 1968 aus, in der u. a. Thomas Brasch wegen der Verteilung von Flugblättern gegen den Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR angeklagt und verurteilt wurde.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv verfügt über einen großen Bestand an historischen Bauunterlagen, der auch für die Lokal- und Regionalgeschichte von hoher Bedeutung ist. 2017 präsentierte das Kulturhistorische Museum der Stadt Rostock eine Ausstellung und einen umfangreichen erweiterten Katalog zur Geschichte der gutbürgerlichen Steintor-Vorstadt in der Hansestadt. Ab Mitte der 50er-Jahre hatte das MfS durch den Neubau der Bezirksverwaltung, der Untersuchungshaftanstalt und durch die Errichtung von Wohnblöcken für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganze Straßenzüge in diesem Quartier verändert. Das Kulturhistorische Museum stellte hierzu einen Forschungsantrag, sodass der Bau des Stasi-Komplexes erstmals für die Öffentlichkeit aufgearbeitet werden konnte. Von besonderem Wert erwies sich eine fotografische Dokumentation von Beobachtungspunkten der Stasi rund um das MfS-Karree, die zahlreiche seltene Aufnahmen der angrenzenden Straßen aus den 70er-Jahren enthält, welche nun Teil des Katalogs sind.

4.3.14 Terrorismus und Extremismus

Das seit Jahren konstante Interesse aus dem In- und Ausland an Unterlagen aus dem Themenkreis Terrorismus und Extremismus setzte sich auch im Berichtszeitraum fort. Als in der Öffentlichkeit wahrgenommene Vorhaben, die u. a. auf MfS-Unterlagen basierten, seien beispielhaft Publikationen zu fremdenfeindlichen Vorfällen in der DDR, zum „Deutschen Herbst“ 1977 und ein Podcast zu den drei ehemaligen RAF-Mitgliedern, nach denen aktuell noch gefahndet wird, genannt. Für diese drei Anträge wurden gut 200 000 Seiten durchgesehen und gut 10 000 Seiten in Kopie übergeben. Neben originären Stasi-Dokumenten z. B. über die Zusammenarbeit einiger RAF-Mitglieder mit der Stasi, die Überwachung von sogenannten Rückverbindungen zu in der DDR lebenden Verwandten von RAF-Mitgliedern in der DDR oder die Tätigkeit der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus finden sich häufig Dokumente, die in anderen Archiven fehlen.

Im Berichtszeitraum wurde ein umfangreicher Forschungsantrag zur baskischen Terrorgruppe ETA abgeschlossen, den eine spanische Gedenkstiftung gestellt hatte. Dieser knüpfte an ältere Berichte spanischer Boulevardmedien an, dass die ETA intensiv durch die Stasi unterstützt worden sei. Nach den überlieferten Unterlagen konnte die Stasi sowohl personell als auch ideologisch nicht wirklich Zugang zur ETA finden. Im Wesentlichen beschränkte sie sich darauf, Informationen zu sammeln und in einem Fall in Ost-Berlin geführte Absprachen bezüglich einer Waffenlieferung der Carlos-Gruppierung an die ETA zu tolerieren. Aus den Unterlagen wird deutlich, dass die Bearbeitung der ETA unter der strikten Maßgabe erfolgte, Sicherheitsrisiken für die DDR vorab zu erkennen und ggf. abzuwenden.

4.4 Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU

Zu den Aufgaben des Bundesbeauftragten gehört es, Privatpersonen sowie öffentliche und nicht-öffentliche Stellen zu den gesetzlichen Grundlagen der Antragstellung und -bearbeitung zu beraten. Dabei ist es ihm wichtig, dass seine Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sind, was zu einer größeren Akzeptanz der von der Behörde getroffenen Entscheidungen und damit der erlassenen Bescheide führt. Gemessen an der Gesamtzahl der bearbeiteten Anträge und Ersuchen ist die Zahl der beim BStU eingehenden Widersprüche weiterhin niedrig. Im Berichtszeitraum wurde in insgesamt 41 Fällen Widerspruch gegen einen Bescheid des BStU eingelegt.

Der Schwerpunkt der Widersprüche lag auch in diesem Berichtszeitraum im Bereich der persönlichen Akteneinsicht. 18 Widersprüche richteten sich gegen die Ablehnung von Anträgen naher Angehöriger auf Akteneinsicht in Unterlagen zu verstorbenen oder vermissten Personen gemäß § 15 StUG (siehe Abschnitt 4.1.2). Diese Vorschrift ist eine Ausnahme zu dem im StUG geltenden Grundsatz, dass jeder Einzelne nur Einsicht in die vom Staatssicherheitsdienst zu seiner eigenen Person gesammelten Informationen erhält. In fünf Fällen wurden die Anträge im Widerspruchsverfahren durch das Nachreichen der erforderlichen Begründung zum berechtigten Interesse zulässig und der Ablehnungsbescheid wurde aufgehoben. In den übrigen 13 Fällen wurden die Widersprüche zurückgewiesen, weil die Antragsteller nicht zum berechtigten Personenkreis gehörten.

Zu vier weiteren Widersprüchen kam es, weil die Behörde Anträge wegen fehlender Rechtsgrundlage ablehnen musste. In drei Fällen begehrte der Antragsteller Auskünfte aus den Stasi-Unterlagen zu anderen Personen. In einem weiteren Fall beantragte der Antragsteller als Betroffener die Löschung bzw. Anonymisierung aller Informationen zu seiner Person in den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Dieses Anliegen verfolgte er im Klagewege weiter (siehe unten Abschnitt 4.5).

Darüber hinaus wandten sich auch in diesem Berichtszeitraum neun Bürgerinnen und Bürger mit einem Widerspruch gegen die vorgenommene Einstufung der zu ihnen aufgefundenen Unterlagen als IM-Unterlagen sowie ge-

gen die damit verbundene Kostenerhebung. In derartigen Fällen erläutert der BStU vor Erlass eines kostenpflichtigen Widerspruchsbescheides ausführlich die Sach- und Rechtslage. Dabei wird auf die hier maßgebliche archivi-sche Betrachtung der Unterlagen und die dazu bestehende gefestigte Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Berlin hingewiesen. In der Mehrzahl der Fälle wurde der Widerspruch nach dem erläuternden Schreiben durch den Widerspruchsführer zurückgenommen.

Die Zahl der im Bereich der Forschungs- und Medienanträge eingegangenen Widersprüche belief sich im Berichtszeitraum auf sechs. In vier Fällen wurden die Widersprüche wegen fehlender Zugangsvoraussetzungen, wie die thematische Abgrenzung des Forschungsvorhabens und der mangelnde Bezug zur Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen DDR oder der SBZ, zurückgewiesen. In zwei Fällen wurden die Ausgangsbescheide aufgehoben, weil die Forschungsvorhaben innerhalb des Widerspruchsverfahrens präzisiert und die Anträge damit zulässig wurden. Ein Widerspruchsverfahren wurde wegen der Erhebung von Kosten bei der Bearbeitung eines Forschungsantrages geführt. Fraglich war die Einstufung der Antragstellerin, einer privatrechtlich organisierten, binationalen Forschungseinrichtung, als öffentliche Stelle. Diese konnte letztlich bejaht werden, da die Einrichtung, die unter anderem auch von einem Bundesministerium und einem Bundesland getragen wird, an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben mitwirkt bzw. diese unterstützt und fördert. Der Kostenbescheid wurde entsprechend aufgehoben. Ein Widerspruch wurde gegen die Höhe der Erhebung einer Gebühr bei der privaten Akteneinsicht geführt. Dem Antrag auf Ermäßigung der Gebühren wurde im Widerspruchsverfahren stattgegeben.

Ein Widerspruch gegen die Ablehnung eines Ersuchens auf Überprüfung für Beschäftigte öffentlicher Stellen in Leitungsfunktionen wurde Ende 2018 erhoben; das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

4.5 Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz

Angesichts der anhaltend hohen Zahl beim Bundesbeauftragten bearbeiteter Anträge und Ersuchen (siehe dazu unter 4.1.1 sowie 4.2) ist die Zahl der gegen seine Bescheide erhobenen Widersprüche auch im Berichtszeitraum weiterhin gering. Fast alle darin geäußerten Anliegen konnten im Widerspruchsverfahren geklärt werden, sodass lediglich vier neue Klagen bei dem zuständigen Verwaltungsgericht in Berlin anhängig wurden. Zwei dieser Klagen wurden bereits im Termin zur mündlichen Verhandlung zurückgenommen. Auch in einem älteren noch anhängigen Verfahren wurde die Klage in der mündlichen Verhandlung zurückgenommen. Ein Antrag auf Zulassung der Berufung gegen ein klageabweisendes Urteil aus dem vorherigen Berichtszeitraum wurde durch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zurückgewiesen, gegen ein anderes klageabweisendes Urteil im jetzigen Berichtszeitraum ist der Antrag dort noch offen.

Mit einer der neu erhobenen Klagen begehrt der Kläger Zugang zu den vom MfS zu seinem verstorbenen Vater angelegten Unterlagen, obwohl dieser zu Lebzeiten schriftlich einen sogenannten entgegenstehenden Willen gemäß § 15 Abs. 5 StUG zu den Unterlagen gegeben hatte. Darin hatte der Vater eindeutig formuliert, dass abgesehen von seiner Ehefrau niemand Akteneinsicht in diese Unterlagen nehmen darf. In einer anderen Klage wird die Entschlüsselung eines Decknamens begehrt. Der Kläger ist der Überzeugung, dass die Person, die vom MfS unter diesem Decknamen geführt wurde, als inoffizieller Mitarbeiter gegen ihn tätig war. Nach den vorliegenden Unterlagen handelte es sich bei dem Betroffenen aber nicht um einen IM, sondern lediglich um eine sogenannte Kontaktperson. Es ist weder eine Berichterstattung dieser Kontaktperson aus den MfS-Unterlagen nachweisbar noch erkennbar, inwieweit die Person überhaupt wusste, dass sie vom MfS unter einem Decknamen geführt worden war.

Zwei Betroffene verfolgten mit ihren Klagen unabhängig voneinander das Anliegen, die zur eigenen Person durch das MfS angelegten und von der Beklagten verwahrten Unterlagen vernichten zu lassen. Beide Kläger beriefen sich dabei auf das aus Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz hergeleitete Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Sie machten geltend, dass sich in den Unterlagen zu ihnen als Betroffene menschenrechtswidrig und rechtsstaatswidrig gesammelte Daten über ihre Privatsphäre befänden, die niemanden etwas angingen. Die Klagen wurden zwischenzeitlich zurückgenommen. Ursprünglich war im StUG mit § 14 auch ein Anspruch auf Anonymisierung bzw. Löschung personenbezogener Unterlagen und Informationen vorgesehen, mit der Novellierung im Jahr 2002 aber bewusst wieder gestrichen worden (siehe Sechster Tätigkeitsbericht, S. 10 f.). Dabei hat der Gesetzgeber die sich aus Grundrechten ergebenden Rechte und Interessen der Betroffenen mit den für einen vollständigen Erhalt der Unterlagen sprechenden Gesichtspunkten abgewogen.

5 Forschung und Publikationen

Als Dienstleistung für die gesellschaftliche Aufarbeitung und die externe, weiterführende Forschung hat der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) im Berichtszeitraum weiterhin Grundlagenforschung betrieben sowie umfassendes Basiswissen erarbeitet. Im Rahmen des Transformationsprozesses der Gesamtbehörde soll sich die Forschung beim BStU verstärkt archivnahen Fragen wie Aktenüberlieferung, Vorgangsführung und Informationsverarbeitung zuwenden. Das soll den Charakter und die Binnenstruktur der Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs transparenter machen und so die Grundlagen für eine umfassendere, qualifiziertere und effizientere Nutzung schaffen. Diese Forschung ist grundsätzlich quellenkundlich ausgerichtet und dienstleistungsorientiert, beinhaltet aber auch Projekte, die mit elaborierten und innovativen historiografischen Ansätzen die Potenziale des Stasi-Unterlagen-Archivs exemplarisch sichtbar machen. Sie besteht aus drei Säulen:

1. Editionen und wissenschaftliche Dokumentationen: Ausgehend vom Kern, der bestehenden Edition „Die DDR im Blick der Stasi“, werden Öffentlichkeit und Wissenschaft hochrangige Quellen zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der DDR und des Kommunismus nach wissenschaftlichen Maßstäben zur Verfügung gestellt.
2. Überlieferungsforschung und Quellenkunde: Hier wird die heterogene, mitunter schwer durchschaubare Überlieferung des MfS für die externe Forschung und die gesellschaftliche Aufarbeitung transparenter gemacht, um Wissenschaft, Presse und Betroffenen die Nutzung der Akten des MfS zu erleichtern.
3. Grundlagenforschung zum Staatssicherheitsdienst der DDR: Im Zuge der neuen Ausrichtung wird sich dieser Bereich darauf konzentrieren, die Lücken im Basiswissen zu Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes zu schließen, was ggf. die Berücksichtigung des Verhältnisses zu anderen DDR-Institutionen und zu anderen kommunistischen Geheimdiensten einschließt.

Eine so ausgerichtete Forschung besitzt drei wesentliche Funktionen: Sie setzt erstens den BStU in die Lage, gemäß der ihm vom Gesetzgeber zugewiesenen Aufgabe als Fachinstitution weiterhin umfassend und auf dem neuesten Stand in allen das MfS betreffenden Fragen auskunftsfähig zu sein. Zweitens erfüllt sie die Anforderungen, die sich aus der Gestaltung und Nutzung des Stasi-Komplexes in Berlin-Lichtenberg als Gedenk- und Lernort ergeben. Und drittens trägt sie dazu bei, den internationalen Kontext der Stasi-Aufarbeitung im engen Kontakt mit den Schwesterbehörden in anderen postkommunistischen Ländern inhaltlich mit Leben zu füllen.

Im Berichtszeitraum hat der BStU zehn Monografien, vier Sammelbände, zwei Akteneditionen und eine Neuauflage aus der Handbuchband-Reihe publiziert (siehe Abschnitt 5.2). Aus diesen Publikationen sollen einige hervorgehoben werden: Die Studie „Im goldenen Käfig“ von Christian Booß untersucht die Tätigkeit der Rechtsanwältinnen in politischen Prozessen und den Einfluss der Staatssicherheit auf diese Berufsgruppe; sie zeichnet so ein empirisch gesättigtes Bild von der politischen Justiz in der Ära Honecker. Mark Schiefer behandelt in seiner Arbeit „Profiteur der Krise“ die Rolle des MfS in den Kombinate des Chemiedreiecks Halle-Bitterfeld und kann zeigen, dass die Staatssicherheit nicht in erster Linie zum Wohl der Produktion agierte, sondern vor allem den eigenen Einfluss erweiterte. Zwei Werke des Forschungsbereichs beschäftigen sich mit dem für eine Geheimpolizei wichtigen Thema der Haft: Arno Polzin untersucht das Militärgefängnis Schwedt, die Haftanstalt der NVA, und arbeitet den prägenden Dreiklang aus Disziplinierung, militärischer Ausbildung und politisch-ideologischer Schulung heraus. Tobias Wunschik analysiert an der exemplarisch ausgewählten Haftanstalt Brandenburg-Görden, was politischer Strafvollzug in der DDR bedeutete und wie weit der Einfluss des MfS dabei reichte. Der Titel „Honeckers Zuchthaus“ spielt darauf an, dass Erich Honecker während der

NS-Diktatur selbst in diesem Gefängnis inhaftiert war – und später seine politischen Gegner dort einsperrte. Zuletzt sei die Studie zum „Leistungssport im Visier der Stasi“ von Ralph Kaschka im Rahmen der Reihe „BF informiert – regional“ herausgehoben. Diese Reihe will an jeweils einem regionalen Beispiel den Überwachungscharakter anschaulich einem breiteren Publikum präsentieren.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat 2017 erhebliche Mittel zur Erforschung des SED-Unrechts ausgeschrieben. Daraufhin bildete sich eine größere Anzahl von sogenannten Konsortien, in denen sich Institutionen gemeinsam um diese Mittel bewarben. Zwölf Konsortien wandten sich an den BStU und baten um Unterstützung bei der Recherche von Unterlagen des MfS. Der BStU ließ diesen Verbänden einen letter of intent zukommen, in dem die Unterstützung des jeweiligen Projektes zugesagt wurde. An dem im Juni 2018 bewilligten Verbundantrag „Landschaften der Verfolgung“ unter Führung von Prof. Baberowski (Humboldt-Universität zu Berlin) ist der BStU durch die Erstellung eines Spezialinventars zur Haft in der DDR unmittelbar beteiligt.

Provenienzforschung erlebt in den vergangenen Jahren eine erhöhte Aufmerksamkeit, ausgelöst durch den Fall Gurlitt und durch die Restitution hochkarätiger Kunstobjekte, die im Nationalsozialismus ihren Besitzerinnen und Besitzern entrissen worden waren. Zum unrechtmäßigen Entzug von Kunst- und Kulturgegenständen sowie Vermögenswerten in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR – vor allem durch den großflächigen Abtransport von Wertgegenständen nach Kriegsende und durch die Veräußerung von Kunst- und Kulturgütern in den 80er-Jahren sowie durch die Aktion „Licht“ 1962 (siehe Abschnitt 4.3.1) – fehlt bisher eine systematisch auf Archivbeständen aufbauende Aufarbeitung.

Um eine diesbezügliche Grundlagenforschung bemüht sich das Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste zusammen mit dem Bundesarchiv und dem BStU. Sie soll einen raschen und verlässlichen Zugang zu den entsprechenden Aktenbeständen ermöglichen. Dass die Staatssicherheit bei den Aktionen beteiligt war, ist durch die bisherigen Kenntnisse gesichert; die Devisenbeschaffung lag unmittelbar in den Händen des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“, der von einem Offizier im besonderen Einsatz des MfS (Schalck-Golodkowski) geleitet wurde. Zudem existierte innerhalb des MfS eine eigene Struktureinheit, die den Bereich überwachte (Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung). Um die Bestände des BStU besser zugänglich zu machen, betreibt der BStU seit September 2017 ein Projekt zur Erstellung eines Spezialinventars, das den Weg zu den einschlägigen Akten vereinfacht. Das ist nicht banal, weil das MfS seine Unterlagen vorwiegend personenbezogen und nicht sachthematisch ablegte, was die Suche nach Kunst- und Kulturgegenständen erschwert. Daher werden Wege gerade in die Bestände gelegt, die noch nicht nach archivischen Grundsätzen verschlagwortet sind. An der Untersuchung zur Vernichtung von Unterlagen des MfS in den Jahren 1989/90 wurde im Berichtszeitraum weiter gearbeitet. Eine Veröffentlichung ist 2019 geplant.

Die Kooperation mit der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung des Bundesnachrichtendienstes ist nach dem Erscheinen des gemeinsamen Bandes 2016 fortgeführt worden. Auch für die folgenden Bände, die die aufeinander bezogene Geschichte des deutsch-deutschen Geheimdienstkrieges mit dem Fokus auf das Ministerium für Staatssicherheit behandeln, ist diese Zusammenarbeit fruchtbar.

Im Zusammenhang mit der Erstellung der Studie über die Kreisdienststelle Nordhausen des MfS und der Präsentation erster Ergebnisse vor Ort kam es zu einem regen Austausch mit der Kommune und lokalen Aufarbeitungsinitiativen. Sie mündeten in einer weiteren, von der Stadt Nordhausen und der Vereinigung „Gegen Vergessen – für Demokratie“ unterstützten Publikation zu dem Thema.

Das gemeinsame Projekt mit dem polnischen IPN und den anderen Partnerbehörden im Europäischen Netzwerk zur Digitalisierung und Online-Veröffentlichung von Dokumenten über die multilaterale Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste des ehemaligen sowjetischen Blocksystems wurde fortgesetzt. Das IPN ist dabei, die gesammelten Digitalisate des BStU und der anderen Partnerbehörden auf einer Webseite zu veröffentlichen, hat dies aber im Berichtszeitraum noch nicht abgeschlossen.

Das Engagement mehrerer Mitarbeiter in der universitären Lehre setzte sich fort. So wurden im Berichtszeitraum Lehraufträge an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Leibniz-Universität Hannover wahrgenommen. Die Mitarbeit in Beiräten von Forschungsinstitutionen und Gedenkstätten führten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiter. Sie dient der Vernetzung der Forschung beim BStU im wissenschaftlichen Bereich und in der Aufarbeitungslandschaft. Neu hinzu kam die Berufung von Daniela Munkel in die Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, nachdem sie zuvor von 2015 bis 2017 schon in der Enquetekommission des Niedersächsischen Landtags „Verrat an der Freiheit – MACHENSCHAFTEN DER STASI IN NIEDERSACHSEN AUFARBEITEN“ als Expertin mitgewirkt hatte.

Weiterhin werden Forscherinnen und Forscher beim BStU regelmäßig von verschiedensten anderen Einrichtungen eingeladen, zu ihren Spezialgebieten zu referieren, ihre neuesten Studien vorzustellen oder zu Fragen der historischen Aufarbeitung Stellung zu nehmen. An einigen Beispielen soll im Folgenden das breite Spektrum an Themen und Veranstaltern exemplarisch skizziert werden. Zu nennen sind zunächst wissenschaftliche Institute im In- und Ausland: An der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und am Trinity College in Dublin z. B. referierte Douglas Selvage über die AIDS-Desinformationskampagne von KGB und Stasi. Philipp Springer hielt einen Vortrag über die Kartei- und Archivabteilung des MfS am Institut für Zeitgeschichte in München. Zahlreiche Einladungen kommen von politischen Stiftungen (mehrfach referierte Helge Heidemeyer bei der Adenauer-Stiftung im Ausland; Tobias Wunschik stellte seine Studie zur Häftlingsarbeit in der DDR auf dem Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stif-

tung vor) oder auch von Bundeseinrichtungen wie dem Bundesinstitut für Geschichte und Kultur im östlichen Europa in Oldenburg. Dort trug Georg Herbstritt zur Frage vor „Welche Erkenntnisse sind aus den Stasi-Akten für ein Forschungsprojekt über das Bundesvertriebenenministerium zu erwarten?“ Auch die Landeszentralen für politische Bildung und die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen laden häufig Wissenschaftler des BStU ein: So referierte Roger Engelmann über seine Publikation zum strafrechtlichen Untersuchungsorgan des MfS bei der Landeszentrale Mecklenburg-Vorpommern und dem Berliner LStU. Über das Thema Militärgefängnis Schwedt, das offenbar ein breites Publikum interessiert, berichtete Arno Polzin u. a. im Stadtmuseum Pasewalk, bei der Stadtgeschichtlichen Vereinigung Leverkusen und in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau. Christian Halbrock, der eine Studie zu Widerstand und Opposition in der DDR publiziert hatte, referierte zu diesem Themenfeld an zahlreichen Orten in den neuen Ländern. Aufgrund der in Zusammenarbeit mit der Unabhängigen Historikerkommission entstandenen Arbeiten zur Auslandsspionage und zur Tätigkeit der HV A nahm Daniela Münkel an Podiumsdiskussionen des BND zu seiner Geschichte teil. Christian Booß stellte seine breit rezipierte Studie über Rechtsanwälte in der DDR (siehe Abschnitt 5.2.2) u. a. im Verfassungsgericht des Landes Brandenburg zur Diskussion.

5.1 Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums

Im Berichtszeitraum endete die Amtszeit des zweiten Wissenschaftlichen Beratungsgremiums (WBG). Es tagte 2017 zweimal und hob zum Abschluss seiner Beratungen noch einmal die vielfältigen Publikationsaktivitäten des Forschungsbereichs beim BStU und die Qualität der Veröffentlichungen, die durch die Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums gesichert worden sei, hervor. Das scheidende WBG betonte, dass die Nutzung des vorhandenen Potenzials auch in Zukunft sichergestellt sein müsse.

Im Juni 2017 wählte der Deutsche Bundestag die neuen Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums (siehe Anhang 5). Diese trafen sich am 18. Juni 2018 zu einer ersten Beratung mit dem erklärten Ziel, die konstruktive Begleitung der Forschungstätigkeit fortzuführen. Zum Vorsitzenden des WBG ist Rainer Eckert (Berlin) gewählt worden, zu seinem Stellvertreter Jörg Ganzenmüller (Jena). Neben den engeren Fachfragen brachte sich das WBG auch in die Diskussion um die Zukunft der Forschung bei der Transformation der Behörde ein.

5.2 Forschungsergebnisse: abgeschlossene und publizierte Projekte

Das Sachgebiet Publikationen begleitet die in der Forschungsabteilung entstehenden Manuskripte und Editionsprojekte von der Manuskriptkorrektur über den Satz bis hin zur Drucklegung. Die Publikationen erscheinen

entweder als Verlags- oder als Eigenveröffentlichung bzw. als elektronische Publikationen, die als barrierefreie PDF-Dateien kostenlos online zur Verfügung gestellt werden. Betreut werden ferner Nachschlagewerke wie das „Abkürzungsverzeichnis“ der häufig verwendeten Begriffe des MfS oder die Aktualisierung von Handbuchbänden und Einzelpublikationen wie die „Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989“, die in völlig überarbeiteter 3. Auflage vorliegt. Im Zuge der Retrodigitalisierung früherer Veröffentlichungen wurden weitere Publikationen des BStU als Download verfügbar gemacht.

Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienenen Veröffentlichungen vorgestellt. Eine Liste sämtlicher Publikationen befindet sich im Anhang 12.

5.2.1 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1964 und 1968

Die Reihe wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt: 2017 erschien der Jahrgang 1964 „Die DDR im Blick der Stasi“, bearbeitet von Bernd Florath. Das prägende Ereignis in den Informationen des Jahres 1964 der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) sind die ersten Passierscheinabkommen, die es der West-Berliner Bevölkerung ermöglichten, ihre Verwandten in Ost-Berlin nach dem Bau der Mauer wieder zu besuchen. Das MfS war federführend für den reibungslosen Verlauf des von vielen Seiten beargwöhnten Experiments verantwortlich, was sich in detaillierter Berichterstattung – von den Ost-West-Verhandlungen über die Kontroversen zwischen Bonn und West-Berlin bis hin zu den Versuchen von Ost-Berlinern, im Schatten des Besucherstroms den Sprung in den Westen zu wagen – widerspiegelt.

Anlässlich des 50. Jahrestages der Ereignisse des Jahres 1968 erschien im Herbst 2018 der von Bernd Florath bearbeitete Jahrgang 1968. Zwei Vorgänge stachen in diesem Jahr hervor: Das SED-Regime gab dem Land eine neue, „sozialistische“ Verfassung und das MfS musste sich mit Widerständen gegen die darin verankerte Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Hülle beschäftigen. Ferner standen die Fernwirkungen der oppositionellen Bewegungen in Warschau, Prag und West-Berlin und der Widerspruch gegen die Besetzung der ČSSR im eigenen Land im Fokus des MfS. Der Band zeigt die intensive Suche der Staatssicherheit nach den Ursachen des Protests.

Im Jahr 2017 erschien die Auswahledition „Herbst’89 im Blick der Stasi“, herausgegeben von Daniela Münkel in der 3. Auflage. Darüber hinaus konnten im Berichtszeitraum die Jahrgänge 1956 und 1964 online gestellt werden.

5.2.2 Im goldenen Käfig. Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess

Das Projekt „Rechtsanwälte in der Ära Honecker“ wurde im Berichtszeitraum mit der 800-seitigen Monographie in der Reihe „Analysen und Dokumente“ (Band 48) von

Christian Booß abgeschlossen. Die Publikation „Im goldenen Käfig“ leuchtet anhand von ca. 1 800 Fallakten der Ära Honecker die Rechtswirklichkeit in der späten DDR aus. Es zeigte sich, dass bisherige Annahmen über die politische Beeinflussung der Justiz revidiert bzw. weiterentwickelt werden müssen. Bei der Mehrheit der Verfahren ist keine direkte politische Intervention nachweisbar. Inoffizielle Mitarbeiter spielen so gut wie keine Rolle bei der Prozesssteuerung: Das MfS ist weniger allmächtig als gelegentlich gemutmaßt. Stattdessen erfolgt die Beeinflussung in der Regel durch die allgemeine Justizkaderauswahl und -kontrolle, durch die auf der politischen Ebene fixierten Rechtsnormen und die Weisungen bzw. Konsultationen auf der fachlichen Ebene. Dies schließt unmittelbare Vorgaben der SED-Führung in besonderen Einzelfällen nicht aus.

5.2.3 Mythos Schwedt. DDR-Militärstrafvollzug und NVA-Disziplinareinheit aus dem Blick der Staatssicherheit

Schwedt war ab 1968 der Standort des DDR-Militärstrafvollzugs und für nahezu jeden männlichen wehrpflichtigen DDR-Bürger ein negativ besetzter Begriff. Die dort praktizierte Kombination von Freiheitsentzug mit Schichtarbeit, militärischer Ausbildung und politischer Schulung bedeutete gegenüber anderen Gefängnissen eine verschärfte Situation, auch wenn die in Schwedt maximal zu verbüßende Strafhöhe „nur“ zwei Jahre betrug. Wegen der überwiegend fehlenden Gefangenen-, Personal- und Verwaltungsakten wertet dieses Buch insbesondere die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit aus. Die Studie von Arno Polzin in der wissenschaftlichen Reihe des BStU (Band 49) gewährt eine profunde Einsicht in das Innenleben des Militärstrafvollzugs, inklusive der Einbindung der Staatssicherheit. Der zu DDR-Zeiten aufgebaute Mythos kann zumindest in Teilen entzaubert werden: Ja, es gab ein hartes Tagesregime, es gab Schikanen und Übergriffe, auch untereinander. Doch es gab keine lebensgefährliche Arbeit im „Steinbruch“, es gab keine Todesfälle, es gab keine vollendeten Suizide unter den Insassen. Allerdings erreicht die Hochrechnung der Insassenzahlen aufgrund breiterer Ausgangsdaten als bisher höhere Werte, speziell für die erste Phase mit der Verwaltung durch das Innenministerium (1968–1982).

5.2.4 Dem Volk auf der Spur. Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungstimmungen im Kommunismus. Deutschland – Osteuropa – China

Anfang 2018 erschien als Band 50 der wissenschaftlichen Reihe des BStU der Sammelband „Dem Volk auf der Spur. Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungstimmungen im Kommunismus. Deutschland – Osteuropa – China“, herausgegeben von Daniela Münkel und Henrik Bispinck. Der Band geht auf eine gleichnamige Tagung zurück (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 69) und befasst sich in international vergleichender Perspektive mit geheimpolizeilichen Berichten über die Bevölkerungstimmung in kommunistischen Diktaturen des 20. Jahr-

hunderts. Welche Themen und welche Probleme bewegen die Bevölkerung? Welche Meinungen haben die Menschen von der politischen Elite? Berichte von Inlandsgeheimdiensten über derartige Fragen zählten in Diktaturen zu den wichtigsten Informationsquellen der Staats- und Parteiführungen. Dies galt auch für die DDR, in der das Ministerium für Staatssicherheit die SED-Führung regelmäßig über die Stimmung im Land unterrichtete. Der Sammelband stellt diese Berichte in den breiteren Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts und behandelt auch Beispiele aus der Sowjetunion, Bulgarien, China oder der ČSSR.

5.2.5 Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989

Brandenburg-Görden, das Gefängnis, in dem Generalsekretär Erich Honecker vor 1945 als politischer Häftling einsaß, war mit bis zu 4 500 Gefangenen einer der vier größten Haftorte der DDR. An diesem Fallbeispiel untersucht Tobias Wunschik das Funktionieren des Strafvollzugs unter den politischen Vorgaben der SED. Er beleuchtet auf der Grundlage zahlreicher neu ausgewerteter Akten sämtliche Aspekte des Strafvollzugs: die Gefangenen, ihre Haftbedingungen, das Gefängnispersonal und die Staatssicherheit. Diese führte verdeckt Regie, indem sie Häftlinge ebenso wie deren Bewacher als Spitzel anwarb. Die Haftwirklichkeit war durch die Benachteiligung der politischen Gefangenen und eine harte und willkürliche Disziplinarpraxis geprägt. Fraternalisierungstendenzen, die es in den fünfziger Jahren manchmal noch gab, wurden rigoros bekämpft. Die Häftlinge von Brandenburg-Görden mussten in unterschiedlichen Betrieben hart arbeiten. Ein wenig zur Linderung der Haftbedingungen trugen später der Besuch westlicher Delegationen in den Gefängnissen und die sich ausweitende Praxis des Häftlingsfreikaufs bei. Die Studie ist 2018 in der Reihe „Analysen und Dokumente“ als Band 51 erschienen.

5.2.6 Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971–1989

In dieser Studie analysiert Mark Schiefer die Rolle der Staatssicherheit in der Planwirtschaft am Beispiel der Chemiekombinate Leuna, Buna und Bitterfeld: Sie wird als entscheidender Akteur im ausgedehnten planwirtschaftlichen Kontrollsystem identifiziert. Das MfS reagierte mit geheimpolizeilichen Methoden auf die chronischen Funktionsprobleme der Chemiekombinate, es personalisierte Strukturprobleme und war auf die Beobachtung westlicher Einflüsse fokussiert. Das angesichts der Modernisierungsprobleme der DDR-Wirtschaft oftmals anachronistisch anmutende Agieren der MfS-Offiziere trug in der Regel nicht zu wirklichen Problemlösungen bei, sondern schuf häufig zusätzliche Funktionsdefizite, denen mit noch mehr Kontrolle begegnet wurde. So profitierte das MfS institutionell von den Krisenerscheinungen, die es selbst mitverursacht hatte. Die Studie ist 2018 in der Reihe „Analysen und Dokumente“ (Band 52) erschienen.

5.2.7 Strom für die Republik. Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald

Das Kernkraftwerk (KKW) Greifswald „Bruno Leuschner“ war für die Energieversorgung der DDR-Volkswirtschaft zentral. Dieser Bedeutung entsprechend, richtete das MfS dort eine Objektdienststelle (OD) ein, die die Kontrolle sowohl des laufenden Reaktorbetriebs als auch der nie fertiggestellten Großbaustellen sichern sollte. Den Bogen von der frühen Atomeuphorie über die späteren Sicherheitsdebatten und die verschiedenen Etappen der DDR-Planwirtschaft bis hin zur Friedlichen Revolution spannend, untersucht Sebastian Stude in seiner Studie „Strom für die Republik“ die Funktion und Vorgehensweise der Staatssicherheit. Hierzu analysiert der Autor den Einsatz der 24 hauptamtlichen Mitarbeiter der OD und ihrer mehr als 200 inoffiziellen Mitarbeiter. Das Bemühen des MfS, Betriebsstörungen und Havarien zu verhindern, scheiterte an dem Unvermögen, die wahren Ursachen wie Überregulierung, mangelnde Produktivität und Materialprobleme zu benennen und zu bekämpfen. Die Fokussierung des MfS auf Spionage, „feindliche“ Sabotage oder Disziplinlosigkeit Einzelner und die Vertuschung gravierender Risiken und Vorfälle standen erfolgreichen Lösungen letztlich entgegen. Die Studie erschien 2018 bei Vandenhoeck & Ruprecht in der wissenschaftlichen Reihe des BStU (Band 53).

5.2.8 Das MfS und der KSZE-Prozess

Der in der Reihe „Analysen und Dokumente“ erschienene Band 54 von Douglas Selvage und Walter Süß analysiert die Rolle und Wirkung des MfS bezüglich des diplomatischen Prozesses, der im Anschluss an die Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) entfacht wurde, sowie die Versuche des MfS, die menschenrechtlichen Folgen dieses Prozesses einzudämmen. Einerseits trug die MfS-Führung die harte Linie der Partei- und Staatsführung der DDR im KSZE-Prozess mit, auch gegenüber Moskau. Andererseits unterstützte das MfS weitgehend die Forderungen Moskaus gegenüber der SED-Führung zur Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik. Die wirtschaftliche Schwäche der Sowjetunion bzw. der DDR, verschärft durch Militärausgaben wegen der Aufrüstung der NATO, führte aber zu Zugeständnissen beider Regimes innerhalb und außerhalb des KSZE-Prozesses, die die Repressionsmöglichkeiten des MfS gegenüber ostdeutschen Oppositionellen bzw. der – nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte entstandenen – Ausreisebewegung erheblich einschränkten. Am Ende konnte das MfS als „Diener zweier Herren“ – der SED-Führung und der Sowjetunion, vertreten durch den KGB – die innenpolitischen Auswirkungen des KSZE-Prozesses wegen der Zugeständnisse seiner beiden Herren an den Westen nicht mehr unter Kontrolle halten.

5.2.9 Verschluss-Sachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit

In der Publikation „Verschluss-Sachen“ präsentieren Philipp Springer, Karsten Jedlitschka und Jens Niederhut 40

bislang unbekannte Dokumente, Fotos und Objekte aus den vielfältigen Beständen des Stasi-Unterlagen-Archivs zu jedem Jahr der Existenz des MfS. Das Buch, das im Juli 2017 als Eigenveröffentlichung des BStU erschien, gibt vielfältige Einblicke in die Arbeit der Geheimpolizei, in Eigensinn und Widerstand der Menschen und in den Alltag der DDR. Es zielt auf eine breitere Öffentlichkeit. Anhand der von Christian Appl angefertigten Objekt-Fotografien und der erklärenden Texte werden das jeweilige Fallbeispiel anschaulich dargestellt und seine Hintergründe erläutert. Auf diese Weise gewähren die „Verschluss-Sachen“ interessante, oft erschütternde Perspektiven auf die Tätigkeit des MfS und ihre Folgen für die Betroffenen. Zu den präsentierten Dokumenten, Fotos und Objekten zählen unter anderem eine fingierte Tatortskizze, mit der die tödlichen Schüsse der Grenztruppen auf einen Flüchtling gegenüber den Angehörigen vertuscht werden sollten, und eine Autogrammkarte eines luxemburgischen Radiomoderators, für deren Besitz ein junger Mann eine einjährige Haftstrafe erhielt.

5.2.10 Stasi in Sachsen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig Stasi in Thüringen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl

Zwei weitere Publikationen der Schriftenreihe „Stasi in der Region“, gerichtet an Interessierte ohne zeitgeschichtliche Vorkenntnisse, erschienen 2017 und 2018. Die Herausgeber Peter Boeger und Elise Catrain gewannen für die wissenschaftlich fundierten Beiträge mehrere erfahrene Koautoren. Im Mittelpunkt der reich bebilderten Publikationen stehen regionalspezifische Aspekte. So enthält der Band „Staatssicherheit in Sachsen“ Kapitel zur Leipziger Messe, zu Ermittlungen des MfS nach einem Grubenunglück bei der Wismut AG, zur übersteigerten Absicherung der Wiedereröffnung der kriegszerstörten Dresdner Oper 1985 oder den sogenannten Botschaftszügen, die 1989 Tausende von ausreisewilligen Besetzern der Prager Botschaft in die Bundesrepublik brachten.

Im Band „Staatssicherheit in Thüringen“ finden sich unter anderem Beiträge über die Absicherung der Großveranstaltung eines Motorrennens, die Kontrolle und Manipulationen des MfS im Kulturbetrieb am Beispiel einer Eisenacher Punkband, den Besuch von Bundeskanzler Willy Brandt in Erfurt oder die Besetzung der Eisfelder Dreifaltigkeitskirche im Zuge der Friedlichen Revolution. Die Publikationen bieten zudem lexikalische Artikel über die Leiter der MfS-Bezirksverwaltungen und die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen sowie systematische Übersichten von offiziellen Dienststellen des MfS.

5.2.11 Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzkreis Nordhausen

Ende 2017 erschien als Band 37 in der Reihe „BF informiert“ die Studie von Hanna Labrenz-Weiß zur Kreis-

dienststelle (KD) Nordhausen – die erste umfassende Untersuchung von Struktur und Geschichte einer MfS-Kreisdienststelle. Die Autorin hat die aus dem Bestand der KD stammenden Archivalien sowohl systematisch nach Struktur, Personal, politischer Verankerung als auch historisch hinsichtlich ihrer wesentlichen Aktivitäten analysiert. So kann die detaillierte Untersuchung die typische Struktur dieser Dienstebene der Staatssicherheit auffächern. Labrenz-Weiß untersucht die Wirkungsweise der KD, die Informationsbeschaffung durch inoffizielle Mitarbeiter, die Führung operativer Vorgänge unterschiedlicher Kategorien sowie die Kooperation mit Partnern des politisch-operativen Zusammenwirkens. Deutlich werden sich wandelnde Arbeitsschwerpunkte. Insgesamt hat die Autorin in ihrer Studie eine Lücke in der Erforschung von Struktur und Wirkungsweise des MfS geschlossen.

Das Interesse an dieser Publikation war so groß, dass eine zweite Auflage bereits Anfang 2018 erschien. Die Forschungsergebnisse von Labrenz-Weiß wurden auch in der Publikation „Staatssicherheit in Nordhausen“ (mit einem Beitrag von Joachim Heise) im April 2018 veröffentlicht.

5.2.12 Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Leipzig. Mitarbeiter, Ermittlungsverfahren und Haftbedingungen

In der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Leipzig, fast im Stadtzentrum gelegen, wurden zwischen 1952 und 1989 mehr als 5 000 Menschen inhaftiert. Die vorliegende Studie von Martin Albrecht aus der Reihe „BF informiert“ (Band 38) gibt erstmals einen umfassenden Einblick in die Geschichte dieses Gefängnisses. Thematisiert werden neben der Bauhistorie des Gebäudes u. a. auch die Außenstelle im Stadtteil Leipzig-Leutzsch und die Ereignisse im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953. Vor allem beschreibt die Studie aber Kaderbestand und Bildungsniveau der zuständigen MfS-Mitarbeiter und gibt – unter besonderer Berücksichtigung von Zeitzeugenaussagen – einen umfassenden Überblick über die Haftbedingungen vor Ort. Anhand statistischer Überlieferungen des Staatssicherheitsdienstes werden zudem Veränderungen bei der Zahl der Inhaftierten und den ihnen zur Last gelegten Delikten aufgezeigt.

5.2.13 Tödliche Fluchten über Bulgarien. Die Zusammenarbeit von bulgarischer und DDR-Staatssicherheit zur Verhinderung von Fluchtversuchen

Nach dem Bau der Berliner Mauer wagten viele DDR-Bürger die Flucht über die Tschechoslowakei, Ungarn oder Bulgarien. Einige von ihnen bezahlten den Freiheitsdrang mit ihrem Leben. Die Flucht aus dem Sozialismus in den Westen war keine innerdeutsche Angelegenheit, sondern ein europäisches Phänomen. Bislang jedoch wurden Fluchten, Todesfälle und die Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten zur Verhinderung von Fluchtversuchen nur aus deutscher Perspektive betrachtet. Gab es also eine „verlängerte Mauer“ in Europa? Hatten die Berliner Mauer

und die Arbeit des MfS Vorbildcharakter für andere Staaten? Diesen Fragen geht der Autor Christopher Nehring in dem 39. Band der Reihe „BF informiert“ für den Fall der in Bulgarien getöteten DDR-Flüchtlinge nach. Dafür wurden die bulgarischen und deutschen Archive komplementär ausgewertet und das System der bulgarischen Grenzsicherung, die Zusammenarbeit der bulgarischen Staatssicherheit mit dem MfS sowie die bekannt gewordenen Todesfälle untersucht.

5.2.14 Leistungssport im Visier der Stasi. Das MfS und der SC Traktor Schwerin

Bis zuletzt versuchte die SED, durch Erfolge im Leistungssport die DDR-Bevölkerung für ihre Herrschaft einzunehmen und der DDR zu internationaler Reputation zu verhelfen. Für die Staatssicherheit waren die sportpolitischen Ziele der SED eine Kernaufgabe. Welche Methoden sie anwandte und wie erfolgreich sie damit war, zeigt Ralph Kaschka an biografischen Geschichten über Sportlerinnen und Sportler aus dem Sportclub (SC) Traktor Schwerin, die von der Stasi überprüft und observiert wurden. Dafür warb die Stasi auch zahlreiche inoffizielle Mitarbeiter im Club an. Rigoros und zum Teil menschenverachtend ging sie gegen jene im SC Traktor vor, die sich nicht so verhielten, wie es das SED-Regime forderte. Die Untersuchung weist über ihre regionale Anbindung hinaus auf den hohen politisch-moralischen Druck hin, dem die sogenannten Staatsamateure und Trainer DDR-weit ausgesetzt waren. Die mit Fotos und Dokumenten angereicherte Publikation erschien 2017 als Auftaktband der neuen Reihe „BF informiert – regional“.

5.3 Laufende Forschungsprojekte

5.3.1 ZAIG-Edition und -Analyse/Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt

In dem von Daniela Münkler geleiteten Projektbereich werden die geheimen Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS in einer kommentierten Edition jahrgangsweise herausgegeben und darüber hinausgehende Forschungen zur Informationstätigkeit der Staatssicherheit durchgeführt. Ein weiterer Schwerpunkt der Forschungstätigkeit des Bereichs ist die Konfrontation der Geheimdienste in Ost und West.

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung

Die Edition der geheimen ZAIG-Berichte an die Partei- und Staatsführung der DDR, die seit dem Juniaufstand 1953 bis zum Dezember 1989 entstanden, wurde unter dem Titel „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ fortgesetzt (zum Konzept siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 74). Inzwischen sind zehn Bände erschienen. Ein Jahr nach der Buchpublikation stehen die Daten unter www.ddr-im-blick.de zum kostenlosen Download zur Verfügung. In dieser Datenbank, die komfortable Auswertungsmöglichkeiten bietet, ist eine umfassende Recherche auch über die Jahrgänge hinweg möglich. Im Berichtszeitraum wurde die Bearbeitung der

Jahrgänge 1954, 1963, 1974, 1980 und 1989 begonnen bzw. fortgeführt.

Abwehr, Spionage, Propaganda. Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt/Westarbeit

Der Forschungsschwerpunkt „Abwehr, Spionage, Propaganda. Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt/Westarbeit“ untersucht die Rolle der Staatssicherheit in der Konfrontation mit bundesdeutschen Nachrichtendiensten. Ziel ist es, die deutsch-deutsche Geheimdienstkonfrontation als gesellschaftsgeschichtliches Problemfeld des Kalten Krieges in die asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte der beiden deutschen Staaten einzubetten.

An die bisherigen Untersuchungen zur Geheimdienstkonfrontation zwischen MfS und Bundesnachrichtendienst (BND) in den 50er-Jahren knüpft ein drittes Forschungsprojekt nahtlos an, das sich der Zeit zwischen Mauerbau und Mauerfall widmet. Die Konfrontation MfS/BND veränderte sich mit dem Bau der Mauer im August 1961 grundlegend. Die geschlossene Berliner Sektorengrenze zwang nicht nur den BND zu neuen Vorgehensweisen in der DDR-Aufklärung, auch die Spionageabwehr des MfS musste unter den veränderten Bedingungen andere Wege beschreiten. Wichtige Determinanten waren in den folgenden Jahren die deutsch-deutsche Entspannungspolitik mit Beginn der 70er-Jahre sowie das Erstarken der Oppositionsbewegung in der DDR in den 80er-Jahren.

5.3.2 Zusammenarbeit osteuropäischer Geheimdienste

Mit der Erforschung der Zusammenarbeit von MfS und osteuropäischen Staatssicherheitsdiensten beschäftigt sich der von Douglas Selvage geleitete Forschungsbereich. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die nachfolgend genannten Projekte.

MfS und MGB/KGB im sowjetischen Block 1950–1989

Einen wichtigen Forschungsschwerpunkt stellt das Projekt „MfS und MGB/KGB im sowjetischen Block 1950–1989: Strukturen, Inhalt und Grenzen ihrer Beziehungen“ dar. Im Berichtszeitraum wurden die Ergebnisse der hausinternen und externen Recherchen zum Teil übersetzt und analysiert. Mehrere Beiträge für einen Sammelband zur Thematik wurden gefertigt.

Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem KGB bei der Bekämpfung der „politisch-ideologischen Diversion“ im Bereich der Kirchen und der Kultur in den 70er- und 80er-Jahren

Im Zusammenhang mit dem vorgenannten Forschungsschwerpunkt steht das Projekt „Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem KGB bei der Bekämpfung der ‚politisch-ideologischen Diversion‘ im Bereich der Kirchen und der Kultur in den 70er- und 80er-Jahren“. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB in diesem Bereich möglichst genau zu rekonstruieren. Im Be-

richtszeitraum wurden die Recherchen für das Projekt abgeschlossen, im Dezember 2018 das Manuskript beendet.

5.3.3 Herrschaft und Gesellschaft

In dem unter Leitung von Roger Engelmann stehenden Forschungsbereich waren im Berichtszeitraum verschiedene Projekte der Grundlagenforschung angesiedelt.

Die Staatspartei und ihr „Schild und Schwert“ – Interaktion und Kommunikation zwischen SED und MfS auf regionaler und lokaler Ebene

Das Projekt untersucht das Verhältnis von SED und Staatssicherheit in den Bezirken und Kreisen der DDR. Im Fokus steht die Interaktion und Kommunikation von Parteifunktionären und MfS-Mitarbeitern. Unter verschiedenen Aspekten wird rekonstruiert, wie das Leitbild vom MfS als „Schild und Schwert der Partei“ im Herrschaftsalltag vor Ort implementiert wurde. Dabei deutet sich an, dass die Staatssicherheit auf der Basis eines generellen Machtisierungsauftrages und einer mit den SED-Funktionären geteilten Werte- und Denkwelt weitgehend eigenständig agieren konnte und der Parteiapparat die Grenzen seines Einflusses auf die operative Arbeit der Geheimpolizei akzeptierte. Zeitlich konzentriert sich die Untersuchung auf die Ära Honecker und arbeitet Routinen, aber auch Konflikte in der Zusammenarbeit heraus. In den 70er- und 80er-Jahren entstanden, u. a. bedingt durch sich verstärkende westliche Einflüsse, Konfliktlinien im Verhältnis zwischen SED und MfS.

Offiziere im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit – eine archivische, normative, quantitative und qualitative Bestandsaufnahme

Das Projekt widmet sich den „Offizieren im besonderen Einsatz“ (OibE) des MfS, hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern, die in der DDR legendiert in Schlüsselfunktionen von Wirtschaft und Staatsapparat sowie in als besonders sicherheitsempfindlich angesehenen technischen Bereichen tätig waren. Die Zahl der OibE war Anfang der 80er-Jahre auf fast 3 500 angewachsen, was einem Anteil von nahezu 5 Prozent des MfS-Personalbestandes entsprach. Sie wurden sowohl von der Hauptverwaltung A (HV A, Aufklärung) als auch von den Abwehrdienststeinheiten eingesetzt. OibE-Schwerpunkte waren das Ministerium des Innern und dessen nachgeordnete Bereiche, die Zollverwaltung, Sicherheitsbeauftragte, Inspektoren und Kaderleiter, aber auch das technische Personal bei der Post, im Chiffrier- und Nachrichtenwesen sowie im Wach- und Kurierdienst. Zunächst sollen die normative Grundlage für die Arbeit mit OibE und die Überlieferungslage sowie die Recherchezugänge beschrieben und die quantitative Entwicklung und Verteilung der OibE im MfS-Gesamtapparat dokumentiert werden. Die grundlegenden Daten zu den OibE und die entsprechenden Archivsignaturen werden in eine Datenbank aufgenommen, die dann als differenziertes Findhilfsmittel für die weitere Forschung dienen kann. Anschließend sind einige exemplarische Fallstudien zu OibE in Schlüsselpositionen geplant.

Herrschaft und Gesellschaft in der DDR-Provinz

Das Forschungsprojekt wurde nach längerer Pause, die durch den Einsatz der Bearbeiter in anderen Projekten bedingt war, wieder aufgenommen und auf die Honecker-Ära beschränkt. Es untersucht im abgegrenzten Rahmen des Landkreises Halberstadt die regionalen Strukturen von Herrschaft und Gesellschaft, insbesondere im Hinblick auf die Rolle der MfS-Kreisdienststelle, und will die konkrete Herrschaftsausübung im DDR-Alltag umfassend rekonstruieren. Das Grenzregime hatte wegen der langen Grenze zur Bundesrepublik großen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben. Zudem waren aufgrund verwandtschaftlicher Bindungen, der guten Empfangbarkeit von Westmedien und einer Art gesamtdeutschem Harzer Heimatbewusstsein die Einflüsse aus dem Westen hier besonders stark. Entsprechend waren im grenznahen Raum die Anstrengungen des SED-Staates zur sozialen Kontrolle und Disziplinierung größer. In diesem Mikrokosmos lässt sich die Entwicklung der politischen, gesellschaftlichen und mentalen Prozesse, die in den 80er-Jahren zur Erosion der SED-Herrschaft führten, besonders gut rekonstruieren. In den unterschiedlichsten Aspekten des Alltagslebens zeigen sich die nachlassende Integrationskraft des Systems, die schwindende Loyalität der Bevölkerung und die Demoralisierung der staatlichen und politischen Akteure. Unter diesen Bedingungen verloren auch die repressiven Instrumente zunehmend ihre herrschaftsstabilisierende Wirkung.

Die Untersuchungshaftanstalt des MfS Neustrelitz

Hierbei handelt es sich um ein kleines Forschungsvorhaben zu einer der kleinsten MfS-Haftanstalten im ländlich geprägten Bezirk Neubrandenburg. Das Projekt ist u. a. als flankierende Forschung für den im Entstehen begriffenen Gedenkort Haftanstalt Neustrelitz gedacht. Mit einem besonderen Gewicht auf die Beispieljahre 1966 und 1986 sollen die Zusammenarbeit zwischen den MfS-Dienststellen und der Kriminalpolizei, die Haftbedingungen, Gefangenenschicksale und Tatmotive sowie die Rolle von Staatsanwälten, Richtern und Rechtsanwälten im Gerichtsprozess untersucht werden. Besonders betrachtet wird die Aufgabenabgrenzung zwischen der MfS-Untersuchungsabteilung und den anderen Sicherheits- und Justizorganen. Die beispielhafte Darstellung einzelner Vorgänge und ausgewählter Biografien von Akteuren soll die Forschungsergebnisse veranschaulichen.

5.3.4 MfS und DDR-Justiz

Im von Christian Booß koordinierten Forschungsbereich „MfS und DDR-Justiz“ stand im Berichtszeitraum das folgende Forschungsvorhaben im Mittelpunkt:

Das Verhältnis von Staatsanwaltschaft und MfS in politischen Prozessen

Das Projekt soll vor allem die bisher gängige These überprüfen, dass das Verhältnis von Staatsanwaltschaft und MfS in politischen Prozessen ein eindeutiges Unterordnungsverhältnis war. Demgegenüber wird Indizien nach-

gegangen, dass sich das Verhältnis im Zuge der Entstalinisierung geändert und auch Spuren in der Ermittlungs- und Prozesskultur hinterlassen hat. Da hier auch subtile rechtliche Fragen berührt werden, wurde für die Bearbeitung ein Historiker gewonnen, der über profunde Kenntnisse juristischer Grundfragen verfügt. Vom Projekt sind neue Erkenntnisse zur Rekrutierung von hohen Justizfunktionären, hier Staatsanwälten, und zur Lenkung der Justiz, speziell zur Prozesssteuerung, zu erwarten.

5.3.5 Schwerpunktstudien

Im Sachgebiet Schwerpunktstudien entstehen unter der Leitung von Peter Boeger in enger Zusammenarbeit mit den Außenstellen des BStU zu regionalen Forschungsthemen Beiträge für die Publikationsreihen „Stasi in der Region“ und „BF informiert – regional“.

Stasi in der Region

Die Reihe wird mit Länderstudien zu Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin fortgesetzt. Dabei wird weiterhin der Ansatz verfolgt, die politische Verfolgung und Repression der SED-Diktatur an biografischen Fallbeispielen aus der Region zu veranschaulichen. Diese werden jeweils in einen zeitgeschichtlichen Kontext gestellt und verallgemeinert. Im Mittelpunkt stehen zumeist Menschen, die aus politischen Gründen der Verfolgung und Manipulation ausgesetzt waren. In anderen Fällen wird die Rolle eines hauptamtlichen oder inoffiziellen Mitarbeiters des MfS beleuchtet. Vor Augen geführt werden zudem die Methoden, Vorgehensweisen und Maßnahmpläne der Staatssicherheit, die für die Betroffenen oftmals erst im Nachhinein durch die Einsicht in ihre Stasi-Akten erkennbar geworden sind.

Der Blick der Staatssicherheit

Das Forschungs- und Editionsprojekt „Der Blick der Staatssicherheit“, bearbeitet von Philipp Springer, widmet sich der fotografischen Überlieferung des MfS, die bislang weder in den Forschungen zur MfS-Geschichte noch in der allgemeinen Fotogeschichtsschreibung eine ihr angemessene Rolle gespielt hat. Erstmals sollen in größerem Umfang ausgewählte Fotobeispiele ediert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Fotografien sollen dabei nicht allein als Mittel der Bebilderung begriffen, sondern als eigenständige Quellengattung präsentiert werden. Dazu werden umfangreiche Recherchen zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Aufnahmen durchgeführt.

Kreisdienststelle Brandenburg

Die historisch-systematische Darstellung der MfS-Dienststelle dieses wirtschaftlich bedeutsamen Kreises mit seiner großen Haftanstalt wurde weitergeführt. Sie wird als Fallbeispiel für entsprechende Dienststellen von hohem Wert sein. Mit der Erarbeitung von statistischem Material, insbesondere zu den Mitarbeitern und zur Struktur- und Aufgabenentwicklung der KD, wird dabei Neuland betreten. Auch die Profile der hier geführten inoffiziellen Mit-

arbeiter werden dokumentiert und analysiert. Mit der Datensammlung wird das Einsatz- und Überwachungssystem der KD ausgewertet und mit anderen KD verglichen. Es soll damit die empirische Basis wissenschaftlich gedeckter Aussagen über die tatsächliche Macht, aber auch die Ohnmacht des Staatssicherheitsapparates der DDR entscheidend erweitert werden.

5.4 Bibliothek

Die wissenschaftliche Spezialbibliothek des BStU sammelt und verwaltet neben Veröffentlichungen zum Ministerium für Staatssicherheit und anderen Geheimdiensten auch Publikationen zu modernen Diktaturen, zu Kommunismus und Totalitarismus, zur SBZ und zur DDR, zur Deutschlandpolitik und den innerdeutschen Beziehungen, zu Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa sowie Biografien und biografische Nachschlagewerke. Hauptaufgabe der Bibliothek ist die Informationsbeschaffung für die Beschäftigten des BStU. Durch die Bereitstellung des Bibliothekskatalogs und der Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR auf der Homepage des BStU konnte die Nutzung für die interessierte Öffentlichkeit spürbar verbessert werden. Der Zeitschriftenbestand ist über die Zeitschriftendatenbank (ZDB) online recherchierbar. Die Mitgliedschaft in mehreren bibliothekarischen Verbänden ermöglicht einen konstanten fachlichen Austausch mit anderen wissenschaftlichen Bibliotheken. 2017 erfolgte die Mitgliedschaft im Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg. Im Berichtszeitraum konnte der Bestand durch gezielte Erwerbung, Tausch und Geschenke um fast 1 400 Medien erweitert werden. Die Bibliothek bezieht laufend 117 Zeitschriften sowie 15 Tages- und Wochenzeitungen sowie Nachrichtenmagazine.

6 Unterrichtung der Öffentlichkeit

In der Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Wirken der Stasi hat sich der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) weiter auf das Archiv als historischem Gegenstand und die Stasi-Unterlagen als Zeugnisse staatlich veranlasster Repression in einer Diktatur konzentriert. Dabei hat er bewährte Formate fortgeführt, andere weiterentwickelt. Auf dem Gelände der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ eröffnete er im Berichtszeitraum mit der Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“ die erste Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv. Bildungs- und Veranstaltungsangebote wurden stärker auf nachfolgende Generationen zugeschnitten, die keine eigenen Erfahrungen mit Diktatur und deutscher Teilung haben.

6.1 „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

Die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Lichtenberg war mit rund 50 Gebäuden und Tausenden Büros ein riesiger Komplex, der zu DDR-Zeiten bis zu 7 000 seiner hauptamtlichen Mitarbeiter beherbergte. Im Januar 1990 drangen Bürgerinnen und Bürger auf das nahezu hermetisch abgeriegelte Gelände ein und trugen dazu bei, dass das Wirken der Stasi beendet und die

Vernichtung der Unterlagen weitgehend gestoppt wurde. Heute wird in der früheren Bastion der Geheimpolizei ein Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand, ein Lernort für Demokratie entwickelt. Am historischen Ort und in der Nutzung der authentischen Akten bietet sich vielfältig die Chance, das Spannungsfeld von Diktatur und Demokratie zu diskutieren und anhand der systematischen Missachtung von Menschenrechten in der Diktatur auf den Wert von Freiheit und Menschenrechten heute hinzuweisen. Dieses Potenzial am historischen Ort zu nutzen, bietet der BStU verschiedenartigen Kooperationspartnern an.

6.1.1 „Einblick ins Geheime“

Ausdruck der Profilierung des Stasi-Unterlagen-Archivs als Lernort ist eine neue Dauerausstellung, die der BStU im Juni 2018 eröffnete. „Einblick ins Geheime“ ist die erste umfassende Ausstellung über das Stasi-Unterlagen-Archiv. Auf vier Etagen in „Haus 7“ gibt sie anhand von modernen Medienstationen, Originalexponaten aus dem Archiv, Foto- und Filmdokumenten und einer begehbaren Akte Einblicke in Entstehung und Nutzung der Unterlagen. Damit existiert erstmals ein dauerhaftes Informationsangebot, das unabhängig von begleiteten Führungen durch das Originalarchiv zugänglich ist. Ausgehend von der Sicherung der Akten durch Bürgerinnen und Bürger zeigt es, wie das MfS Daten in einem hochkomplexen System speicherte, organisierte und nutzte. Beispielfälle und Informationen über hauptamtliche Mitarbeiter und deren Zuständigkeiten zeigen, was die Verwendung der menschenrechtswidrig gesammelten Informationen für individuelle Biografien bedeutete.

Die Unterlagen geben Einblick ins Funktionieren eines menschenrechtswidrig handelnden Überwachungsapparats, in Verantwortungsketten und Zuständigkeiten. Sie dokumentieren Anpassung und Verrat, aber auch Widerstand und Verweigerung. Als „Monument der Überwachung“ soll das Archiv auch kommende Generationen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Hinterlassenschaften einer Diktatur anregen und für den Wert von Menschenrechten in der Gesellschaft sensibilisieren. Für die Ausstellung bietet der BStU begleitend Besucher- und Lernmaterialien an.

Zu den täglichen Öffnungszeiten können Besucherinnen und Besucher die durchgängig zweisprachig angebotenen Informationen selbstständig erkunden. Die Angebote verbinden Rundgänge durch die Ausstellung mit einem Blick in die Räume des Archivs oder einem Gang über das Gelände „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“. Für die Arbeit mit Gruppen stehen mehrere Multifunktionsräume zur Verfügung.

Im Entstehungsprozess der Ausstellung konnte der BStU den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Christian Hirte, zu einem Werkstattbesuch und Rundgang begrüßen. Zur Eröffnung am 16. Juni 2018 führte der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, erstmals durch die neu gestalteten Räume. Die Zeitzeugen Ulrike Poppe, Nikolaus Becker und Gilbert Furián (geb. Radulovic), deren Schicksale in der Ausstellung

dokumentiert sind, berichteten darüber, wie sich die Beobachtung und Verfolgung durch die Stasi auf ihr Leben auswirkte. Die über Gilbert Radulovic angelegten Akten sind auszugsweise in einem Dokumentenheft veröffentlicht, das die Ausstellungsinhalte vertiefen soll. Teil des Programms waren auch Vorträge zur Entstehung der Ausstellung und Beratungen zur Antragstellung. Seit Juni 2018 nutzten mehr als 10 200 Besucherinnen und Besucher aus dem deutschen und internationalen Raum die neue Ausstellung. Darunter befanden sich 305 geführte Gruppen.

6.1.2 Archivführungen

Bei einem Besuch in den Archiven der Zentralstelle und der Außenstellen des BStU können sich Interessierte über die Arbeitsweise des MfS informieren und sich einen Eindruck von der Erschließung und Verwahrung der Unterlagen sowie der Funktionsweise des heutigen Archivs des BStU verschaffen. Im Jahr 2017 kamen insgesamt 292 Gruppen mit rund 3 700 Besucherinnen und Besuchern ins Archiv der Zentralstelle. 2018 waren bis zur Eröffnung der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ 155 Gruppen mit 2 231 Personen zu Gast (Besucherzahlen ab Juni 2018 siehe Abschnitt 6.1.1). Aus dem Ausland besuchten im Berichtszeitraum Gruppen und Repräsentanten aus über 35 Ländern das Berliner Archiv des BStU. Zwischen April und Oktober bestand außerdem die Möglichkeit, an öffentlichen Gelände Führungen zur Geschichte des „Stasi-Reviere“ sowie zu einzelnen Gebäuden und den darin tätigen Dienstleistungen teilzunehmen.

Archivführungen werden auch in thematische Veranstaltungen integriert, um das Publikumsinteresse am historischen Stasi-Gelände zu nutzen und Geschichtsinteressierten Informationen zu speziellen Themen zu bieten. So wurden etwa beim bundesweiten „Tag der Archive“ Führungen mit weiteren Elementen kombiniert (siehe Abschnitt 6.1.4). Seit Juni 2018 sind Archivführungen zum großen Teil in die Angebote des Besucherbetriebs der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ eingebunden.

6.1.3 Archivpädagogik und historisch-politische Bildungsarbeit für junge Menschen und Multiplikatoren am Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

Im Berichtszeitraum haben mehr Lehrende und Lernende als im vorigen Berichtszeitraum den Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ genutzt. Im Jahr 2017 nahmen insgesamt 76 Schülergruppen mit 2 164 Teilnehmern an Veranstaltungen in Berlin teil. 2018 waren 103 Gruppen mit 2 835 Schülerinnen und Schülern zu Gast. Den Hauptteil der Schulveranstaltungen nahmen archivpädagogische Projektstage ein, die meist auch Archivrundgänge oder Schülerarbeit in den Ausstellungen umfassten.

Dem Wunsch etlicher Schulen nach Seminaren mit besonderen inhaltlichen und methodischen Ansätzen entsprach der BStU auch weiterhin. Hervorzuheben ist die zweijährige Kooperation mit dem bayerischen Gymnasium Markt Indersdorf. In einem Projekt sollten Schülerinnen und

Schüler der Sekundarstufe II anhand eines authentischen Falls eine Unterrichtseinheit für 10. Klassen zum Thema „Stasi“ erarbeiten. Nach Vorarbeiten seitens des Bildungsteams des BStU zu den MfS-Unterlagen fand im April 2018 ein zweitägiges Seminar für die bayerischen Jugendlichen in der Projektwerkstatt im „Haus I“ statt. Hier lernten sie die Hintergründe über das Wirken der Stasi und den ausgewählten Stasi-Fall kennen. Ein weiterer Höhepunkt war ein Zeitzeugengespräch für Schulklassen zum Thema „DDR-Sport und Doping“. Es fand im Zeitraum der Olympischen Winterspiele 2018 statt. An dieser Veranstaltung beteiligten sich rund 100 Schülerinnen und Schüler, unter ihnen etwa 50 aus dem Sportleistungszentrum Berlin.

Im Oktober 2018 kamen rund 120 Schülerinnen und Schüler auf das Gelände, um den Film „Das schweigende Klassenzimmer“ zu sehen und mit der Hauptdarstellerin Lena Klenke sowie Zeitzeugen, darunter dem Autor des gleichnamigen Buches, ihre Eindrücke zu diskutieren. Der Film dreht sich um die Verfolgung von Schülern durch die Stasi, die 1956 eine Schweigeminute aus Solidarität mit den Aufständischen in Ungarn einlegten. Die Verfilmung lief 2018 auf der Berlinale. Nun präsentierten der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. und der Filmverleih Studio-canal den Film im ehemaligen Offizierskasino auf dem Campusgelände.

Ungebrochen war der Zuspruch zu den Bildungsangeboten des BStU für den Berliner Familienpass und für den Ferienpass (siehe 13. Tätigkeitsbericht, S. 60). Zu den Kooperationsprojekten mit den Stiftungen Berliner Mauer und Gedenkstätte Hohenschönhausen kam 2018 ein weiteres Projekt hinzu: Erstmals bot der Bundesbeauftragte gemeinsam mit dem Deutschen Spionagemuseum Berlin eine Lehrerfortbildung an. Unter dem Titel „Nachrichtendienste einer Demokratie versus Geheimpolizei einer Diktatur“ konnten Lehrkräfte das kostenpflichtige Angebot des Museums mit dem kostenfreien Archivbesuch unter fachlicher Begleitung durch das Bildungsteam kombinieren. Zweck dieser Kooperation sollen buchbare, gemeinsame Schülerprojektstage in beiden Institutionen sein.

Pro Jahr fanden im Berichtszeitraum sechs öffentlich ausgeschriebene Fortbildungen für Berliner und Brandenburger Lehrerinnen und Lehrer am Lernort statt. Im Rahmen von Exkursionen kamen wieder zahlreiche Gruppen mit Lehrenden aus den alten und neuen Bundesländern nach Berlin, um sich mit dem Potenzial des historischen Ortes und den Bildungsangeboten des Stasi-Unterlagen-Archivs vertraut zu machen. Insgesamt fanden im Berichtszeitraum 62 Weiterbildungen für 1 094 Lehrkräfte statt. Die 2016 initiierte „Kennenlern-Woche“ für Berliner Lehramtsreferendarinnen und -referendare der Fächer Geschichte und Politik ist inzwischen zu einem Renner unter den schulpraktischen Seminaren geworden (siehe 13. Tätigkeitsbericht, S. 60). Wegen der gestiegenen Nachfrage nach diesen Veranstaltungen führte der BStU 2018 fünf Zusatzseminare durch.

Seit 2017 sind Lehrgangsteilnehmende des Bundesnachrichtendienstes regelmäßig zu Seminaren beim BStU zu

Gast. Sie werden über die Tätigkeit der Stasi, deren umfassenden Überwachungsmöglichkeiten sowie deren Rolle beim Ausbau und für den Erhalt der SED-Diktatur informiert. Die seit 15 Jahren angebotenen Tagesveranstaltungen für Rechtsreferendarinnen und -referendare des Berliner Kammergerichts zum Thema „Politische Justiz in der DDR“ wurden im Berichtszeitraum ebenso fortgesetzt wie Seminare für die universitäre Ausbildung zum Lehramt.

Eine wichtige Aufgabe im Berichtszeitraum war es, den Bekanntheitsgrad der neuen und der etablierten Bildungsangebote des BStU in den Lehrerkollegien aller Schulformen sowie in anderen Institutionen bundesweit zu erhöhen. Zusätzlich zu bereits bewährten Präsentationsformaten (siehe 13. Tätigkeitsbericht, S. 60 f.) hat das Bildungsteam im Frühjahr 2017 sämtliche Facheinträge in allen Internet-Bildungsservern der Bundesrepublik neu geschrieben und erweitert. Das archivpädagogische Programm der Behörde wurde auf den jährlichen Fachtagungen zur Archivpädagogik in Bad Arolsen 2017 und Darmstadt 2018 sowie auf dem ersten Berliner Archivtag 2017 vorgestellt. Die Möglichkeiten des Lernortes in der außerschulischen Bildungsarbeit wurden auf dem internationalen Workshop „Archives in Charge of the Secret Police Files for Education and the Public Dissemination of Knowledge“ (Bildung und politische Vermittlung von Wissen als Aufgaben der für Geheimpolizei-Akten zuständigen Archive) in Budapest den Partnerinstitutionen des Europäischen Netzwerkes präsentiert. Auf Europas größter Bildungsmesse „Didacta“ und der Berliner Bildungsmesse „You“ nutzten Hunderte Lehrerinnen und Lehrer aus dem gesamten Bundesgebiet die Möglichkeit, sich über die Bildungsangebote des Stasi-Unterlagen-Archivs zu informieren.

Daneben entstanden im Berichtszeitraum weitere Bildungsmaterialien, so im Frühjahr 2017 die Themenmappe Nr. 4 „Stasi im Westen“. Inhalt der Mappe sind MfS-Dokumente zu fünf Fällen von Spionage in der Bundesrepublik aus den vier Jahrzehnten des Gegeneinanders von DDR und Bundesrepublik Deutschland. Das Spektrum der didaktisch erschlossenen Beispiele reicht von Militär- bis Wirtschaftsspionage. Das am weitesten verbreitete Bildungsmaterial des Bundesbeauftragten, die Reihe „Quellen für die Schule“, wurde Ende 2017 um das Heft Nr. 7 „Zersetzung“ erweitert. Es enthält Kopien aus den Stasi-Unterlagen über Berliner Jugendliche, die 1985 unter dem Dach der evangelischen Kirche ein Amateurkabarett gegründet hatten. Die Gruppe kritisierte in ihren Programmen die Missstände in der DDR. Der Staatssicherheitsdienst sollte das Kabarett mit geheimdienstlichen Methoden handlungsunfähig machen. Die Stasi wandte dafür zehn unterschiedliche Methoden zur „Zersetzung von Gruppen“ an, die teils im Heft dargestellt sind. Zur Broschüre gibt es auf den Fall bezogene Arbeitsbögen mit Schüleraufgaben für die Einzel- und Gruppenarbeit.

Eine neue Aufgabe resultierte aus der Eröffnung der Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv „Einblick ins Geheime“: die Entwicklung und Umsetzung von adressatengerechten Führungen für Schülerinnen und Schüler. Dazu gehört die Erarbeitung archivpädagogischer Arbeitsmaterialien, anknüpfend an die seit Jahren in der Bildungsarbeit

zur Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ eingesetzten Hefte. Mit diesen neuen Führungen und Materialien wird die modulare Angebotspalette für Schulen auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale erweitert und der archivpädagogische Aspekt verstärkt.

6.1.4 Veranstaltungen in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

Den überwiegenden Teil der Berliner Veranstaltungen führte der BStU in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ durch, um so Arbeitsweise und Wirken des MfS direkt am historischen Ort anschaulich zu machen und das Areal in Lichtenberg als Lernort zur Aufklärung über Diktatur und Widerstand weiter zu profilieren. Dabei setzte er auf die Zusammenarbeit insbesondere mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., die mittlerweile ihren Sitz auf dem Gelände hat, sowie der Antistalinistischen Aktion Berlin-Normannenstraße e. V. (ASTAK) als Betreiberin des Stasi-Museums. Der BStU kooperierte mit sehr verschiedenartigen Partnern wie z. B. mit dem Deutschen Spionagemuseum, dem Bundesverband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V., der Stiftung Lesen, „Reporter ohne Grenzen“, dem Wilhelm Fraenger-Institut Berlin, dem Sender rbb, Stattbau GmbH Berlin und der internationalen Sommerschule „Future Makers – Future Markets“.

Die Veranstaltungsreihe „Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv – Geschichte(n) aus der Überlieferung der DDR-Geheimpolizei“ wurde fortgeführt. Im Jahr 2017 an jedem letzten Dienstag im Monat und im Jahr 2018 einmal im Quartal bot der BStU Gespräche, Vorträge und Führungen zum Wirken der Stasi sowie zur Bedeutung der von ihr hinterlassenen Archivalien an oder präsentierte Arbeitsergebnisse der Behörde am historischen Ort. Die Themen sind in der Tabelle 8 dargestellt. Insgesamt interessierten sich knapp 800 Besucherinnen und Besucher im Berichtszeitraum für die Reihe.

Jeweils am 3. Mai war das ehemalige Offizierskasino der Stasi („Haus 22“) in den vergangenen beiden Jahren Austragungsort eines Schüler-Events zum Internationalen Tag der Pressefreiheit. In Kooperation mit dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V., der Stiftung Lesen und „Reporter ohne Grenzen“ waren Schülerinnen und Schüler eingeladen, über den Wert der Pressefreiheit und ihre Einschränkung in Vergangenheit und Gegenwart zu diskutieren. Anschließend konnten sie das Gelände, das Archiv und die Ausstellungsangebote der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ entdecken.

Am 17. Juni 2017 hat der BStU gemeinsam mit dem Stasi-Museum, der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) anlässlich des Jahrestags des Volksaufstandes in der DDR zu einem Aktionstag eingeladen. Unter dem Titel „Aufruhr in der Diktatur – Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und die Folgen“ nahmen Filmvorführungen, Vorträge, Gespräche und Führungen am Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale die Ereignisse um den 17. Juni 1953 in den Blick.

Veranstaltungsreihe
„Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv – Geschichte(n) aus der Überlieferung der DDR-Geheimpolizei“

2017	
31.01.2017	25 Jahre Akteneinsicht – Historische Aufarbeitung durch Wissenschaft und Medien
28.02.2017	Verbergen, Verdecken, Verschlüsseln – Die Sprache der Stasi
28.03.2017	Filme der Geheimpolizei – Archivgut aus Bulgarien und der DDR im Vergleich
25.04.2017	Geschichte entschlüsseln – Alte Schriften in den Stasi-Akten
30.05.2017	Zwischen Abschottung und Funktionalität – Die Architektur der Stasi
27.06.2017	Klassenkampf im Trainingsanzug – DDR-Spitzensport im Visier der Stasi
25.07.2017	„Paketmardern“ auf der Spur – Ost- und Westpakete im Spiegel der Stasi-Akten
29.08.2017	„Verschluss-Sachen“ – Dokumente, Fotos und Objekte aus 40 Jahren Stasi
26.09.2017	Auf Spurensuche – Unidentifizierte Bilder im Fotobestand
24.10.2017	Die verschlossene Vergangenheit – Das „NS-Aktenarchiv“ des Staatssicherheitsdienstes
28.11.2017	Katastrophenschutz für Stasi-Unterlagen – Auswahl, Sicherung und Lagerung von Archivgut im Barbarastollen
19.12.2017	Zerbrechliche Ware – Die Christbaumschmuckproduktion im Spiegel der Stasi-Akten
2018	
27.03.2018	Zerrissene Geschichten – Die Rekonstruktion von Stasi-Akten
26.06.2018	Staatssicherheit im Gehege – Über Tierliebe, große Politik und geheime Deals im Ost-Berliner Hauptstadt-Zoo
25.09.2018	Gegenstimmen: Über die BBC, die Stasi und Systemkritik im Briefumschlag
18.12.2018	Die Bunker der Staatssicherheit

Die Lange Nacht der Museen in Berlin wurde regelmäßig genutzt, gerade Menschen mit wenig Vorwissen über das Wirken und die Aufgaben der Staatssicherheit zu informieren. Am 19. August 2017 und am 25. August 2018 bot der BStU ein breit gefächertes Programm mit Archiv-, Ausstellungs- und Geländeführungen, moderierten Filmpräsentationen und Zeitzeugengesprächen. Interessierte konnten sich über Nutzungsmöglichkeiten der Stasi-Unterlagen informieren. 2017 besuchten rund 1 350 Personen die Angebote im Stasi-Museum und Archiv auf dem Campus-Gelände, die unter dem zentralen Motto der Langen Nacht „Made in Berlin“ den Fokus auf den verbotenen Sender „Radio Glasnost“ legten. Dieser hatte von 1987 bis 1989 die Ost-Berliner Opposition aus dem Westen unterstützt und wurde von der Staatssicherheit abgehört. Inhaltlicher Schwerpunkt des Programms 2018, für das sich 950 Besucherinnen und Besucher interessierten, war der Prager Frühling mitsamt den Reaktionen der Stasi.

Anlässlich des jährlichen bundesweiten Tags des offenen Denkmals bot der BStU 2017 und 2018 Gelände-, Ausstellungs- und Archivführungen an und gewährte Einblick in zum Teil sonst nicht öffentliche Bereiche der ehemaligen Stasi-Zentrale. In den beiden vergangenen Jahren konnten weitere Partner für die gemeinsame Programmgestaltung gewonnen werden. 2018 wurde das Programm auf dem Gelände der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ als

eine von sechs Veranstaltungen eigens vom Berliner Landesdenkmalamt beworben.

Am 1. November 2017 veranstaltete der BStU zusammen mit Aufarbeitungsinitiativen und dem rbb die Premiere des Films „Der Fall Wolfgang Schnur – Ein unmögliches Leben“. Im letzten Interview vor seinem Tod hatte sich Schnur den Fragen des inzwischen ebenfalls verstorbenen Journalisten Alexander Kobylinski gestellt. Im Anschluss an die Vorführung des Interviews sprachen Ulrike Poppe, Lothar Rochau und Thomas Kretschmer (ehemalige Mandanten von Wolfgang Schnur) über ihre persönlichen Begegnungen mit ihm.

Der Journalist Peter Wensierski stellte am 21. November 2017 seinen neuen Dokumentarfilm über Monika Haeger in der ehemaligen Stasi-Zentrale vor. Der Film „IM Dienst der Stasi – Der Fall Monika Haeger“ zeichnet ihren Lebensweg von der inoffiziellen Mitarbeiterin bis ins Zentrum der Ost-Berliner Opposition nach. Im Anschluss diskutierten Petra Pau, Angela Marquardt, Peter Wensierski und Roland Jahn über den Umgang mit persönlichen Diktaturerfahrungen und deren Bedeutung für heutiges gesellschaftliches Leben in der Demokratie.

Die Buchvorstellung „Dem Volk auf der Spur – Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungsstimmungen im Kommunismus“ war am 7. Dezember 2017 Anlass für

eine Podiumsdiskussion mit Tatjana Böhm, Manfred Güllner, Daniela Münkler, Fritz Pleitgen und Klaus Wiegrefe. Die Diskutanten thematisierten staatliche Überwachungsmechanismen in Diktaturen und sprachen über Meinungsforschung, Deutungshoheit sowie den Einfluss von Umfragen auf die Politik – damals wie heute.

„Der Mythos der guten HV A – Methoden und MACHENSCHAFTEN DER DDR-AUSLANDSSPIONAGE“ war Gegenstand einer Diskussionsveranstaltung am 15. Januar 2018 in Kooperation mit dem Deutschen Spionagemuseum. Anlässlich des 28. Jahrestages der Besetzung der Stasi-Zentrale diskutierten Wolfgang Welsch, Susanne Muhle, Joachim Lampe und Daniela Münkler über die Auslandsspionage des MfS und die Legitimation von Geheimdiensten.

Unter dem Titel „Olympisches Glatteis – Spitzensport als Politikum“ stellte der BStU am 6. Februar 2018 den 1964er-Band der ZAIG-Reihe „Die DDR im Blick der Stasi – Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ vor. Über die Berichterstattung der Stasi im Jahr 1964 und die persönliche Wahrnehmung der Betroffenen diskutierten die ehemalige Eiskunstläuferin Margit Kalweit und der ehemalige Eiskunstläufer Sepp Schönmetzler sowie Bernd Florath, Herausgeber dieses Bandes. Zum Erscheinen des Jahrgangsbandes 1968 dieser Reihe sprachen am gleichen Ort am 13. November 2018 die Zeitzeugen Bettina Wegner, Toni Krahl und Reinhard Grützke sowie Daniela Münkler und Bernd Florath vom BStU über die Hintergründe des politischen Protests vor allem junger Menschen in der DDR, das Vorgehen der Stasi und das Jahr 1968 insgesamt in der DDR. Weil es der 10. Band dieser Reihe ist, wurden in der Veranstaltung die gesamte Edition und ihre Herausgeber in Videos vorgestellt; diese sind auf dem YouTube-Kanal des BStU abrufbar.

Die Räumlichkeiten in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ wurden auch von Externen genutzt. Ein Beispiel ist ein Projekt der Internationalen Sommerschule „Future Makers – Future Markets“ mit 20 Studierenden aus aller Welt vom 4. bis 15. September 2017, das von der Universität der Künste Berlin unterstützt wurde. Das zentrale Thema „Flucht und Asyl“ wurde durch die Kooperation mit dem BStU um den Aspekt von Unterdrückung und Überwachung in Unrechtsstaaten am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale ergänzt.

Am 22. August 2017 fand dort eine Standortkonferenz des Berliner Senats und des Bezirks Lichtenberg statt, um über die Weiterentwicklung des Geländes mit den ortsansässigen Akteuren zu diskutieren. Es wurde u. a. beschlossen, ein Standortmanagement zu installieren, das seit September 2018 auf dem Gelände tätig ist. Die 2. Standortkonferenz folgte am 24. September 2018. Für den „Campus“ wurde von der Senatorin für Stadtentwicklung des Landes Berlin ein Projektbeirat eingerichtet, in dem der BStU vertreten ist; dessen erste Sitzung war Ende November 2018.

6.2 Digitale Angebote

Die Angebote des Stasi-Unterlagen-Archivs im Netz haben im Berichtszeitraum wachsendes Interesse erfahren.

Im Fokus stand die Veröffentlichung von Originaldokumenten, um Nutzerinnen und Nutzern direkten Einblick in die Stasi-Unterlagen zu ermöglichen.

6.2.1 Originaldokumente in der „Stasi-Mediathek“

Die im Januar 2015 online gestartete „Stasi-Mediathek“ ist im Berichtszeitraum weiter gewachsen. Zum Ende des Berichtszeitraums befanden sich 714 Textdokumente (5 020 Seiten), 661 Fotos, 24 Audios und 37 Videos in der Mediathek. Sie bietet einen intuitiven und multimedialen Zugang zu den Inhalten des Stasi-Unterlagen-Archivs. Das Angebot auf www.stasi-mediathek.de ist für verschiedene Zielgruppen gedacht: Journalistinnen und Journalisten, geschichtsinteressierte Personen sowie Studierende und Lehrkräfte. Ein zentrales Bedienelement ist eine semantische Suche. Sie ermöglicht qualifizierte Suchergebnisse, denn die inhaltliche Bedeutung von Texten und Suchanfragen wird berücksichtigt. Da alle veröffentlichten Unterlagen der Mediathek vollständig transkribiert wurden, kann die Suche auch die Inhalte von Akten, Audiomitschnitten und Filmen der Stasi erfassen und recherchierbar machen.

Im Zuge des Relaunches der Homepage www.bstu.de wurden alle dort aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv eingepflegten Dokumente für den neuen Auftritt über die Stasi-Mediathek aufbereitet. Das heißt, jede Unterlage des alten Webauftrittes ist nun erstmals in der Stasi-Mediathek eingepflegt und von dort aus eingebettet im neuen Auftritt von bstu.de zu sehen. Diese Maßnahme machte über 60 Prozent des Zuwachses an Unterlagen in der Stasi-Mediathek für den Berichtszeitraum aus.

Die Unterlagen sind exemplarisch für zeithistorische Ereignisse oder Methoden und Wirken der Staatssicherheit ausgewählt. Sie behandeln konkrete Fallbeispiele. Die veröffentlichten Quellen haben eine hohe Informationsdichte und dienen als Wegweiser zu weiteren Dokumenten. Sie verdeutlichen möglichst größere Zusammenhänge bei einem Thema. In zeitlicher Hinsicht sind sinnvoll verteilte „Schlaglichter“ über die gesamte Zeit des Bestehens des MfS vertreten.

Die Redaktion bietet außerdem Themensammlungen und Geschichten an. Im Format „Geschichten“ wird entlang der Akten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv ein persönliches Schicksal oder eine zeitlich eng begrenzte Begebenheit erzählt. Zu Beginn ordnet ein redaktioneller Text das Geschehen in seine historischen Zusammenhänge ein, ehe dann die Akten selbst den Verlauf des Ereignisses dokumentieren. „Themensammlungen“ wiederum fassen die Dokumente besonderer historischer Ereignisse zusammen und können fortlaufend ergänzt werden.

Seit dem Start der „Stasi-Mediathek“ sind 24 Geschichten und Sammlungen entstanden, im Berichtszeitraum kamen u. a. folgende hinzu:

- Fluchtpunkt Olympia – Klaus Tuchscherer,
- Die RAF in den Unterlagen der Stasi (40 Jahre Herbst 1977),

- „Radio Glasnost – Außer Kontrolle“;
- Der Geheime Informator „Richard“.

Zudem stellt die Redaktion zu aktuell laufenden Filmen (im Berichtszeitraum z.B. „Ballon“ oder „Deutschland 83“) passende Inhalte aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv in die Mediathek ein. Ebenso werden Inhalte (Texte oder Fotos) der Mediathek für Beiträge in Zeitungen verwandt oder dienen als Inspiration für Artikel oder Filme: Eine Information in der Mediathek über die geheime „Direktive 1/67“ des MfS, nach der Tausende Oppositionelle oder vermeintliche Gegner der SED-Diktatur in Isolierungslagern weggesperrt werden sollten, war Anregung für den Anfang Oktober 2018 in der ARD ausgestrahlten Dokumentarfilm „Honeckers unheimlicher Plan“.

6.2.2 Homepage www.bstu.de

Die zentrale Adresse des Bundesbeauftragten im Internet www.bstu.de wurde im Berichtszeitraum komplett überarbeitet. Nach dem letzten Redesign 2011 sollte die Seite den aktuellen Nutzerbedürfnissen angepasst werden und deutlicher die Kernmarke „Stasi-Unterlagen-Archiv“ vertreten.

Im Juli 2018 wurde der Auftritt neu gelauncht. Das Design ist moderner und „luftiger“. Es setzt visuell auf Vermittlung auch durch große Fotos. Kernziel des Umbaus war es, schnelle Zugriffe auf Informationen und Inhalte zum Archiv sowie zur Stasi zu schaffen und damit diese und weniger die Organisation der Behörde in den Mittelpunkt zu rücken. Eine nutzerorientierte Gestaltung, angepasstes Design für mobile Endgeräte und eine verbesserte Navigation vervollständigen den neuen Auftritt. Besonders hervorzuheben ist eine komplett überarbeitete Such-Funktion, die eine übergreifende Suche über die verschiedenen digitalen Angebote des BStU ermöglicht. So zeigt das Such-Fenster im Ergebnis Informationen von der Website bstu.de, aus der Stasi-Mediathek sowie aus den Bestandsübersichten von Argus.de, dem Suchportal des Bundesarchivs, in das auch online-Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs eingestellt sind.

Parallel wurden auf der technischen Plattform der neuen Webseite zwei Subsites aufgesetzt. www.einblick-ins-geheime.de ist ein Informationsportal, das im Juni 2018 zur Eröffnung der neuen Ausstellung des BStU zum Stasi-Unterlagen-Archiv auf dem Campus für Demokratie gestartet ist (siehe Abschnitt 6.1.1). Informationen rund um die Ausstellung, Besuchszeiten, Neuigkeiten sowie Presse-Infos sind dort zu finden. Die zweite Subsite www.demokratie-statt-diktatur.de, ursprünglich zum 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution 2014 gestartet, ist technisch komplett und inhaltlich leicht überarbeitet zum 70. Jahrestag der Verabschiedung der Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 2018 online gegangen. Die Seite sensibilisiert für den Wert von Menschenrechten anhand der Dokumentation ihrer Unterdrückung in Stasi-Unterlagen; so kann die Geschichte der Revolution als ein Kampf um Menschenrechte verstanden werden. Zehn ausgewählte Menschenrechte dienen als Gerüst, die Stasi-Unterlagen

sind gleichzeitig in der Mediathek verankert und somit auf der Website abrufbar.

6.2.3 Social Media-Aktivitäten

Die sozialen Medien als etablierte Kommunikationsplattformen sind auch für den BStU zu einem steten Kommunikationskanal geworden. Mit ihnen eröffnet sich die Option, die Botschaften und Inhalte des Hauses für ein digitales Publikum zu präsentieren. Der BStU ist seit 2012 auf Facebook aktiv, seit 2014 auf Twitter, seit 2016 auf Instagram und seit 2017 auf YouTube. Insbesondere über soziale Medien ist auch der direkte Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern über die Tätigkeit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen unkompliziert möglich; diese wenden sich mit Anfragen zur Antragstellung oder zu historischen Zusammenhängen an den BStU. Die Nutzerbasis ist denen anderer Aufarbeitungseinrichtungen im Umfang ähnlich. Es ist ein am Thema interessiertes Publikum.

Der im Juni 2017 gelaunchte YouTube-Kanal zum Stasi-Unterlagen-Archiv enthält eine Reihe intern produzierter Videos. Sie ermöglichen einen Blick hinter die Kulissen der Arbeit des BStU und stellen eigene Publikationen, Veranstaltungen oder Ausstellungen vor. Es gibt Rubriken wie „Gesichter des Archivs“, „40 Dinge der Stasi“ und „Experten erklären“. Bei der Bespielung der vier Kanäle Facebook, Twitter, Instagram und YouTube ergeben sich Synergieeffekte daraus, dass produzierte Beiträge oder Videos, für jedes Format leicht angepasst, verwendet werden.

6.3 Dokumentenhefte

Die Dokumentenhefte des BStU (mit dem Untertitel „Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv“) sind weitgehend unkommentierte Quellensammlungen zu bestimmten Themenbereichen. Sie vermitteln auch zeithistorisch nicht Vorgebildeten einen ersten Einblick in das Stasi-Unterlagen-Archiv und geben einer breiten Öffentlichkeit Gelegenheit, Stasi-Unterlagen selbst zu lesen (zum Konzept siehe 13. Tätigkeitsbericht, S. 63.) Auf diese Weise sollen sie zur intensiveren Beschäftigung mit den vom Staatssicherheitsdienst hinterlassenen Unterlagen und ihren Inhalten anregen.

Die BStU-Dokumentenhefte sind kostenlos als Print- und Onlineversion erhältlich. Im Berichtszeitraum sind erschienen:

- Das geteilte Berlin und die Stasi – Spionage, Opposition und Alltag,
- „Blick in einen Zerrspiegel“ – Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen (das Dokumentenheft liegt auch in einer englischen Ausgabe vor),
- Rheinland-Pfalz und die Stasi – Spionage, Überwachung, Verschleierung,
- „... anarcho-terroristische Kräfte“ – Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi.

6.4 Ausstellungen

6.4.1 Dauerausstellungen

Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hält der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen ein breites Spektrum an Ausstellungen bereit, die über die Funktion und Tätigkeit des DDR-Staatssicherheitsdienstes und die Auswirkungen seiner Repressionsmaßnahmen informieren. Hierzu gehören die Dauerausstellungen in den Außenstellen bzw. in den zugehörigen Informations- und Dokumentationszentren in Erfurt, Frankfurt (Oder), Halle und Schwerin. Sie bieten den Besucherinnen und Besuchern grundlegende Informationen zur Stasi-Geschichte und setzen darüber hinaus deutliche regionalbezogene Schwerpunkte (siehe Anhang 15).

Zu den Dauerausstellungen zählt des Weiteren die zusammen mit der Aufarbeitungsinitiative ASTAK e. V. erarbeitete Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ im Stasi-Museum Berlin am ehemaligen Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit. In Fortsetzung der Kooperation wurde das Angebot durch einen Audioguide in mehreren Fremdsprachen ergänzt: Seit Sommer 2018 können die Besucher auf Rahmen- und Vertiefungsführungen in sechs Sprachen zurückgreifen (englisch, spanisch, französisch, italienisch, polnisch, schwedisch). Die Ausstellung selbst wurde um mehrere Themenvitrinen erweitert. Um die Funktionsweise der SED-Diktatur näher zu erläutern, wurde eine ergänzende Station eingerichtet, die am Beispiel des DDR-Wohnungsbaus die „Akzeptanz-Angebote“ der SED an die Bevölkerung skizziert. Das biografische Fallbeispiel eines DDR-Jugendlichen wiederum belegt, mit welcher Härte die Staatssicherheit gegen diejenigen vorging, die 1968 mit der Reformbewegung des Prager Frühlings sympathisierten.

6.4.2 Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der Stasi in den Regionen

Die modulare Ausstellung zur Tätigkeit der Staatssicherheit in den Regionen „Die Stasi“ wurde im Berichtszeitraum weiterentwickelt und deutlich ausgebaut. Sie gliedert sich in vier Modulgruppen: Grundkenntnisse zur Stasi-Geschichte werden in den Basismodulen vermittelt, Themenmodule bilden inhaltliche Bereiche ab wie „Stasi und Sport“, „Stasi und Kirche“, „Stasi und Wirtschaft“ oder „Stasi im Westen“, Ereignismodule gehen auf historische Zäsuren wie den 17. Juni 1953 ein und zeigen ihre Bedeutung für die Entwicklung der Staatssicherheit, Biografiemodule stellen hauptamtliche und inoffizielle Stasi-Mitarbeiter vor und zeichnen den Weg von Menschen nach, die von Repression betroffen waren.

Das Spektrum der dargestellten Aspekte ist breit gefächert. So geht z. B. das Modul „Stasi und Aktion Festigung“ der Zwangsumsiedlung der DDR-Grenzbevölkerung im Oktober 1961 nach und zeigt, wie über 3 000 Menschen in wenigen Stunden ihr Heim verlassen mussten und zwangsweise im Hinterland angesiedelt wurden. Ausgewählte Fallbeispiele machen deutlich, welchen schmerzvollen Erfahrungen die Betroffenen ausgesetzt waren.

Auf einen ganz anderen Lebensbereich beziehen sich die Module „Stasi auf dem Campingplatz“. In den Augen der Staatssicherheit bildete der Freiraum des Campingurlaubs ein mögliches Sicherheitsrisiko, insbesondere wenn der Zeltplatz nahe der Küste lag. Um „Republikflucht“ und andere „negativ-feindliche“ Erscheinungen zu verhindern, überwachte die Staatssicherheit die Campingplätze. Die Versuche von DDR-Bürgern, den SED-Staat zu verlassen, und die Gegenmaßnahmen der Stasi finden in mehreren Modulen Berücksichtigung. Sie machen die Bandbreite der Flucht- oder Ausreisemotive sichtbar, den Willen und Mut, in Freiheit zu gelangen, und sie zeigen auf, wie die Staatssicherheit mit Verfolgung und Unterdrückung den Wunsch nach Freiheit zu bekämpfen versuchte.

Inzwischen steht ein Pool von rund 110 Modulen zur Auswahl und Ausleihe bereit (siehe Anhang 14). Aus diesem Bestand kann je nach inhaltlichem Anlass, regionalspezifischen Themeninteressen und räumlichen Bedingungen die passende Ausstellung zusammengestellt werden. Die ortsbezogenen Fälle sind dabei so ausgewählt und aufbereitet, dass sie über ihren konkreten Kontext hinaus eine allgemein zutreffende, überregionale Charakterisierung liefern. Zur unkomplizierten Handhabung sind die Ausstellungsmodul auf Roll-Ups produziert. Sie werden in den Außenstellen sowie bei Veranstaltungen wie den Ländertagen, Archivtagen, Tagen der offenen Tür und Beratungstagen gezeigt. Hinzu kommen Präsentationen in Schulen, Stadtverwaltungen und an anderen Kooperationsorten. Die Ausstellungsmodul zum Mecklenburg-Vorpommern-Tag in Rostock beispielsweise widmeten sich den regionalen Themen Werften und Schifffahrt und führten die Beobachtungspunkte der Stasi im Rostocker Stadtraum vor Augen.

Der zielsichere Ausbau der modularen Ausstellung beruht nicht zuletzt auf der engen Verzahnung der regionalbezogenen Forschungs- und Vermittlungsarbeit beim Bundesbeauftragten. Der enge Austausch zwischen der Ausstellungsarbeit und der Regionalforschung (siehe Abschnitte 5.2.10 und 5.3.5 zur Schriftenreihe „Stasi in der Region“) hat zu einem erfolgreichen Zusammenwirken geführt, da die Recherche- und Analyseergebnisse gewinnbringend für beide Formate nutzbar gemacht und der Öffentlichkeit bereitgestellt werden konnten.

6.4.3 Die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“

Auch im aktuellen Berichtszeitraum stellte die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ das zentrale Angebot des Bundesbeauftragten in den westdeutschen Bundesländern dar. Die Wanderausstellung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, Wissensdefiziten zur SED-Diktatur, speziell zum MfS, mit ihrer Bedeutung für die gesamtdeutsche Geschichte entgegenzuwirken. Sie gibt einen Überblick über Funktion, Struktur und Methoden der DDR-Staatssicherheit und veranschaulicht an ausgewählten Biografien die Folgen der Repressionsmaßnahmen für die Betroffenen. Die wichtigsten Texte und Dokumente sind im Ausstellungskatalog zusammengefasst. Zum Auftakt und zum

Ende der Ausstellung werden Führungen durch Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des BStU angeboten. Während der Laufzeit kann die interessierte Öffentlichkeit zudem Vorträge von BStU-Referenten besuchen. Schwerpunkte der Vortragsabende waren „Der deutsche Herbst und die Folgen. Warum Stasi und RAF kooperierten“, „Flucht aus der DDR. Die Stasi und die Republikflucht“ oder „Die Stasi im Westen“.

Die Wanderausstellung wurde 2017/2018 im Rathaus Salzgitter, im Bürgersaal im Neuen Rathaus Hannover, im Bischöflichen Diözesan- und Dommuseum Mainz, im Küstenmuseum Wilhelmshaven, im Annette-Kolb-Gymnasium Traunstein und im Rathaus Bayreuth präsentiert und hatte durchschnittlich 2 400 Besucherinnen und Besucher pro Ort. Für das jeweilige örtliche Publikum bietet der BStU ergänzend regionalbezogene Anknüpfungspunkte an. Regionale Fallbeispiele vermitteln den Besuchern, wo und wie die DDR-Staatssicherheit in ihrer Heimatregion agierte und spionierte, und können auf diese Weise den gesamtdeutschen Stellenwert des Themas nahebringen. In welcher Form die vermeintlich rein ostdeutsche Stasi-Geschichte mit ihrem Heimatort verflochten ist, sahen die Besucherinnen und Besucher in Salzgitter beispielsweise an der Bespitzelung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen durch inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Stasi. In Bayern waren es vor allem Politiker, Ministerien sowie Technologie- und Rüstungsbetriebe, die die Stasi in den Blick nahm. Auch „konspirative Wohnungen“ als IM-Treffpunkt oder Ausbildungsplatz richtete die Stasi in verschiedenen Städten ein.

Die Präsentation der Wanderausstellung findet stets in enger Kooperation mit Vertreterinnen und Vertretern von Land und Kommune oder Bildungsträgern vor Ort statt. Ihre Unterstützung und Vernetzung tragen maßgeblich zur Wirkung und Reichweite der Ausstellung bei. Zur Eröffnung, die der Bundesbeauftragte gemeinsam mit dem jeweiligen Kooperationspartner durchführt, findet in der Regel eine Podiumsdiskussion zu den Herausforderungen der Aufarbeitung statt. Eingebunden sind hierbei häufig Schülerinnen und Schüler, die mit ihren spezifischen Fragen den Blick auf die Vergangenheit kritisch beleben. So diskutierten anlässlich der Eröffnung 2017 in Mainz – am Vortag des Tags der Deutschen Einheit – der Bundesbeauftragte Roland Jahn, die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, sowie der Bischof von Mainz, Peter Kohlgraf, mit Mainzer Schülerinnen und Schülern.

6.4.4 Weitere Wanderausstellungen

Neben „Feind ist, wer anders denkt“ bietet der Bundesbeauftragte eine Reihe weiterer Wanderausstellungen an, die anhand ausgewählter Schwerpunkte und Biografien Fragen der Stasi-Geschichte vertiefen und regionale Bezüge herstellen. Die Ausstellungen werden in den Außenstellen und bei Beratungstagen, aber auch gemeinsam mit anderen Bildungsträgern präsentiert. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang zeigt sich, wie die langjährige Vernetzung der Außenstellen vor Ort und ihre Kooperationsleistung

nachhaltig zur Wissensvermittlung beitragen. Zu den wesentlichen Kooperationspartnern zählen die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Aufarbeitungsinitiativen, Kultur- und Literaturvereine, Stiftungen, Museen und Schulen.

Auf hohe Aufmerksamkeit treffen insbesondere Ausstellungsangebote zu Jugend- und Sportthemen, so die Dokumentationen „Zwischen Aufbegehren und Anpassen. Jugend in der DDR“ und „Hoffnungsträger oder Staatsfeind? DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee“, „Kaderschmiede Sport. Kinder- und Jugendsportschulen im Fokus der Staatssicherheit“ oder „Fußball für die Stasi. Der BFC Dynamo“. Ebenso ziehen die Ausstellungen über das Ende der SED-Diktatur und ihres Staatssicherheitsdienstes viele Gäste an, beispielsweise „Stasi Ohn(e)Macht“, eine regionalspezifische Darstellung der Ereignisse 1989/1990.

Die Überblicks-Ausstellung „Überwachen. Verfolgen. Verängstigen“ gibt einen prägnanten Einblick in die Funktion und Methoden der Staatssicherheit und skizziert anhand biografischer und lebensweltlicher Beispiele die Auswirkungen der geheimpolizeilichen Repressionen. Die Ausstellung wurde ins Spanische übertragen und in Kooperation mit der Deutschen Botschaft in Buenos Aires in verschiedenen großen argentinischen Städten präsentiert. In ihrem Begleitprogramm widmeten sich die Partner (Archive und Menschenrechtsorganisationen) insbesondere der Frage, welche Rolle die Beschäftigung mit den überlieferten Akten und der Zugang zu den Dokumenten für die Aufarbeitung der Diktatur spielt. 2018 wurde zudem eine albanische Fassung dieser Ausstellung erarbeitet, die im Herbst des Jahres im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tirana gezeigt wurde. Zum Jahresbeginn 2019 ist die Ausstellung in der albanischen Partnerinstitution des BStU zu sehen.

Zu nennen ist auch die in deutscher und polnischer Sprache produzierte Ausstellung „Lernt Polnisch“. Der Ausstellungstitel geht auf eine der vielen Losungen zurück, die 1980/1981 auf Hauswänden, Schaufenstern oder Flugblättern in der DDR auftauchten und Bewunderung für die polnische Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* bekundeten. Anhand von Auszügen aus Überwachungsberichten und eindrucksvollen Fotografien dokumentiert die Ausstellung, wie die DDR-Geheimpolizei gegen Sympathisanten der *Solidarność* vorging und welche leidvollen und einschneidenden Erfahrungen die Betroffenen machen mussten, und sie beschreibt die Zusammenarbeit der Stasi mit dem polnischen Staatssicherheitsdienst.

„Lernt Polnisch“ steht auch in englischer Sprache zur Verfügung. Das Begleitheft zur Ausstellung wird in allen drei Sprachen angeboten.

6.5 Regionale und überregionale Bildungsangebote

Regionale Schulprojektstage werden fast ausschließlich in den Außenstellen realisiert. Die Archive stehen dabei als Lernorte im Mittelpunkt. Insgesamt führten die Außen-

stellen im Berichtszeitraum 533 Schülerprojekttage durch. Gern besuchte, jährlich sich wiederholende Veranstaltungen für Schulen, wie das Quellen-Zeitzeugen-Projekt in Erfurt (in Kooperation mit dem Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Projekte in Chemnitz und das schulische Langzeitprojekt „Widerstand früher und heute“ in Leipzig, machen inzwischen über 30 Prozent der Besuchergruppen in den Außenstellen aus.

Im Berichtszeitraum standen vor allem Gespräche zwischen Zeitzeugen und Lernenden im Mittelpunkt der Projekte, auf die die Schülergruppen sich anhand von Stasi-Unterlagen aus den jeweiligen Archiven vorbereiteten. In Halle beschäftigten sich mehrere Schulen mit der Punkbewegung in der DDR. Dazu hatte die Außenstelle Bernd Stracke, ehemaliges Mitglied einer Punk-Band, eingeladen. Er sprach mit den Schülerinnen und Schülern über sein Leben in der DDR und über seine Erfahrungen mit Überwachung und Zersetzung durch das MfS. In Leipzig fand in der Themenwoche „Musik und Jugend“ einer Schule ebenfalls ein Projekt mit Bernd Stracke und seinem Bandkollegen Jürgen Gutjahr statt. Hier war dem Gespräch eine Spurensuche der Schülerinnen und Schüler anhand von Stasi-Akten vorgeschaltet. Bei den Projekttagen zum Boys Day sowohl in Halle als auch in Leipzig beschäftigten sich die Jungen mit Ereignissen aus der DDR-Geschichte.

Höhepunkte der Bildungsarbeit in Sachsen waren die Geschichtscamps der drei sächsischen Außenstellen 2017 in Dresden und 2018 in Chemnitz mit den Titeln: „Aus der Nische auf die Straße. Alltag in der DDR zwischen Freiraum und Überwachung“ bzw. „...Und die Sonne schön wie nie über Karl-Marx-Stadt scheint ...‘ – Sozialistische Vorgezestadt für die einen, Tor in die Freiheit für die anderen“. Bei den Kooperationsprojekten mit dem Sächsischen Kultusministerium konnten Schülerinnen und Schüler vornehmlich aus Sachsen zwischen diversen Workshops wählen. Die Außenstellen entwickelten hierfür Arbeitsmaterialien, stellten vorbereitete Unterlagen sowie Beispielakten zur Verfügung und vermittelten Zeitzeugengespräche.

Im November 2017 beschäftigten sich Schülerinnen und Schüler der Betrieblichen Berufsschule Bitterfeld in der Außenstelle Magdeburg mit der Repressionsgeschichte der DDR. In der Kooperationsveranstaltung mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) Sachsen-Anhalt e. V. und der Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen-Anhalt e. V. machten sie sich auf dem Areal des heutigen Stasi-Archivs ein eigenes Bild von der Dimension der Stasi-Überwachung in der Region. In Gesprächen mit Zeitzeugen konnten sie begreifen, welche Folgen die Stasi-Tätigkeit für die Betroffenen hatte.

Höhepunkt der Bildungsarbeit in Neubrandenburg waren die Kooperationsveranstaltungen mit dem Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern, dem Stadtarchiv Neubrandenburg und dem Regionalzentrum für demokratische Kultur in Neubrandenburg anlässlich der jährlichen deutschlandweiten Projekttage am 9. November. Im

Fokus der 17 Workshops mit fast 200 Schülerinnen und Schülern standen ebenfalls Zeitzeugen, die ins Visier der Stasi geraten waren und sich anhand der Stasi-Unterlagen erschließen konnten, wie die Geheimpolizei in ihr Leben eingegriffen hatte.

In Rostock konzentrierte sich die Bildungsarbeit auf Führungen von Schulklassen und Projekttage in der Dokumentations- und Gedenkstätte der ehemaligen Stasi-Untersuchungs-Haftanstalt (DuG). Bis zum September 2017 fanden hier 39 Führungen und 13 Projekttage statt. Nach der sanierungsbedingten Schließung der DuG fand die Bildungsarbeit am Archivstandort des BStU in Waldeck-Dummerstorf statt. 2018 nutzten 50 Gruppen mit über 1 100 Teilnehmenden, vor allem Schülerinnen und Schüler, Bundeswehrangehörige und Bundesfreiwillige, die dortigen Angebote an Archivführungen und Aktenanalysen. In Schwerin waren die Berufsstartertage Höhepunkte in der Arbeit mit Jugendlichen. Schülerinnen und Schüler lernten hierbei die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs näher kennen. Erste Schülerpraktikanten haben die Arbeit in Schwerin inzwischen aufgenommen.

6.6 Veranstaltungen

Mit Veranstaltungen kommt der BStU seiner Aufgabe nach, über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes zu informieren. Er richtet sich dabei nicht nur an Fachleute, sondern vorrangig an die breite Öffentlichkeit mit Interesse an historischen Themen und der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Dazu gehören die Generationen mit eigener Diktaturerfahrung und vom SED-Unrecht betroffene Menschen. Ebenso werden jüngere Personen angesprochen, die die DDR nicht aus eigenem Erleben kennen.

Bei der überwiegenden Zahl der Veranstaltungen wird die Hinterlassenschaft des MfS im Stasi-Unterlagen-Archiv genutzt. Außerdem war der BStU bei bundesweiten Anlässen mit einem breiten Informationsangebot vertreten. Dazu gehörten der Tag der Archive (2018), an dem sich die Zentralstelle und die Außenstellen beteiligten, sowie die Bürgerfeste zum Tag der Deutschen Einheit in Mainz (2017) und Berlin (2018). Besucherinnen und Besucher konnten anhand von Informationstafeln, die Unterlagen zeigten, erfahren, wie das MfS speziell in ihrer Region agierte. Zur Vertiefung wurden zusätzliche Archivalien in Dokumentenheften zusammengestellt. Für Mainz entstand so das Heft „Rheinland-Pfalz und die Stasi – Spionage, Überwachung, Verschleierung“, in dem es unter anderem um die Überwachung von Militäreinrichtungen der US-Armee in Rheinland-Pfalz geht. In Berlin stand unter anderem das Wirken der Stasi in der geteilten Stadt im Fokus. Informationen zu den archivischen Bildungsangeboten und Beratung zur Antragstellung gehörten in beiden Städten zum Programm.

6.6.1 Veranstaltungen der Zentralstelle

Im Berichtszeitraum 2017 und 2018 setzte der BStU in Berlin 50 Veranstaltungen mit insgesamt rund 14 500 Gästen um, teils mit Kooperationspartnern aus der Auf-

arbeits- und Gedenkstättenlandschaft zu SBZ/DDR. Um neue Zielgruppen zu erreichen, wurde außerdem mit verschiedenen Verlagen, Filmschaffenden, dem Kammergericht Berlin, den Sophiensaelen und dem Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin kooperiert; die Veranstaltungen fanden deshalb teils in deren Räumlichkeiten statt, insbesondere wenn ein inhaltlicher Bezug existierte. Die Art der Veranstaltungen ist vielschichtig: Tage der offenen Tür, Zeitzeugengespräche, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, Vorträge, Buchvorstellungen und Ausstellungseröffnungen. Die meisten Veranstaltungen fanden am Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ statt (siehe Abschnitt 6.1.4).

Am 14. Juni 2017 stellte Christian Booß seine Publikation „Im goldenen Käfig – DDR-Anwälte in der Ära Honecker“ im Kammergericht Berlin vor. Im Vortrag schilderte er die Versuche von SED, Justizapparat und Stasi, die Verteidiger im Sinne des Idealbildes vom „sozialistischen Anwalt“ zu formen. Im Anschluss diskutierten Marcus Mollnau (Präsident der Anwaltskammer Berlin), Erardo Rautenberg (Generalstaatsanwalt Brandenburg) und der Zeitzeuge Reinhard Preuß über Einschränkungen in politischen Strafverfahren und die Verkümmern der Prozesskultur in der DDR.

Am 24. Juni 2017 beteiligte sich der BStU an der Langen Nacht der Wissenschaften in Kooperation mit der Wista-Management GmbH im Forum Adlershof. Unter dem Titel „Wir sind auch das Volk. Das MfS-Wachregiment Feliks E. Dzierżyński“ stellte Dr. Philipp Springer mehrmals am Abend aktuelle Forschungsergebnisse zum Thema vor und bezog sich darin auch auf den dortigen früheren Standort des MfS-Wachregiments. Darüber hinaus konnten sich Besucherinnen und Besucher zur Antragstellung beraten lassen. Forschungsergebnisse des BStU wurden bei Anlässen wie der Leipziger und der Frankfurter Buchmesse sowie dem Tag der offenen Tür der Bundesregierung, in Kooperation mit dem Bundespresseamt einem breiten Publikum präsentiert.

6.6.2 Veranstaltungen und Archivführungen in den Regionen

Auch die Außenstellen informierten die interessierte Öffentlichkeit durch zahlreiche archivbezogene und weitere Veranstaltungen. Ferner beteiligten sie sich an den jährlichen Ländertagen in den ostdeutschen Ländern und an Großereignissen wie Museumsnächten und den Tagen des offenen Denkmals. Sie präsentierten sich dort mit Informationen zur Arbeit des BStU, Beratung zur Antragstellung und mit Dokumenten, die das Wirken der Stasi in den jeweiligen Regionen veranschaulichten. Die Präsentation von regionalen Themen ermöglicht auf leicht zugängliche Weise einen Einblick in das Stasi-Unterlagen-Archiv und soll zur Beschäftigung mit den Mechanismen in der SED-Diktatur anregen. Dafür werden Unterlagen und Fotos aus dem Archiv verwendet, die exemplarisch den Blick der Stasi auf bestimmte Personen oder Ereignisse verdeutlichen.

Außerdem boten die Außenstellen regelmäßig Archivführungen an. Dabei ist die vielfältige Nutzung der Akten durch Privatpersonen, Institutionen, Forschung und Medien ein Thema, ebenso die Rekonstruktion zerstörter Dokumente. Viele Vorträge oder Ausstellungen waren mit Beratungstagen der Außenstellen in den Regionen verbunden, bei denen Interessierte Anträge auf Akteneinsicht stellen und Informationsmöglichkeiten der Behörde nutzen konnten (siehe Abschnitt 4.1.3). Zahlreiche Außenstellen bieten inzwischen spezielle Seniorenführungen an. Diese finden barrierefrei statt und umfassen neben der eigentlichen Archivführung einen Kurzvortrag sowie die Möglichkeit zur Antragstellung auf Akteneinsicht.

Einen besonderen Stellenwert hatte im Jahr 2017 das 25. Jubiläum der ersten Akteneinsichten im Januar 1992, das in vier Außenstellen im Januar Veranstaltungsthema war. Die Außenstelle Schwerin führte aus diesem Anlass einen Besuchertag durch, bei dem sich Interessierte über den Weg eines Antrags bis zur Akteneinsicht informieren konnten. In dem Vortrag „Da ist ja alles schwarz“ erfuhren sie Ausführliches über die Anonymisierungspraxis bei der Bearbeitung von Anträgen und Ersuchen. Ein Zeitzeugengespräch mit den beiden ersten Einsichtnehmenden der Außenstelle, dem Schriftsteller Ulrich Schacht und dem Menschenrechtler Heiko Lietz, gehörte zu den Höhepunkten des Besuchertages. Ausstellungen und Archivführungen rundeten das Programm ab.

Die Außenstelle Rostock griff das Thema in einer Podiumsdiskussion in der Dokumentations- und Gedenkstätte in der früheren Stasi-Untersuchungs-Haftanstalt Rostock (DuG) auf. Jürgen Eggert, zwei Mal aus politischen Gründen durch die Stasi inhaftiert, der Bundesbeauftragte Roland Jahn und der Zeithistoriker Stefan Creuzberger (Universität Rostock) führten eine angeregte Diskussion über die Ergebnisse von 25 Jahren Akteneinsicht und über künftig zu bestellende Forschungsfelder.

Die Außenstelle Leipzig begann ihre Veranstaltung „Von der Stasi-Auflösung zum Stasi-Unterlagen-Gesetz. Wie es zur Akteneinsicht kam“ mit einem Einführungsvortrag des BStU-Mitarbeiters Christian Booß zum widersprüchlichen Diskurs über den Umgang mit den Stasi-Unterlagen. Im Anschluss moderierte die Pressesprecherin Dagmar Hovestädt eine Diskussion zwischen der Politikwissenschaftlerin Rita Sélitrenny, dem früheren Politiker Rolf Schwantz und Christian Booß über den schwierigen Weg bis zur Gesetzgebung und die Bedeutung der Aktenöffnung bis heute.

Die Außenstelle Gera zog mit zwei Podiumsdiskussionen zu „25 Jahre Akteneinsicht“ eine Zwischenbilanz. Im Gespräch „Der Kampf um die Sicherung und Öffnung der Stasi-Akten“ diskutierten Zeitzeugen über ihre damaligen Motive zum Für und Wider der Aktensicherung. Zum Thema „25 Jahre Akteneinsicht – Eindrücke und Erfahrungen“ berichteten die Diskussionsteilnehmer unter anderem über ihre Erfahrungen beim Lesen der eigenen Akte. Im Anschluss führten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstelle durch die Geraer Hinterlassenschaften der Geheimpolizei.

Brandenburg

Die quartalsweise stattfindenden Archivführungen in der Außenstelle Frankfurt (Oder) sind jeweils gekoppelt mit einem spezifischen Thema, dessen Grundlage die Stasi-Unterlagen des Archivs bilden. So fand zum Beispiel Ende März 2017 eine Archivführung zum Thema „Die Stasi und das Gesundheitswesen im ehemaligen Bezirk Frankfurt (Oder)“ statt. Die Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ wurde an drei Sonntagen durch die Außenstelle als Veranstaltungsort genutzt, u. a. für die Buchvorstellung „Im goldenen Käfig. DDR-Anwälte in der Ära Honecker“ von Christian Booß (BStU) im Frühjahr 2018.

Zu den Kooperationspartnern der Außenstelle Frankfurt (Oder) gehörte im Berichtszeitraum auch das „Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR“ in Eisenhüttenstadt. Zum Vortrag „Beobachten, Verfolgen, Zersetzen – Das Wirken der Stasi in Eisenhüttenstadt“ standen konkrete Fallbeispiele und umfangreiche regionale Einblicke in das Wirken der Staatssicherheit in der Stadt und im Kreis Eisenhüttenstadt im Fokus. Eine Veranstaltung zur von der Stasi überwachten Städtepartnerschaft von Eisenhüttenstadt mit Saarlouis wurde aufgrund hoher Resonanz zweimal wiederholt.

Mecklenburg-Vorpommern

Zur Eröffnung der Ausstellung „Kaderschmiede Sport – Kinder- und Jugendsportschulen im Fokus der Staatssicherheit“ lud die Außenstelle Neubrandenburg im November 2017 Brigitte Werner zu einem Zeitzeugengespräch ein. Die international erfolgreiche, ehemalige Kugelstoßerin schilderte ihre Erlebnisse mit der Stasi, die die Sportlerin für die inoffizielle Zusammenarbeit gewinnen wollte, und berichtete über ihre Erfahrungen bei der persönlichen Akteneinsicht. Die Veranstaltung wurde von vielen ehemaligen Schülern der Kinder- und Jugendsportschule in Neubrandenburg besucht, die ihre Erlebnisse zum Thema Doping in die Diskussion einbrachten.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock veranstaltete vor Schließung der DuG aufgrund notwendiger Sanierungsarbeiten am 26. August 2017 eine feierliche Finissage. Dabei wurde der Film „Gesicht zur Wand“, der von fünf Fluchtgeschichten aus der DDR handelt, im Beisein des Regisseurs Stefan Weinert gezeigt und diskutiert. In einem fallbasierten Vortrag zu einem der wichtigsten Industriebetriebe an der DDR-Ostseeküste – dem Faserplattenwerk Ribnitz-Damgarten mit rund 4 000 Beschäftigten – gab der Leiter der Außenstelle Rostock im Oktober 2017 erstmals der Öffentlichkeit umfangreiche Einblicke in die zahlreichen Stasi-Unterlagen zu diesem Thema.

Die 2016 entwickelte Veranstaltungsreihe „Samstag im Archiv“ ist von der Außenstelle Schwerin im Berichtszeitraum fortgeführt worden. An sechs Samstagen im Jahr lädt die Außenstelle zu einer Lesung, einem Zeitzeugengespräch oder Vortrag mit regionalen Beispielen ein. Die Veranstaltung schließt jeweils mit einer themenbezogenen Archivführung. Zu den Themen zählten im Berichtszeitraum u. a. „Die Schweriner Goethe-Schule und die Stasi“ und „Überwachte Landwirtschaft im Bezirk Schwerin“.

Sachsen

Mit der Tagung „Wer Nazi war, bestimmen wir“ am 27. April 2017 beleuchtete die Außenstelle Chemnitz gemeinsam mit den beiden anderen sächsischen Außenstellen, der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und dem Staatsarchiv Chemnitz den Umgang der SED-Diktatur mit der NS-Vergangenheit. Die Archive präsentierten erstmals gemeinsam Dokumente und „spiegelten“ somit ein spezifisches Thema aus den Überlieferungen von SED und MfS.

Zum Tag der Archive 2018 thematisierten das Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz und das Staatsarchiv Chemnitz am 3. März den 50. Jahrestag des Prager Frühlings. Unter dem Titel „Problem ČSSR – Der Prager Frühling aus Sicht von SED und Stasi im Bezirk Karl-Marx-Stadt“ präsentierten beide Archive ausgewählte Dokumente aus ihren Beständen. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe zum Chemnitzer Stadtjubiläum „875 Jahre Geschichte in zwölf Monaten“ führte das Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz gemeinsam mit dem Staatsarchiv Chemnitz und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung die Podiumsdiskussion „Karl-Marx-Stadt – Bezirk und Stadt im Visier von SED und Stasi“ durch. Die beiden Chemnitzer Archive stellten damit ein Stück Alltagsgeschichte von Karl-Marx-Stadt aus Sicht der damaligen Machthaber dar.

Am 26. Januar 2017 eröffnete die Außenstelle Dresden die Ausstellung „Hilferufe aus Riesa“ mit einer Veranstaltung. In einem Podiumsgespräch berichteten Zeitzeugen über ihre Erlebnisse, nachdem sie 1976 eine Petition für die freie Wahl des Wohnortes unterzeichnet hatten. Mit insgesamt 79 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern aus dem Raum Riesa handelte es sich hierbei um einen der bis dahin größten Zusammenschlüsse von Regimegegnern seit dem 17. Juni 1953. Die Stasi-Unterlagen belegen, wie die DDR-Geheimpolizei gegen diese Personen vorging.

Unter dem Motto „Archive im Umbruch“ beteiligte sich das Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden am 4. und 5. Mai 2017 am 22. Sächsischen Archivtag in Dresden. Die Kooperationstagung des Landesverbandes Sachsen im Verbands der Archivarinnen und Archivare Sachsen, des Sächsischen Staatsarchivs und der BStU-Außenstelle behandelte aktuelle Fragestellungen zur Digitalisierung. Intensiv wurde angesichts der Zunahme gefälschter Inhalte im Internet der Stellenwert des Archivs als Bewahrer und Vermittler von authentischen Informationen diskutiert.

Zum Lichtfest der Stadt Leipzig am 9. Oktober eines jeden Jahres öffnete die dortige Außenstelle in der „Runden Ecke“ traditionell ihre Türen, um an die entscheidende Montagsdemonstration und den Herbst 1989 zu erinnern. Die Besucherinnen und Besucher konnten bis 23 Uhr einen Rundgang durch das Archiv unternehmen, die verschiedenen Ausstellungen anschauen oder sich zur Akteneinsicht beraten lassen.

Zum Militärstrafvollzug in Schwedt präsentierte der BStU-Mitarbeiter Arno Polzin am 7. November 2017 in der Außenstelle Leipzig Erkenntnisse aus seiner Publikation „Mythos Schwedt“. Bei der gleichnamigen Veranstal-

tung kam er mit dem ehemaligen Insassen der Haftanstalt, Ingolf Berthold, ins Gespräch. Bereichert wurde die anschließende Diskussion mit dem Publikum durch Beiträge weiterer ehemaliger Schwedt-Insassen, die sich zu Wort meldeten und von prägenden Erfahrungen berichteten. Die Gäste hatten Gelegenheit, sich vor und nach der Veranstaltung mit der Archivpräsentation der Außenstelle zum Thema „Schwedt“ zu befassen.

Eine langjährige Kooperation zwischen den sächsischen Außenstellen und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung fand am 20. September 2018 in Dresden mit einer gemeinsamen Tagung zum Thema „Versöhnung durch Aufarbeitung? Der Umgang mit geheimpolizeilichen Akten“ ihre Fortsetzung. Ziel der Tagung war es, die Chancen der Aufarbeitung von geheimpolizeilichen Akten in post-totalitären Staaten aufzuzeigen.

Sachsen-Anhalt

Die intensive Auseinandersetzung mit den Stasi-Unterlagen zur Bau- und Nutzungsgeschichte des Geländes der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung in Halle bildete im Berichtszeitraum die Grundlage für Führungen im September 2017 und März 2018 über den heute noch zugänglichen Teil des historischen Ortes. Viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Möglichkeit, sich im Informations- und Dokumentationszentrum der Außenstelle über das Wirken der Stasi im früheren Bezirk Halle zu informieren und einen Antrag auf Akteneinsicht zu stellen.

Die Außenstelle Halle zeigte im November 2017 im „Puschokino“ Halle den Film „Der Stasimann in Schweden“ über den inoffiziellen MfS-Mitarbeiter „Thomas“. Der Film dokumentiert den Werdegang und die Spitzeltätigkeit des IM, dessen umfangreiche Akten dank der manuellen Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen wieder zusammengesetzt wurden. Aufgrund der hohen Resonanz auch wegen des regionalen Bezugs zeigte die Außenstelle den Film erneut im April 2018. Mit Gesine Overkamp stand zudem eine Zeitzeugin zur Verfügung, die eindrücklich die Folgen des Verrats durch IM „Thomas“ bis hin zu ihrer Inhaftierung schilderte.

Im Rahmen der Magdeburger „Langen Nacht der Kultur“ war das Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg am 23. September 2017 Mitveranstalter eines Zeitzeugengesprächs zum Thema „Abstimmung mit den Füßen“. Am historischen Ort der einstigen Stasi-Untersuchungs-Haftanstalt sprachen die Zeitzeugen Wolfgang Bischoff und Stefan Poetsch über das systematische und abgestimmte Vorgehen staatlicher Stellen wie SED, Staatssicherheit, Justiz und Polizei gegen ausreisewillige DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Gedenkstätte Moritzplatz der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und dem Bürgerkomitee Magdeburg e. V. statt.

Im Leserforum der „Braunschweiger Zeitung“ zum Thema „Im Visier der Stasi – Städtepartnerschaft Braunschweig–Magdeburg“ hatte die Außenstelle Magdeburg am 29. Mai 2018 Gelegenheit, über Arbeit und Angebote des Stasi-Un-

terlagen-Archivs zu informieren. Enrico Rennebarth von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) stellte aktuelle Forschungsergebnisse auf der Grundlage von Stasi-Unterlagen vor. Der frühere Oberbürgermeister Braunschweigs, Gerhard Glogowski, berichtete über seine Erfahrungen bei der damaligen deutsch-deutschen Annäherung und die damit einhergehende Kontrolle durch den DDR-Staatssicherheitsdienst.

Thüringen

Erstmals nahm die Außenstelle Erfurt am 19. Mai 2017 an der Langen Nacht der Museen teil. Mit dem Thema „Bekenntnisse zur Freiheit – Künstler in der DDR im Visier der Stasi“ widmete sich das Veranstaltungsangebot dem Fall des Thüringer Malers Werner Schubert-Deister. Im Jahr 1981 wurden Bilder von Schubert-Deister in der privaten „Galerie im Flur“ am Erfurter Anger ausgestellt. Die Stasi bekämpfte diese unangepasste „illegale“ Kunst und ließ die Galerie schließen. Die Zeitzeugin und damalige Kuratorin Gabriele Stötzer (ehem. Kachold) trug dazu Texte aus den Stasi-Akten vor. Auch im Mai 2018 nahm die Außenstelle an der Langen Nacht der Museen teil.

Die Außenstelle Erfurt setzte im Berichtszeitraum ihre Reihe „Stasi-Akte Spezial“ fort. Darin informiert sie Bürgerinnen und Bürger in monatlich stattfindenden Archivführungen und Vorträgen über die Arbeitsweise des MfS zu Themen wie „Der Erfurter Flughafen im Visier der Stasi“ oder „Freundschaftsspiel im Klassenkampf – FC Rot-Weiß Erfurt vs. Eintracht Braunschweig“.

Auch in der Außenstelle Gera werden unter dem Titel „Aufgegriffen: Geschichten aus den Stasi-Akten“ monatlich Führungen durch das noch am historischen Ort befindliche Stasi-Archiv angeboten. Diese Führungen sind im Wechsel mit Lesungen aus den regionalen Stasi-Akten, Filmvorführungen oder Geländeführungen durch das ehemalige „Stasi-Revier“ kombiniert.

Die Veranstaltungsreihe „Geschichte lesen“ der Außenstelle Suhl verbindet Archivrundgänge mit thematischen Lesungen und anschließenden Gesprächen. Ehemals geheime Befehle, Pläne, Überwachungsprotokolle, Berichte und Fotos geben einen Einblick in die inneren Strukturen und Methoden des MfS. Dabei stehen vor allem Themen aus der Region Südthüringen im Mittelpunkt. Im Berichtszeitraum fanden zum Beispiel Veranstaltungen zum „Ringberghaus“ in Suhl (einem ehemaligen Ferienheim des Vereins der gegenseitigen Bauernhilfe der DDR), zu der Flucht von Agrarpiloten in den Westen, zu den Leitern der MfS-Bezirksverwaltung Suhl sowie zum Verhältnis von Volkspolizei und Staatssicherheit statt.

6.7 Pressearbeit

Online- und multimediale Aktivitäten sind mittlerweile auch ein zentraler Teil der Pressearbeit, die hier eng vernetzt mit der Online-Kommunikation zusammenarbeitet. Dazu gehörten unter anderem die Weiterentwicklung des nun 2018 sechs Mal jährlich versandten Newsletters, der spezifisch auf die Presseclientel ausgerichtete Twit-

ter-Auftritt sowie die Bereitstellung speziell recherchierter Archivinhalte als Anreiz für eine Berichterstattung. Im Berichtszeitraum waren dies die Themen „Karl-Heinz Kurras in den Akten der Stasi“ und die Olympischen Spiele 1988 – Inhalte, die in der Stasi-Mediathek umfänglich zum Weiterrecherchieren dargestellt wurden. Ebenso unterstützte die Pressestelle die Präsentation der Sammlung „RAF und Stasi“ sowie des dazugehörigen Dokumentenhefts. Der Start des Kinofilms „Das schweigende Klassenzimmer“ im März 2018 wurde mit Stasi-Akten des realen Vorfalls auf bstu.de für Medien begleitet, ebenso die Kinofilme „Gundermann“ und „Ballon“ im Herbst 2018.

Die Pressestelle kommunizierte Themen der Behördenleitung sowie der Fachabteilungen über ihre Kanäle an Pressevertreter. Dazu gehörten zum Beispiel neue Publikationen der Abteilung Bildung und Forschung oder BStU-Veranstaltungen sowie die Entwicklung des Campus und der Transformationsprozess der Behörde sowie die Fortführung des Projekts der Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen. Zudem war sie für viele Journalistinnen und Journalisten aus dem In- und Ausland erster Ansprechpartner, die sich zu Themen rund um das Stasi-Unterlagen-Archiv und seine gesellschaftlichen Wirkungen informieren sowie einen Antrag für die Recherche in Stasi-Unterlagen stellen wollten. Die Pressestelle organisierte und begleitete Dutzende von Dreharbeiten im Magazin und den Karteien des Archivs sowie auf dem Campus-Gelände und gab Hinweise für die Entwicklung von Stoffen für Spiel- und Dokumentarfilmproduktionen zu DDR-spezifischen Themen. Sie hat zudem die Dreharbeiten im Stasi-Unterlagen-Archiv zum Spielfilm „Gundermann“ über die Lebensgeschichte des Liedermachers und Baggerfahrers Gerhard Gundermann im November 2017 betreut. Britische Medien waren intensive Gesprächspartner, als im Februar 2018 in Großbritannien angebliche Funde zum Labour-Politiker Jeremy Corbyn in Stasi-Unterlagen zum Thema wurden. Informationen dazu, dass zu seiner Person keine Stasi-Unterlagen vorhanden sind, wurden angesichts der aufgeheizten Berichterstattung ausnahmsweise online veröffentlicht. Für Medienschaffende aus Schweden, den USA, Sri Lanka, Cuba und vielen anderen Nationen gab es im Berichtszeitraum besonders zugeschnittene Angebote wie Presseseminare und -rundgänge.

Die Weiterentwicklung der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ war Thema umfangreicher Medienberichterstattung. In diesem Kontext beantwortete die Pressestelle zahlreiche Anfragen und versorgte die Presse mit Hintergrund- und Bildmaterial. Die verstärkte Nutzung des historischen Ortes für Veranstaltungen und weitere Angebote wurden intensiv kommuniziert. Ein Höhepunkt auch in der medialen Aufmerksamkeit war hier die Eröffnung der neuen Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“ im Juni 2018, die seither eine dauerhafte Rolle in der Arbeit der Pressestelle einnimmt.

Weiterhin begleitete die Pressestelle die BStU-Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ mit spezifischen regionalen Stasi-Unterlagen für Medien. Mehrfach griffen

Landes- und regionale Medien Themen auf und vertieften diese, auch mithilfe von nachfolgenden Rechercheanträgen an den BStU. Die Kombination Wanderausstellung und Themenheft Rheinland-Pfalz zum Tag der Deutschen Einheit in Mainz 2017 wurde im Presseecho durch ausführliche Berichterstattung bei ARD, SAT1 sowie Printmedien intensiver wahrgenommen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Pressearbeit lag in der Unterstützung des Bundesbeauftragten bei Interviews mit nationalen und internationalen Medien, die Pressebegleitung seiner Termine und Auftritte sowie die Begleitung von presserelevanten Besuchergruppen im Archiv. Ein Höhepunkt hierbei war die Visite von Bundespräsident Joachim Gauck, dem früheren Bundesbeauftragten, an seiner einstigen Wirkungsstätte im Januar 2017 sowie der Besuch des israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin im September 2017 im Stasi-Unterlagen-Archiv (siehe auch Kapitel 7).

6.8 Vorträge des Bundesbeauftragten bei externen Veranstaltern

Die Wahrnehmung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen als ein Amt, das besonders für die Aufarbeitung der SED-Diktatur steht, führt regelmäßig zu einer Vielzahl öffentlicher Auftritte, Diskussionen, Reden und Vorträgen des Leiters der Behörde. Die Einladungen seitens externer Veranstalter in diesem Kontext sind verknüpft mit der Erwartung, dass man aus dem Amt heraus einen besonders guten Einblick in die Begegnung von Menschen mit der in den Stasi-Akten festgehaltenen Vergangenheit erhält und die Wirkung dieser Aufklärung vermitteln kann. Dem Bundesbeauftragten fällt dabei die Rolle eines Anwalts derer zu, die zu Opfern des Repressionsapparates der SED-Diktatur wurden. Ihre Geschichten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und Respekt zu bezeugen vor denen, die den Mut hatten, sich der Diktatur entgegen zu stellen, das ist bei diesen öffentlichen Auftritten ein besonderes Anliegen. Dem Bundesbeauftragten Roland Jahn liegt aber auch daran, die Wirkungsweise der Diktatur konkret zu verdeutlichen, um für die Werte von Demokratie zu sensibilisieren. Nicht zuletzt der besondere Charakter der Unterlagen – ihr Entstehungskontext als Dokumente einer staatlichen Überwachung unter Verletzung von Menschenrechten – führt ihn auch immer wieder vor Publika, die sich mit aktuellen Fragen von Datenspeicherung, Überwachung und Informationsfreiheit oder der Thematik der Menschenrechte beschäftigen. Exemplarisch für eine Vielzahl von Vorträgen stehen die Rede bei der UOKG anlässlich deren 25-jährigen Bestehens im Februar 2017, die Festrede beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in Gießen 2017, die Rede zum Jubiläum der Thüringer Verfassung im dortigen Landtag im Oktober 2017, die Festrede zur Verleihung des Tübinger Menschenrechtspreises im Juni 2018, der Vortrag zum 70. Jahrestag der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der Ringvorlesung an der Uni Erfurt im Dezember 2018 sowie die Stellungnahme in der Anhörung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages zur Zwangsadoption im Juni 2018. Ebenso nahm

der Bundesbeauftragte an zahlreichen Diskussionsveranstaltungen zum SED-Unrecht teil.

7 Internationale Beziehungen

Seit vielen Jahren ist der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) im internationalen Raum Ansprechpartner, wenn es um den Umgang mit vergangenen Diktaturen, ihren Folgen und Fragen von Menschenrechtsverletzungen geht. Obwohl mittlerweile der Zugang zu den Unterlagen früherer Geheimdienste in zahlreichen Ländern auf gesetzlicher Grundlage möglich ist, werden die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Deutschland und die Stasi-Unterlagen-Behörde nach wie vor als beispielhaftes Modell für die Auseinandersetzung mit diktatorischen Vergangenheiten wahrgenommen. Dies unterstreicht der Beschluss des Deutschen Bundestages „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“ vom 9. Juni 2016 (Bundestags-Drs. 18/8705), in welchem die internationale Vorbildwirkung des Stasi-Unterlagen-Archivs betont wird.

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“, in dem Einrichtungen zur Aufarbeitung kommunistischer Diktaturen zusammengeschlossen sind (siehe v. a. Neunter und Zwölfter Tätigkeitsbericht, Kapitel 7), bleibt die wichtigste Plattform für die internationalen Aktivitäten des BStU. Das Netzwerk hatte im April 2018 in Sofia ein von der bulgarischen Kommission ausgerichtetes Meeting der Behördenleitungen. Dabei wurde bilanziert, dass das Netzwerk gerade für die jungen Aufarbeitungseinrichtungen, die in einem bezüglich der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Epoche innenpolitisch schwierigem Umfeld agieren, eine hilfreiche Unterstützungsfunktion hat: zum einen durch die praktische Beratung beim Aufbau ihrer Institutionen, zum anderen durch politische Stellungnahmen des Netzwerks oder einzelner Mitglieder, um Einschränkungen in der Arbeit betroffener Einrichtungen abzuwehren. In dieser Perspektive ist der Beitritt der Archivbehörde aus Albanien zum Netzwerk im Beobachterstatus im Jahr 2017 ein wichtiger Schritt (siehe unten).

Es wurde festgestellt, dass sich die einzelnen Mitgliedseinrichtungen seit Gründung des Netzwerks vor knapp zehn Jahren professionalisiert haben. Die Arbeitsweise hat sich in den letzten Jahren mehr zu projektbezogenen, bi- oder multilateralen Kooperationen der Mitgliedseinrichtungen verlagert. Beispielsweise hatte das tschechische Institut ein Forschungsprojekt (Laufzeit 2014–2018) mit dem Titel „Der StB und die Stasi. Beziehungen und Zusammenarbeit der tschechoslowakischen und ostdeutschen Geheimpolizei zwischen 1969–1989“. Im Juni 2017 hatte das tschechische USTR die Netzwerkeinrichtungen und andere Gäste anlässlich des zehnjährigen Bestehens des tschechischen Aktenöffnungsgesetzes, das Grundlage des USTR ist, zu einer Konferenz in das Parlament eingeladen. Der Bundesbeauftragte hielt dort eine Rede zu den Erfahrungen bei der Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit in Europa. Auf mittlerweile 20 Jahre des Bestehens blickte das Historische Archiv Ungarns (ABTL)

mit einem internationalen Workshop im Dezember 2017 zurück. Hierzu waren auch Fachleute des BStU eingeladen (siehe Abschnitt 6.1.3). Thema waren Strategien und Methoden zur Verbreitung des Wissens aus der Aufarbeitung und der politischen Bildung. Dabei wurde deutlich, dass viele Partnereinrichtungen bereits modernste Medien einsetzen und neue Zielgruppen ansprechen.

Erneut besuchten viele internationale Gäste den Bundesbeauftragten, insgesamt aus 22 Staaten (zu Archivbesuchen aus dem Ausland siehe Abschnitt 6.1.2). Wegen der besonderen aufarbeitungspolitischen Situation in ihrer jeweiligen Heimat häuften sich Besuche aus bestimmten Ländern (siehe unten). Ziel der Gäste ist regelmäßig, sich über das Profil des „Campus für Demokratie“ zu informieren und sich vergleichend über Aufarbeitungsstrategien zu unterhalten, insbesondere wegen der schon langen Existenz und großen Erfahrung der Behörde des Bundesbeauftragten.

Ein Höhepunkt im Berichtszeitraum war der Besuch des israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin im September 2017. Dieser hatte während seines Deutschlandaufenthalts die KZ-Gedenkstätte Dachau besucht und einen neuen Gedenkort für die Geiselnahme israelischer Sportler bei den Olympischen Spielen 1972 eingeweiht. Bei einem Rundgang durch das Stasi-Unterlagen-Archiv interessierte sich der Präsident insbesondere dafür, wie das Ministerium für Staatssicherheit auf das Leben der Menschen Einfluss genommen hatte und wie die Behörde heute mit den hinterlassenen Unterlagen arbeitet. Ein weiterer hochrangiger Termin war ein Gespräch mit dem Schweizer Parlamentspräsidenten Dominique de Bumann und einer Delegation aus der Schweiz Anfang Oktober 2018 im „Haus 1“ einschließlich eines Archivbesuchs.

Im August 2018 empfing der Bundesbeauftragte Teilnehmer einer „Young Leaders Konferenz“ der Vereinigung Atlantik-Brücke auf dem Campus. Sie bestand aus 50 Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien von beiden Seiten des Atlantiks. Innerhalb eines Programms der Friedrich-Ebert-Stiftung für junge und engagierte sowie gut ausgebildete Menschen war im September 2018 eine Gruppe aus zehn arabischen Ländern von Marokko bis Irak beim BStU. Nach einem einleitenden Vortrag des Bundesbeauftragten ging es in der Diskussion um Menschenrechtsverletzungen, Bürgerrechte gegenüber dem Staat, Verständnis der Arbeit der Medien in demokratischen Staaten sowie die Unterschiede von Geheimdiensten in Diktaturen und Demokratien.

Im Auftrag des Auswärtigen Amtes hatte die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit eine hochrangige Delegation der Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung aus Mali für September 2018 nach Deutschland eingeladen. In Mali soll die Kommission Vorschläge für Gedenken an und Wiedergutmachung für Opfer und deren Angehörige auf der Grundlage u. a. deutscher Erfahrungen erarbeiten. Die Gäste diskutierten mit dem Bundesbeauftragten über den Umgang mit schriftlichen und audiovisuellen Zeugnissen aus dem DDR-Machtapparat.

Wie in den vorigen Jahren war auch im Berichtszeitraum der Kontakt mit Vertretern aus der Republik Korea am intensivsten, die von den deutschen Erfahrungen mit Teilung und Wiedervereinigung profitieren wollen. Höhepunkt war der Besuch des südkoreanischen Botschafters im März 2018. Auf Wunsch der Botschaft wurden verschiedene Räume der Stasi-Ausstellung und Archivräume präsentiert. Die juristische Aufarbeitung von begangenen Unrecht war ein zentraler Diskussionspunkt: Diese hat auch nach den deutschen Erfahrungen bei Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien eine begrenzte Reichweite. In anschließenden Gesprächen auch mit dem Bundesbeauftragten griffen Fachdelegationen aus Südkorea die bei früheren Kontakten häufig behandelten humanitären Fragen in geteilten Staaten auf, so Flucht, Häftlingsfreikäufe, Übersiedlung und Integration. Ferner war die südkoreanische Seite an der Arbeit der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter und deren Auswirkungen auf das Verhalten der DDR-Führung interessiert. Bei einem weiteren Besuch führten Richter und Staatsanwälte sowie Professoren für Zeitgeschichte und Politikwissenschaften der Seoul National University wissenschaftliche Interviews mit dem Bundesbeauftragten. Angesprochen wurden dabei Themen wie die Vorbereitung der südkoreanischen Gesellschaft auf eine mögliche Wiedervereinigung angesichts unterschiedlicher ideologischer Hintergründe, der Umgang mit Nordkoreas Eliten sowie die Ermittlung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea.

Besondere Unterstützung durch den BStU erfuhr auch die Arbeit der tunesischen Wahrheits- und Würdekommission IVD. Sie sammelte Anträge auf Entschädigung oder Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht in den Jahren 1955 bis 2013 unter den beiden Präsidentschaften von Bourguiba und Ben Ali. Die IVD arbeitete an Empfehlungen für die Politik hinsichtlich angemessener Rehabilitierung, Strafverfolgung und Erinnerungsarbeit. Im Februar 2017 war der Bundesbeauftragte auf Einladung der Vorsitzenden der IVD, Sihem Ben Sedrine, in Tunis und informierte sich bei Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, Zivilgesellschaft und Presse über den Fortgang der Übergangsjustiz und den Umgang mit den Unterlagen der ehemaligen Regierung Tunesiens. Das deutsche Modell einer vollständigen Öffnung dieser Akten wurde kontrovers diskutiert. Während die Akten der zivilen Verwaltung mittlerweile weitestgehend über das Nationalarchiv zugänglich sind, verweigern die Sicherheitsbehörden eine Herausgabe. Der Besuch des Bundesbeauftragten wurde von Medien in Tunesien als Beitrag zur Versachlichung der Diskussion um eine nationale Aufarbeitung beschrieben. Es zeichnete sich jedoch schon ab, dass die zahlreichen Dokumente und Anträge innerhalb der Mandatszeit von vier Jahren, die die IVD hatte, kaum zu bewältigen sein würden. Tatsächlich lief im Juni 2018 das Mandat der Kommission aus.

Vor dem Hintergrund von Beitrittsperspektiven zur EU fanden sich Gäste aus dem südosteuropäischen Raum zu Gesprächen mit dem Bundesbeauftragten ein. Albanien war das Land mit den meisten Kontakten. Nach dem Beschluss über ein Aktenöffnungsgesetz im Jahr 2015 (siehe

13. Tätigkeitsbericht, S. 73) wurde im Berichtszeitraum dort die Sigurimi-Archiv-Behörde aufgebaut; der BStU unterstützte dies durch die Beratung leitenden Personals bei einem einwöchigen Besuch sowie durch ein Praktikum beim BStU. Die Konrad-Adenauer-Stiftung Tirana und die OSZE-Mission Albanien vermittelten bei diesem Prozess. Neben den Grundfragen zur Archivgründung und zur Akteneinsicht besprachen zuständige Mitarbeiter des BStU mit den albanischen Fachleuten auch Themen wie die Einbindung moderner Medien oder die Arbeit von Gedenkstätten und mit bestimmten Zielgruppen.

Im Frühjahr 2017 trafen sich Nachwuchsdiplomaten aus dem West-Balkan, aber auch Parlamentsmitglieder aus den jüngeren EU-Staaten Slowenien und Kroatien mit dem Bundesbeauftragten, um über den Umgang mit brisantem Geheimdienst-Archivmaterial zu debattieren, dessen Bezüge aus der Zeit Jugoslawiens bis in die Gegenwart reichen. Der ehemalige Außenminister Serbiens, Vuk Drašković, besuchte zusammen mit MdB Josip Juratovic den Bundesbeauftragten und sprach mit ihm über Perspektiven der Aufarbeitung in seinem Heimatland.

Auf Initiative der Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages Freundeskreis Berlin–Taipeh und auf Einladung der taiwanesischen Kulturministerin reiste der Bundesbeauftragte mit dem Vorsitzenden dieser Parlamentariergruppe, MdB Klaus-Peter Willsch, Mitte Mai 2018 nach Taipeh. Vorausgegangen waren in Berlin der Besuch einer Kommission zur Untersuchung des illegalen Parteivermögens der Kuomintang (KMT) und ein Besuch der Kulturministerin Cheng Li-chiun im November 2016. Die Kulturministerin interessierte sich in einem Gespräch mit dem Bundesbeauftragten insbesondere für die Erfahrungen in der Nutzung der Stasi-Unterlagen bei Wahrung der Persönlichkeitsrechte. Die Aufarbeitung der Epoche des Kriegsrechts in Taiwan von 1949 bis 1987 gewann zwar in den letzten Jahren an Bedeutung, ist aber noch ohne gesellschaftlichen Konsens. Im Dezember 2017 trat ein Gesetz zur Aufarbeitung in Kraft, das die Öffnung aller Archive mit Unterlagen zur Repression ermöglicht. Taiwan hat in den letzten Jahren insbesondere mit der Entschädigung der Opfer und der Einrichtung von Gedenkorten Erfolge in der Aufarbeitung der repressiven Vergangenheit erzielt. Ein Höhepunkt des Besuchs von MdB Willsch und des Bundesbeauftragten war die Eröffnung des Menschenrechtsmuseums durch den Ministerpräsidenten Lai und die Kulturministerin. In ihrer Rede bezog sich die Kulturministerin auf ihren Besuch in der ehemaligen Stasi-Zentrale: Die Idee der Nutzung historischer Orte zur Aufklärung über Diktatur und Widerstand und über Menschen- und Bürgerrechte sei ein Vorbild und fließe auch in dieses Museum ein. In einem Symposium im Menschenrechtsmuseum mit leitenden Personen aus den Aufarbeitungsinstitutionen und Opferorganisationen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern berichtete der Bundesbeauftragte über Erfahrungen in der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Deutschland.

Der BStU unterstützt auf Anfrage auch die Arbeit der deutschen Botschaften vor Ort. So reiste Rüdiger Sielaff,

Leiter der Außenstelle Frankfurt (Oder) des BStU, im November 2017 auf Einladung der Botschaft in Argentinien zur Eröffnung der BStU-Wanderausstellung „Überwachen. Verängstigen. Verfolgen“ (in spanischer Sprache) nach Rosario. Weitere von der Botschaft organisierte Veranstaltungen waren ein Menschenrechts-Workshop an der Fakultät der Rechtswissenschaften, eine Schülerbegegnung und ein Runder Tisch „Das Stasiunterlagenarchiv: Grundlage für Aufklärung und Aufarbeitung in Deutschland“. Die lebendige Aufarbeitung der argentinischen Militärdiktatur führte auch immer wieder zu Vergleichen zu den jeweiligen Aktivitäten der Diktaturaufarbeitung. Besonderes Interesse auf argentinischer Seite bestand an den als modellhaft empfundenen, sondergesetzlich geregelten Zugangsmöglichkeiten zu den deutschen Archivalien.

Die Deutsche Botschaft in Kolumbien lud den BStU im Oktober 2018 zur Konferenz „Archive und Wahrheit“ ein, an der für den BStU der wissenschaftliche Mitarbeiter Bernd Florath teilnahm. Mit anderen internationalen und nationalen Experten diskutierte der Historiker darüber, wie Archivarbeit zur Wahrheitsfindung und zum Schutz von Opferrechten beiträgt, was in Kolumbien als ein integraler Bestandteil des Friedensprozesses bewertet wird.

Zu Themen wie der Bedeutung von Archiven für die Umsetzung von Menschenrechten, die Übergangsgerechtig-

keit oder den Zugang zu staatlichen Einrichtungen sind die Erfahrungen aus der langjährigen Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs international zunehmend gefragt. Bei der internationalen Archivkonferenz in Kiew (Historical and Cultural Heritage: Conservation, Access, Use) im November 2017 trug Ragna Boden (Abteilung Archivbestände) über Bestandserhaltung, Zugang und Nutzung der Stasi-Akten vor. Dagmar Hovestädt (Pressesprecherin des BStU) präsentierte im gleichen Monat die Arbeit des BStU in der Sektion Archive und Menschenrechte auf der Jahrestagung 2017 des internationalen Archivrates ICA in Mexico City. Ende März 2018 organisierte sie einem Workshop an der Oxford University, bei dem internationale Fachleute aus dem Archiv- und Wissenschaftsbereich über die Rolle von Archiven in Prozessen der Übergangsgerechtigkeit reflektierten. Im Mai 2018 hielt sie eine Keynote auf der nordischen Archivkonferenz in Reykjavik über die Rolle von Archiven für die Demokratie am Beispiel des Stasi-Unterlagen-Archivs. Im April 2018 trug Joachim Förster, der Leiter der Abteilung Verwendung von Unterlagen, auf einer Tagung des Institute for Development of Freedom of Information in Tiflis (Georgien) vor Juristen, Historikern und Archivaren aus dem post-sowjetischen Raum, aber auch aus Großbritannien, Frankreich und den USA über die Transparenz des Zugangs zu staatlichen Archiven am Beispiel des BStU vor.

Anhang

	Seite
Anhang 1 Organisationsplan	72
Anhang 2 Anschriftenverzeichnis	73
Anhang 3 Entwicklung des Personalbestandes des BStU 1992–2018	75
Anhang 4 Mitglieder des Beirats	76
Anhang 5 Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums	77
Anhang 6 Beschluss des Deutschen Bundestages „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“ (Drs. 18/8705)	78
Anhang 7 Eingang von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken	80
Anhang 8 Summe der eingegangenen Anträge und Ersuchen 1991–2018 .	81
Anhang 9 Eingang von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 StUG 1993–2018 .	82
Anhang 10 Erledigungen von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken	83
Anhang 11 Bürgeranträge auf Akteneinsicht – Eingänge, Erledigungen, offene Anträge	84
Anhang 12 Publikationsreihen	85
Anhang 13 Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung	95
Anhang 14 Baukastensystem regionale Ausstellungen	96
Anhang 15 Lernort Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Informations- und Dokumentationszentren des BStU, BStU Online	98
Anhang 16 Abkürzungsverzeichnis	100

Anhang 1

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

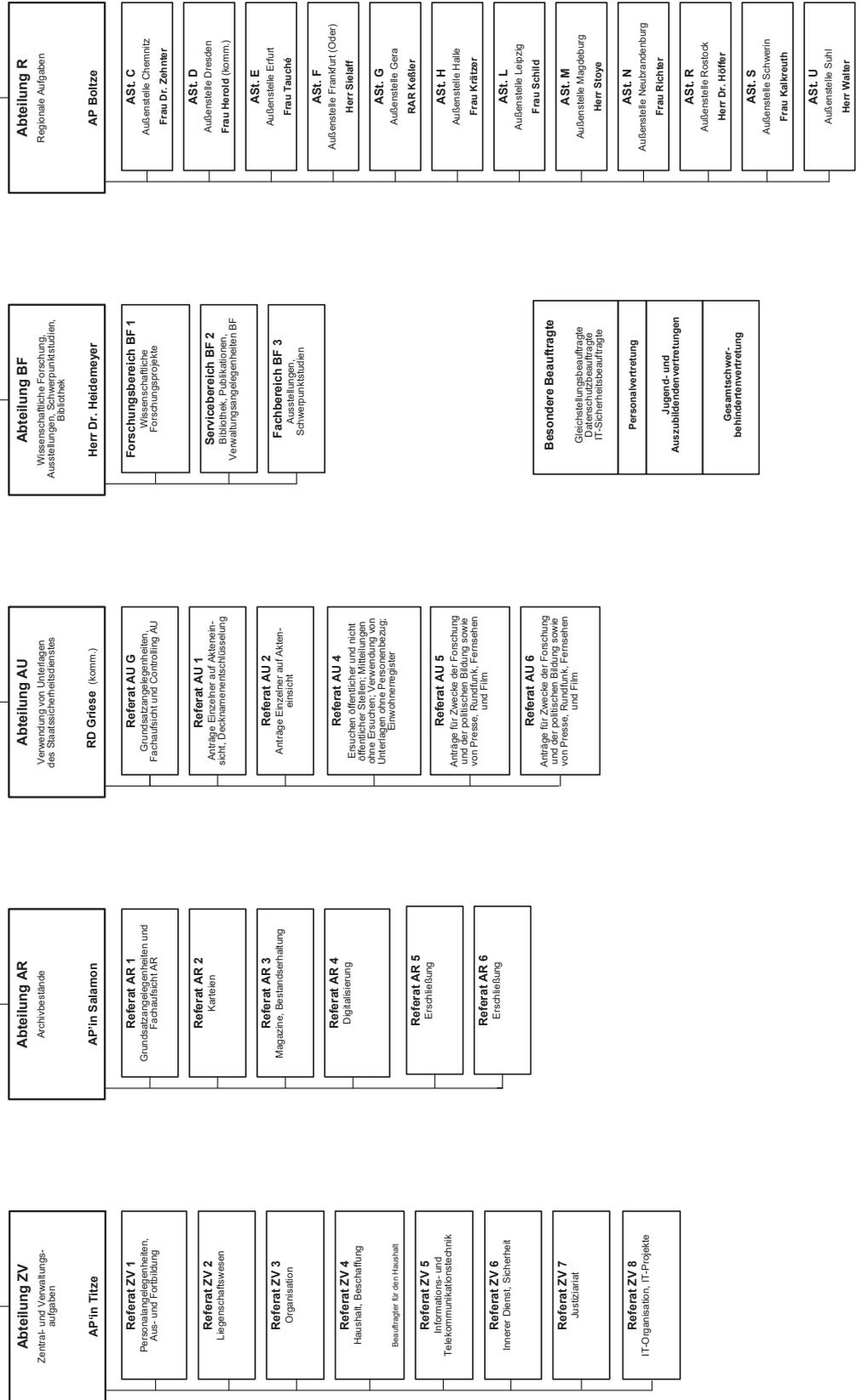
Beirat
Vorsitzender: Herr Mothes
Wissenschaftliches Beratungsgremium
Vorsitzender: Herr Prof. Dr. Eckert

Organisationsplan
Januar 2019

Der Bundesbeauftragte
Roland Jahn

Direktor
Björn Deicke

Stabsbereich	
Presse/Online, Sprecherin	Frau Hovesstädt
Öffentlichkeitsarbeit/Campus	Frau Steffen
Leitungsbüro	Herr Schwiderakt
Rekonstruktion	ORR'in Michaleky
Prävention/interne Revision	ORR Koch



Anhang 2**Anschriftenverzeichnis****Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik****Anschriften, Telefon- und Faxnummern der
Zentralstelle des BStU****Postanschrift:**

10106 Berlin

**Hausanschrift/Akteneinsichtsbereich/Lesesäle/
Antragstellung:**

Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin

Telefon/Fax/E-Mail/Internet:

Telefon: 030 2324-50
Telefax: 030 2324-7799
Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-50
Telefax IVBB-Netz: 030 18 665-7799
E-Mail: post@bstu.bund.de
Internet-Adresse: www.bstu.bund.de

Telefonische Bürgerberatung:

Telefon: 030 2324-7000
Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-7000

**Persönliche Bürgerberatung mit vorheriger
telefonischer Terminvereinbarung:**

Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin

**Anschrift/Telefon- und Faxnummern der
Außenstelle in Brandenburg****Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Telefon: 0335 6068-0
Telefax: 0335 6068-2419
E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de

**Anschriften/Telefon- und Faxnummer der
Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern****Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg

Telefon: 0395 7774-0
Telefax: 0395 7774-1619
E-Mail: astneubrandenburg@bstu.bund.de

Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf

Telefon: 038208 826-0
Telefax: 038208 826-1219
E-Mail: astrostock@bstu.bund.de

Schwerin

Görslow, Resthof
19067 Leezen

Telefon: 03860 503-0
Telefax: 03860 503-1419
E-Mail: astschwerin@bstu.bund.de

**Anschriften/Telefon- und Faxnummern der
Außenstellen in Sachsen****Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz

Telefon: 0371 8082-0
Telefax: 0371 8082-3719
E-Mail: astchemnitz@bstu.bund.de

Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig

Telefon: 0341 2247-0
Telefax: 0341 2247-3219
E-Mail: astleipzig@bstu.bund.de

Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden

Telefon: 0351 2508-0
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

**Anschriften/Telefon- und Faxnummern der
Außenstellen in Sachsen-Anhalt****Halle**

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

Telefon: 0345 6141-0
Telefax: 0345 6141-2719
E-Mail: asthalle@bstu.bund.de

noch Anhang 2

Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 7
39116 Magdeburg

Telefon: 0391 6271-0

Telefax: 0391 6271-2219

E-Mail: astmagdeburg@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Thüringen

Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

Telefon: 0361 5519-0

Telefax: 0361 5519-4719

E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
07548 Gera

Telefon: 0365 5518-0

Telefax: 0365 5518-4219

E-Mail: astgera@bstu.bund.de

Suhl

Weidbergstraße 34
98527 Suhl

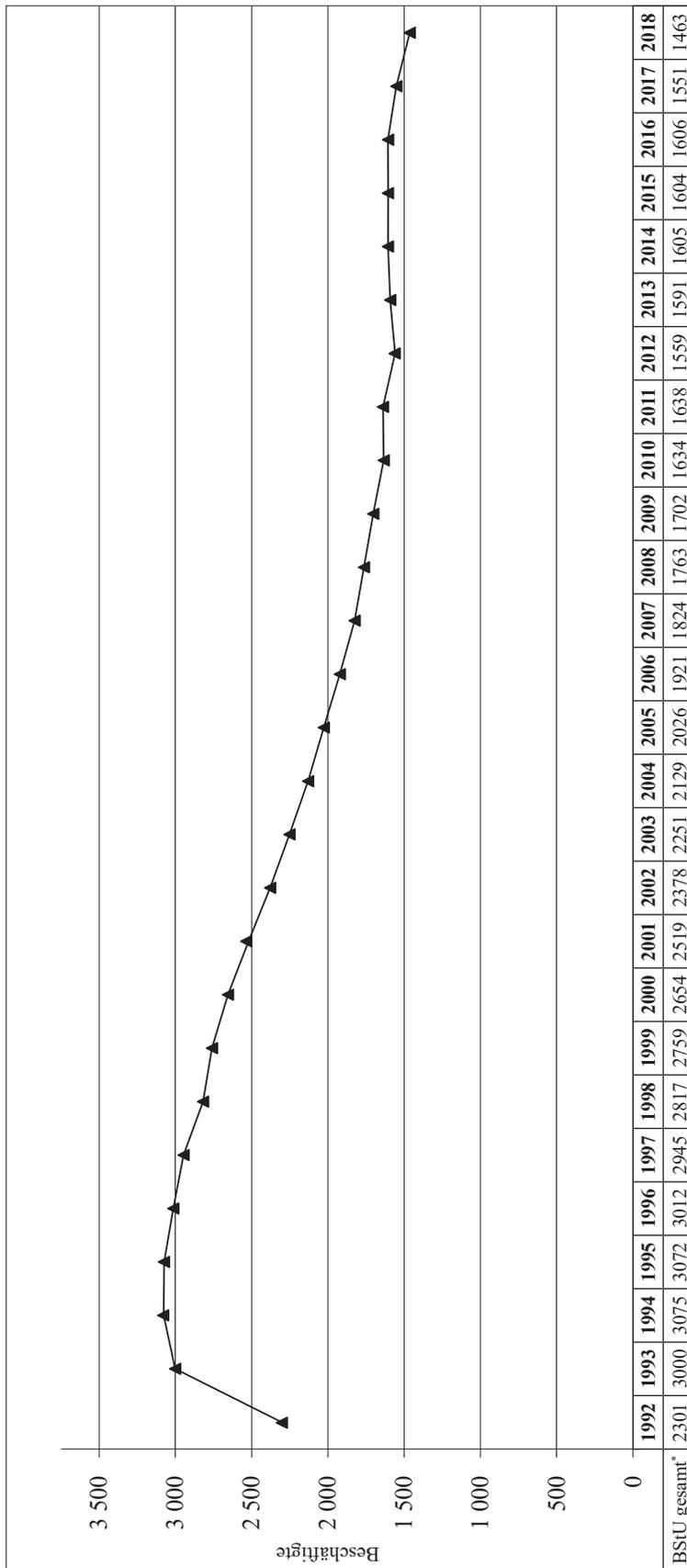
Telefon: 03681 456-0

Telefax: 03681 456-4519

E-Mail: astsuhl@bstu.bund.de

Anhang 3

Entwicklung des Personalbestandes des BSStU 1992–2018



* Real in der Behörde tätige Personen im jeweiligen Jahr (ab 2000 zum 01.12. des Jahres), nach Abzug von Altersteilzeit, Elternzeit u. Ä.

Anhang 4

Mitglieder des Beirats

Stand: Dezember 2018

Von den Ländern benannte Mitglieder des Beirats:

Jörn Mothes	Mecklenburg-Vorpommern Vorsitzender
Ulrike Poppe	Brandenburg erste stellvertretende Vorsitzende
Dr. Nancy Aris	Sachsen
Iris Gleicke	Thüringen
Martin Gutzeit	Berlin
Dr. Kai Langer	Sachsen-Anhalt
Astrid Rothe-Beinlich, MdL	Thüringen
Uwe Schwabe	Sachsen
Prof. Dr. Florian Steger	Sachsen-Anhalt

Vom Deutschen Bundestag gewählte Mitglieder des Beirats:

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller	zweiter stellvertretender Vorsitzender
Katrin Budde, MdB	
Siegmond Ehrmann	
Thomas Hacker, MdB	
Petra Morawe	
Bodo Walther	
Prof. Dr. Manfred Wilke	
Jörn Wunderlich	

Im Berichtszeitraum ergaben sich im Beirat folgende personelle Entwicklungen:

Herr Jürgen Schwarz schied aus dem Gremium aus. Als Nachfolgerin wurde Frau Dr. Nancy Aris für das Land Sachsen benannt und im September 2017 bestellt.

Frau Prof. Dr. Ulrike Höroldt ist auf eigenen Wunsch vor Ablauf der Amtszeit aus dem Beirat ausgeschieden. Als Nachfolger wurde Herr Dr. Kai Langer für das Land Sachsen-Anhalt benannt und im Januar 2018 bestellt.

Herr Patrick Kurth, Frau Beatrix Philipp und Herr Prof. Dr. Richard Schröder schieden ebenfalls aus dem Beirat aus. Der Deutsche Bundestag hat als Nachfolger Herrn MdB Thomas Hacker (Bestellung Juli 2018), Frau MdB Katrin Budde (Bestellung Juli 2018) und Herrn Bodo Walther (Bestellung September 2018) gewählt. Für das Land Thüringen folgten auf Herrn Ludwig Große und Herrn Prof. Dr. Georg Machnik (beide vorzeitig ausgeschieden) Frau Iris Gleicke und Frau MdL Astrid Rothe-Beinlich (beide im November 2018 bestellt).

Vom Deutschen Bundestag abermals in den Beirat gewählt wurden Herr Siegmund Ehrmann (im Juli 2018 bestellt), Herr Prof. Dr. Horst Möller und Frau Petra Morawe (beide im August 2018 bestellt) sowie Herr Prof. Dr. Manfred Wilke (im November 2018 bestellt).

Anhang 5**Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums**

Stand: Dezember 2018

Prof. Dr. Rainer Eckert	Vom Gremium zum Vorsitzenden gewählt. Historiker, Politologe, 1997 bis 2015 Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig
Dr. Nikolas Dörr	Politologe, seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am SOCIUM-Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Abteilung Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, Universität Bremen
Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller	Historiker, seit 2014 Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg, Weimar, und seit 2017 Professor für Europäischen Diktaturvergleich, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Prof. Dr. Antonia Grunenberg	Politikwissenschaftlerin, emeritierte Professorin der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Dr. Michael Hollmann	Germanist und Historiker, seit 2011 Präsident des Bundesarchivs
Prof. Dr. Klaus Schroeder	Politikwissenschaftler, seit 1992 Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Leiter der Arbeitsstelle Politik und Technik des Otto-Suhr-Institutes, Berlin
Halina Wawzyniak	Juristin, 2009 bis 2017 Mitglied des Bundestages (Die Linke), seit 2018 Fraktionsgeschäftsführerin der Partei Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus
Dr. Andrea Wettmann	Historikerin, seit 2012 Direktorin des Sächsischen Staatsarchivs
Wolfgang Wieland	Jurist, Rechtsanwalt, 2005 bis 2013 Mitglied des Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen)

Anhang 6

**Beschluss des Deutschen Bundestages
in seiner Sitzung am 9.6.2016****auf Antrag
der Fraktionen der CDU/CSU und SPD****Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent
fortführen****(Drucksache 18/8705)**

Der Bundestag wolle beschließen:

„Die Aufarbeitung des Erbes der SED-Diktatur bleibt eine fortdauernde, gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zukünftige strukturelle Veränderungen dürfen daher nicht zu einer Verschlechterung bei der Nutzung der Akten durch Bürgerinnen und Bürger, Forschung, Bildung, Medien und öffentliche Stellen führen. Veränderungen dürfen kein Schlussstrich sein.“ So lautet eine der Kernaussagen des Antrages mit dem die Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Drs.18/1957) eingesetzt wurde.

Die Expertenkommission, im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 27.11.2013 vereinbart, erhielt ihren Arbeitsauftrag mit der Verabschiedung eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag am 4.7.2014.

Die Expertenkommission hat am 12.4.2016 ihren Abschlussbericht (Drs.18/8050) öffentlich vorgelegt und dem Deutschen Bundestag auftragsgemäß Handlungsempfehlungen unterbreitet.

Den Mitgliedern unter Vorsitz von Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Wolfgang Böhmer und seinem Stellvertreter Prof. Dr. Richard Schröder gebührt großer Dank. Die Handlungsempfehlungen haben dreizehn der vierzehn Mitglieder verabschiedet. Sie sind eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat am 27.4.2016 ein öffentliches Fachgespräch zum Kommissionsbericht durchgeführt. Die dabei vorgetragenen Aspekte und Stellungnahmen sind bei der weiteren Bewertung der Ergebnisse der Expertenkommission zu bedenken. Auch fast drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution muss unser politisches Handeln den Interessen der Opfer der SED-Diktatur gerecht werden. Es gilt zukunftsfähige und stabile Strukturen zu erarbeiten, die einer weiteren Professionalisierung dienen. Darüber ist mit großer Sorgfalt, Sachverstand und Bedacht zu entscheiden. Der Zugang zu den Stasiakten, der besondere Charakter und Symbolwert des Stasiunterlagenarchivs sowie die internationale Vor-

bildwirkung des Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) müssen erhalten werden.

Die Auskunftserteilung für Betroffene, für die Wissenschaft und die Öffentlichkeit und die Erschließung des Aktenbestandes müssen gewährleistet sein. 26 Jahre nach Gründung der BStU werden monatlich noch rund 5.000 Anträge auf Akteneinsicht gestellt. Die Aufgabenfelder der Stasiunterlagenbehörde bleiben ein wichtiger Teil der Aufarbeitung der SED-Diktatur, vor allem für das Demokratieverständnis nachfolgender Generationen und eine gesamtdeutsche Erinnerung.

Die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, den Transformationsprozess der Stasiunterlagenbehörde aus dem Amt des Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen heraus einzuleiten. Der Bundesbeauftragte für Stasiunterlagen hat sowohl im Inland wie im Ausland eine glaubwürdige, gewichtige Stimme. Er kann und soll diesen Prozess begleiten.

Im Einzelnen:

I. Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes von BStU und Bundesarchiv

BStU und Bundesarchiv erarbeiten für notwendige Entscheidungen in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ein gemeinsames, belastbares Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasiakten durch eine Überführung des Stasiunterlagenarchivs in das Bundesarchiv. Dieses Konzept soll folgende Konditionen beachten:

- dauerhafter Erhalt des Gesamtbestandes des Stasiunterlagenarchivs sowie Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des Stasiunterlagenarchivs mit internationaler Vorbildwirkung;
- Erhalt des Stasi-Unterlagen-Gesetzes mit spezialgesetzlichen Regelungen sowie keine Verschlechterung bei Aktenzugang und Akteneinsicht;
- Qualitätsgewinn durch Verbesserung der Arbeits- und Serviceleistungen bei Antragsbearbeitung, Verkürzung der Wartezeiten, Aktenschließung, archivgerechte Aktenlagerung, Digitalisierung;
- Prüfung der Fortführung der Überprüfungsregelungen nach § 19 ff. StUG.

II. Förderung der dezentralen Aufarbeitungslandschaft und der gesamtdeutschen Perspektive

In unserem Land ist über die Jahre eine vielfältige, dezentrale Aufarbeitungs- und Gedenkstättenlandschaft aus staatlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen entstanden, die es zu erhalten und unterstützen gilt.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich:

- zur Verpflichtung, authentische Erinnerungsorte zu erhalten und das Gedenkstättenkonzept weiter zu entwickeln;

noch Anhang 6

- zur Bedeutung und Fortentwicklung des Geländes Normannenstraße als „Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand“ und zur Eigenständigkeit der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen;
- zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundesstiftung Aufarbeitung auf Grundlage des Koalitionsvertrages, vor allem, um dem erfreulich zahlreichen Vorliegen von deutschlandweiten Projektförderanträgen dauerhaft entsprechen zu können;
- zur Stärkung der politischen Bildungsarbeit auf allen Ebenen, um die teils enormen Wissensdefizite bei der jungen Generation zu beheben und Demokratiebewusstsein zu stärken.

Berlin, den 7. Juni 2016

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Thomas Oppermann und Fraktion**

Anhang 7

Eingang von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken

Stand: Dezember 2018

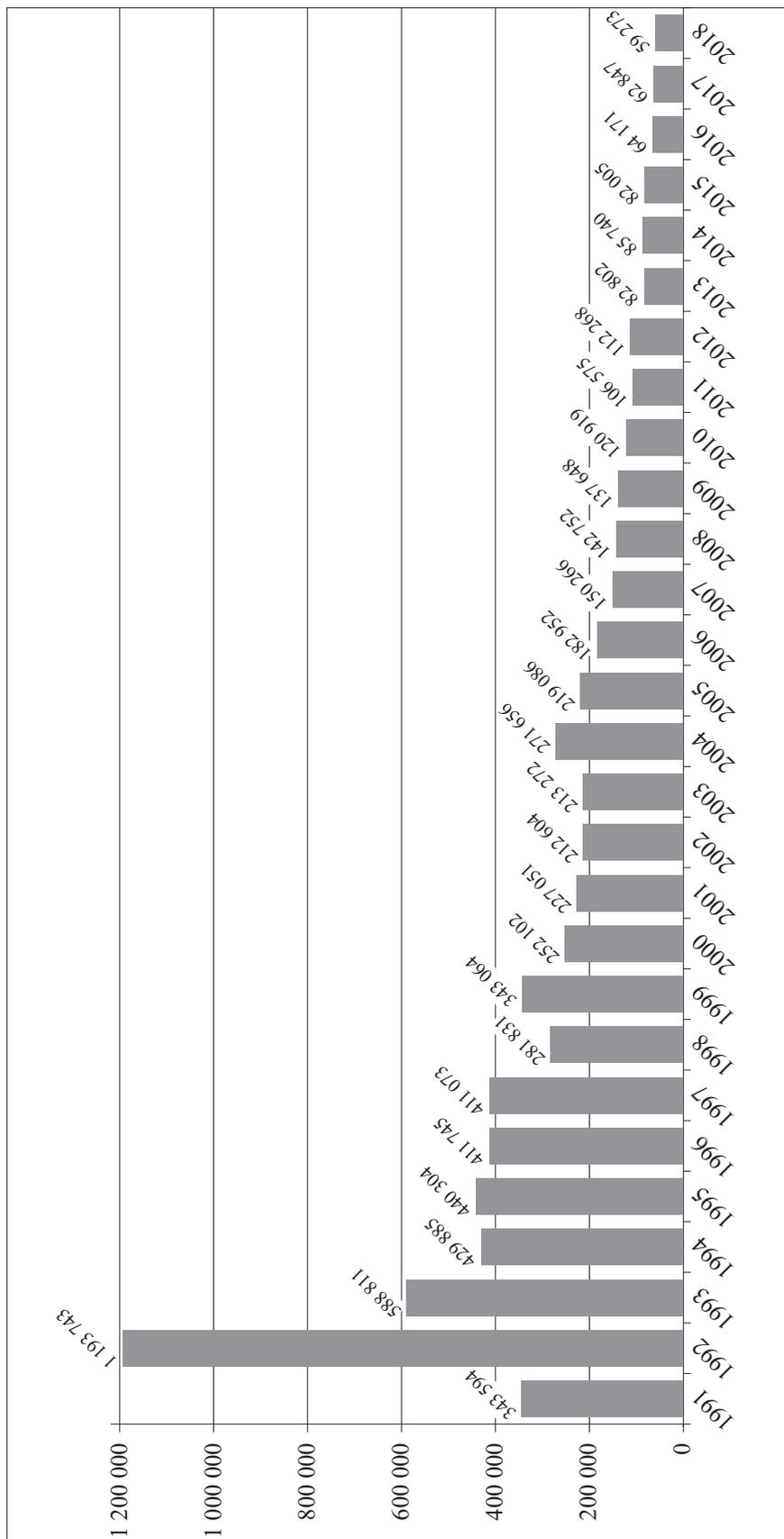
Verwendungszweck	1991– 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Eingänge gesamt
Bürgeranträge gesamt	2 749 483	80 611	88 231	64 246	67 763	62 544	48 634	48 855	45 309	3 255 676
Ersuchen zur Überprüfung wichtiger Funktionsträger und weitere Ersuchen ¹⁾	220 918	1 715	2 064	1 411	1 847	3 031	1 657	930	1 018	234 591
Ersuchen zur Überprüfung öffentlicher Dienst	1 754 311	210	317	296	272	260	227	167	167	1 756 227
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/ Zuverlässigkeitsüberprüfungen	206 508	9 532	7 834	7 800	7 859	7 348	6 849	6 543	6 037	266 310
Ersuchen Rentenanlagenheiten	1 141 677	6 524	6 845	3 661	2 457	2 705	2 355	2 283	2 765	1 171 272
Ersuchen Überprüfungen gesamt	3 323 414	17 981	17 060	13 168	12 435	13 344	11 088	9 923	9 987	3 428 400
Ersuchen Rehabilitierung	95 081	1 543	1 596	998	1 130	1 015	773	658	598	103 392
Ersuchen Wiedergutmachung	161 474	4 421	3 681	2 824	2 717	3 025	2 194	1 934	1 763	184 033
Ersuchen Strafverfolgung	220 107	518	270	247	288	726	183	154	274	222 767
Ersuchen Reha/WGM/StrV gesamt	476 662	6 482	5 547	4 069	4 135	4 766	3 150	2 746	2 635	510 192
Anträge Forschung und politische Bildung ²⁾	12 908	959	994	835	891	906	867	951	945	20 256
Anträge Presse, Rundfunk und Film ²⁾	11 891	542	436	484	516	445	432	372	397	15 515
Anträge Forschung und Medien gesamt²⁾	24 799	1 501	1 430	1 319	1 407	1 351	1 299	1 323	1 342	35 771
Summe	6 574 358	106 575	112 268	82 802	85 740	82 005	64 171	62 847	59 273	7 230 039

¹⁾ Parlamentarische Mandatsträger, kommunale Wahlbeamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichter, ehrenamtliche Richter, Ordensangelegenheiten u. a.

²⁾ Zählung nur der beantragten Themen

Anhang 8

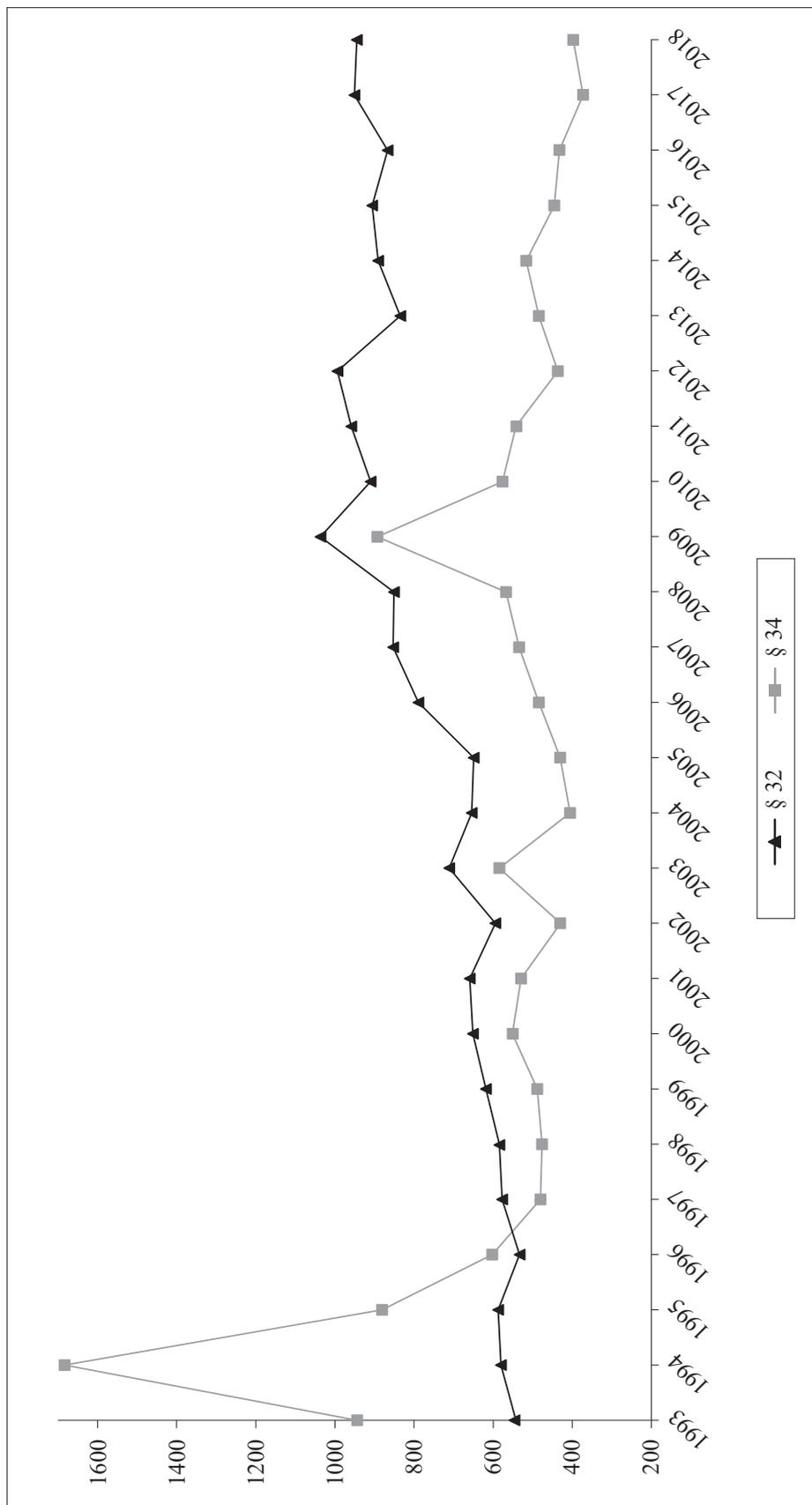
Summe der eingegangenen Anträge und Ersuchen 1991–2018



Anhang 9

Eingang von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 StUG 1993–2018
Stand: Dezember 2018

Jahr	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
§ 32	542	580	587	533	577	584	618	651	659	594	711	654	649	789	853	851	1037	910	959	994	835	891	906	867	951	945
§ 34	944	1685	881	602	480	476	488	551	529	429	584	405	430	484	534	567	893	576	542	436	484	516	445	432	372	397



Anhang 10

Erledigungen von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken

Stand: Dezember 2018

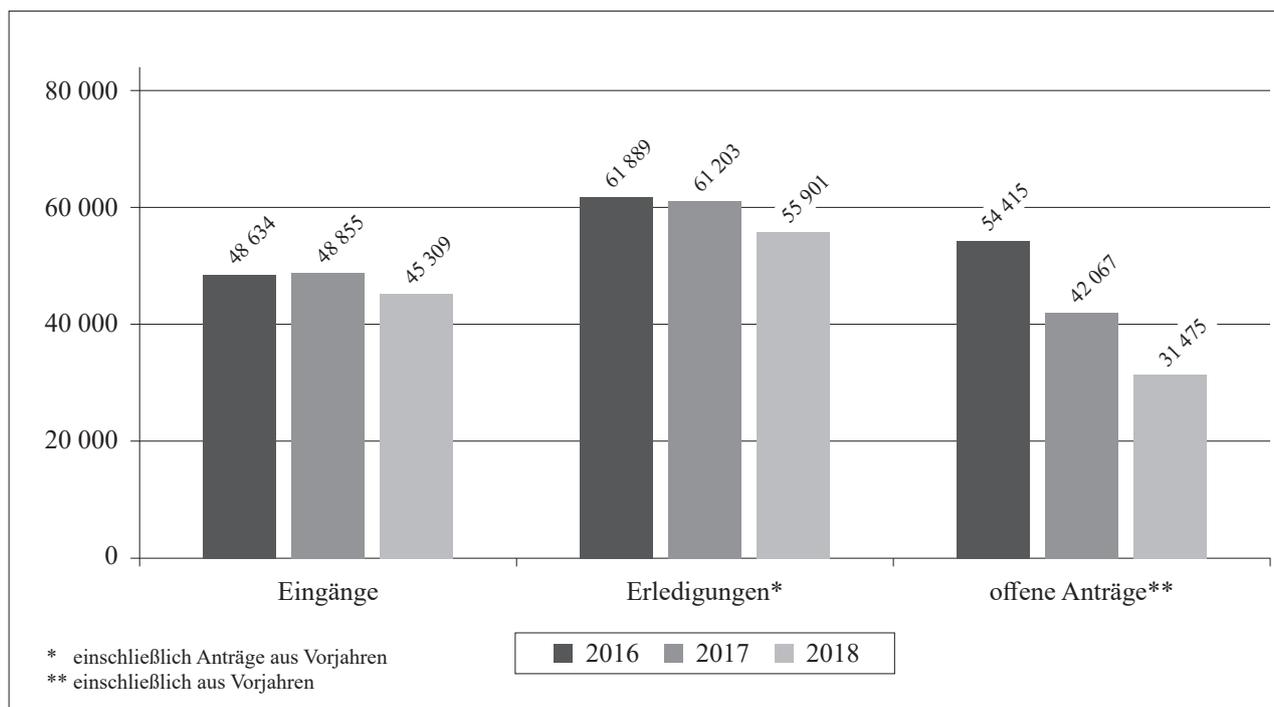
Verwendungszweck	1991– 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Erledi- gungen gesamt
Bürgeranträge gesamt	2 672 467	79 158	78 949	67 743	69 772	77 109	61 899	61 203	55 901	3 224 201
Ersuchen zur Überprüfung wichtiger Funktionsträger und weitere Ersuchen ¹⁾	2 18 300	4 024	1 898	1 616	1 379	3 194	1 969	1 032	1 002	234 414
Ersuchen zur Überprüfung öffentlicher Dienst	1 754 307	201	310	283	279	261	231	183	160	1 756 215
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/Zuverlässigkeitsüberprüfungen	205 546	9 523	8 040	7 272	6 807	8 582	6 841	6 465	6 162	265 238
Ersuchen Rentenanlagenheiten	1 140 405	5 351	7 777	3 788	2 417	2 821	2 417	2 313	1 775	1 169 064
Ersuchen Überprüfungen gesamt	3 318 558	19 099	18 025	12 959	10 882	14 858	11 458	9 993	9 099	3 424 931
Ersuchen Rehabilitierung	94 032	1 983	1 671	1 172	1 093	1 129	836	666	630	103 212
Ersuchen Wiedergutmachung	159 222	5 517	3 765	2 969	2 872	3 138	2 208	2 012	1 722	183 425
Ersuchen Strafverfolgung	219 895	513	214	469	270	487	396	173	256	222 673
Ersuchen Reha/WGM/StrV gesamt	473 149	8 013	5 650	4 610	4 235	4 754	3 440	2 851	2 608	509 310
Anträge Forschung und politische Bildung ²⁾	11 143	942	914	933	1 000	987	856	950	956	18 681
Anträge Presse, Rundfunk und Film ²⁾	10 271	582	488	488	543	504	408	373	405	14 062
Anträge Forschung und Medien gesamt²⁾	23 187	1 524	1 402	1 421	1 543	1 491	1 264	1 323	1 361	34 516
Summe	6 487 361	107 794	104 026	86 733	86 432	98 212	78 061	75 370	68 969	7 192 958

¹⁾ Parlamentarische Mandatsträger, kommunale Wahlbeamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichter, ehrenamtliche Richter, Ordensangelegenheiten u. a.²⁾ Zählung nur der beantragten Themen

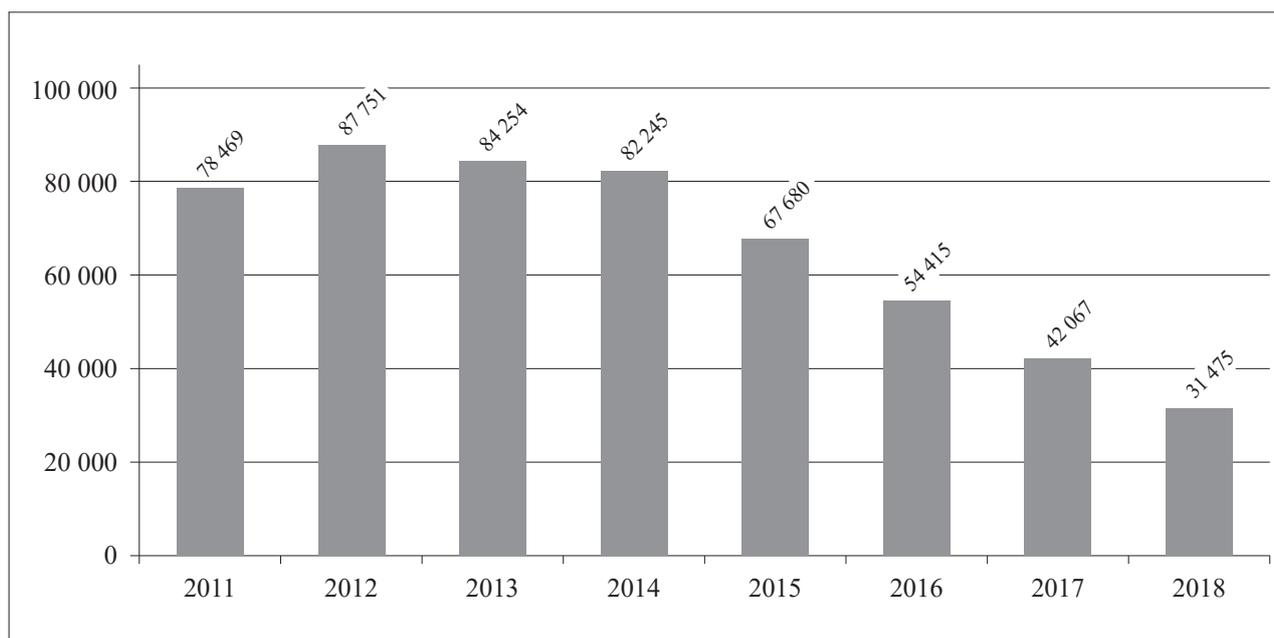
Anhang 11

Bürgeranträge auf Akteneinsicht – Eingänge, Erledigungen, offene Anträge

Bürgeranträge – Vergleich 2016 bis 2018 (Stichtag 31.12.)



Entwicklung offene Bürgeranträge von 2011 bis 2018 (jeweils Jahresende)



Anhang 12

Publikationsreihen

**Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten –
Analysen und Dokumente***(Über den Buchhandel zu beziehen)**Erschienen im Ch. Links Verlag, Berlin (einige Titel sind
nur noch als eBook verfügbar unter www.linksverlag.de)*

Band 1: Klaus-Dietmar Henke; Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 249 S., 2. Aufl., Berlin 1996, als eBook ISBN 978-3-86284-046-5

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 263 S., 4., akt. Aufl., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-045-8

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-036-6

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ im Oktober 1961, 172 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, 15,00 €, ISBN 978-3-86153-102-9

Band 5: Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, 472 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2016, als eBook ISBN 978-3-86284-340-4

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 899 S., 2. Aufl., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-042-7

Band 7: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, 30,00 €, ISBN 978-3-86153-122-7

Band 8: Siegfried Suckut; Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, 22,00 €, ISBN 978-3-86153-131-9

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 218 S., 2. Aufl., Berlin 2000, 15,00 €, ISBN 978-3-86153-146-3

Band 10: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1169 S., 3. Aufl., Berlin 2011, als eBook ISBN 978-3-86284-037-3

Band 11: Karl Wilhelm Fricke; Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, 22,00 €, ISBN 978-3-86153-147-0

Band 12: Reinhard Buthmann: Kaderversicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 255 S., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-034-2

Band 13: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 2000, 18,00 €, ISBN 978-3-86153-215-6

Band 14: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 772 S., 2. Aufl., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-032-8

Band 15: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 874 S., 2. Aufl., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-031-1

Band 16: Roger Engelmann; Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteierrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 564 S., 2. Aufl., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-030-4

Band 17: Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 6. Aufl., Berlin 2016, als eBook ISBN 978-3-86284-342-8

Band 18: Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, 600 S., 2. Aufl., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-028-1

Band 19: Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 260 S., Berlin 2000, 18,00 €, ISBN 978-3-86153-226-2

Band 20: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 658 S., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-026-7

Erschienen im Verlag Edition Temmen, Bremen

Band 21: Ehrhart Neubert; Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-792-2

Band 22: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, ISBN 978-3-86108-373-3 (vergriffen)

Band 23: Georg Herbstritt; Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., 2. Aufl., Bremen

noch Anhang 12

2003, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-388-7

Band 24: Karl Wilhelm Fricke; Roger Engelmann: Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtparapparat, 347 S., Bremen 2003, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-386-3

Band 25: Bernd Eisenfeld; Ilko-Sascha Kowalczyk; Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., Bremen 2004, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-387-0

Band 26: Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 230 S., Bremen 2004, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-398-6

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen (alle Titel sind auch als digitale Bücher verfügbar unter www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Band 27: Roger Engelmann; Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, 35,00 €, ISBN 978-3-525-35004-1

Band 28: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., 3. Aufl., Göttingen 2007, 30,00 €, ISBN 978-3-525-35018-8

Band 29: Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, 459 S., Göttingen 2007, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-525-35021-8

Band 30: Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, 391 S., Göttingen 2007, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35083-6

Band 31: Matthias Braun: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, 463 S., Göttingen 2007, 35,00 €, ISBN 978-3-525-35049-2

Band 32: Roger Engelmann; Thomas Großbölting; Hermann Wentker (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, 478 S., Göttingen 2008, 35,00 €, ISBN 978-3-525-35052-2

Band 33: Łukasz Kamiński; Krzysztof Persak; Jens Gieseke (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, 592 S., Göttingen 2009, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35100-0

Band 34: Bernd Florath (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, 251 S., Göttingen 2011, 20,00 €, ISBN 978-3-525-35045-4

Band 35: Lutz Niethammer; Roger Engelmann (Hg.): Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression. Ein Kulturkonflikt in der späten DDR, 362 S., Göttingen 2014, 30,00 €, ISBN 978-3-525-35035-5

Band 36: Renate Hürtgen: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, 339 S., Göttingen 2014, 25,00 €, ISBN 978-3-525-35078-2

Band 37: Tobias Wunschik: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970–1989), 364 S., Göttingen 2014, 30,00 €, ISBN 978-3-525-35080-5

Band 38: Jan Philipp Wölbern: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, 563 S., Göttingen 2014, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35079-9

Band 39: Anita Krätzner (Hg.): Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung, 180 S., Göttingen 2015, 13,00 €, ISBN 978-3-525-35081-2

Band 40: Christian Halbrock: „Freiheit heißt, die Angst verlieren“. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock, 539 S., 2., korr. Aufl., Göttingen 2015, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35118-5

Band 41: Ilko-Sascha Kowalczyk; Arno Polzin (Hg.): Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit, 1059 S., Göttingen 2014, 70,00 €, ISBN 978-3-525-35115-4

Band 42: Susanne Muhle: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, 670 S., Göttingen 2015, 50,00 €, ISBN 978-3-525-35116-1

Band 43: Bernd Florath (Hg.): Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente, 668 S., Göttingen 2016, 50,00 €, ISBN 978-3-525-35117-8

Band 44: Julia Spohr: In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951–1989, 430 S., Göttingen 2015, 35,00 €, ISBN 978-3-525-35120-8

Band 45: Markus Anhalt: Die Macht der Kirchen brechen. Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR, 221 S., Göttingen 2016, 18,00 €, ISBN 978-3-525-35121-5

Band 46: Christian Domnitz: Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland, 261 S., Göttingen 2016, 20,00 €, ISBN 978-3-525-35123-9

Band 47: Georg Herbstritt: Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989, 582 S., Göttingen 2016, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35122-2

noch Anhang 12

Band 48: Christian Booß: Im goldenen Käfig. Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess. 813 S., Göttingen 2017, 45,00 €, ISBN 978-3-525-35125-3

Band 49: Arno Polzin: Mythos Schwedt. DDR-Militärstrafvollzug und NVA-Disziplinareinheit aus dem Blick der Staatssicherheit, 407 S., Göttingen 2018, 30,00 €, ISBN 978-3-525-35126-0

Band 50: Daniela Münkkel; Henrik Bispinck (Hg.): Dem Volk auf der Spur ... Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungsstimmungen im Kommunismus. Deutschland – Osteuropa – China, 270 S., Göttingen 2017, 20,00 €, ISBN 978-3-525-35127-7

Band 51: Tobias Wunschik: Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989, 1017 S., Göttingen 2018, 70,00 €, ISBN 978-3-525-35124-6

Band 52: Mark Schiefer: Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971–1989, 483 S., Göttingen 2018, 35,00 €, ISBN 978-3-525-31061-8

Band 53: Sebastian Stude: Strom für die Republik. Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald, 267 S., Göttingen 2018, 25,00 €, ISBN 978-3-525-31060-1

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Edition Temmen, Bremen

(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)

Band 1: Peter Eisenfeld: „rausschmeißen ...“. 20 Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., Bremen 2002, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-386108-342-9

Band 2: Jürgen Frölich (Hg.); Wolfgang Schollwer: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957, 298 S., Bremen 2004, 5,00 €, ISBN 978-386108-043-5

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 3: Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, als eBook 19,99 €, ISBN 978-3-525-35800-9

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Hg. von Daniela Münkkel

(Über den Buchhandel zu beziehen)

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Siegfried Suckut (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2009, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37300-2

Frank Joestel (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1988. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2010, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37502-0

Daniela Münkkel (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., 2. Aufl. mit Online-Datenbank-Zugriff, Göttingen 2016, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37507-5

Henrik Bispinck (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2012, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37501-3

Roger Engelmann (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2013, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37500-6

Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1965. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2014, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37504-4

Daniela Münkkel (Bearb.): Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 191 S., 3. Aufl., Berlin 2017, kostenlos beim BStU zu bestellen, ISBN 978-3-946572-41-1

Matthias Braun; Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1981. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2015, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37505-1

Henrik Bispinck (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1956. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Datenbankzugriff, Göttingen 2016, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37506-8

Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1964. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Datenbankzugriff, Göttingen 2017, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37508-2

Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1968. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Datenbankzugriff, Göttingen 2018, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37079-7

Einzelveröffentlichungen

(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)

Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992, München 1993 (vergriffen)

Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum MfS, 56 S., Berlin 1994, Schutzgebühr 1,00 €, ISBN 978-3-946572-09-1

Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, 24 S., Berlin 1995 (vergriffen)

noch Anhang 12

Bernd Eisenfeld; Thomas Auerbach; Gudrun Weber; Sebastian Pflugbeil: Projektbericht „Strahlen“. Einsatz von Röntgenstrahlen und radioaktiven Stoffen durch das MfS gegen Oppositionelle – Fiktion oder Realität? 226 S., 2., überarb. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 1,00 €

Bernd Eisenfeld; Roger Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-87-5

Ilko-Sascha Kowalczyk unter Mitarbeit von Gudrun Weber: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, 312 S., mit Audio-CD, Bremen 2003, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-86-8

Petra Saar; Marion Wagner: Stasi-Stücke. Szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten zum Lesen und Nachspielen für Schüler, 76 S., Erfurt 2004, Schutzgebühr 2,00 €, ISBN 978-3-942130-88-2

Jens Gieseke: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, 320 S., 3., erw. und akt. Aufl., München 2006, 24,90 €, ISBN 978-3421-05952-7, weiter als „Die Stasi 1945–1990“

Jens Gieseke: Die Stasi 1945–1990, erw. Paperbackausgabe, 359 S., München 2011, 14,99 €, ISBN 978-3-570-55161-5, früher: „Der Mielke-Konzern“

Jens Gieseke: The History of the Stasi. East Germany's Secret Police 1945–1990, 268 S., New York/Oxford 2014, 120,00 \$/85,00 £, ISBN 978-1-78238-254-6 (Hardcover) New York/Oxford 2015, 27,95 \$/19,00 £, ISBN 978-1-78533-024-7 (Paperback)

Joachim Granzow: Die Löwengrube. Als Arzt in DDR-Haftanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Ein Erlebnisbericht, 215 S., 2. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-70-7

Helmut Müller-Enbergs unter Mitarbeit von Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistik, 1024 S., Berlin 2008, 40,00 €, ISBN 978-3-86153-441-9

Ilko-Sascha Kowalczyk: Die 101 wichtigsten Fragen – DDR, 159 S., München 2009 (vergriffen)

Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 623 S., 3., überarb., korr. u. erw. Neuausg., München 2015, 19,95 €, ISBN 978-3-406-68407-4

Feind ist, wer anders denkt. Eine Ausstellung über die Staatssicherheit der DDR, 3. aktual. Aufl., 88 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-91-2

The dissenter is the enemy. An Exhibition on the State Security Service in the GDR, 88 S., 3rd updated edition, Berlin 2011, token fee 5,00 €, ISBN 978-3-942130-92-9

„Stasi. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit.“ Katalog und Aufsätze, 221 S., Berlin 2011 (vergriffen)

Reinhard Buthmann: Konfliktfall „Kosmos“. Die politische Geschichte einer Jugendarbeitsgruppe in der DDR, 389 S., Wien u. a. 2012, 45,00 €, ISBN 978-3-412-20742-7

Roger Engelmann; Bernd Florath; Helge Heidemeyer; Daniela Munkel; Arno Polzin; Walter Süß (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, 440 S., 3., akt. Aufl., Berlin 2016 (vergriffen)

Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, 400 S., Berlin 2013, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-94-3

Thomas Auerbach; Gudrun Weber: Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten. Ein Lesebuch, 205 S., Berlin 2014, 19,80 €, ISBN 978-3-86732-200-3

Daniela Munkel (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei, 204 S., Berlin 2015, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-95-0

Daniela Munkel (ed.): State Security. A Reader on the GDR Secret Police, 204 p., 2nd edition, Berlin 2018, token fee 5,00 €, ISBN 978-3-946572-43-5

Karsten Jedlitschka; Jens Niederhut; Philipp Springer: Verschluss-Sachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit. Mit Fotografien von Christian Appl, 192 S., Berlin 2017, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-40-4

MfS-Handbuch: Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen; alle Titel des Handbuchs sind auf www.bstu.de kostenlos als PDF abrufbar)

Martin Erdmann (Hg.); Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 399 S., 3. durchgeseh. u. erg. Aufl., Berlin 2018, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-29-5

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-25-7

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-16-5

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: „Terrorabwehr“, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-14-1

noch Anhang 12

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-22-6

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-12-7

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 81 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-05-9

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-23-3

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., 2. Aufl., Berlin 2012, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-32-5

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-24-0

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des MfS, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-21-9

Reinhard Buthmann: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-18-9

Roger Engelmann; Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-31-8

Johannes Beleites: Abteilung XIV: Haftvollzug, 65 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-11-0

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-04-2

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M: Postkontrolle, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-17-2

Monika Tantzsch: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr, Teil III/14, 109 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-07-3

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 66 S., 2. Aufl., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-19-6

Thomas Auerbach; Matthias Braun; Bernd Eisenfeld; Gesine v. Prittwitz; Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“, 179 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-13-4

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, 53 S., 3. Aufl., Berlin 2012, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-26-4

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-08-0

Roger Engelmann; Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-20-2

Walter Süß: Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Geschichte der Staatssicherheit, Teil I, 114 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-03-5

Andreas Schmidt: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr, 245 S., mit Beilagekarte zum Stützpunktsystem der HA III, 3. Aufl., Berlin 2012, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-06-6

Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen, 356 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-15-8

Angela Schmole: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme, 132 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-09-7

Roland Wiedmann: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989: Eine organisatorische Übersicht, 537 S., mit CD-ROM, Berlin 2012, Schutzgebühr 12,00 €, ISBN 978-3-942130-28-8

Roger Engelmann; Frank Joestel: Hauptabteilung IX: Untersuchung, 266 S., Berlin 2016, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-10-3

Die Handbuch-Lieferungen sind online verfügbar unter www.bstu.de. Dort findet sich auch eine aktuelle Übersicht über das Gesamtwerk.

Stasi in der Region

(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)

Peter Boeger; Elise Catrain (Hg.): Stasi in Sachsen-Anhalt. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle und Magdeburg, 180 S., Berlin 2016, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-00-8

Peter Boeger; Elise Catrain (Hg.): Stasi in Dresden. Die Geheimpolizei im DDR-Bezirk, 64 S., Berlin 2016, nur als Download verfügbar

Peter Boeger; Elise Catrain (Hg.): Stasi in Sachsen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig, 176 S., Berlin 2017, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-01-5

Peter Boeger; Elise Catrain (Hg.): Stasi in Thüringen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl, 164 S., Berlin 2018, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-03-9

noch Anhang 12

Dokumente (Reihe A)

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Günter Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 140 S., 2. Aufl., Berlin 1997, ISBN 978-3-942130-35-6

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-36-3 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-37-0

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 117 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-38-7

MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht, 209 S., Berlin 1994 (vergriffen)

Die „Dokumente (Reihe A)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

Analysen und Berichte (Reihe B)

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2000, ISBN 978-3-942130-41-7

Bodo Wegmann; Monika Tantzsch: Soud. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-44-8

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-42-4

Monika Tantzsch: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht“, 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-45-5

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, ISBN 978-3-942130-46-2

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, ISBN 978-3-942130-43-1

Bearbeiten – Zersetzen – Liquidieren; Die Inoffiziellen Mitarbeiter; Freiheit für meine Akte, 99 S., Berlin 1993 (vergriffen)

Tobias Hollitzer: „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlußfolgerungen, 321 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2000 (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: Das Zusammenspiel von Staatssicherheit und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976, 133 S., Berlin 1993 (vergriffen)

Monika Tantzsch: Maßnahme „Donau“ und Einsatz „Genesung“. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, 145 S., 2. Aufl., Berlin 1998 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Verfolgung und die Folgen. Über den Umgang mit den Opfern (öffentliche Veranstaltung am 27. Oktober 1994), 98 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Die „Analysen und Berichte (Reihe B)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

BF informiert

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Walter Süß (Edition): Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989, 41 S., (1/1993) (vergriffen)

Joachim Walther; Gesine v. Prittwitz: Staatssicherheit und Schriftsteller. Bericht zum Forschungsprojekt, 30 S., (2/1993) (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985–1989, 64 S., (3/1993) (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (1/1994) (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Jürgen Fuchs: Unter Nutzung der Angst. Die „leise Form“ des Terrors – Zersetzungsmaßnahmen des MfS, 40 S., (2/1994), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 1,50 €, ISBN 978-3-946572-08-4

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-52-3

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-53-0

Jens Gieseke: Doktoren der Tschechistik. Die Promovenden der „Juristischen Hochschule“ des MfS, 29 S., (6/1994), ISBN 978-3-942130-54-7

Roger Engelmann; Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst

noch Anhang 12

Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-55-4

Andreas Niemann; Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-56-1

Hans-Peter Löhn: „Unsere Nerven lagen allmählich blank“. MfS und SED im Bezirk Halle. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), 66 S., (13/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-72-1

Stephan Fingerle; Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-57-8

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard v. Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl. (vergriffen)

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-59-2

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer „Sektion DDR“ durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-60-8

Holger Horsch: „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-61-5

Volker Höffer: „Der Gegner hat Kraft“. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-62-2

Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950–1989/90. Ein kurzer historischer Abriss, 56 S., (21/1998) (vergriffen)

Eberhard Stein: „Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen“. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-63-9

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944–1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-64-6

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage des MfS, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-65-3

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-66-0

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-67-7

Regina Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958, 109 S., (27/2006) (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Helmut Müller-Enbergs: „Rosenholz“. Eine Quellenkritik, 234 S., (28/2007), ISBN 978-3-942130-69-1 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Wilhelm Mensing: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976), 320 S., (29/2010), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-71-4

Martin Stief: Desertionen im geteilten Berlin. Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus, 96 S., (30/2011), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-73-8

Jenny Schekahn; Tobias Wunschik: Die Untersuchungsanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker, 156 S., (31/2012), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-74-5

Daniela Münkel: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt, 84 S., (32/2013), 2., korr. Aufl., Berlin 2015, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-75-2

Douglas Selvage; Christopher Nehring: Die AIDS-Verschöpfung. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB, 152 S., (33/2014), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-76-9

Christian Adam; Martin Erdmann; Horst Henkel; Wolfgang Scholz: Sperrgebiete in der DDR. Ein Atlas von Standorten des MfS, des MdI, des MfNV und der GSSD, 160 S., (34/2015), 2. Aufl. Berlin 2017, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-49-3

Holger Horsch: „Für menschliche Würde, Anstand und eine neue Moral“. Die Auflösung der Staatssicherheit im

noch Anhang 12

Bezirk Karl-Marx-Stadt, 86 S., (35/2015), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-78-3

Helge Heidemeyer (Hg.): „Akten-Einsichten“. Beiträge zum historischen Ort der Staatssicherheit, 170 S., (36/2016), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-79-0

Hanna Labrenz-Weiß: Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzkreis Nordhausen, 341 S., (37/2017), 2., korr. Aufl., Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-48-6

Martin Albrecht: Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Leipzig. Mitarbeiter, Ermittlungsverfahren und Haftbedingungen, 192 S., (38/2017), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-81-3

Christopher Nehring: Tödliche Fluchten über Bulgarien. Die Zusammenarbeit von bulgarischer und DDR-Staatssicherheit zur Verhinderung von Fluchtversuchen, 108 S., (39/2017), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-82-0

BF informiert – regional

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Band 1: Ralph Kaschka: Leistungssport im Visier der Stasi. Das MfS und der SC Traktor Schwerin, 162 S., Berlin 2017, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-10-7

Kooperationsprojekte

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien/BStU:

Mut zum Widerstand. Materialien zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte, Heft 69, 42 S., Bad Berka 2002, Schutzgebühr 2,00 €

Akademie für politische Bildung Tutzing/BStU:

Siegfried Suckut; Jürgen Weber (Hg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, 338 S., München 2003, 19,80 €, ISBN 978-3-7892-8135-8

Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam/BStU:

Torsten Diedrich; Ilko-Sascha Kowalczyk: Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR, 435 S., Berlin 2005, 35,00 €, ISBN 978-386153-380-4

Torsten Diedrich; Walter Süß (Hg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, 370 S., Berlin 2010, 40,00 €, ISBN 3-86153-610-9

Bundeszentrale für politische Bildung/BStU:

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei,

120 S., Bonn 2001, Schutzgebühr 2,00 €, ISBN 3-89331-402-4

Jens Gieseke (with Doris Hubert): The GDR State Security. Shield and Sword of the Party, translated by Mary Carlene Forszt, 120 S., Berlin 2004, 2,00 €, Versand von Einzelexemplaren ins Ausland kostenlos

Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR/BStU:

Johannes Beileites: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 239 S., 2. Auflage, Schwerin 2011, Schutzgebühr 6,00 €, ISBN 978-3-933255-12-9

Robert-Havemann-Gesellschaft e. V./BStU:

Werner Theuer; Arno Polzin unter Mitarbeit von Bernd Florath: Aktenlandschaft Havemann. Nachlass und Archivbestände zu Robert Havemann in der Robert-Havemann-Gesellschaft und bei der BStU, 576 S., Berlin 2008, 25,00 €, ISBN 978-3-938857-07-6

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur/BStU:

Christian Halbrock: Stasi-Stadt – Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang um das ehemalige Hauptquartier des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 77 S., 2. Aufl., Berlin 2011, 13,00 €, ISBN 978-3-86153-520-1

Christian Halbrock: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, 253 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2011, 19,80 €, ISBN 978-3-86732-073-3

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V./Der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen/BStU:

Martin Gutzeit; Helge Heidemeyer; Bettina Tüffers (Hg.): Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90. Dokumentation einer Tagung am 25. und 26. November 2008 in Berlin, 264 S., Düsseldorf 2010, 29,80 €, ISBN 978-3-7700-5304-9

Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968/BStU:

Ronny Heidenreich; Daniela Munkel; Elke Stadelmann-Wenz: Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953, 462 S., Berlin 2016, 45,00 €, ISBN: 978-3-86153-922-3

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V./BStU

Hanna Labrenz-Weiß; Joachim Heise: Staatssicherheit in Nordhausen, 461 S., Nordhausen 2018, 19,90 €, ISBN 978-3-9811739-8-7

noch Anhang 12

Archivwissenschaftliche Veröffentlichungen Archiv zur DDR-Staatssicherheit

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im LIT Verlag, Münster

Band 1: Dagmar Unverhau: Das „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 258 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004 (vergriffen)

Band 2: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, 312 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003 (vergriffen)

Band 3: Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, 408 S., 2. Aufl., Münster 2005 (vergriffen)

Band 4: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Findbuch zum „Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Joachim Franke u. a., 311 S., Münster 2001 (auf www.bstu.de als PDF abrufbar)

Band 5: Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, 306 S., 3., durchges. Aufl., Münster 2006 (vergriffen)

Band 6: Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte „Janus“ eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, 448 S., Münster 2003 (vergriffen)

Band 7: Dagmar Unverhau (Hg.): State Security and Mapping in the GDR. Map Falsification as a Consequence of Excessive Secrecy? Lectures to the conference of the BStU from 8th–9th March 2001 in Berlin, 302 S., Berlin 2006, 29,90 €, ISBN 978-38258-9039-1

Band 8: Dagmar Unverhau (Hg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: „Internationale Verbindungen“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Marko Pollack; Doreen Bombitzki, 335 S., Münster 2005 (auf www.bstu.de als PDF abrufbar)

Band 9: Dagmar Unverhau (Hg.): Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges, 600 S., 29,90 €, Teilband 1: Beiträge und Anlagen, Teilband 2: Abbildungen, 582 S., Münster 2009, 29,90 €, ISBN 978-3-643-10070-2

Band 10: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larsen; Jana Florczak, 358 S., Münster 2008, 19,90 €, ISBN 978-3-8258-1106-8 (auf www.bstu.de als PDF abrufbar)

Archivwissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 11: Roland Lucht (Hg.): Das Archiv der Stasi. Begriffe, 387 S., Göttingen 2015, 30,00 €, ISBN 978-3-525-31019-9

Band 12: Karsten Jedlitschka; Philipp Springer (Hg.): Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Die Kartei- und Archivabteilung des MfS, 489 S., Göttingen 2015, 35,00 €, ISBN 978-3-525-31033-5

Dokumentenhefte. Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

(Kostenlos über den BStU zu beziehen)

Aktion „Gegenschlag“. Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983, 88 S., 2. Aufl., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart. Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv, 80 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Udo rockt für den Weltfrieden. Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen, 112 S., 2. Aufl., Berlin 2015

„Eingeschränkte Freiheit“. Der Fall Gabriele Stötzer, 80 S., 3. Aufl., Berlin 2015

Operativer Vorgang „Inspirator“. Der Weimarer Montagskreis, 110 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, 78 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig, 82 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Gefängnis statt Rolling Stones. Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen, 132 S., 2. Aufl., Berlin 2015

„Überall kocht und brodelt es ...“. Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen, 106 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Niedersachsen und die Stasi. Die Überwachung im „Operationsgebiet West“, 92 S., 2. Aufl. Berlin 2015

„Keine Gewalt!“. Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst ’89, 132 S., 2. Aufl., Berlin 2015

„Stasi raus – es ist aus!“. Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei, 160 S., 2. Aufl., Berlin 2016

Hessen und die Stasi. Die Überwachung im „Operationsgebiet West“, 58 S., Berlin 2015

Tschernobyl. Der Super-GAU und die Stasi. 82 S., Berlin 2016

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“ – Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR, 112 S., Berlin 2016

„... anarcho-terroristische Kräfte“. Die Rote-Armee-Fraktion- und die Stasi, 111 S., Berlin 2017

noch Anhang 12

Rheinland-Pfalz und die Stasi. Spionage, Überwachung, Verschleierung, 77 S., Berlin 2017

„Blick in einen Zerrspiegel“. Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen, 128 S., Berlin 2018

“Looking in a distorting mirror”. The case of Gilbert Radulovic in the Stasi records, 86 p., Berlin 2018

Das geteilte Berlin und die Stasi. Spionage, Opposition und Alltag, 119 S., Berlin 2018

Weitere kostenlos erhältliche Behördenpublikationen

(Über den BStU zu beziehen)

Erster, Zweiter, Dritter, Viertes, Fünftes, Sechstes, Siebentes, Achtes, Neuntes, Zehntes, Elftes, Zwölftes und 13. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Erster, Dritter und Fünftes Tätigkeitsbericht nur als PDF-Datei)

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) vom 20. Dezember 1991

Act regarding the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic (Stasi Records Act)

Abkürzungsverzeichnis: Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 129 S., 11., durchges. Aufl., Berlin 2015, ISBN 978-3-942130-96-7

Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz – Zehn Jahre Aufarbeitung, 73 S., Berlin 2002 (vergriffen)

Entscheidungen gegen das Schweigen. 15 Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen, 39 S., Berlin 2007 (vergriffen)

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“. Ein Reader zu ihren gesetzlichen Grundlagen, Strukturen und Aufgaben, 88 S., Berlin 2010 (vergriffen)

The „European Network of Official Authorities in Charge of the Secret Police Files“. A Reader on the Legal Foundations, Structures and Activities, Second and Revised Edition, 84 S., Berlin 2014, ISBN 978-3-942130-98-1

Anhang 13**Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung**

Datum	Referent(en)	Thema
18.01.2017	Dr. Andrea Bahr	Parteiherrschaft vor Ort – Die SED-Kreisleitung Brandenburg/Havel 1961-1989
27.04.2017	Dr. Uwe Krähnke	Ehemalige hauptamtliche MfS-Mitarbeiter als Zeitzeugen? Zum Stellenwert ihrer autobiografischen Erzählungen für die wissenschaftliche Forschung
14.06.2017	Dr. Christian Halbrock	Kassation und Vernichtung von Akten im MfS in den 1980er-Jahren
18.10.2017	Dr. Christopher Nehring	Tödliche Flucht. Die bulgarische Grenze, DDR-Flüchtlinge und die Zusammenarbeit von MfS und bulgarischer Staatssicherheit
08.11.2017	Dr. Miriam Müller	Ein Geist geht um in Arabien – Wie die Deutschen ihren Kommunismus in den Jemen brachten
06.12.2017	Dr. Justine Hunter	Die Politik der Erinnerung und des Vergessens in Namibia. Umgang mit schweren Menschenrechtsverletzungen der Ära des bewaffneten Befreiungskampfes, 1966–1989
17.01.2018	Dr. Mark Schiefer	Krisenprofiteur Stasi. Die DDR-Geheimpolizei im Chemierevier Halle-Bitterfeld 1971–1989
25.04.2018	Dr. Sabine Pannen	Wo ein Genosse ist, da ist die Partei! Der innere Zerfall der SED-Parteibasis 1979–1989
20.06.2018	Dr. Christian Booß	Vom Scheitern der kybernetischen Utopie – Die Entwicklung der Informationsverarbeitung im MfS und ihre Auswirkungen auf die Überwachung der DDR-Bevölkerung
11.07.2018	Constanze Knitter/Markus Pieper	Die Kommunalpartnerschaften der DDR mit dem Ausland und die Rolle des MfS
07.11.2018	Dr. Władysław Bułhak	Activities of Polish Foreign Intelligence Directed against the Vatican, 1962–1970
28.11.2018	Dr. Douglas Selvage/Mieszko Jackowiak/Matěj Kotalík	Die Beziehung MfS–KGB im Licht des Mitrochin-Archivs

Anhang 14**Baukastensystem regionale Ausstellungen****Basismodule**

Die Stasi
 Warum gab es die Stasi?
 Die Stasi-Minister
 Stasi-Abteilungsleiter
 Der Stasi-Apparat
 Der Aufbau der Stasi
 Wie ging die Stasi vor?
 Stasi überall
 Das Ende der Stasi

Rahmen- und Ereignismodule

Stasi und Jugend
 Stasi und Prager Frühling
 Stasi und Sport
 Stasi im Westen
 Stasi und Umwelt
 Der 17. Juni 1953
 Stasi und NVA
 Stasi und Wirtschaft
 Stasi und Grenze
 Stasi und NS-Verbrechen
 KSZE-Schlussakte 1975
 Stasi und Interhotels I und II
 Stasi und Interhotels (Karte)
 Stasi und Kirche
 Stasi auf dem Campingplatz I und II
 Stasi-Aktion "Festigung" I und II
 Stasi auf dem Automarkt

Zusätzlich gibt es noch verschiedene Regionalmodule:**Regionalmodule Brandenburg**

Punks im Visier der Stasi
 Stasi-Vorgang „Schreiber“ I und II
 Stasi-Vorgang „Saßnitz“ (Burkhard Herzel)
 Stasi-Offizier Halla
 Stasi in Brandenburg
 Stasi in Brandenburg (Fallbeispiele)
 Stasi-Offizier Schickart
 Stasi-Offizier Stöß
 Stasi-Fall „Sportverräterin“ (Karin Balzer)
 Stasi-Vorgang „Kreis“
 Stasi-Fall „Der Maler“ (Hans-Jürgen Jentzsch)
 Stasi-Fall „Geheimbund“ (Bausoldat aus Bernau)
 Stasi in Wittenberge

Regionalmodule Mecklenburg-Vorpommern

Stasi im Norden
 Stasi-Offizier Zepezauer
 Stasi-Akte "Junior"
 Helmut Schmidt in Güstrow
 Stasi-Aktion "Dialog"

FC Hansa im Stasi-Netz
 Stasi in Güstrow
 Fans im Visier der Stasi
 Stasi-Vorgang „Schlauchboot“
 Stasi-Vorgang „Unbekannt“ (Ballonflucht)
 IM „Hiller“ (Stasi und Kirche II)
 Stasi und Gegendemo
 Stasi und Neues Forum
 IM „Benjamin“
 Stasi verhaftet Matrosen
 Stasi-Stützpunkte in Rostock
 Stasi und Werften
 Stasi-Offizier Kroschewski

Regionalmodule Sachsen

Stasi in Sachsen
 Stasi in Wurzen (Konspirative Wohnungen)
 Stasi in Wurzen (Fallbeispiele)
 Stasi-Ende in Sachsen
 Stasi-Offizier Rädler
 Stasi in der Semperoper
 Stasi-Akte „Stern“ (Bernd Stracke)
 Stasi und Leipziger Messe
 Stasi-Fall „Oberschüler“ (Achim Beyer)
 Stasi-Offizier Gnauck (KD Löbau)
 Stasi in Löbau (Karte)
 Stasi in Löbau (Offiziershochschule)
 IM „Erwin Mohr“
 Stasi-Vorgang „Elster“ (Ausreise-Petition)
 Stasi-Offizier Böhm
 Stasi in Torgau

Regionalmodule Sachsen-Anhalt

Stasi in Sangerhausen
 Stasi in Sachsen-Anhalt
 Stasi-Offizier Lawrenz
 Unangepasster Stasi-Sohn (Thomas Jonscher)
 Stasi in Bitterfeld
 Stasi-Agentin im Westen (Ruth Polte)
 Stasi-Treffs in Eisleben
 Stasi in Eisleben
 Volksaufstand in Eisleben (17. Juni 1953)
 Rekonstruktion der Akten
 Stasi und Anti-KKW-Protest
 Stasi und KKW-Stendal

Regionalmodule Thüringen

Stasi-Vorgang „Entomologe“ (Michael Beleites)
 Stasi in Thüringen
 Stasi in Thüringen (Fallbeispiele)
 Jenaer Hofvernissagen
 Stasi-Offizier Schleitzer
 Stasi-Offizier Direske
 Stasi-Offizier Lang
 Stasi verfolgt Rock 'n' Roller
 Stasi-Offizier in Apolda

noch Anhang 14

Stasi-Aktion „Konfrontation“ (Willy Brandt in Erfurt)
Stasi-Fall „Ikon“
Stasi-Kennwort „Kufe“
Stasi-OV „Prediger“

Regionalmodule Berlin

IM „Ina“
Stasi-Vorgang „Erpresser“
Stasi-Fall „Grenzverletzer“
Stasi in Berlin I
Stasi-Offizier Hähnel
Stasi und Reichsbahn-Streik

Westen

Stasi-Industriespionage
Stasi-Agentin im Westen (Ruth Polte)
Stasi-Aktion „Konfrontation“ (Willy Brandt in Erfurt)
Stasi, Kiel und Stralsund
Stasi in Niedersachsen I und II
Stasi und Gander Airport
Stasi in Bayern I und II

Anhang 15

Lernort Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Informations- und Dokumentationszentren des BStU, BStU Online**Einblick ins Geheime. Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv**

Ruschestraße 103, „Haus 7“
10365 Berlin

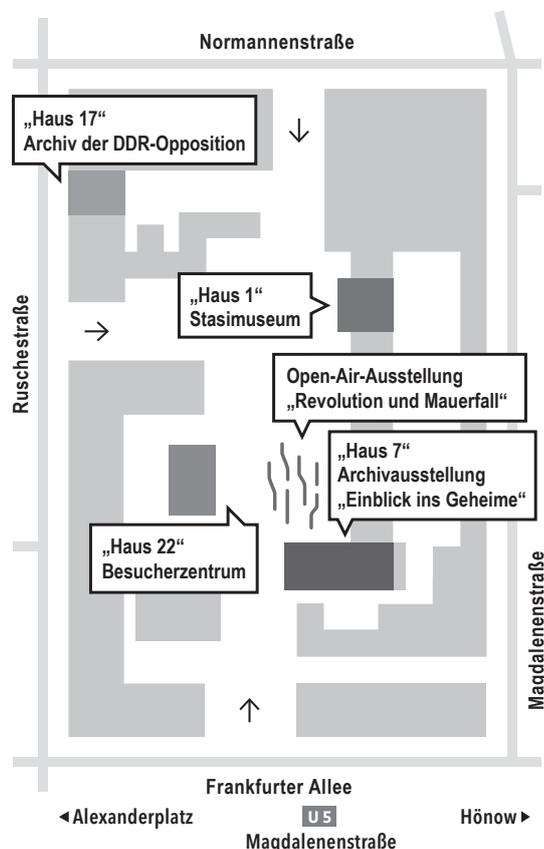
geöffnet Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr, Samstag und Sonntag 11:00 bis 18:00 Uhr; öffentliche Begleitungen jeden Montag (deutsch) und jeden Freitag (englisch) jeweils um 15:00 Uhr

Telefon: 030 2324-6699
Telefax: 030 2324-7179
E-Mail: besuch@bstu.bund.de
Internet: www.einblick-ins-geheime.de

Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs

Ruschestraße 103, „Haus 1“, Projektwerkstatt, 4. OG
10365 Berlin

Telefon: 030 2324-8937
Telefax: 030 2324-8939
E-Mail: bildung@bstu.bund.de

**Stasi-Museum**

Ruschestraße 103, „Haus 1“
10365 Berlin

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“, gemeinsam entwickelt von BStU und ASTAK e. V., betrieben vom ASTAK; geöffnet Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr, Samstag, Sonn- und Feiertage von 11:00 bis 18:00 Uhr

Eintritt 8 €, ermäßigt 6 €, Schüler 3 €;
Gruppenermäßigung ab 10 Personen

Telefon: 030 553-6854
Telefax: 030 553-6853
E-Mail: info@stasimuseum.de
Internet: www.stasimuseum.de

Information/Besucherzentrum

Ruschestraße 103, „Haus 22“
10365 Berlin

Anlaufpunkt für Gäste des Geländes mit Informationen zur Arbeit des BStU und zur Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. (www.revolution89.de)

Montag bis Sonntag von 10:00 bis 18:00 Uhr

Informations- und Dokumentationszentrum Dresden

Riesaer Straße 7, Seiteneingang C
01129 Dresden

geöffnet Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr, Samstag nach Vereinbarung

Telefon: 0351 2508-0
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

Informations- und Beratungsstelle in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Bautzner Straße 112 a
01099 Dresden

Informations- und Beratungsstelle geöffnet Dienstag und Mittwoch von 10:00 bis 17:00 Uhr
Gedenkstätte geöffnet täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr

Telefon: 0351 2508-3490/-3411
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

geöffnet täglich von 09:00 bis 18:00 Uhr

noch Anhang 15

Servicezeiten (für Bürgeranfragen, Archivführungen, Besuchergruppen) Montag bis Donnerstag von 08:00 bis 17:00 Uhr, Freitag von 08:00 bis 14:00 Uhr

Öffentliche Archivführungen jeden Donnerstag (außer an Feiertagen) 16:00 Uhr

Telefon: 0361 5519-4711

Telefax: 0361 5519-4719

E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt (Oder)

geöffnet täglich von 09:00 bis 17:00 Uhr

Telefon: 0335 6068-2411

Telefax: 0335 6068-2419

E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Halle

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

geöffnet Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag nach Vereinbarung

Telefon: 0345 6141-2711

Telefax: 0345 6141-2719

E-Mail: asthalle@bstu.bund.de

**Bis auf das Stasi-Museum in Berlin ist der Besuch
aller genannten Einrichtungen des BStU kostenfrei.
Für Gruppenführungen werden Voranmeldungen
erbeten.**

BStU Online

Homepage und Unterseiten

www.bstu.bund.de

www.einblick-ins-geheime.de

www.demokratie-statt-diktatur.de

www.stasi-mediathek.de

Social-Media-Kanäle

www.youtube.com/StasiUnterlagenArchiv

www.twitter.com/bstu_presse

www.facebook.com/StasiUnterlagenArchiv

www.instagram.com/stasizentrale

Anhang 16

Abkürzungsverzeichnis

A

Abt.	Abteilung
ABTL	Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára - Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste (Ungarns)
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit (Nachfolgeorganisation des MfS)
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome (englisch für erworbenes Immundefektsyndrom)
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands
ARGUS	„ARchivGUtSuche“, Online-Recherche- und Präsentationsplattform (vom Bundesarchiv betrieben)
ASTAK	Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.

B

BAKöV	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
BASYS	Archivverwaltungssystem (IT-System) des Bundesarchivs
BASYS 2 B+M	Benutzungswesen und Magazinverwaltung
BBC	British Broadcasting Corporation, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des Vereinigten Königreichs
BF	Abteilung Bildung und Forschung beim BStU
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BND	Bundesnachrichtendienst
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)

C

CD	Compact Disk (Speicher für digitale Daten)
CeBIT	Centrum für Büroautomation, Informationstechnologie und Telekommunikation; Messe für Informationstechnik
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (1948–1993)

D

DDB	Deutsche Digitale Bibliothek
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949–1990)
DOSA	Dokumentensammlung (IT-Verfahren des BStU)
Drs.	Drucksache
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
DuG	Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock

E

EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EPR	Elektronisches Personenregister (IT-Verfahren des BStU)

noch Anhang 16

ETA	Euskadi Ta Askatasuna (baskisch für „Baskenland und Freiheit“)
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein
F	
F ...	Formblatt ... (des MfS), z. B. bei Karteien
F 16	Zentrale Personenkartei/Klarnamenkartei (des MfS)
F 22	Vorgangskartei (des MfS)
F 77	Decknamenkartei (des MfS)
F 78	Straßenkartei (des MfS)
FC	Fußballclub
G	
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
H	
HA	Hauptabteilung (MfS)
HHO	Datenbank HV A/HIM/OibE (IT-Verfahren des BStU)
HIM	Hauptamtlicher inoffizieller Mitarbeiter
HM/WR	Datenbank hauptamtliche Mitarbeiter/Mitarbeiter Wachregiment (IT-Verfahren des BStU)
I	
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
IM	inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
IPK	Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik
IPN	Instytut Pamięci Narodowej – Institut des Nationalen Gedenkens (Republik Polen)
IT	Informationstechnik
IVD	Instance Verite & Dignete – Wahrheits- und Würdekommission Tunesiens
K	
KD	Kreisdienststelle (MfS)
KG	Kommanditgesellschaft
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit (Geheimdienst der ehemaligen Sowjetunion, 1954–1991)
KKW	Kernkraftwerk
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
kw-Vermerk	Haushaltsvermerk im Stellenplan, der vorsieht, dass Planstellen oder andere Stellen künftig wegfallen (Stellen mit kw-Vermerk können nicht nachbesetzt werden)
KZ	Konzentrationslager
L	
lfd. M.	laufende(r) Meter

noch Anhang 16

LKA	Landeskriminalamt
LStU	Landesbeauftragte/Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (die Namen variieren in den Ländern)
M	
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MGB	Ministerstwo Gossudarstwennoi Besopasnosti – Ministerium für Staatssicherheit (Vorgängerorganisation des KGB, 1946–1953)
N	
NATO	North Atlantic Treaty Organization – Organisation des Nordatlantikvertrags (Militärbündnis)
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NS	Nationalsozialismus
NVA	Nationale Volksarmee (DDR)
O	
OD	Objektdienststelle (MfS)
OibE	Offizier(e) im besonderen Einsatz
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
P	
PDF	Portable Document Format; plattformübergreifendes Dateiformat für Dokumente
R	
RAF	Rote-Armee-Fraktion
rbb	Rundfunk Berlin-Brandenburg
S	
SAE	Sachaktenerschließung (IT-Verfahren des BStU)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SC	Sportclub
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SS	sog. Schutzstaffel – Teilorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)
U	
UOKG	Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft
US	United States – Vereinigte Staaten, Kurzform für USA

noch Anhang 16

USA	United States of America – Vereinigte Staaten von Amerika
ÚSTR	Ústav pro studium totalitních režimů – Institut für das Studium totalitärer Regime (Tschechische Republik)
V	
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (des MfS)
W	
WBG	Wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU
Z	
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZMA	Zentrale Materialablage (des MfS)
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

noch Anhang 16

Erläuterungen zu den im Text genannten Dienstseinheiten des MfS

Abt.	Abteilung
Abt. III	Funkaufklärung, Funkabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA III)
Abt. VIII	Beobachtung, Ermittlung (in den BV; entspricht im MfS: HA VIII)
Abt. IX	Untersuchungsorgan
Abt. X	Internationale Verbindungen
Abt. XI	Chiffrierwesen (in den BV; entspricht im MfS: HA XI)
Abt. XII	Zentrale Auskunft/Speicher (im MfS) bzw. Auskunft/Speicher (in den BV)
Abt. XV	Aufklärung (in den BV; entspricht im MfS: HV A)
Abt. XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft (in den BV; entspricht im MfS: HA XVIII)
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund (in den BV; entspricht im MfS: HA XX)
Abt. 26	Telefonüberwachung (in den BV und im MfS)
Abt. BCD	Bewaffnung und Chemischer Dienst
Abt. OT	Operative Technik
Abt. M	Postkontrolle (in den BV und im MfS)
Abt. RD	Rückwärtige Dienste
AG	Arbeitsgruppe
AG AuE	Aktionen und Einsätze
AG BKK	Bereich Kommerzielle Koordinierung
AG XVII	Besucherbüros Westberlin
AG XXII	Terrorabwehr
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe (in den BV und im MfS)
BdL	Büro der Leitung
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
HA	Hauptabteilung
HA I	Abwehrarbeit in der NVA und den Grenztruppen
HA II	Spionageabwehr
HA III	Funkaufklärung, Funkabwehr
HA VIII	Beobachtung, Ermittlung
HA IX/11	Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen
HA XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
HA XXII	Terrorabwehr
HA KuSch	Kader und Schulung
HA PS	Personenschutz
HM/WR	Hauptamtliche Mitarbeiter/Wachregiment
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)

noch Anhang 16

MD	Medizinischer Dienst
SdM	Sekretariat des Ministers
SR BCD	Selbständiges Referat Bewaffnung und Chemischer Dienst
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
WR	Wachregiment
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZAIG-Bereich 1	Auswertung, Information
ZAIG-Bereich 3	Elektronische Datenverarbeitung
ZAIG-Bereich 6	Öffentlichkeitsarbeit
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe; Flucht/Übersiedlung
ZPL	Zentrale Parteileitung

